

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 3. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1984.

Der Entwurf eines Reichs-Apothekengesetzes.

Aus dem Junfriesen des Mittelalters ragt in unsere Zeit hinein das Privileg der Apotheker. Wenn ihnen auch nicht mehr der Verkauf von Arzneimitteln ausschließlich übertragen ist, sondern ein Teil dem freien Verkehr der Drogenhandlungen überlassen wurde, so blieb ihnen doch uneingeschränkt das Vorrecht des Verkaufs gewisser Arzneimittel und das alleinige Recht, Arzneimittel zu mischen. Dabei ist inzwischen an Stelle des Laboratoriums der Apotheker die chemische Fabrik getreten, die die Herstellung, das Abwiegen und die Verpackung der meisten Arzneimittel übernimmt, so daß der Apotheker vielfach nicht mehr der Hersteller der Arznei, sondern nur noch der Wiederverkäufer der aus der chemischen Fabrik bezogenen fertigen Waren ist.

Aber der gute Vater Staat tut nach wie vor, als müßte und könne er das Publikum gegen unreele Arzneiwaren schützen, indem er diesen Handel nur einer kleinen Schicht Begünstigter vorbehält und die Kranken zwingt, einen Aufschlag auf die gekauften Waren zu zahlen, wie es in keinem anderen Geschäft, höchstens bei der wucherischen Gewährung von Darlehen an liebertliche Offiziere üblich ist. Der Grund dieser Begünstigung war schon längst bekannt, jetzt hat ihn aber die Regierung mit geradezu verblüffender Unverfrorenheit eingestanden: sie will den Apothekerstand schützen, „weil dessen Erhaltung vom Standpunkte einer gesunden Mittelstandspolitik nur zu wünschen ist.“ So zu lesen in dem neuesten Entwurf eines Reichsgesetzes zur Regelung des deutschen Apothekenwesens, der vor kurzem dem Bundesrat zugeht.

Es genügt, diesen Satz zu kennen, um sogleich zu wissen, daß die geplante Regelung nicht im Interesse des Publikums vollzogen werden soll. Zwar erheben die Apothekenbesitzer ein großes Geschrei über das Unrecht, das ihnen durch den Entwurf angedroht werde, und erklären ihn für unannehmbar. In Wirklichkeit berücksichtigt er aber deren Interessen noch viel zu viel und benachteiligt zu ihren Gunsten die Bevölkerung nach wie vor, insbesondere die Ärmere. Werden doch z. B. durch die Krankenkassen mit ihren 11 Millionen Mitgliedern jährlich an 32 Millionen Mark für Arznei ausgegeben.

Der bisherige Zustand ist folgender:

In allen deutschen Bundesstaaten kann die Errichtung einer neuen Apotheke nur auf Grund einer Konzession geschehen. Frankreich und Italien kennen dieses Privileg nicht; dort kann jeder staatlich geprüfte Apotheker eine Apotheke eröffnen, in England sogar jedermann, nur darf sich allein derjenige als Apotheker bezeichnen, der eine staatliche Prüfung bestanden hat.

Von den deutschen Konzessionen hatten die in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Braunschweig an der Person des Apothekers, sind also unerblich und erlöschen mit dem Tode des Konzessionierten. In Preußen, Sachsen und den anderen Bundesstaaten aber sind die Personalkonzessionen übertragbar, vererblich; seit 1886 in Preußen zwar erst zehn Jahre nach der Konzessionierung, aber doch dann frei vererblich. Außerdem gibt es noch Realprivilegien, die jederzeit vererblich sind, da sie nicht an der Person, sondern an der Apotheke haften, zum Teil mit dem Recht, daß die Errichtung jeder anderen Apotheke in demselben Orte oder Kreise ausgeschlossen ist. Noch etwa 2000 der vorhandenen 6000 deutschen Apotheken besitzen solche mehr oder minder ausgedehnten Realprivilegien. Aber nicht diese privilegierten Apotheken allein besitzen Monopole, nein, das ganze Konzessionswesen war von vornherein darauf zugeschnitten, daß es einer kleinen begrenzten Zahl von Personen das alleinige Arzneiverkaufsrecht einräumte. Die freie Konkurrenz, die sonst auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens das Kennzeichen der bürgerlichen Herrschaft wurde, blieb auf diesem Gebiete ausgeschlossen. Eine neue Konzession wird nur erteilt, „wenn eine bedeutende Vermehrung der Bevölkerung oder bedeutende Erhöhung ihres Wohlstandes stattgefunden hat. Ferner sind die schon vorhandenen Apothekenbesitzer zu hören und ist zu prüfen, ob der von ihnen erhobene Widerspruch begründet ist.“

Der Kreisphysikus im Einverständnis mit der Polizeibehörde hat die Medizinaldeputation der Regierung um Erteilung einer neuen Konzession zu eruchen! Und dann sind noch die Konkurrenten des Bewerbers zu hören! Man sieht, die Behörde hat es ausschließlich in der Hand, das Gnabengefäß zu gewähren — und alle Bundesstaaten haben es bisher für ihre Aufgabe betrachtet, so wenig Apotheken wie möglich zu konzessionieren, um die Konkurrenz der Apotheken einzuschränken. Die Vermehrung der Apotheken hielt nicht einmal mit der Zunahme der Bevölkerung Schritt, denn 1886 kam auf 7143 Einwohner eine Apotheke, 1905 erst auf 7624 Einwohner. Dabei ist in diesen zwanzig Jahren der Verbrauch an Arzneimitteln schon dadurch außerordentlich gestiegen, daß den Apotheken durch die Krankenversicherung weite Bevölkerungskreise tributpflichtig wurden, die vor der vor den Klassen ge-

währten kostenlosen Arzneilieferung nur in sehr geringem Maße Arzneien verbraucht haben. Infolgedessen stieg der Umsatz der Apotheken, noch mehr aber der Preis. Der Apothekenschacher stand und steht dort, wo nicht allein die Realprivilegien, sondern auch die Personalkonzession übertragbar ist, in vollster Blüte. Nach wenigen Jahren Besitz wurden und werden die Apotheken mit Riesengewinnen weiterverkauft. Nur ganz reiche Leute sind überhaupt noch in der Lage, eine Apotheke, d. h. eine Konzession zu kaufen. Neukonzessionen sind seltener als das große Los. Infolgedessen ist die überwiegende Anzahl der Apothekergehülfen vom Erwerb einer Apotheke ausgeschlossen.

Den glücklichen Besitzenden aber sichert nicht nur die Einschränkung der Konkurrenz einen unbedingten Gewinn, sondern auch die vom Staate festgesetzte Arzneitaxe. Der Staat schreibt nämlich den Höchstpreis der Arzneien vor; Ermäßigungen sind zulässig, aber die Rabatte, die die Apotheken den Krankenkassen gewähren, sind verhältnismäßig gering gegenüber der Auswucherung, die ihnen die Arzneitaxe ermöglicht. Berechnungen, die an Rezepten einer Klasse vorgenommen wurden, ergaben, daß Arzneien, welche laut Taxe 269 M. kosteten, einen Einkaufspreis von 50 M. hatten, so daß der Apotheker an diesen Arzneien 400 Prozent verdiente. Au Arbeitslohn berechnete der Apotheker für Herstellung der Mischungen, Verpacken usw. 159 M., während er gemäß der erforderlichen Zeit und notorisch schlechten Verdiensts der Gehülfen diesen höchstens 50 M. bezahlte hatte, so daß der Apotheker am Arbeitslohn 218 Prozent verdiente! Die Verpackung (Gläser, Schachteln usw.) wurde laut Taxe mit 81 M. berechnet, kostete den Apotheker aber nur 21 M., so daß er an dieser 289 Prozent verdiente! Jede Krankenkasse, die durch Sachverständige ihre Rezepte unrechnen läßt, wird finden, daß durchschnittlich im ganzen an 300 Prozent den Gewinn des Apothekers bilden. Hat doch das sächsische Ministerium des Innern in einer Verordnung vom Jahre 1902 zugegeben, daß eine Apotheke bei einem Umsatz von 30 000 M. nach Abzug aller Spesen einen Reingewinn von 10 000 M. abwirft! Bei größeren Umsätzen ist der Gewinn noch höher.

Und die Arzneitaxe, die solch hohe Gewinne ermöglicht, ist durch die 1905 erfolgte Einführung einer Reichs-arzneitaxe zwar einheitlich, aber auch um 10 Proz. höher geworden! Diese Erhöhung hielten die Regierungen für notwendig, weil — die Apotheker notleidend seien und bei der bisherigen Taxe nicht weiter bestehen könnten!

Zunächst hat auch der Apothekenschacher, der Verkauf der Konzessionen, dahin geführt, daß trotz des durch die Arzneitaxe privilegierten Arzneiwuchers die überbezahlten Apotheken sich nicht genügend rentieren. Wie bei jedem Gründungsschwindel traf auch hier das Wort zu: Den letzten beißen die Hunde! Die Apothekenpreise sind zum Teil so wahnwichtig hoch geworden, daß selbst die weitere Ausdehnung der Krankenversicherung und die Erhöhung der Arzneitaxe nicht mehr genügt, um eine entsprechende Verzinsung zu bringen. Und auch alle Schikanierung der Drogen-geschäfte, die den Apotheken bei den freigegebenen Arzneien, die nicht dem Apothekenzwang unterliegen, eine unliebsame Konkurrenz machen, half nicht.

Am ärgsten benachteiligt sind dadurch die Kranken, insbesondere die Ärmere, die solch hohe Wucherprozentage für ihre Heilmittel zahlen müssen. Wirklich nolledend sind ferner die Apothekergehülfen, die nicht von Haus aus reich sind oder sich an eine reiche Frau verkaufen. Die Zahl derer, die zeitlebens in Steinkugeln bleiben müssen, wuchs und zugleich sank infolge des Ueberangebots an Arbeitskräften auch bei diesen Proletariern der Lohn — unbekümmert darum, daß sie sich meist etwas besseres dünken als die „gewöhnlichen Arbeiter“. Dabei wuchs die Lehrlingszukunft, denn die Apotheker, die ihre Konzession zu teuer gekauft hatten, suchten — wie dies bei allen Unternehmern üblich — am Arbeitslohn zu sparen, wobei sie gleichzeitig durch die Konkurrenz der Lehrlinge die Gehälter der Gehülfen auf einer unglaublich niedrigen Stufe halten konnten.

Diese schweren Mißstände beseitigt der Entwurf der Regierung nur zum kleinsten Teil. Nach wie vor soll der Apothekenbetrieb das Monopol einer kleinen Anzahl Käuferwähler bleiben. Ausdrücklich heißt es im § 3 des Entwurfs, daß die Erlaubnis zum Betrieb einer neuen Apotheke „nicht die Bestandsfähigkeit der in ihrer Nachbarschaft vorhandenen Apotheken gefährden darf“. Den Besitzern von Personalkonzessionen soll allerdings die Möglichkeit des Apothekenschachers genommen werden, indem die Personalkonzession nicht mehr übertragbar, also unerblich werden soll. Beim Tode des Konzessionierten darf die Apotheke von der Witwe bis zu ihrer Wiederverheiratung, von den Kindern bis zur Großjährigkeit durch einen approbierten Apotheker weiter betrieben werden.

Das ist gegenüber der bestehenden Mißwirtschaft ein Fortschritt, aber ein viel zu kleiner, zumal die Realkonzessionen, die nicht auf der Person, sondern auf der Apotheke ruhen, noch sehr lange Zeit bestehen bleiben sollen. Diese Realkonzessionen sollen durch die Einzelstaaten aufgekauft, abgelöst werden, indem dem Staate ein gleiches Vorlaufrecht eingeräumt wird, wobei der Wert der Apotheke

durch Sachverständige festgesetzt, die Kaufsumme durch eine Betriebsabgabe der Realprivilegierten aufgebracht werden soll.

Ganz abgesehen davon, daß diese Form der Ablösung einen sehr großen Zeitraum erfordern würde, ist diese ganze geplante Regelung nichts als ein Versuch, den Apothekenbesitzern wieder auf Kosten der Kranken weiter zu helfen. Denn jede Betriebsabgabe würden die Arzneikäufer zu tragen haben, die Rabatte würden gekürzt und wenn das noch nicht hilft, sicher wieder die Arzneitaxe in die Höhe geschraubt werden.

Die Bevölkerung hat aber ein Recht, zu verlangen, daß sie nicht auch noch, wenn sie krank und elend ist, zugunsten einer kleinen Schar Privilegierter ausgeplündert wird. Wie die ärztliche Hilfe mühten auch die Heilmittel unentgeltlich geliefert und die Kosten durch Zuschüsse zur Einkommen- und Vermögenssteuer aufgebracht werden. Dies ist die Forderung unseres sozialdemokratischen Programms. Mindestens aber müßte der Verkauf der Arzneien nicht dem Privatbetriebe, noch dazu einem solch privilegiert wucherischen, überlassen sein, sondern vom Staate oder der Gemeinde im Interesse der Bevölkerung betrieben werden. Deshalb hat unsere Reichstagsfraktion bereits 1891 den Antrag gestellt, „die Uebernahme der Verwaltung und des Eigentums des Apothekenwesens durch das Reich herbeizuführen“ als notwendige Konsequenz der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Der Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, namentlich der freisinnige Apotheker und Abgeordnete Witte bekämpfte ihn sehr eifrig. Nicht einmal den Krankenkassen wollte die Regierung — und will sie auch jetzt noch nicht — die Möglichkeit geben, ihre Mitglieder ohne Wucherpreise mit Arzneien zu versorgen, obwohl die Kassen von den 32 Millionen Mark jährlich mindestens ein Drittel sparen könnten, wenn sie alle Arzneimittel selbst einkaufen und durch geprüfte Apothekergehülfen verteilen lassen dürften.

Nun sollen die Apothekenprivilegien, die die Bevölkerung bisher schon im Preise der Arzneien so teuer bezahlen mußte, nochmals durch eine Ablösung der Realprivilegien auf Kosten der Arzneiverbraucher bezahlt werden! Das ist die große Reform, die nach jahrzehntelangen Sträuben die Regierung endlich bringt. Die Verkauflichkeit der Personalkonzessionen soll zwar beseitigt, das enge System der unzureichenden Konzessionierung, welches die Monopolpreise der Arzneien verschuldet, aber beibehalten werden.

Selbstverständlich erscheinen den Privilegierten auch schon diese ungenügenden Anfänge einer Milderung als ein Raub! Sie verlangen die freie Veräußerlichkeit und Vererblichkeit sämtlicher Apotheken — wohlgerne: daneben aber die Monopolstellung durch Einschränkung der Konzession und die hohe Arzneitaxe!

Den Apothekergehülfen wird durch diese Reform so gut wie gar nicht geholfen. Infolge der Einschränkung der Konzessionerteilung werden nur sehr wenige, wenn auch mehr als jetzt, eine Personalkonzession erhalten. Dabei kann aber Obvatterschaft und Gunst die größte Rolle spielen, denn bei mehreren Bewerbern entscheidet zwar nach § 6, Abs. 1 das Alter des Bewerbers, aber nach Abs. 2 kann die Konzession auch dem jüngeren erteilt werden, wenn er an „Führung innerhalb und außerhalb des Berufs den älteren Bewerber übertrifft“. Der Gesinnungsriecherel wird da wieder einmal Lir und Lor geöffnet!

Eine den Interessen der Apothekergehülfen wie der Bevölkerung entsprechende Regelung der Apothekenfrage kann nur dadurch geschaffen werden, daß der Betrieb der Apotheken vom Staate oder von der Gemeinde übernommen wird. Durch Zentralisierung der Arzneierstellung, durch Großbetrieb und zweckmäßige Verteilung auf Stationen, läßt sich eine außerordentliche Verbilligung der Arzneien herbeiführen, und trotzdem könnte den Arbeitern dieses Berufes, den Apothekergehülfen, ein weit besserer, genügender Lohn gezahlt werden.

Was der Entwurf bringt, ist gänzlich unzulänglich.

Das alte Spiel.

Das „Berl. Tageblatt“ veröffentlichte in seiner Abendnummer vom Dienstag den Inhalt eines Interviews, oder vielmehr den Wortlaut einer schriftlichen Erklärung, die Webel einem „sozialistischen“ Mitarbeiter des „Matin“ über die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus gegeben habe. Nach der von uns eingezogenen Erkundigung hat Webel diese Erklärung dem betreffenden Journalisten tatsächlich am letzten Montag zur Verfügung gestellt. Nur hatte Genosse Webel keine Ahnung davon, es mit dem Interviewer eines französischen Bourgeoisblattes zu tun zu haben. Der Journalist führte sich vielmehr als Vertreter der französischen Bruderpartei ein und bestritt entschieden, daß es sich überhaupt um ein Interview handle. Genosse Webel war daher nicht wenig überrascht, seine Erklärung am anderen Tage im — „Berl. Tageblatt“ abgedruckt zu finden. Webel teilt uns ferner mit, daß er bisher stets Journalisten, die ihn zum Zwecke des Ausschordens aufgesucht hatten, die Tür gewiesen habe.

Die Erklärung Webels hatte folgenden Wortlaut:

Die antimilitaristischen Ideen und Agitationen Herbst sind in der deutschen Sozialdemokratie unmöglich.

Die deutsche Sozialdemokratie ist ein entschiedener Gegner des bestehenden Heeresystems, aber sie braucht eine militärische Organisation in den von uns bestehenden Staaten noch so lange für nötig, wie nicht in den verfallenen Kulturstaaten Vereinbarungen und Einrichtungen getroffen sind, die Kriege ein für allemal unmöglich machen.

So lange also noch die Gefahr besteht, daß Kriege möglich sind, muß jeder Staat wenigstens so weit militärisch organisiert sein, daß er einem Angriffskrieg begegnen kann und das eigene Land vor Eroberungen durch den Feind zu schützen vermag.

Wenn also die deutsche Sozialdemokratie alle zehnjährigen Verordnungen unterstellt, die darauf gerichtet sind, Kriege zu vermeiden und den Frieden zu sichern, wie zum Beispiel die Errichtung von internationalen Schiedsgerichten zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Staaten, so doch eine militärische Organisation so lange für nötig, wie die Gefahr eines Krieges vorhanden ist.

Aus diesem Grunde fordert die deutsche Sozialdemokratie im ihrem Programm:

Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

Würde also ein deutscher Parteigenosse Ansichten und Forderungen propagieren, wie sie von Herbst vertreten werden, so könnte auf Grund unseres Parteiprogramms die Frage aufgeworfen werden: ob dieser Parteigenosse noch zur Partei gehört.

Die Partei könnte eine Agitation nicht gewähren lassen, die gegen ihr Programm verstoßt, die Partei auf das schwerste schädigt und deren Forderungen vom Standpunkt der bestehenden Zustände aus als unausführbar, weil dem eigenen Lande nachteilig, angesehen werden müßten.

Die hier durch Sperrjah hervorgehobenen Stellen hat Bebel im Manuskript unterstrichen. Unter das Wort „Angriffskrieg“ hat er zwei dicke Striche gelegt.

An sich wäre gegen Bebel's Erklärung, da sie nicht als Interdikt, sondern nur als eine Meinungsäußerung Bebel's für die französischen Parteigenossen gedacht war, nichts einzuwenden. Bebel erklärt ausdrücklich, daß die deutsche Sozialdemokratie ein entschiedener Gegner des bestehenden Heeresystems ist und die Errichtung dieses militärischen Systems durch eine Volkswehr erstrebt.

Nach dagegen, daß Bebel erklärt, die deutsche Sozialdemokratie könnte eine Agitation wie die Herbst nicht dulden, ist an sich nichts einzuwenden. Denn so wohlmeinend auch die Absichten Herbst und seiner Gefolgsleute sein mögen, und so viel Berechtigtes ihnen auch zugrunde liegt: die Grundausfassung Herbst, die „patriotische“ Phrasen unserer Militäristen und der Organe unseres Klassenstaates seien durch eine spezifisch antimilitaristische Propaganda und durch die Proklamation, in jedem Falle einfaß der Mobilisierungsbefehl nicht Folge zu leisten, zu überwinden, ist einseitig, utopisch und unrealisierbar. Nur durch allseitige Klassenkampfschulung und Führung des Klassenkampfes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens läßt sich unser heutiger Militarismus als Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft überwinden. Was berechtigt und möglich an Herbst's Propaganda ist, die Verdrängung der „patriotischen“ Phrasen und die Bekämpfung der chauvinistischen Verheerung, wird selbstverständlich auch von der deutschen Sozialdemokratie wie von der Sozialdemokratie jedes Landes geleistet.

Wichtigungen konnte die Erklärung nur durch den von Bebel nicht gewollten und nicht vorhergesehenen Umstand ausgeht sein, daß Bebel's Auslassung von der bürgerlichen Presse Frankreichs und Deutschlands publiziert und als gerade für die momentane politische Situation berechnete Kundgebung dargestellt wurde. So betitelt das Rote-Blatt seine Reize „Bebel gegen den Antimilitarismus“, obwohl Bebel nur den spezifisch Herbst'schen Antimilitarismus meinte, nicht aber den Antimilitarismus schlechthin, der ja gerade, wie Bebel selbst dargetut, eine der wichtigsten Kardinalforderungen der Sozialdemokratie bildet. Die „Abnische Volkszeitung“ kommentiert die Erklärung folgendermaßen:

„Dieses Interview mit seinem ganz unabweislichen Ergebnis, da ja die Antwort in einer Art feierlicher schriftlicher Fixierung erfolgte, ist wohl die bemerkenswerteste unter all den gleichzeitigen Ausschaltungen deutscher Politiker. Der Vorbehalt wegen der „Wichtigkeit“ ist ja selbstverständlich, die Abnischen Bemerkungen indes zeigen einen Bebel, der die Notwendigkeit des Variierens bei Strafe des Hinunterstiegens auf einen ganz merkwürdigen Punkt anwendet.“

Was das beweist, wie überaus vorsichtig unsere Genossen im Erteilen von Auskünften an ihnen nicht genau bekannte Personen sein müssen. Hat doch die französische Chauvinistenpresse bereits einige Wendungen aus Bebel's letzter Reichstagsrede zu fruchtbareren Verfaßt. So bemerkten die „Débats“:

„Man kann es nicht oft genug wiederholen: ein Abgrund trennt in dieser Hinsicht die deutschen Sozialdemokraten von den französischen Sozialisten — Herrn Bebel von Herrn Jaures. ... General v. Einem hat gesprochen, wie es sein Amt erfordert. Herr Bebel dagegen hat frei und ohne Zweifel die Gefühle ausgedrückt, die wahrscheinlich die der meisten Sozialisten Deutschlands, aber keineswegs die der Sozialisten aller Länder sind. Man muß darauf besonders Barium hinweisen, weil diese Grundzüge nicht die der meisten französischen Sozialistenführer sind. Solche Worte im Munde eines Bebel geben sicherlich mehr zu denken als alle militärische Veredelmheit eines Regierungsmitgliedes, weil sie für eine bestimmte Weltanschauung des Volkes Zeugnis ablegen.“

Herrn schrieb der „Temp“:

„Zu derselben Stunde, wo die französischen Sozialisten die Soldaten zum Ungehorsam aufreizen, erklärt Bebel bestimmt, daß das Meer sich nicht mit Politik zu beschäftigen hat. Am Tage, nachdem ein französischer General bestraft wurde, weil er das Wort Krieg ausgesprochen hat, fordert der Führer des deutschen Sozialismus den zuständigen Minister General v. Einem auf, die Feldzüge so auszuführen zu lassen, wie sie in Kriegeszeit stattfinden würden. Das ist ein alter Weibens dieses ausgezeichneten Deutschen Bebel. Er hat ihn schon selber einmal im Reichstag entwickelt. Wo ist der französische Sozialist, der sich ähnlich auszusprechen wagen würde? Unden Abstand zu erweisen, der die Sozialisten dies- und jenseits des Rheins trennt, braucht man wirklich nur dieses eine selbsttätigen: sie haben an der Spitze ihrer Partei einen Bebel, an der Spitze der unsrigen steht ein Herbst.“

Das sind natürlich nur täppische Versuche, die öffentliche Meinung in Frankreich irre zu führen — genau so wie unsere Bourgeoisipresse den „waterlandlosen“ deutschen Sozialdemokraten immer die braven „patriotischen“ Sozialdemokraten Frankreichs gegenüberstellt. Aber gerade weil die chauvinistische Heerpresse dies- und jenseits des Rheins solch dreifache Täuschungsmanöver systematisch betreibt, ist es doppelt geboten, ihr diesen trivialisierenden, der selber zu oft noch Gläubiger findet, nicht zu erleichtern.

Die Mai-Ausperrungen.

Ausperrungen als Antwort auf die Maifeier sind eine regelmäßig wiederkehrende Erscheinung. Aber je mehr die Maifeier an Ausdehnung gewinnt, desto drohender werden zwar vor der Feier die Worte der Unternehmer, desto mehr schrumpft jedoch nach der Maifeier ihre Latenzdrang zusammen. Und gerade in den Betrieben, wo die Feier durch Arbeitsdränge ihre größte Ausdehnung gewonnen hat, ist die Zahl der Ausgesperrten im Verhältnis zur Ziffer der Demonstrierenden eine lächerlich geringe; während in den anderen Fällen, wo die gegenwärtigen Machtverhältnisse so liegen, daß nur wenige Arbeiter die Feier wagen dürfen, das Unternehmertum desto brutaler gegen diese wenigen vorgeht.

Die Unternehmer im Berliner Waugewerbe haben bekanntlich beschlossen, die Maifeiern bis zum Schluß der Woche, also drei Tage lang, auszusperrn. Wie weit dieser Beschluß ausgeführt wird, läßt sich bis jetzt noch nicht übersehen, da der Zentralverband der Maurer, der anscheinend am stärksten an der Ausperrung beteiligt ist, die Feststellung der Ausgesperrten noch nicht abgeschlossen hat. Von den anderen Organisationen liegen auch noch keine genauen Zahlen vor, jedoch werden sie nach den bis jetzt vorliegenden Angaben und Schätzung der noch nicht Gemeldeten wie folgt angegeben:

Zentralverband der Bauhilfsarbeiter 11—1200, Verband der Zimmerer 550, Vereinigung der Zimmerer 255, Vereinigung der Maurer 600.

Bei den Glasern sind in fünf Betrieben 97 Mann ausgesperrt worden. Laut Anschlag des Unternehmerverbandes sollen dieselben erst am 6. Mai wieder eingestellt werden. 48 Mann davon erhielten am Vorabend des 1. Mai sofort ihre Papiere.

Der Holzarbeiter-Verband hat im ganzen 820 Maiausgesperrte festgestellt.

Beim Metallarbeiter-Verband sind aus 23 Betrieben 437 Ausgesperrte gemeldet.

Am brutalsten geht gegen die Maifeiern natürlich wieder der Berliner Rühnemänner-Verband vor, der folgendes Rundschreiben erläßt:

Verband Berliner Metall-Industrieller, Eingetragener Verein.
Geschäftsstelle Berlin N. 4, Gartenstraße.
J.-Nr. 565/07. Berlin, den 1. Mai 1907.

Im Anschluß an unser Rundschreiben Nr. 8/1907 vom 19./IV. betreffend den 1. Mai, bitten wir, uns umgehend die Namen sämtlicher Arbeiter anzugeben, die ohne schickliche Gründe am 1./V. die Arbeit verläßt oder vorzeitig verlassen haben. Ebenso ist die Einstellung von Arbeitern mit Entlassungsschein vom 30./IV. bis 3./V., die sich nicht im Besitz von Rodweissscheinen befinden, nur nach vorheriger Anfrage bei der Geschäftsführung unseres Verbandes, ob der Betreffende nicht etwa zu den Maifeiern gehört, vorzunehmen.

Verband Berliner Metall-Industrieller.
Der Vorsitzende:
Ernst Dörig, Igl. Kommerzienrat.

Dieses Schriftstück ist nach mehrfacher Richtung hin interessant. Es beschränkt die Ausperrung der Maifeiern nicht auf einige Zeit, sondern eröffnet ihnen die Aussicht, auf ungemessene Zeit der Arbeitslosigkeit zu verfallen. Aber auch auf die gerade von den Metallindustriellen den Arbeitern gegenüber so oft geforderte „Freiheit der Entschliebung“ bei der Einstellung oder Entlassung von Arbeitern, wirft dieses Schriftstück ein sonderbares Licht. Die Einstellung von Arbeitern mit einem Entlassungsschein vom 30. April bis 3. Mai ist nur nach vorheriger Anfrage bei der Geschäftsführung des Scharnhaferverbandes gestattet. Damit basta! Die „Herren im Hause“ haben nicht zu murren, wenn ihre Leitung ihnen befiehlt, den Arbeitern die echte Rühnemännerbrutalität zu beweisen. Im Gegenteil: Schwerste Strafe dem, der andere nicht an freiwilliger Arbeit hindert!

Aus dem Reichs liegen folgende Telegramme vor:
Hamburg, 2. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Ausperrung anlässlich der Maifeier unbedeutend. 500 Holzarbeiter sind einen Tag, 80 zehn Tage, 304 Maurer einen Tag, 400 Bauhilfsarbeiter und Klempner einen respektive zwei Tage ausgesperrt. Die gemeldete Androhung einer zeitweiligen Ausperrung ist nur von einem geringen Teil der Arbeitgeber durchgeführt. 450 Monteurs im Feinzeugbau inszenierten eine Arbeitseinstellung zwecks Erhöhung des Stundenlohnes von 60 auf 80 Pf.
Kornhaus, 2. Mai. Wegen Beteiligung an der Maifeier sind von mehreren hiesigen Tabakfabriken insgesamt etwa 500 Arbeiter ausgesperrt worden.
Frankfurt (Main), 2. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In Frankfurt am Main sind 150 Holzarbeiter wegen der Maifeier ausgesperrt.
Kürnberg, 2. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Bauarbeiter in Kürnberg-Fürth sind wegen der Maifeier ausgesperrt. Sonstige Ausperrungen kamen nicht vor. Aus der Provinz liegen nur wenig Nachrichten vor.

Die Magdeburger Terrorismus-Legende.

Magdeburg, 30. April.

Zum ersten Verhandlungstage ist noch nachzutragen, daß noch der Hauptbelastungszeuge, reichstreuer „Arbeiter“ Haase vernommen wurde. Er erklärte, früher Sozialdemokrat gewesen, dann aber durch den Verein zum „Weißen Kreuz“ bekehrt worden zu sein; worauf er in den Verband reichstreuer Arbeiter eingetreten sei. Im vorigen Jahre habe er in der Berliner Rednerschule des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie einen Kursus durchgemacht. Er gibt dann eine Schilderung von dem Vorfall am 6. Februar, die zwar noch scheinlich genug anzuhören ist, aber an die Schauerlichkeiten, die die bürgerliche Presse zu erzählen wußte, nicht entfernt heranreicht. Nicht von einer aus dem Hinterhalt kommenden weiblichen Person, die Haase überfallen worden, sondern eine größere Anzahl Arbeiter, die mit ihm gemeinsam nach Feierabend den Betrieb verließen und den gleichen Heimweg hatten, ist ihm — seiner Meinung nach auf Verabredung — gefolgt. Die Menge habe geohlet und geschimpft und ihn sowie seine Begleiter mit Schnee beworfen. Ein Stück hartgetrockneten Schnees sei ihm an die Wade geworfen worden und einen Kratz gegen den rechten Oberschenkel habe er bekommen. Geworfen habe man ihn nicht. Infolge dieser Vorgänge habe sich seiner eine „fehlige Erregung“ bemächtigt, so daß ihn der Arzt geraten habe, zu Hause zu bleiben. Vier Wochen lang sei er dann nicht zur Arbeit gegangen. Haase gibt zu, vorbestraft zu sein, früher in Begleitung mit seinem Stiefvater als Beterlestenmann umhergezogen zu sein und dabei viel Schnaps getrunken zu haben. Haase bestritt aber, daß er sich als Scharnhafer verkleide und als „vertrübelter Bergmann“ auf einem Schuppenfeste habe bis an den Unterleib eingedrungen lassen.

Weder Haase noch seine Begleiter können Kennenwörter gegen die Angeklagten ausgeben. Der Zeuge Schöble, der mit Haase dem Verband reichstreuer Arbeiter und dem „Weißen Kreuz“ angehört, muß sogar bekunden, daß der „Rädelsführer“ Oswald Bed ruhig und unabhängig gewesen sei. Die zahlreichen Zeugen — es sind insgesamt 72 — sagen größtenteils immer das gleiche aus. Von einer Verabredung ist niemandem etwas bekannt.

jeden Abend vor dem Fabrikator hielt, und den Herrenslebenweg entlang gingen jeden Abend zur Feierabendzeit zahlreiche Arbeiter. Auch wird bekundet, daß sich viele Kinder in der Menge befanden. Einige Zeugen haben von Erbitterung gegen Haase auf dem Werk etwas bemerkt, während andere Zeugen über solche Erbitterung nichts wissen.

Von Interesse ist die Aussage des Sachverständigen, praktischen Arzt Dr. Hilger, der Haase nach jenem Vorfall behandelt hat. Dr. Hilger hat Haase nach einigen Tagen geraten, wieder zur Arbeit zu gehen. Haase hat aber gesagt, dann könne er wieder einer solchen Verfolgung ausgesetzt werden. Er habe ihm aber trotzdem zugeredet, wieder hinzugehen. Als Haase aber darauf bestanden habe, daß sich ähnliche Szenen wieder ereignen könnten und seine „Krankheit“ dadurch verschlimmert würde, habe er, der Arzt, sich mit der Krankenkasse in Verbindung gesetzt und in deren Einberufen die Behandlung Haases fortgesetzt. Wäre Haase durch einen zweiten Vorfall kränker geworden, dann wären der Kasse noch größere Kosten entstanden. Der Sachverständige bekundet dann, daß Haase nervös aufgeregt gewesen wäre, was wohl auf den Vorfall zurückzuführen sei. Er habe Haase schon im Vorjahre wegen nervöser Störungen behandelt, die auf Alkoholismus und erbliche Belastung zurückzuführen seien. Mehrere nahe Verwandte von Haase seien geisteskrank; ein Onkel sei infolge Geisteskrankheit gestorben.

Zahlreiche Zeugen, wie auch den meisten Angeklagten wird vom Staatsanwalt die Frage vorgelegt, ob sie Mitglied des Metallarbeiterverbandes und ob sie Sozialdemokraten seien. Das Bemühen des Staatsanwalts, den Vorfall zu einer sozialdemokratischen Morität zu stempeln, ist aber völlig schlagelagen. Bei diesem Bemühen verließ er sich zu einer Verleumdung des Wahlgheimnisses. Die Szene schildert am besten ein Dialog:

Staatsanwalt zum Zeugen Franke: Sind Sie Mitglied des Metallarbeiterverbandes? — Zeuge: Nein! — Staatsanwalt: Sind Sie Sozialdemokrat? — Zeuge: Nein! — Staatsanwalt: Wählen Sie denn sozialdemokratisch? — Zeuge (nach kurzem Zögern): Ja! (Bewegung!) — Verteidiger Rechtsanwalt Landsberg: Soll denn die Frage allen Zeugen vorgelegt werden und am Ende auch noch den Verteidigern? Darauf ein kurzes Flüstern der Richter untereinander und mit dem Staatsanwalt, dann erhebt sich dieser und sagt: „Ich gebe die Erklärung ab, daß ich bedauere, die Frage gestellt zu haben.“ Der Name des Staatsanwalts ist Feisenberger.

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Zeugenvernehmung zu Ende geführt.

Magdeburg, 1. Mai.

Den dritten Tag füllten die Plaidoyers aus. Staatsanwalt Feisenberger suchte in dreistündiger Rede die beiden zur Anklage stehenden Vorfälle als einen sozialdemokratischen Terrorismusakt hinstellen. Zwar erbot er die Geschworenen, sich nicht von der politischen Ueberzeugung der Angeklagten beeinflussen zu lassen. Die Fragen nach dem politischen Bekenntnis der Angeklagten haben nur dazu dienen sollen, den Hintergrund zu zeigen, um die Erklärung dafür zu gewinnen, wie sich solche Vorfälle ereignen könnten. Der Staatsanwalt befaßt sich dann mit der Person des Haase, der wohl eine bewegte Vergangenheit habe, aber nun von derselben bürgerlichen Gesellschaft gerettet worden sei, die sonst immer von gewisser Seite als der Inbegriff alles Schlechten hingestellt werde. Wegen Haase sei von Personen mit wenig Verantwortlichkeitsgefühl in Versammlungen und in der Presse gehetzt worden. Die Folge davon seien die zur Anklage stehenden Vorfälle. Die Bemerkung Haases über die Verleumdung der Rädchen, auf die man die gegen ihn herrschende Erbitterung zurückführen wolle, sei in der Hitze des Wahlkampfes (1) gefallen. Das Vorgehen gegen Haase sei verabredet gewesen. Der Staatsanwalt geht dann auf die einzelnen Angeklagten näher ein und beantragt, bei sämtlichen die Schuldfragen zu bejahen. Die eigentlich Schuldigen seien die Unverantwortlichen, die im Wahlkampf in Versammlungen und in der Presse gehetzt hätten. Die Geschworenen möchten durch ihren Wahrpruch der Bevölkerung die Beruhigung geben, daß niemand ungestraft jemanden wegen seines politischen Ueberzeugungs verfolgen dürfe.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Landsberg, polemisiert gegen den Versuch des Staatsanwalts, die Vorfälle zu politischen Vorgängen zu stempeln. Haases infame Verleumdung über die Verleumdung der Rädchen durch Arbeiter hätte diese gegen ihn aufgebracht. Doch nicht politische Gründe vorliegen, beweise am besten die Tatsache, daß dem Haase gleichgesinnten Arbeitern nichts geschehen sei. Außerdem eigne sich ein Mensch wie Haase nicht zum politischen Führer. Bei einem Sozialdemokraten mit gleicher Vergangenheit würden die Gegner bald sagen, die Sozialdemokraten hielten sich ihre Redner aus Gasse und Buchhaus. Redner führt eingehend den Nachweis, daß es sich nicht um Landfriedensbruch gehandelt hat. Wäre die Menge wirklich zu Gewalttätigkeiten entschlossen gewesen, dann wäre es Haase schlecht ergangen. Der Verteidiger beantragt Freisprechung seiner Klienten oder ebenl. nur groben Unfug als vorliegend anzunehmen. Die übrigen Verteidiger schließen sich diesen Ausführungen an.

Das Urteil.

Nach zweieinhalbstündiger Beratung verkünden die Geschworenen ihren Wahrpruch. Danach haben sie den Vorfall am 4. Februar nicht als Landfriedensbruch, sondern als groben Unfug angesehen. Bezüglich des 6. Februar wurden elf Angeklagte des Landfriedensbruchs schuldig befunden, von denen bei dreien jedoch mangelnde Einsicht angenommen. Bei vier Angeklagten wurden sämtliche Schuldfragen verneint. Die Angeklagten Paul und Oswald Bed wurden der Rädelsführerei für nicht schuldig erkannt. Gemäß diesem Wahrpruch verurteilte das Gericht die Angeklagten Bremer und Lehmann zu je fünf Monaten Gefängnis und einem Monat Haft, die Angeklagten Schulz, Beneke, Weiner, Kempe, Paul Bed und Oswald Bed zu je fünf Monaten Gefängnis und die Angeklagten Franz Sey, Gustav Sey und Juchacz zu je einem Monat Haft. Die Angeklagten Brandt, Jodel, Kasper, Witt, Kolge und Böde wurden freigesprochen.

Eine Mojtische Plunkerei.

Folgendes Schreiben ging uns zu:

Rem Jost, 21. April.

Werte Genossen!

Im Anschluß an eine Äußerung des Junkers Brandenstein über die Benutzung der ersten Wagenklasse der deutschen Eisenbahnen seitens der sozialistischen Reichstagsabgeordneten finde ich in der dortigen Parteipresse eine Stelle aus den Mojtischen Remotoren zitiert, die sich auch mit mir beschäftigt. Wenn ich die Bemerkung in der Magdeburger „Volksstimme“ vom 5. April: „Was würde der „konvenable“ Brandenstein vom Eisenbahnminister fordern, wenn er ähnliches heute erleben sollte?“ recht verfolge, soll damit angedeutet werden, daß so handwerklich-schweizerartiges Auftreten sozialistischer Abgeordneter, wie es 1876 möglich war, heute doch nicht mehr vorkommen könnte.

Ich habe demgegenüber zu erklären, daß die ganze Mojtische Erzählung mit der ihm eigenen Geschamlosigkeit frei erfunden ist. Das hätten sich die deutschen Parteiredaktoren nach dem, was nach dem Tode Mojt in ihren eigenen Blättern veröffentlicht wurden, überaus leicht herausgeholt. Es ist mir...

Nachgewiesen, daß er in seinen Memoiren seine eigenen Parla-
mentsreden wiedergab, nicht wie er sie gehalten hat, sondern wie
er 26 Jahre später wünschte, sie gehalten zu haben. Man druckte
zu dem Zweck den Wortlaut des stenographischen Berichts neben dem-
jenigen der Memoiren ab. Es hätte, meine ich, auch auffallen
müssen, daß, wenn wir wirklich dem Kupfer erster Klasse das Aus-
sehen einer „Eigenerherberge“ gegeben hätten, wir doch wenigstens
vor der Station Dresden aufgeräumt haben würden, da wir Lokal-
kenntnis genug hatten, um zu wissen, daß wir nach Dresden kamen
und dort Zuflucht an Passagieren zu erwarten war.

Das Fest der Moskischen Memoiren, in welchem die fragliche
Stelle enthalten ist, erschien übrigens schon vor 5 bis 6 Jahren und
ich habe mir nicht die Mühe genommen, diese oder irgend eine
andere der vielen Moskischen Bügen zu berichtigen, weil wir uns
schon seit langem abgewöhnt hatten, uns mit ihm oder seinen
Anarchistenbrüdern irgendwie zu beschäftigen. Es ist natürlich
etwas anderes, wenn die deutsche Parteipresse den Moskischen
erst nimmt. Ich wiederhole demnach, was eigentlich selbstverständ-
lich ist, daß wir — Mosk eingeschlossen — uns bei dem gelegent-
lichen Verkehr auf der Eisenbahn mit unseren Reichstagskollegen
und anderen Fahrgästen freilich so betragen haben, wie es sich für ge-
bildete Leute schickt. Es ließe sich darüber manches Interessante er-
zählen, jedenfalls haben uns unsere Reichstagskollegen immer artig
behandelt und sie schienen sich sehr gern mit uns zu unterhalten.
Mit den uns unbekanntem Mitreisenden gab es oft recht lebhaft
Debatten, da sie uns für ihredglischen hielten und die Ueber-
redung war groß, wenn es schließlich zur gegenseitigen Ver-
stellung kam.

Wenn Mosk die Gelegenheit benutzte, mir persönlich etwas
anzuhängen, so kann ich sehr zufrieden sein, daß er so harmlos in
seinen Bügen geblieben ist. Mit Liebnacht, als derselbe Ende der
achtziger Jahre Amerika besuchte, versuchte er schlimmer und zwar
derart, daß er seine Verleumdungen — gedruckt — in der Auf-
forderung ausbringen lassen konnte, ihn (Liebnacht) mit
Knütteln totzuschlagen. Das war so Moskische Art und
es würde mich sehr drücken, wenn ich irgendwie seine Anerkennung
gefunden hätte.

Mit sog. Gruch!

Julius Bahleisch.

Der „Vorwärts“ hat, wie wir konstatieren wollen, jenen
Artikel, der die bewusste Stelle aus den Moskischen Memoiren ent-
hielt, nicht gebracht. Junker Brandenstein hat ihn bekanntlich, wie
unser Bericht über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom
Sonntag, den 24. April, zeigt, zu seiner Rechtfertigung zu be-
nützen versucht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Mai 1907.

Allerlei aus dem Reichstage.

Am 1. Mai wurde die Beratung des Etats des Aus-
wärtigen Amtes fortgesetzt.

Zunächst tochte der Reichskanzler die vom weilschen
Abgeordneten Böck v. Diefenhusen gegen ihn gerichteten
heftigen Angriffe ab und behauptete, nur im Interesse des
Reiches zu handeln, wenn er die Annexion Hannovers durch
Preußen als eine unumstößliche Tatsache behandle.

Genosse David, der in längerer Rede darlegte, daß
die Politik des Fürsten Bülow nicht die Interessen des Reiches
fördere, kam zum Beweise dessen auf die Wahlbeeinflussungen
des Reichskanzlers zu sprechen; er spottete über die Block-
sprengerische Politik, die mit den Schiffsahrtsabgaben
die Interessen des Reiches direkt schädige, und stellte weiter den
Reichslügenverband an den Pranger, den jetzt selbst bürger-
liche Parteien bei der Wahl in Ostpreußen-Merane verleugnet
haben, weil seine Agitation eine unanständige, provokatorische
und wahrheitswidrige ist.

Der Reichskanzler rebizierte in seiner Erwiderung bezüg-
lich der von ihm gedankenlos nachgesprochenen Unwahrheit
über unseren Genossen Dittmann resp. über Vorgänge bei der
Wahl in Frankfurt a. M. Im übrigen aber brüstete er sich,
durch „seine Reithode“ der Wahlbeeinflussung der Sozialdemo-
kratie drei Dutzend Mandate abgenommen zu haben! Die
amtliche Wahlhöhe soll demnach künftig noch mehr ins Kraut
schießen. Gleichwohl hat Bülow die bürgerlichen Parteien
sichemlich, künftig sich noch fester gegen die Sozialdemokratie
zusammenzuschließen! Unschwer war daraus der Wunsch zu
hören: Das Zentrum möge bei künftigen Wahlen dem Hotten-
totenblock Sulfurz gegen die Sozialdemokratie leisten.

Um des Tages Fröhlichkeit zu steigern, hielt der sprach-
verwirrte Scharfmacher v. Didenburg-Januschau noch eine
Antimalkitrede, in der er durch allerhand Matrias, be-
sonders über „Fleischnotrummel“ und Getreideverfälschung
Deutschlands andauerndes Gelächter hervorrief. Daß er als
„starker Mann“ scharfe Repressivmaßnahmen gegen die Sozial-
demokratie verlangte, versteht sich von selbst. Diese Balze
leiert er ja bei jeder Rede von seinem Kasten ab. Der
Etat des Auswärtigen wurde in zweiter Lesung zu Ende be-
raten.

Am 2. Mai ward zunächst die Gesetzesvorlage für die
Verbreiterung des Nordostkanals beraten.

Vor Beginn der Beratung gab der Abgeordnete v. Seyl
zu Herrnshelm eine sogenannte Erklärung ab, durch die
er den vom Genossen Heine bekanntgegebenen Arbeits-
vertrag zwischen der Firma Seyl und ihren Arbeitern zu
rechtfertigen suchte. (Bekanntlich enthält der Vertrag eine
Konkurrenzklause mit ungeheuerlichen Strafbestimmungen.)
Es gelang jedoch dem Lederkönig nicht, in den Behauptungen
des Genossen Heine Unrichtigkeiten nachzuweisen resp. sie auch
nur im geringsten zu entkräften.

Genosse Fröhme gab sodann für die sozialdemokratische
Fraktion die Erklärung ab, daß sie dem Ausbau des Nord-
ostkanals im Interesse der Handelschiffahrt zustimme. Bei
dieser Gelegenheit konstatierte Fröhme, daß die Sozial-
demokratie alle Kulturwerke unterstützt und daß Marx und
Engels bereits vor Jahrzehnten einen derartigen Kanal ver-
langten.

Die Vorlage wurde angenommen und dann die unter-
brochene Beratung des Postetats fortgesetzt, die nichts Be-
merkenswertes bot. Die Abstimmung über die zum Etat
des Staatssekretärs vorliegenden Resolutionen wird morgen
erfolgen.

Beim Etat des Reichseisenbahnamtes entspann sich eine
Debatte über die Eisenbahngemeinschaft zwischen Preußen,
Hessen und Württemberg, die vom Abg. Wehe! (natl.) als
ein nationaler Akt zur Verwirklichung des Einheitsgedankens
gefeiert wurde. Gegen die Betriebsmittelgemeinschaft wandte
sich der Abg. v. Nichthofen im Namen der Konservativen.
Die preussische Eisenbahnpolitik wurde in der Debatte als eine
preussisch-häusliche charakterisiert, die gegenüber den kleineren
Staaten nicht nach dem Worte: „Noblesse oblige“ (Abel ver-
pflichtet) handelt.

Genosse Eichhorn erklärte die Betriebsmittelgemeinschaft
für durchführbar, wenn die preussische Regierung die Selbst-
ständigkeit der Einzelstaaten in der Eisenbahnfrage wahre.
Die Sozialdemokratie trete, so führte er aus, überhaupt für
Reichseisenbahnen ein, die allein dem partikularen Eisen-
bahnkrieg ein Ende bereiten könnten.

Ueber die Wirkung der preussisch-hessischen Gemeinschaft
gerieten die beiden Antisemiten Bindewald und Röhlert
in Widerspruch mit einander, und letzterer desabolierte jenen
unter der Heiterkeit des Hauses. Dann wurde der Etat be-
willigt und die Beratung vertagt.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch zunächst die Novellen
zum Pensions- und Reklugengesetz in zweiter Lesung
mit unerheblichen Änderungen an. Unter anderem wurde eine Ver-
stärkung aufgenommen, wonach den in den Ruhestand tretenden
Schulamtsbeamten im Hauptamt als Dienstzeit auch die ganze
Zeit angerechnet werden soll, während welcher sie vorher als Lehrer
oder Pfarrer tätig gewesen sind.

Gleichfalls in zweiter Lesung erledigte das Haus das Richter-
befolgungsgesetz. Das Gesetz bezweckt nicht nur eine all-
gemeine Aufbesserung der Richter, sondern auch eine Gleichstellung
der Richter mit den Beamten der allgemeinen Staatsverwaltung.

Endlich beriet das Haus noch in erster Lesung den Antrag
Hammer (L.) betreffend Wenderung des Kommunal-
abgabengesetzes. Der Antrag bezweckt eine Erweiterung des
Reisefreiheitsgesetzes: Es sollen Aktiengesellschaften,
Bergwerksgesellschaften, Genossenschaften, juristische Personen und Konsum-
vereine kommunalsteuerpflichtig sein hinsichtlich des ihnen aus
Grundbesitz, Handel und gewerblichen Anlagen in der Gemeinde
zustehenden Einkommens. Die Abstimmung über den Antrag er-
folgt erst in zweiter Lesung, die demnach ohne Kommissions-
beratung im Plenum stattfinden wird.

Kohlenwucher.

Die Zukerpolitik des Reichseisenbahnamtes beschäftigte am Donner-
stag das preussische Abgeordnetenhaus. Anlaß dazu gab eine Inter-
pellation des Abg. Grafen Kanitz (L.); Was die Regierung zu tun
gedenke, um den Unzulänglichkeiten zu begegnen, welche sich aus den
andauernden Steigerungen der Kohlenpreise ergeben, und ob die
Regierung geneigt sei, in eine ernste Prüfung der Frage ein-
zutreten, ob die ermäßigten Eisenbahntarife für den Export von
Steinkohlen und Koks nach dem Auslande beizubehalten seien.

Es ist bekannt, daß Graf Kanitz seit Jahren einen erbitterten
Kampf gegen das Kohlenyndikat führt. Zweifellos ist an dem,
was er gegen das Syndikat vordringt, vieles, wenn nicht alles,
berechtigt. Die Politik des Syndikats, die darauf gerichtet ist,
möglichst viel Koks ins Ausland zu befördern, um dadurch
die Preise im Inland in die Höhe zu schrauben, ist ein anti-
nationales, das deutsche Volk schädigendes Vorgehen, das
um so mehr zu verurteilen ist, als es von denen
ausgeht, die stets und ständig vorgeben, daß sie die nationale Ge-
staltung in Erbpacht genommen haben. Wenn wir auch mit dem
Grafen Kanitz die „Zuckerpolitik“ des Syndikats scharf verurteilen,
so sind doch die Gründe, von denen wir uns leiten lassen,
himmelsweit verschieden von den seinigen. Dem Grafen Kanitz kommt
es nicht in letzter Linie darauf an, die Produktion für das Aus-
land deshalb einzuschränken, damit die 50 000 bis 60 000
Arbeiter, die heute nach seiner Ansicht im Kohlenbergbau
einzig und allein für das Ausland schuften, von den
Agrariern ausgebeutet werden können. In betrog-
lichen Worten klagt er über den Arbeitermangel auf dem
Lande. — Auch mit den Mitteln, die Graf Kanitz zur Beseitigung
des Mißstandes empfiehlt, können wir uns nicht einverstanden er-
klären. Insbesondere würde durch den von ihm vorgeschlagenen
Kohlenausfuhrzoll die Skalmilität nicht verringert, sondern eher noch
vergrößert werden.

Gegen den Ausfuhrzoll auf Koks sprach sich auch der Handels-
minister Delbück aus, dessen Rede im übrigen den Beweis dafür
erbrachte, daß der Staat dem Kohlenyndikat völlig macht-
los gegenübersteht. Die Antwort des Ministers auf die
Interpellation war das Geständnis der völligen Ohn-
macht der preussischen Regierung gegenüber dem Groß-
kapitalismus. Herr Delbück ist offenbar nicht blind gegen
die Schäden, die das Kohlenyndikat anrichtet, aber andererseits
darf er seinen lieben Freunden von der Großindustrie nicht
wehe tun. Dieser Zwiespalt kam in seiner Rede deutlich zum
Ausdruck. Auf der einen Seite mußte er zugeben, daß die
Kohlenpreise unheimlich hoch sind, auf der anderen Seite wieder
stellte er die lächerliche Behauptung auf, daß die Ueberschüsse der Berg-
werksgesellschaften eine sinkende Tendenz zeigen, während die
Arbeiterlöhne in die Höhe gegangen seien — eine Behauptung, die
allerdings mit der Statistik nicht ganz übereinstimmt.

Ebenso wie der Handelsminister ist auch der Eisenbahnminister
von der Kupflosigkeit des Kampfes gegen die Syndikate überzeugt.
Er will zwar in Erwägungen darüber eintreten, ob die Ausnahmetarife
zu beseitigen sind, aber er ließ deutlich durchblicken, daß diese
Erwägungen ein Resultat nicht zeitigen werden.

Die Debatte, die noch nicht zu Ende gebracht wurde, führte zu
heftigen Zusammenstößen zwischen den Agrariern und den Groß-
industriellen, als deren Wortführer in erster Reihe der national-
liberale Abg. Hirsch (Wsn), einer der eifrigsten Sachwalter
des Grundbesitzes und Interessent des Kohlenyndikats, auftrat. Von
agrarischer Seite griffen u. a. die Abgg. Herold (B.) und
Dr. Dahn (W. d. L.) in die Diskussion ein. Es wurde also viel
geredet, aber irgend ein greifbares Resultat kam dabei nicht heraus.
Die Erörterung drehte sich schließlich kaum noch um den Gegenstand der
Interpellation. Die Wortführer aus beiden Lagern hielten es vielmehr
für angebracht, ihre handelspolitischen Anschauungen zum tausendsten
Male der Mit- und Nachwelt zu überliefern. Wenn auch beide
Seiten sich bemühten, angesichts der konservativ-liberalen Paarung
die Gegensätze zu verhüllen, so ist doch das eine klar, daß
die Interessengegensätze, die nun einmal vorhanden sind, sich auf die
Dauer nicht künstlich überkleistern lassen, sondern daß das Bündnis
bei erster Gelegenheit in die Brüche gehen muß. Insofern war die
Debatte symptomatisch für die verfahrenen innerpolitischen Zustände
in Deutschland und Preußen.

Der ausopfernde Kolonialdienst Puttkamers

Soll außer in dem Urteil des Disziplinargerichts noch anderweitige,
und zwar werthvolle, weil klangende Anerkennung finden. Der frei-
willigen „Weser-Zeitung“ wird aus Berlin mitgeteilt:

Herr v. Puttkamer hat sich seit Jahren den Mühen durch
Vereinsarbeiten sowohl mit deutschen, wie mit ausländischen
Kolonialgesellschaften gewidmet. Und es ist nicht unwahrschein-
lich, daß er demnach gegen fürstliches Gehalt in den
Dienst einer niederländischen Gesellschaft tritt.

Ob sich Jesko den Mühen dergestalt gewidmet hat, wissen wir
nicht. Daß er aber in den Dienst einer ausländischen Ko-
lonialgesellschaft gegen ein fürstliches Gehalt eintreten wird, be-
zweifeln wir einstweilen. Was soll eine niederländische Gesell-
schaft mit einem Mann anfangen, dessen politische

Gespinntheiten nach den Bekundungen des Geheimrats Rose die
Finanzwirtschaft Kameruns in die schlimmste Ver-
wirrung gebracht haben! Zudem teilt die „Freis. Ztg.“ über
Jeskos Aufführung aus der Zukunft des seinerzeit im Auswärtigen
Amte tätigen Herrn von Soden an den Grafen Caprivi
folgendes mit:

„Herr v. Puttkamer hat meines Wissens während unseres Zu-
sammenseins in Kamerun bloß einen bedenklichen Mißfall in seine
Spielhölle durcheinander geholt, als er an Bord eines
Kriegsschiffes in einem leichtsinnigen Verantwortung eine gleichgestimmte
Seele fand. ... Ich weiß, daß Herr v. Puttkamer auch sonst einem
Spielchen nicht abgeneigt war, sofern er einmal unter
einem oder dem anderen Europäer einen Partner fand! ... Dann heißt
es weiter bezüglich der Betätigung der Spielhölle, und daß die-
selbe gefährliche Dimensionen in Kamerun nicht angenommen habe:
„Was freilich vielleicht mehr in dem Mangel an
Gelegenheit sowie in der steten Aussicht als in der an-
geborenen Tugend des Herrn v. Puttkamer seinen Grund hat.“
An einer anderen Stelle heißt es: „Das Charakteristische
des Puttkamerischen Charakters war eben von jeher ein großer
Leichtsinn und eine bodenlose Bummelerei in Geld-
sachen. ... Wo ich Gelegenheit hatte, auf die Spuren
des Herrn v. Puttkamer zu stoßen, überall hatte er einen Pump
etabliert, selbst an den entlegensten Orten, wo dies
eines in gewisses Raffinement gar nicht möglich
schien.“ Sein Urteil faßte Herr v. Soden dahin zusammen: „Seine Er-
nennung erscheint mir also zum mindesten als ein sehr ge-
wagter Schritt, und ich würde ihn bloß dann empfehlen
können, wenn eben kein Besseres da wäre, und auch dann nur
mit allen möglichen Vorbehalten, also insbesondere mit
einem möglichst langen Probatorium.“

Eine niederländische Kolonialgesellschaft kann doch unmöglich
mit einem solchen Manne reüssieren zu können glauben. Viel eher
glauben wir an die Anstellung Jeskos durch eine deutsche
Kolonialgesellschaft — von wegen Jeskos Konnexionen!

Neue Marineausgaben.

In der „Königliche Zeitung“ veröffentlichte dieser Tage
der Vizeadmiral a. D. Galster einen Artikel, in dem er für die
Verstärkung der Küstenbefestigung Stimmung machte. Eine starke
Flotte allein genüge keineswegs zum Schutze unserer Küsten. Der
Küstenschutz dürfe sich deshalb nicht vorwiegend auf die Flotte,
sondern er müsse sich auf stützliche Abwehrmittel gründen. Im Etat
werde bei der Auswendung von Mitteln für den Küstenschutz viel zu
sehr gespart. Deutschland gebrauche neben einer seinen See-
interessen entsprechenden starken Flotte auch starke Küsten-
verteidigungsmittel.

Diese Mahnung kommt gerade zur rechten Zeit. Zu den riesigen
Ausgaben für unsere Flotte, zu den Hundertmillionenaufwendungen
für den Nordostkanal fehlt und nur noch eine Hundertmillionen-
ausgabe für den „Küstenschutz“!

Ein Bild aus dem Seemannsleben.

Man schreibt uns aus Hamburg:

Anlässlich der vor dem Landgericht zu Hamburg stattgehabten
Verhandlung haben wir unter der Ueberschrift „Die Romantik“
des Seemannslebens“ eingehend die schlechte Behandlung der
Kannschaften durch den Schiffskapitän Paul Gottlieb
Schöber geschildert. Dieses Gericht hatte sich für un-
genügend erklärt und die Angelegenheit an das Schwur-
gericht verwiesen, das am 1. Mai gegen Sch. verhandelte. Die An-
klage lautete auf Vergehen gegen die Seemannsord-
nung, Ueberschreitung der Disziplinargewalt
und Freiheitsberaubung, die über eine Woche
gedauert hat, worin das Verbrechen erblickt wird. Der 1854
zu Berlin geborene Angeklagte hat bekanntlich fortgesetzt seine
Leute mißhandelt und geschunden und im Hafen von Junin (Chile)
acht Matrosen ins Gefängnis stecken lassen, wo drei
Mann sechzehn, die übrigen vierzehn Tage saßen. Auch hat
er den einen Matrosen im Gefängnis mißhandelt. Täglich fragte
er die inhaftierten Leute, ob sie das von ihm geforderte Quantum
Arbeit (Kohlenlösch) leisten wollten. Sie erwiderten: „Wir
wollen so viel arbeiten, wie wir können.“ Der Gewaltmensch ant-
wortete: „So, Ihr wollt nicht arbeiten.“ Das alles vollzog sich
unter den Augen der hiesigen Behörden, die, wie der kommissar-
isch bernommene Hafenkommandant von Junin ausgesagt hat,
dem Angeklagten gefällig sein wollten, weshalb sie ihm das Ge-
fängnis überließen, ihm aber mitteilten, er müsse die Verant-
wortung tragen. Echt südamerikanisch! Am 30. März 1904 be-
ging der Angeklagte in angebranntem Zustande
an Deck Eggeffe, wobei er Revolvergeschosse ab-
feuerte, weshalb der 1. Offizier ihn unerschädlich
machte, indem er ihn bis zum 2. April in die Kojen
einwarf. Wie in der Verhandlung zur Sprache kam, sind die
Leute erst durch die Intervention des Sohnes des deutschen Konsuls
in Pisagua, der zufällig von einem entlassenen französischen Ge-
fangenen Kenntnis von der Einsperung erhielt, befreit worden.
Die Seeleute haben mit schweren Verbrechen, die zum Teil ge-
fesselt waren, in einer Hölle zusammen sitzen müssen.

Der Angeklagte bezeichnet alles als übertrieben, hält sich für
völlig berechtigt, seine „ungehorsamen“ Leute ins Gefängnis zu
bringen und bezeichnet den Journaleintrag des ersten Offiziers
über die Revolvergeschichte als einen Mordakt. Er habe wohl
Drohschüsse abgegeben, aber nur zu dem Zweck, sich von dem ersten
Offizier Gehorsam zu erzwingen. Als der Kapitän die Leute beim
Kohlenlösch „Sozialdemokraten“ und „Spitzbuben“ nannte, weil
sie nicht genügend gearbeitet haben sollen, bemerkte der erste Offi-
zier: „Die Leute arbeiten ja wie die Pferde.“

Nach dem hiesigen Strafgesetzbuch wird Freiheitsberaubung
mit Zuchthaus verurteilt, wobei, Körperverletzung dagegen nur
mit Geldstrafe geahndet.

Die Zeugen behaupten, der Vertreter des Konsulats sei erst
kurz vor ihrer Entlassung aus dem Gefängnis in Junin gewesen,
während der Angeklagte sagt, der Konsul sei schon am dritten Tage
in Junin erschienen und habe erklärt, er könne die Leute freila-
ssen, wenn sie nicht so viel arbeiten wollen wie die Leute anderer
Schiffe. Der Verteidiger stellt den Antrag, dem Konsul darüber
bernehmen zu lassen, da dann dieser für die weitere Inhaftierung
der Leute die Schuld tragen würde.

Das Gericht gab dem Antrage statt und setzte die Verhandlung
bis auf weiteres aus.

Flottenpatriotismus und proletarische Begehrlichkeit.

Der „unpolitische“ Flottenverein, dessen Wahlzettel bei der
Hottentottenwahl eine so große Rolle gespielt haben, hält vom
10. bis 13. Mai in Köln seine Hauptversammlung ab. Für Sonntag,
den 12. Mai, ist folgender Programmpunkt vorgesehen:

6 1/2 Uhr abends: Feste im „Gärtnich“, Köln. Preis
des Gedrucks inkl. Getränke M. 20.—. Für die Teil-
nahme an diesem Feste sind, soweit nicht Einladungen er-
gangen, Karten bei der Geldkassierin, Margaretenkloster 11, Köln,
gegen Entrichtung obigen Betrages erhältlich. Bei Einfindung
von M. 20.— erfolgt Zufendung der Karte durch die Post.

Wir wollen uns keineswegs gegen solch opulente Tafeln
moralisch entrüsten, glauben wir doch gern, daß manche der Herren
Flottenpatrioten gewöhnlich weniger beschreiben zu lassen
mögen.

Immerhin macht es sich doch ganz lässlich, daß diese Flottenpatrioten sich über die Proletarier erheben, die sich dagegen sträuben, die Flottenmilliarden just aus ihrer Tasche zu bezahlen! —

Zum Fall Eichhoff!

Die freisinnige „Rühlhäuser Zeitung“ hatte bekanntlich gegen Herrn Eichhoff den Vorwurf erhoben, daß er sein verpöndeltes Wort, eine etwa auf ihn fallende Wahl in Rühlhausen unter allen Umständen anzunehmen, gebrochen habe. Nunmehr hat eine Versammlung liberaler Vertrauensmänner für den Wahlkreis stattgefunden, der auch dem Herrn Eichhoff und dem Chefredakteur der „Rühlhäuser Zeitung“ auch als Vertreter der freisinnigen Fraktion der Abgeordnete Dr. Wiemer beizuwohnen. Die Vertrauensmännerversammlung beschloß schließlich eine Erklärung, in der es lautete:

In der Besprechung wurde anerkannt, daß einzelne Äußerungen des Herrn Prof. Eichhoff bei uns den Glauben erwecken mußten, daß eine Zusage gegeben sei und die Annahme der Wahl in unserem Kreise auch erfolgen würde. Auf der anderen Seite sind wir jetzt authentisch davon unterrichtet worden, daß Herr Prof. Eichhoff noch am 4. Februar, am Tage vor der Stichwahl, es ausdrücklich abgelehnt hat, eine Erklärung dahin abzugeben, daß er für den Fall einer Doppelwahl das hiesige Mandat bestimmt annehmen werde. Infolgedessen können wir den in Nr. 24 unserer Zeitung erhobenen Vorwurf, daß Herr Eichhoff sein „verpöndeltes Wort gebrochen“ habe, nicht mehr aufrecht erhalten. Zugleich erklären wir, daß die Angelegenheit, an der schließlich nur unsere Gegner ihre Freude hatten, für uns hiermit ein für allemal erledigt ist.

Daraus ergibt sich, daß Herr Eichhoff, um sicher zu gehen, tatsächlich während des Wahlkampfes sich so geäußert hat, daß die Rühlhäuser Liberalen annehmen mußten, Herr Eichhoff werde eine auf ihn fallende Wahl unter allen Umständen annehmen. Genau 24 Stunden vor der Wahl, als seine früheren Äußerungen ihre Schuldigkeit getan hatten, lehnte er allerdings eine Erklärung, daß er im Fall einer Doppelwahl das Rühlhäuser Mandat annehmen werde, ab. Herr Eichhoff ist mit seinen Äußerungen also sehr unvorsichtig gewesen, oder auch — sehr vorsichtig! —

Die Agrarier über den Mai-„Rummel“.

Wir lesen in der „Deutschen Tages-Zeitung“: „Es gewinnt den Anschein, als ob die Genossen jetzt selbst eingesehen hätten, daß die Maifeier nichts ist als eine Farce, und als ob die gequälten Artikel, die schauerhaftesten Gebilde und die häßlichsten Bilder der sozialdemokratischen Blätter nicht mehr im Stande sei, die Maifeier den Genossen schmackhaft zu machen und dem Abtun des Rummels Einhalt zu gebieten. Im übrigen erscheint uns die Berichterstattung einiger bürgerlicher Blätter über den Rairummel unangebracht. Durch lange Berichte und Abhandlungen wird ihm eine Bedeutung beigegeben, die er in Wirklichkeit gar nicht hat. Die ganze Maifeier ist zum Teil Spott, zum Teil Kinderei, zum Teil Selbstschneiderei.“

Wie könnte man auch den Rummel der nationalen Schweinepolitik zumuten, den Ideengehalt der Maifeier, dieser Kundgebung für die Arbeitszeitverkürzung und den Völkerrfrieden, zu verstehen! Ihr Begriffsvermögen erschöpft sich in dem einen, ihnen allerdings sehr vertrauten Begriff: „Selbstschneiderei.“

Erklärung.

Wie ich vernehme, hat die „Kölnische Zeitung“ vor einigen Tagen folgende Notiz veröffentlicht:

Bochum, 28. April. Die Strafkammer hat den Arbeiter Georg Welsch aus Annen wegen Verleumdung der Teilnehmer am deutsch-französischen Kriege zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Als in einer Wählerversammlung ein Redner den Einzug der Sieger schilderte und dabei auf eine Äußerung Sebels Bezug nahm, der der Aufforderung: „Fahnen heraus!“ das Wort entgegengestellt habe: „Trauerfahnen heraus! Die Nordbrenner kommen!“, hatte der Angeklagte gerufen: „Ja, das sind sie auch!“

Ich habe hierauf zu erklären, daß ich niemals eine Äußerung wie die in dem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ enthaltene oder eine ähnliche gemacht habe.

Diese angebliche Äußerung ist eine der Unterstellungen, die mir seit geraumer Zeit in einem Teil der bürgerlichen Presse systematisch gemacht werden, sie ist eine nichtswürdige Lüge. Schönberg-Verlin, den 1. Mai 1907.

A. Sebel.

Belgien.

Brüssel, 2. Mai. Das neue Ministerium ist gebildet worden wie folgt: Präsidium und Inneres: de Trooz, Finanzen Liebaert, Justiz Kenkin, Eisenbahnen Helleputte, Industrie Hubert, Kunst und Wissenschaft Descamps, Krieg Hellebaut, auswärtige Angelegenheiten l'Abignon, öffentliche Arbeiten Deibese.

Spanien.

Die spanische Kammer.

Madrid, 28. April. (Fig. Ber.)

Die Zusammensetzung des Parlaments soll nach den Resultaten der neuesten Ermittlungen von heute die folgende sein:

Konserverlathe	238
Liberalen	62
Republikaner	83
Katalonisten	14
Karlisten	15
Demokraten	9
Integrirten	2
Katholiken	2
Unabhängige	4
Unbestimmt	5
Summa	404

Schweden.

Wahlrecht.

Stockholm, 1. Mai. Der Wahlrechtsausschuß des Reichstages beschloß heute, beim Reichstage die Annahme des Regierungsentwurfes, betreffend das politische und kommunale Wahlrecht auf der Basis des Proportionalwahlsystems, mit einigen Abänderungen zu beantragen. In dem abgeänderten Entwurfe wird unter anderem die Wählbarkeit für alle kommunalen Stellen, aber nicht zu den Provinzialräten, allen kommunalstimmberechtigten Frauen zugestanden. Der Ausschuß hat diesen Entwurf mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen. Die Minderheit sprach sich für das Majoritätswahlrecht aus.

Gewerkschaftliches.

Englische Streikbrecher in Dresden.

Am Dienstag früh kamen in Dresden die englischen Streikbrecher an. Es waren 85 meist ganz junge Leute in ziemlich heruntergekommenem Zustande. Die Firma Seibel u. Raumann erlangte zu ihrer Unterbringung ein in der Nähe des Betriebes stehendes der Eisenbahn gehöriges Gebäude, das bekanntl. Redakteur: Hans Wenz, Berlin. Inseratenteil veranm.

schon eine lange Zeit unbenutzt dastand. Die Arbeitswilligen sind unorganisiert und kommen aus B o o l w i c h, wo sie vor einiger Zeit in den Arsenalen entlassen sein wollen. Wie sie behaupten, seien sie nicht in der Organisation, weil sie unter 21 Jahren noch nicht aufgenommen werden. (1) Doch dürfte es wohl gelingen, sie wieder zur Abreise zu bewegen, da sie mit dem ihnen gebotenen Lohn von 4,25 M. pro Tag nicht zufrieden sind. Es wurde unter ihnen ein englisch geschriebenes Flugblatt verbreitet, das wohl seine Wirkung nicht verfehlen dürfte. Wie es heißt, sollen noch mehrere englische Arbeitswillige abfuert sein.

Viel Freude dürfte die Firma auch an diesen Leuten nicht erleben.

Berlin und Umgegend.

Achtung Holzarbeiter!

Die für heute, Freitagabend 6 1/2 Uhr, einberufene kombinierte Sitzung findet nicht statt, da die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht bisher nicht zum Abschluß gelangt sind. Die Ortsverwaltung.

Gründung einer gelben Gewerkschaft in der Holzindustrie.

Gestern Abend fand im „Deutschen Hof“ in der Ludauerstraße auf Einladung der Herren Reineke (bekannt als Sekretär des Innungsamtes in der Alexanderstraße), Oberländer und Kleinsteuer eine Versammlung statt. Der Verlauf der Versammlung führte zur Gründung einer Arbeitswilligenorganisation. Von anwesenden Reisnern wurde der gelben Gewerkschaft Unterstützung zugesichert.

Achtung, Portefeuille und Lebergalanterie-Arbeiter.

Wegen fortwährender Preisdifferenzen und Nichtanerkennung des Tarifes haben sämtliche Arbeiter der Firma A. Schmalbe, Kommandantenstr. 18, die Arbeit niedergelegt. Diese Werkstatt ist solange als gesperrt zu betrachten, bis die Ortsverwaltung die Sperre aufhebt, und dies in geeigneter Weise zur Kenntnis der Kollegen bringt.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Portefeuille.

Die Fensterputzer der Firma Juhre, Palisadenstraße, befinden sich im Streik. Ihre Forderung besteht in 24 M. Wochenlohn. Streikbrecher haben sich bis jetzt nicht gefunden. — Zugung ist fernzuhalten.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Schuhwarenfirma Stiller haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Folgende Geschäfte kommen in Betracht: Jerusalemstr. 38-39, Roßbamerstr. 2, Friedrichstr. 75 und Tauenzienstr. 19a. Die Ortsverwaltung.

Zur Aussperrung der Charlottenburger Mülkutscher.

Am Dienstag fand im Volkshause eine öffentliche Versammlung der ausgesperrten Mülkutscher statt. Weder gab den Situationsbericht und erklärte, daß, wenn auch alle Wagen mit Streikbrechern doppelt besetzt seien, die Kollegen trotzdem ruhig eine abwartende Stellung einnehmen sollen. Redner macht bekannt, daß zu dieser Versammlung die Mitglieder der Deputation, welcher die Mülkutfuhr unterstellt sei, alle persönlich schriftlich eingeladen seien, aber, mit einer Ausnahme, niemand erschienen ist. Diese Ausnahme macht der Vertreter der sozialdemokratischen Partei. Was die Bestrebungen der Einigung anbetrifft, so macht Redner den Versammelten den Vorschlag, sich selbst an das Gewerbegericht zu wenden, obgleich die Firma verpflichtet ist, das Gewerbegericht anzurufen, denn sie hat mit dem Magistrat der Stadt folgenden Vertrag abgeschlossen:

§ 14, Abs. 2.

Zur Schlichtung etwa entstandener Streitigkeiten, die zum Streik zu führen drohen, hat der Unternehmer in jedem Fall und so schnell wie möglich das Gewerbegericht in Charlottenburg als Einigungsamt anzurufen.

Wie es scheint, hält es aber die Gesellschaft nicht für nötig, sich an diesen Paragraphen zu halten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen und wurden die nötigen Schritte sofort unternommen.

In ihrer Mittwochsausgabe hat die schon rühmlichst bekannte Charlottenburger „Neue Zeit“ wieder einmal versucht, die Firma reinzuwaschen, was ihr aber schlecht gelungen ist. In der Ausgabe vom 28. April 1907 schreibt diese Zeitung vom Streik der Mülkutscher und sagt, die Kutscher usw. seien in den Ausstand getreten und die Direktion habe sich mit den Angestellten in Verbindung gesetzt. In der Ausgabe aber vom 2. Mai sagt die Zeitung selbst, wir sahen und gezwungen, unsere gesamten Arbeiter mit dem heutigen Tage zu entlassen. Dieser Widerspruch charakterisiert beide Teile.

Was die Behauptungen anbelangt, daß Millionen aus dem Müll genommen werden und daß die Abfuhrgesellschaft darüber einen Artikel in der „Zeit im Bild“ gebracht hat, so verweisen wir auf den 2. Jahrgang, Nr. 43, Seite 1527-1529 der genannten Zeitschrift. Dort findet man die Photographien und den Artikel. Wir können ferner versichern, daß für die „Illustrirte Zeitung“ wiederum photographische Aufnahmen gemacht worden sind. Was nun den angeblichen Akt der Brutalität anlangt, da möchten wir doch die Redaktion ersuchen, mit derartigen Verichten recht vorsichtig zu sein. Der Reinfall, den sie mit dem Mülltransport-Unternehmer Müller erlitten, müßte doch der Redaktion noch in den Knochen stecken.

Die Moralpredigt, welche die Redaktion dem Transportarbeiterverband alaubb geben zu müssen, kann sie besser für sich behalten.

Deutsches Reich.

Im Königsberger Hafen

Ist es zu dem vorausgesagten Kampfe gekommen. Nachdem die Hafenarbeiter in einer am Sonnabend abgehaltenen Versammlung das von den vereinigten Arbeitgebergruppen, Getreideabladern, Reedern und Schiffsmaklern ihnen unterbreitete Verlangen auf Abgabe eines formell bindenden Versprechens, ihre Verbandsangelegenheiten künftig nicht mehr mit dem Arbeitsverhältnis zu vermischen, insbesondere mit nichtorganisierten Arbeitern zusammenzuarbeiten, unter Hinweis auf den § 153 der Gewerbeordnung abgelehnt hatten, erklärten nunmehr die Arbeitgeber, sie würden von nun an nur noch diejenigen Arbeiter annehmen können, die sich vorher schriftlich bereit erklären, mit Nichtorganisierten zusammenzuarbeiten. Die Königsberger Interessenten haben die Hilfe des Zentralvereins deutscher Reederei angerufen, der durch die Mithilfe der Hamburg-Amerika-Linie in der Lage zu sein glaubt, den Arbeitgebern genügend Arbeitswillige zur Verfügung zu stellen. Für polizeilichen Schutz der Streikbrecher sind seitens der Behörden natürlich die üblichen Vorkehrungen getroffen. — Gestern vormittag haben nun die Stauerarbeiter auf allen Schiffen des Hafens die Arbeit niedergelegt. Mit dem Dampfer „Guahaba“ sind bereits 408 auswärtige Stauerarbeiter eingetroffen; der Betrieb im Hafen wird nach Ansicht der Unternehmer Freitag früh in vollem Umfang aufgenommen werden können.

Sämtliche Bauarbeiter Sagans sind in den Ausstand getreten, nachdem ihre Forderung auf Lohnerhöhung von dem Arbeitgeberverband abgelehnt worden war.

Sämtliche Arbeiter der Schmottefabrik von Gebrüder S t a m p f e, zu Ebersberg in Sachsen-Altenburg kloten am Dienstag früh wegen

Lohn-differenzen die Arbeit nieder. In Betracht kommen 100 Mann; dieselben sind alle organisiert. Gefordert wird ein Stundenlohn von 32 Pf.; unter der heutigen Forderung gewiß ein horrender Verdienst. Zugung ist strengstens fernzuhalten.

Ausland.

Neue Verhaftungen.

Paris, 29. April. (Fig. Ber.)

Clemenceau setzt seine Unterdrückungspolitik gegen die Arbeitskonföderation mit bestimmungsloser Beharrlichkeit fort. Heute früh wurden wiederum drei Mitglieder der Arbeitskonföderation verhaftet. Der eine, Bousquet, ist der Leiter der Nahrungs-mittelgewerkschaft, die gerade jetzt im Ausstand steht, und seine Verhaftung wird darum bei der Kapitalistenpresse besonderes Wohlgefallen hervorrufen. Der zweite, der Föderationskassierer Lévy, hat schon im April vorigen Jahres die Schätzung, die Clemenceau für die individuelle Freiheit hat, am eigenen Leib erfahren. Der dritte Verhaftete, De Lalé von der Schuhmachergewerkschaft, ist in der Öffentlichkeit wenig hervorgetreten.

Als Grund der Verhaftung wird „Aufreizung durch Reden in öffentlicher Versammlung“ angegeben. Aber die Maßregel ist nicht einmal formell zu rechtfertigen, da die Verhafteten ihre Reden in geschlossenen Gewerkschaftsversammlungen gehalten haben. Doch Clemenceau ist eben kein Paragrafenstreiter. Wie er vor einigen Jahren einigen um ihr Koalitionsrecht besorgten Lehrern gesagt hat, kann man mit einem unbehaglichen Geßel auf simple Art fertig werden — indem man es bricht.

Der Polizeisäbel

hat gestern Abend in der Rühlensstraße wieder einmal blutige Arbeit verrichtet. Ein Schutzmänn schlug einen am Boden liegenden betrunkenen Mann mit der scharfen Klinge vier Ziehe über den Kopf, so daß der schwer Verwundete in einer Droschke nach einem Krankenhause übergeführt werden mußte.

Ueber die entsehlige Tat wird uns von einem Augenzeugen berichtet:

In der Rühlensstraße sang und lamentierte in der achten Abendstunde ein schwer betrunkenen Mann, dem ein hinzukommender Schutzmänn gebot, sich ruhig zu verhalten und weiterzugehen. Der Betrunkene, der offenbar die Forderung des Beamten nicht begriff, setzte sein Singen fort. Der Beamte wollte nunmehr den Mann fesseln; er konnte denselben aber nicht festschaffen, da sich der Sittierte nunmehr auf die Erde setzte. Der Schutzmänn legte dem Mann einen Handnebel an, den er derartig anzog, daß er sprang. Der am Boden Liegende, dem in seiner Trunkenheit doch wohl ein dumpfes Gefühl der durch den Nebel verursachten Schmerzen zum Bewußtsein kam, rief mehrere male, daß der Beamte den Nebel abnehmen solle. Der Beamte stellte wiederum das Verlangen, daß der Mann ihm folgen solle. Als dies der auf der Erde Sitzende nicht tat, zog der Schutzmänn seinen Säbel und schlug den Wehrlosen viermal mit der scharfen Schneide über den Kopf. Aus den Wunden strömte das Blut, und der schwer Verletzte sank hintenüber. Dem Schutzmänn schien nunmehr die Sache etwas kritisch zu sein, denn er suchte plötzlich das Weite. Das sich in großer Anzahl ansammelnde Publikum gab seiner Empörung in kräftigen Worten Ausdruck. Es wurde auch eine Verhaftung vorgenommen, aber der Verhaftete war nicht etwa der Schutzmänn, der einen betrunkenen Mann in so entsehliger Weise verwundet hatte, sondern verhaftet wurde ein Mann aus dem Publikum, der möglicherweise über die blutige Tat entrüstet war.

Die durch nichts entschuldbare Handlungsweise des Schutzmannes wird hoffentlich ihre Sühne finden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Angeländigte Metallarbeiteraussperrung.

Offenbach a. M., 2. Mai. (W. T. V.) Wie die „Offenbacher Zeitung“ meldet, hat gestern der Verband der Metallindustriellen von Frankfurt a. M. und Umgegend aus Anlaß des Ausstandes der Offenbacher Metallarbeiter beschlossen, sich mit den Offenbacher Metallindustriellen solidarisch zu erklären. Infolgedessen werden am 25. Mai 60 Proz. der Metallarbeiter in den Fabriken von Frankfurt a. M. und Umgegend ausgesperrt werden.

Zur Bewegung im Königsberger Hafen.

Königsberg i. Pr., 2. Mai. (W. T. V.) Eine heute Abend abgehaltene Versammlung der Hafenarbeiter hat nach Kenntnisnahme der heutigen Erklärung der Arbeitgeber eine Resolution gefaßt, in der es heißt: der bloße Umstand, daß Hafenarbeiter nicht organisiert sind, ist für die Mitglieder des Verbandes kein Grund, das Zusammenarbeiten mit ihnen abzulehnen. Die Verbandsmitglieder müssen sich aber das durch die Gewerbeordnung gewährleistete Recht vorbehalten, das Zusammenarbeiten mit solchen Personen zu verweigern, von denen sie in ihrer Ehre schwer gekränkt und zum Zwecke der Bestrafung denunziert sind. Gleichzeitig erklärt die Versammlung, das Einigungsamt des Königsberger Gewerbegericht als Vermittler anzurufen. Diese Resolution soll morgen den Reedern unterbreitet werden.

Rettung Schiffbrüchiger.

Bremen, 2. Mai. (W. T. V.) Die Rettungstation Vorkum der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 2. Mai von dem hier gestrandeten holländischen Fischerkutter „Drei Gebroeders“, Kapitän a. D. Lei, vier Personen durch das Rettungsboot „Otto Fab“ der Substation gerettet.

Interpellation über Eduards Rundreise.

London, 2. Mai. (W. T. V.) (Unterhaus). Der Liberale Lea stellt an die Regierung die Frage, ob sie an dem verfassungsmäßigen Gebrauch schalte, daß bei allen Zusammenkünften des Königs mit fremden Souveränen oder Ministern, bei denen es sich um Staatsangelegenheiten handle, ein dem Parlament verantwortlicher Minister zugegen sein solle, und ob über die Zusammenkünfte des Königs mit fremden Souveränen oder Ministern in bezug auf Staatsangelegenheiten während der Mittelmeerreise irgend welche Aufzeichnungen gemacht worden seien. Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, verliest hierauf eine schriftliche Erklärung, in der es heißt, die Gepflogenheit, daß der König bei Abwesenheit von der Hauptstadt stets von einem Minister begleitet werde, sei niemals streng durchgeführt. Der Besuch des Königs in Gattaca sei ein zereemonieller Gegenbesuch auf den Besuch des Königs von Spanien in England, der Besuch beim Könige von Italien in Gaeta dagegen ein rein privater gewesen. Bei allen Verhandlungen über Staatsangelegenheiten werde an dem verfassungsmäßigen Gebrauch und an der Verantwortlichkeit der Minister festgehalten.

Ueberfall im Eisenbahngasse.

Nowotsherkost, 2. Mai. (W. T. V.) Auf der Bahnlinie Jarigin-Richaja wurde ein Eisenbahnkassierer in der Nähe der Station Balkowo im Wagon von mehreren Bewaffneten ermordet und einer Summe von 60 000 Rubel beraubt.

Reichstag.

48. Sitzung, Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Fürst v. Bülow, Graf Posadowsky, Dr. Nieberding, Dernburg.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei. Zur Diskussion stehen die Fragen der inneren Politik. — Hierzu liegen zwei Resolutionen vor, eine vom Zentrum auf Vorlegung einer Denkschrift über die Erfolge des Erbherrnrechts und die Förderung der allgemeinen Wohnungsfürsorge, und eine der Freisinnigen auf Beseitigung der Wehrpflicht, wonach die Gewährung freier Lehrmittel, freier Medizin, Krankenhaus- oder Heilstättenbehandlung als Armenunterstützung angesehen werden kann und den Verlust des Wahlrechts nach sich zieht.

Abg. Kämpf (fr. Sp.) begründet diese Resolution. Der jetzige Rechtszustand, wonach Heilstättenpfleglinge und Kranke, die ohne Entgelt Krankenhausbildung genossen hätten, ihr Wahlrecht auf ein Jahr verlieren, selbst wenn sie schon die Kosten zurückgezahlt hätten, widerspreche dem allgemeinen Rechtsbewußtsein. (Sehr wahr! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Reichskanzler hat unter dem 5. April 1904 ein Reskript an den Kriegsminister und den Minister des Innern gerichtet, daß sie darauf hinarbeiten sollten, daß sie für diese Zwecke sich besondere Stiftungen verschaffen oder besondere Fonds anlegen. Ich habe jetzt eine Umfrage veranstaltet, in welchem Umfang dieser Aufforderung Folge gegeben worden ist. Nach Eingang des Materials werde ich die Angelegenheit im sozialpolitischen Geiste der Gegenwart prüfen; es scheinen da Härten vorzukommen. Eine definitive Antwort kann ich heute noch nicht geben. (Beifall.)

Abg. v. Olenhusen (Welfe): Der Reichskanzler tritt für die legitimen Rechte des Sultans von Marokko ein; über die Rechte eines deutschen Bundesfürsten geht er einfach zur Tagesordnung über. Fürst Bülow will noch auf seinem Grabe der agrarischen Reichskanzler heißen, aber seine Millionen legt er in römischen Willenbüß an. (Lachen.)

Präsident Graf Stolberg (wütend aufspringend): Ich muß Sie bitten, nicht auf die private Tätigkeit des Herrn Reichskanzlers einzugehen. (Wah! rechts.)

Abg. v. Olenhusen (fortfahrend): Einem solchen Reichskanzler aus den Steuern des deutschen Volkes auch noch das Gehalt zu bewilligen, dazu bin ich nicht imstande. (Stürmisches Gelächter.) Tausende monarchisch gesinnte treue Untertanen weinen darüber, daß einem deutschen Bundesfürsten sein Recht verweigert wird. (Gelächter.) Rüge den deutschen Fürsten bald Erleuchtung zuteil werden. (Lautes Lachen.) Wir wollen deutsche Fürsten von Gottes Gnaden, nicht von Bülow's und Ottos Gnaden! Sagen Sie nicht den Äst der Legitimität ab, auf dem Sie sitzen. (Stürmisches langanhaltendes Gelächter im Hause und auf den Tribünen.)

Reichskanzler Fürst Bülow:

Seitdem ich an dieser Stelle stehe, habe ich mich gegenüber allen Mitgliedern des Hauses stets eines rein sachlichen Tones bedient. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich werde daher auf die persönlichen Angriffe des Vorredners nicht in dem gleichen Tone antworten. (Wah! rechts.) Sachlich habe ich über die Braunschweiger Frage folgendes zu sagen: Bestimmend für meine Haltung ist nur der Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885, dessen tatsächliche Grundlagen auch nach der Ueberzeugung des Bundesrats heute noch fortbestehen. Eine Vermittlung zur Aufhebung dieses Beschlusses müßte ich ablehnen, weil die Regierungsübernahme Sr. Maj. Hoheit des Herzogs v. Cumberland für mich nach diesem Beschluß überhaupt nicht diskutabel war. Der kühle Ton meines Abwehnschreibens sollte die Gefühle der braunschweigischen Bevölkerung nicht verletzen. In der Sache ist daran festzuhalten, daß das Reich eine Agitation nicht dulden kann, die gegen seine zu Recht bestehende politische Struktur gerichtet ist. (Beifällige Zustimmung.) Daß die Einsetzung des Herzogs v. Cumberland in Braunschweig ein Wieder aufnehmen der welfischen Agitation bedeuten würde, ist ohne weiteres klar. Es genügt nicht, wenn der Herzog v. Cumberland erklärt, daß er sich auf den Boden der Reichsverfassung stelle. Er muß für sich und sein ganzes Haus rückhaltlos ein für allemal auf Hannover verzichten, und die Führer der welfischen Agitation müssen veranlaßt werden, sich einer solchen Erklärung ebenso rückhaltlos anzuschließen. (Beifall.) In der jetzigen schwierigen Weltlage müssen wir alles vermeiden, was den inneren Zusammenhang des Reiches lockern könnte. (Zustimmung.) Deutschland hat in der Vergangenheit durch innere Zwistigkeiten zu viel gelitten, als daß wir nicht darauf Bedacht nehmen müßten, alles fernzuhalten, was zu einer Wiederholung solcher Zwistigkeiten führen könnte. Ein regierender Fürst darf im neuen Deutschen Reich nur sein, der gewillt ist, mit freudigem Herzen und ohne jeden Hintergedanken sich in den Bau des Reiches einzufügen. — (Beifall.) Der Bundesratsbeschluss vom 29. Februar 1904 greift in keiner Weise in das Selbstbestimmungsrecht des Landes Braunschweig ein. Braunschweig kann jeden zum Regenten wählen, der ihm genehm ist — das Reich und Preußen werden sich darauf beschränken, zu wünschen, daß dem neuen Regenten eine geeignete Regierung im Interesse Braunschweigs und zum Wohle des Reiches beschreiben sein möge. (Lebhafte Beifall rechts, im Zentrum und bei den Liberalen.)

Abg. Dr. David (Soj.):

Der Vertreter der Welfen wird nach den Darlegungen des Reichskanzlers wohl zu der Einsicht gekommen sein, daß seine Klagen keine praktischen Folgen haben werden, denn wenn in irgend einer Frage, so gilt hier der Satz: „Recht geht vor Recht!“ Die Fürsten „von Gottes Gnaden“ haben von jeher, auf die Schwärter gestützt, niemals Bedenken getragen, einen anderen Fürsten „von Gottes Gnaden“ vom Thron zu stoßen, sobald ihnen die militärische Gewalt die Möglichkeit in die Hand gab. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist uns ziemlich gleichgültig, ob ein Welfe oder ein Sproß aus einem anderen Fürstenhause auf dem Braunschweiger Thron sitzt. Für die Bevölkerung Braunschweigs wird dadurch nichts geändert und für das Deutsche Reich ebenfalls nicht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Jundächt einige Worte über unsere Stellung zu den Resolutionen. Der Resolution der Freisinnigen stimmen wir zu, ebenso der Begründung, die hier Herr Kämpf gegeben hat. Wir gehen aber noch weiter. Hier meinen, daß die Armutsklause, die Bestimmung, daß unverschuldete Armut dem Betroffenen die öffentlichen staatsbürgerlichen Rechte entzieht, ein Hohn auf den christlichen Staat ist. Man sagt: „Armut schändet nicht.“ Das ist eine Unwahrheit, wie vieles andere. Unsere Wahlrechtsbestimmungen zeigen ganz offiziell, daß Armut allerdings schändet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was die Resolution des Zentrums betrifft: die Reichsregierung zu ersuchen, auf den verschiedenen Wegen die Wohnungsfrage einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen, so stimmen wir auch hierzu zu. Die Begründung dafür ist von uns oft genug gegeben worden, so daß ich sie nicht zu wiederholen brauche. In der Resolution wird die Reichsregierung weiter ersucht, darauf hinzuwirken, daß überall Wertzuwachssteuern eingeführt und sonstige Maßregeln zur Erwerbung wucherischer Grundstückspekulation ergriffen werden. In dieser Beziehung kann ich auf das verweisen, was mein Parteifreund Singer vor wenigen Tagen hier ausgeführt hat. Die Vorbedingung dafür, daß auf diesem Gebiete etwas geschieht, ist, daß das Privileg der Hausbesitzer in den Städten beseitigt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dann habe ich noch eine Sache zu erörtern, die den Reichskanzler persönlich betrifft. Er hat in der Sitzung vom 28. Februar in diesem Hause gelegentlich der Vorlesung, die er meiner Partei über ihre Kampfmethode und ihren Ton zu halten für gut fand, einen Fall erwähnt, der die unanständige Kampfmethode der Sozialdemokraten zeigen sollte. Er verlas eine Notiz aus der „Frankfurter Zeitung“, wonach der Parteisekretär Dittmann in Frankfurt ein Flugblatt geschrieben habe, in dem vollkommen zu Unrecht gegen die Freisinnigen der schwere Vorwurf des Stimmenlaufs erhoben sei, und in der weiter erklärt wurde, daß dieses Flugblatt am Tage vor der Wahl, bei welcher der angelegte Stimmenlauf stattgefunden habe, gedruckt worden sei! Wir haben sofort darauf aufmerksam gemacht, daß die „Frankfurter Zeitung“ bereits am Abend desselben Tages, an welchem sie diese Notiz veröffentlichte, eine Richtigstellung unseres Parteigenossen Dittmann gebracht habe. Dem Gewährsmann des Reichskanzlers war diese Richtigstellung entgangen sowie auch, daß die gesamte sozialdemokratische Presse von ihr Kenntnis genommen hatte. Weiter war ihm entgangen, daß Dittmann, um die Sache klarzustellen, gegen den Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ Klage erhoben hatte. Seit jenem Tage ist der Reichskanzler hier noch nicht erschienen und hat auch keine Erklärung ergehen lassen, welche die schwere Ehrenkränkung gegen unseren Genossen Dittmann zurücknimmt. Dittmann hat an den Reichskanzler selbst ein Telegramm geschickt, in welchem er ihm den Tatbestand mitteilte und ihn ersuchte, eine Ehrenerklärung abzugeben. Auch das hat bis heute noch keinen Erfolg gehabt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die den Tatsachen widersprechende eheverleumdende Mitteilung des Reichskanzlers hier im Hause ist zur Befämpfung der Sozialdemokratie benutzt worden. Die Rede des Reichskanzlers mit dieser unwahren Erklärung ist vom Reichsverband zur Befämpfung der Sozialdemokratie in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet worden, obwohl wir den Fall sofort richtig gestellt haben! Ich glaube, das ist ein Vorgehen, das zu charakterisieren es einen parlamentarischen Ausdruck nicht gibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie (noch rechts) sich durch den Ausdruck „Reichsverband“ beschwert fühlen, so ist das hier doch einmal ein Fall, der unwiderleglich die Richtigkeit unserer Behauptung zeigt, daß es dem Verband in der Befämpfung der Sozialdemokratie an jeder Gewissenhaftigkeit mangelt, daß Unwahrheiten verbreitet werden, obwohl sie öffentlich wiederholt richtig gestellt sind. Der Reichskanzler wird daraus die Ueberzeugung gewonnen haben, daß er auch seinerseits die Sache richtig stellen muß, damit der Rüge der Klopff zertreten wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Damit er eine Grundlage hierfür hat, will ich ihn auf die Gerichtsverhandlung hinweisen, die in dieser Sache in Frankfurt am 28. April stattgefunden hat. Dort ist nachgewiesen worden, daß der Verfasser des Flugblatts berechtigt war, von dem Versuch des Stimmenlaufs zu sprechen. Der Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ wurde zu 300 M. Geldstrafe oder zu zehn Tagen Haft verurteilt. In dem Urteil ist ausdrücklich festgestellt, daß die Verhandlung ergeben hat, daß das Flugblatt erst am Tage der Stichwahl entstand. Weiter heißt es in dem Urteil: „Es ist bedauerlich, daß die Sache im Reichstage zur Sprache gebracht worden ist; denn dadurch ist der Kläger, von dem auch die Gegenseite anerkennt, daß er bisher ruhig und sachlich gelimpft habe, in der breitesten Öffentlichkeit bloßgestellt worden.“ Ich glaube wohl, daß der Reichskanzler daraufhin Veranlassung nehmen sollte, auch seinerseits ein Wort der Ehrenerklärung zu sprechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Ihnen zu zeigen, in welcher Weise derartige Fälle, wenn sie einmal in die Öffentlichkeit geworfen sind, festhaften, will ich mitteilen, daß ein Teil der gegnerischen Presse über die Gerichtsverhandlung in Frankfurt einen Bericht bringt, worin es heißt, daß ein sozialdemokratischer Redakteur einem freisinnigen zu Unrecht den Vorwurf des Stimmenlaufs gemacht habe, deswegen angeklagt und zu 600 M. Geldstrafe verurteilt sei!!! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Weise werden die Dinge auf den Kopf gestellt. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß der Reichskanzler seine Kampfmethode gegen uns überhaupt nicht nach der des Reichsverbandes einrichtet. — Wenn er von dieser Kampfmethode den Sieg erhofft, so ist diese Hoffnung durch den Ausfall der Radwahl in Glaucha-Meckern wohl etwas erschüttert worden. Bei dieser Radwahl hat sich selbst der Kandidat der bürgerlichen Parteien durch die Methode des Reichsverbandes geniert gefühlt und ihn verweigert! Die Radwahl hat gezeigt, daß auf die Dauer diese niedrige Kampfmethode nicht zieht, sondern am gesunden Sinn unseres Volkes zugrunde geht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen vom Reichskanzler nicht, daß er Sozialdemokrat werde. (Weiterkeit.) Mag er uns nur bekämpfen, aber doch mit einem gewissen Verständnis, mit einer gewissen Würdigung der Forderungen und Ziele unserer Bewegung. Das kann man auch von einem Gegner verlangen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich verweise ihn nur auf den Professor Schmoller.

Der Herr Reichskanzler sagte, die Sozialdemokratie sei aus dem Haffe geboren, und er sprach von „phantastischen, perfiden Anträgen“, die wir gestellt hätten. Diese Wendungen standen im seltsamen Kontrast zu seiner heutigen Erklärung, daß er alle Parteien dieses Hauses nur in sachlich unantastbarer Form bekämpfe. Was sagt Schmoller über die Sozialdemokratie? Er schreibt in seinem Buche „Grundzüge der Volkswirtschaftslehre“: „Wir dürfen nicht vergessen, daß die Organisation der Arbeiter die Regierungen und die Besitzenden so nachdrücklich an ihre sozialen Pflichten erinnerte, daß eine ernsthafte Sozialreform in Angriff genommen wurde. Die sich geltend machenden Stimmen der Wissenschaft, der Kirche, der Humanität waren in den Tagen des Kampfes um das goldene Halb viel zu schwach dazu! Die selbstbewußte Organisation des Arbeiterstandes ist der Ausdruck der weltgeschichtlichen Tatsache, daß die Menschheit eine Kulturhöhe erreicht hat wie nie früher, eine Kulturhöhe, die auch die unteren Klassen nicht mehr zum passiven Fußgehirn der oberen, sondern zu einem selbstbewußten aktiven Glied des Gesamto rganismus machen will und kann.“ Wenn der Herr Reichskanzler sich zu dem Standpunkt dieses Gegners der Sozialdemokratie hinaufschwingen wollte, dann könnten die Auseinandersetzungen mit ihm fruchtbarer sein als jetzt.

Die erste Rede, in der der Herr Reichskanzler die Sozialdemokratie nicht angegriffen hat, war die gestrige. Da scheint ihm eine Abnung aufgegangen zu sein, daß die Sozialdemokratie doch kein so ganz zu vernachlässigender Faktor ist, wenn es sich um die auswärtige Politik Deutschlands handelt. (Lachen rechts.) Die 3 1/2 Millionen Wähler der Sozialdemokratie können da nicht außer Betracht gelassen werden. (Zuruf rechts.) Herr Pauli meint, wir möchten 2 Millionen von unseren Wählern abgeben, die nicht überzeugte Sozialdemokraten sind. Nun, wenn die konservative Partei prüfen wollte, wie viele ihrer Anhänger mit Bewußtsein und Ueberzeugung zu ihr gehören, dann müßte sie mindestens 90 Proz. ihrer Wähler abgeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zuruf rechts.) Daß nicht die Sozialdemokratie es ist, die auf die Dummheit der Massen spekuliert, beweist die Tatsache, daß wir frei und überall für höhere Volksschulbildung eingetreten sind, während den Herren auf der Rechten die Kinder in der Volksschule noch immer viel zu viel lernen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich sagte also, gestern hat der Herr Reichskanzler zum ersten Male die Sozialdemokratie etwas schonend behandelt. Auf der anderen Seite war es interessant, daß die Konfession, die wir zu Beginn der Session in diesem Hause hatten, sich gestern plötzlich verschoben hat. Unsere Voraussetzung, daß die Feindschaft zwischen Zentrum und Regierung nicht lange dauern würde, hat sich gestern als richtig erwiesen. Rechte und Zentrum haben sich wiedergefunden, und was war die Morgengabe? Auch das ist sehr

interessant: das Zentrum stimmte der Absicht der Regierung zu, sich auf eine Diskussion der Abrüstungsfrage auf der Daager Konferenz nicht einzulassen! Ein schneidender Hohn auf das offizielle Christentum, das doch gerade von der Zentrumspartei ganz speziell vertreten wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die dieses christliche Ideal des Weltfriedens noch vertritt.

Präsident Graf Stolberg: Wir behandeln heute die Fragen der inneren Politik; ich bitte, nicht weiter als unbedingt notwendig, auf die gestrige Debatte zurückzugreifen.

Abg. Dr. David (fortfahrend): Ich wollte mit diesen Worten auch nur kurz die veränderte Konstellation im Inneren beleuchten. Was wird nun wohl dem Zentrum dafür gewährt werden? Ein solches kann man wohl mit Bestimmtheit sagen: Dadurch ist die Garantie gegeben, daß es mit der liberalen Aera nichts ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird in Deutschland keine liberale Politik geben, so lange Fürst Bülow Reichskanzler ist. Was ist denn bis jetzt von liberalen Erscheinungen in unserer inneren Politik zu verzeichnen gewesen? Absolut nichts! Vor wenigen Tagen haben wir im preussischen Abgeordnetenhaus die Debatte über die Schulaufsicht gehabt — das System Studt bleibt, dieses System, dessen Sturz die erste Forderung der liberalen Strömung war. Dies System Studt hat sich neuerdings noch neue Vorbeeren geholt, dadurch, daß es zu Charlottenburg einen Kindergarten verbot, nur weil dort nicht den Kindern die patriotischen und kirchlichen Ammenmärchen gelehrt wurden, und dadurch, daß es in Kiel den Lehrern verboten hat, Arbeitern die deutsche Sprache zu lehren. Leider ist ja die preussische Volksschule so schlecht, daß sie die erste nationale Pflicht, dem deutschen Volke die Beherrschung seiner Muttersprache beizubringen, in so ungenügendem Maße erfüllt, daß die Arbeiter genötigt sind, das nachträglich nachzuholen und deutsche Sprachkurse einzurichten. Die Volksschulbehörde in Kiel hatte es den Volksschullehrern erlaubt, in solchen Unterrichtskursen mitzuwirken, aber der Herr Kultusminister hat die Erlaubnis zurückgezogen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Stolberg: Diese Frage gehört in das preussische Abgeordnetenhaus, nicht hierher. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. David (fortfahrend): Ich habe diese Frage ganz speziell vom nationalen Standpunkte und von dem der liberalen Aera aus behandelt. Was hat auf politischem Gebiete die „liberale Aera“

für Erscheinungen gezeigt? Auf der einen Seite eine sehr große Weitzerigkeit, wie im Falle Buitkamp, wo festgestellt ist, daß man in Deutschland falsche Pässe ausstellen und trotzdem Gouverneur einer deutschen Kolonie sein kann, und auf der anderen Seite den engherzigen Parteigeist, der es einem Sozialdemokraten sogar verbietet, Mitglied einer freiwilligen Sanitätskolonne zu sein! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben weiter gehört, daß das kommende Vereins- und Versammlungsrecht sich aufbauen müsse auf dem Grundgedanken, daß die nötigen Garantien für die Aufrechterhaltung der Ordnung gegeben würden. Ich würde dem Herrn Reichskanzler empfehlen, einfach den Zustand, wie er in Hessen besteht, auf das Reich zu übertragen. Dort gibt es überhaupt kein Vereins- und Versammlungsrecht, und Sie sehen, es geht auch ohne dies. Oder haben Sie je gehört, daß in Hessen deshalb besondere Anruhen entstanden seien? Dafür, daß die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wird, ist durch das Strafgesetzbuch genügend gesorgt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat neulich das feierliche Gelöbniß abgelegt, daß er

agrarisch leben und sterben

wolle. Als neuer Stern am Himmel der agrarischen Politik sind aufgetaucht die Wählernachsteuer und die Schiffahrtsabgaben. Auf diese Fragen muß ich hier eingehen, soweit der Herr Reichskanzler dafür verantwortlich ist. Seit zwei Monaten bereits läuft eine Interpellation in dieser Frage — übrigens auch eine andere über die Grundrenten. Inzwischen ist im preussischen Abgeordnetenhaus unsere Interpellation durch den Minister Breitenbach bereits beantwortet in einer Weise, die zeigte, daß die preussische Regierung in diesem Falle im Widerspruch zu den klaren Bestimmungen der Verfassung vorgegangen ist und daß hier

ein Einbruch in das verfassungsmäßige Recht des Volkes

vorliegt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Frage der Schiffahrtsabgaben war eine der wichtigsten bei der inneren Einigung Deutschlands. Man hat besondere Verträge zur Regelung der Frage abgeschlossen. Man hat sie herbeingenommen in die Reichsverfassung, damit sie ein für allemal ausschreibe aus der inneren deutschen Politik. Als zuerst diese Frage von der konservativen Presse wieder angeschnitten wurde, hat der Herr Reichskanzler, um die daraus entstehende Unruhe in Süddeutschland aus der Welt zu schaffen, im Reichstage eine Erklärung abgegeben, die klar und deutlich besagte, daß jede Abgabenerhebung lediglich für die Befahrung natürlicher Wasserstraßen Reichs Sache sein müsse. Er fügte hinzu, daß, wenn ein Gesetz dieser Art käme, es die Bedingungen erfüllen müsse, die zu einer Verfassungsänderung gehören, d. h., daß weniger als 14 Stimmen im Bundesrat dagegen sein müßten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber schon zur selben Zeit bestand im Schoße des preussischen Ministeriums die Absicht, den Paragraphen hinwegzudeckeln. Das Produkt der Interpretationskünste haben wir im § 19 der preussischen Kanalvorlage vor uns. Dieser Paragraph ist nach der Erklärung des Reichskanzlers vom Dezember 1904 eine flagrante Verletzung der Reichsverfassung. Freilich ist Fürst Bülow preussischer Ministerpräsident im Hauptamt, deutscher Reichskanzler nur im Nebenamt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So ist es denn nicht zu verwundern, daß er vor der Majorität des Klassenparlamentes, vor Preußens herrschender Junkerschaft, zusammengelappt ist wie ein Taschenmesser. (Lachen rechts, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Vertreibung der Agrarprodukte ist eigentlicher Zweck und eigentliches Ziel der Schiffahrtsabgaben. Alles andere, was angeführt wird, ist Bemäntelung, die keinen Einflüssen täuschen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Liberale Optimisten erwarten vielleicht von der „Aera“ einen Bruch mit der Politik der Schiffahrtsabgaben. In Wirklichkeit ist aber zu befürchten, daß das Wahlergebnis dieser Politik nur noch Fortschub leistet. Ganz Sagen, an seiner Spitze der sozialistenfeindliche Oberbürgermeister von Dresden, Deutler, hat sich gegen die Schiffahrtsabgaben ausgesprochen. Ich bin gespannt, wie sich die konservativen und die nationalliberalen Abgeordneten aus Sagen zu der Frage stellen werden. Die Nationalliberalen, darunter Herr Jund, der neulich sehr liberal sprach, haben hier ausgezeichnete Gelegenheit, sich zugleich national und liberal zu betätigen. Unter den Freisinnigen sind wohl nur noch wenige, die an die Verwirklichung liberaler Hoffnungen unter der Regie Bülow hoffen. Hier handelt es sich aber nicht um einen liberalen Fortschritt, sondern um die Verhinderung eines flagranten Rückschritts, um die Behauptung einer liberalen Errungenschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß hier das liberal-konservative Kartell mit Knall aufliegt. (Lachen bei den Konservativen und Nationalliberalen.) Die Zentrumspartei wird wohl ihre zweifelhafte Stellung beibehalten. Im Abgeordnetenhaus tritt ihre überwältigende Mehrheit für die Schiffahrtsabgaben ein. Ein paar Abgeordnete aus dem Westen sind ja dagegen, aber diese wenigen rheinischen Herren machen die Zentrumspitze nicht fest. (Weiterkeit.)

Wir haben in Deutschland nach innen und außen keine deutsche, sondern eine

königlich preussische Politik.

deren Leiter es meisterlich verstehen, den nichtpreussischen Deutschen die Freude am Reich zu verwehren. Diese Leiter der preussisch-

Deutschen Volk sind die erfolgreichsten Nährväter des Partikularismus. Wir betrachten die politische Einheit als die Vorbedingung der wirtschaftlichen Blüte Deutschlands. Keuchlich entwickelte hier der Abgeordnete Raumann die Gründe des sozialpolitischen Stillstandes. Er sucht die Ursache beim Bundesrat. In der Tat liegt sie bei Preußen. Der preussische Landtag ist der Hort der Reaktion. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das Deutsche Reich ist ein eifertig zustandgekommenes politisches Gebilde, das Länder der verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Kultur umfaßt. Das zurückgebliebene Preußen sucht den fortgeschrittenen Süden in seinem Sinne zu beeinflussen. Wir haben ja gehört, wie der Abgeordnete v. Oldenburg, der Freund des Herrn Reichsanzlers, (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) hier die Wahlrechtsverbesserungen der süddeutschen Staaten schmähete und mit Annektionspolitik drohte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Noch mit seinem Wort hat der Reichsanzler gegen diese Auffassung seines Freundes protestiert. (Seiterkeit links.) Der Vorgänger des Reichsanzlers, Fürst Hohenlohe, hat allerdings das preussische Junkertum als Gefahr für das Deutsche Reich erkannt. Das schreibt er ausdrücklich in seinen Denkwürdigkeiten. Wenn der Reichsanzler Fürst Bülow als Grabinschrift wünscht:

„Hier ruht ein agrarischer Reichsanzler“, so ist dem hinzuzufügen: „Das ein Gemütskur war für die gesunde politische und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes.“ (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten. Psuil rechts.)

Reichsanzler Fürst Bülow: Ich werde mich sehr viel kürzer fassen als der Herr Vorredner. (Bravo! und Heiterkeit rechts.) Der Vorredner hat mich ausgefordert, meinen Kampf gegen die sozialdemokratische Partei einzustellen oder wenigstens die Methode zu ändern, mit der ich den Kampf führe. Den Kampf gegen die Sozialdemokratie können die verhandelt Regierungen nur aufgeben, wenn die Sozialdemokratie sich auf den Boden der Vernunft und der Objektivität stellt. (Sehr richtig! rechts.) Das sagte ich Ihnen vor drei Jahren und wiederhole es auch heute. Die Ausführungen, die ich soeben von einem Mitgliede der sozialdemokratischen Partei gehört habe, das bisher für einen Revisionisten galt, (Seiterkeit bei den Sozialdemokraten) beweisen, daß wir davon noch sehr weit entfernt sind. (Sehr wahr! rechts und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Was aber

meine Methode angeht, so habe ich um so weniger Veranlassung, dieselbe zu modifizieren, als sie sich bei den letzten Wahlen sehr wohl bewährt hat. Wenn der Abg. David schon Jubelstürmen über den Ausfall der Wahl in Glauchau-Meerane anstimmte, so wird er es mir doch noch empfinden können, daß ich mich darüber gefreut habe, daß mit meiner Methode der Sozialdemokratie bei der letzten Wahl drei Duzend Wahlkreise abgenommen worden sind. (Sehr gut! rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Mit Lügen!“ laut rechts.) Ich bin weit entfernt davon, zu bestreiten, daß

der Ausfall der Wahl in Glauchau-Meerane für die bürgerlichen Parteien eine Lehre enthält. Der Ausfall dieser Wahl enthält für sie die Lehre, daß sie nicht auf ihren Vorbeeren einschlagen dürfen, sondern fortschreiten müssen, ihre Organisation auszubauen und eine kräftige Agitation gegen die sozialdemokratische Partei zu führen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Liberalen.)

Im übrigen sprach aus allen Ausführungen des Herrn Vorredners der Wunsch, daß die bürgerlichen Parteien untereinander und die Regierung mit den bürgerlichen Parteien sich recht bald und recht allgemein in die Haare geraten möchten. Es ist nicht meine Absicht, diesem Wunsche des Vorredners Rechnung zu tragen, und ich bin schon deshalb nicht in der Lage, auf eine Reihe von Fragen einzugehen, die er berührt hat. Nur einen Punkt muß ich richtig stellen, weil er mich persönlich berührt. Der Vorredner hat einen Artikel zur Sprache gebracht, den ich in einer früheren Reichstagsitzung verlesen habe. Ich will konstatieren, daß ich meine Angaben über das mit Wilhelm Dittmann unterzeichnete Flugblatt aus der „Frankfurter Zeitung“ unter ausdrücklicher Angabe der Quelle verlesen habe. Daß der „Frankfurter Zeitung“ bereits eine Verächtigung zugegangen war, war mir als ich die Stelle verlas, nicht bekannt. Ich habe aber von der Verächtigung sofort die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilen lassen. Auch hier will ich Akt davon nehmen, daß nach den gerichtlichen Feststellungen der von der „Frankfurter Zeitung“ bona fide (in gutem Glauben) erhobene Vorwurf tatsächlich nicht begründet war. Sie (zu den Sozialdemokraten) werden mich immer bereit finden, mich zu berichtigen und auch dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ich kann nur wünschen, daß auf Ihrer Seite ebenso objektiv verfahren würde. (Bravo! rechts.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Graf v. Lerchenfeld: Der Abgeordnete David hat gesagt, die bayerische Regierung habe sich von Preußen für die Schiffahrtsabgaben einfangen lassen. Ich bemerke demgegenüber, daß die bayerische Regierung ihre Stellung sich ausdrücklich vorbehalten hat.

Abg. v. Oldenburg-Jannau (L.): Der gewissenlosen sozialdemokratischen Verheerung darf unser Volk nicht dauernd überlassen werden. In der Volkstags Kaiser Wilhelms hieß es, daß soziale Gesetze neben den Repressions-Maßregeln geschaffen werden sollen. Von der Repression ist jetzt aber gar nicht mehr die Rede! Wir verlangen wirksamen Schutz der Arbeitswilligen durch rigorose gesetzliche Bestimmungen. (Sehr richtig! rechts.)

Ich wende mich nun zu dem Fleischtrummel. Die Ereignisse haben gezeigt, wie sehr der Reichsanzler und Herr v. Posadowski im Recht waren. Wir haben jetzt eine Ueberflutung mit Schweinen. (Schallende Heiterkeit.) Ein Monat an Brotgetreide ist vorhanden; dem hilft aber nicht das törichte Geschrei ab: „Grenzen auf!“ Denn im Ausland ist auch kein Getreide vorhanden! (Schallende Heiterkeit links.) Die Kamalität stammt von der von den Sozialdemokraten so sehr gepriesenen russischen Revolution. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir Landwirte sehen ruhig in die Zukunft im Vertrauen auf den Reichsanzler. (Lautes ironisches Bravo! links.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Graf v. Lerchenfeld: Der Vorredner ist auf seine vorjährige Diskussion mit mir zurückgekommen, aber nicht auf ihren sachlichen Inhalt, sondern er hat mir nur mein Urteil über seine Ausführungen im Wege der Retourkarte zurückgegeben. (Sehr gut!)

Abg. Benderscher (L.): Ich beschränke mich darüber, daß ein vom Bundesrat für die Elb-Verkehrsangelegenheiten angenommener Initiativentwurf vom Kaiser ohne Mitwirkung des Bundesrats abgelehnt sei. Staatssekretär Graf Posadowski sucht in längeren sozialdemokratischen Ausführungen nachzuweisen, daß durchaus verfassungsgemäß verfahren ist. Die kaiserliche Zustimmung zu einem Initiativentwurf des Bundesrats für Elb-Verkehrsangelegenheiten ist als landesherrliche Zustimmung notwendig, damit der Antrag überhaupt dem Bundesrat vorgelegt werden kann.

Abg. Aulerst (Pole): Wir werden mit unseren Klagen an den preussischen Landtag derweisen. Wir bringen sie hier vor, weil sie hier einen ganz anderen Resonanzboden finden und dem ganzen Volke bekannt werden, und wir haben um so mehr ein Recht dazu, als der Einfluß Preußens im Reich ganz überwiegend ist und das Reich und der Reichstag daher alle Veranlassung haben, sich um Preußen zu kümmern. Die preussische Politik verfährt gegen die Reichsverfassung; bei dem An siedelungs-gesetz liegt das ganz klar zutage. Die Tiere des Waldes werden in Preußen geschätzt, arme polnische Menschenkinder nicht. Ihr Blut kommt über ihre Köpfe; denn dem eigentlich an den Bergweisungsakten der Polen Schuldigen wird das Wort „Räuber“ bis an sein Lebensende in die Ohren gellen.

Vizepräsident Dr. Baasche: Diese Kritik haben Sie zweifellos auf den Reichsanzler bezogen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Polen.) Ich rufe Sie daher zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Aulerst (Pole): Durch die preussische An siedelungs-politik werden die Polen bis aufs Blut gemartert. Denken Sie an das Elend der polnischen Eltern, die sehen, wie ihre Kinder der sittlichen Verwilderung unter der preussischen Schulmacht entgegengeben und nichts dagegen unternehmen können. Tausende von Kindern werden in den preussischen Kultusminister gezwungen. . . Vizepräsident Dr. Baasche: Das geht doch aber den Kultusminister an, nicht den Reichstag. Ich rufe Sie zur Sache. (Bravo! rechts.)

Abg. Aulerst (Pole): Nicht nur hier bindet man uns den Mund zu, auch draußen im Lande treibt uns die Regierung die Säle ab. Alle diese Maßregeln haben ja nur das Polentum gestärkt. (Lachen und Lärm rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Unruhe des Hauses wird immer größer. Zurufe: „Na, was wollen Sie denn noch! Seien Sie doch still!“ Wir haben gestern geschwiegen, lassen Sie uns heute reden. (Sehr gut! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Wir wollen Frieden und Ruhe; aber Sie zwingen uns zum Kampfe. In diesem aber stehen Millionen ausländischer Polen hinter uns. (Große Unruhe rechts.) Wie lange wird diese Politik Preußens noch dauern? Wir glauben ja nicht, daß sich Preußen je zu einer Politik aufschwimmen könnte, wie sie England gegenüber den Buren geübt hat. Dazu gehört Größe, Seelengröße, Geistesgröße. (Große Heiterkeit rechts, Sehr gut! bei den Polen.) Der Hochmut Preußens ist heute so groß wie vor der Katastrophe von Jena. (Unruhe rechts, Schlußrufe bei den Nationalliberalen.) Sie werden mich durch Ihre Geschrei nicht verbinden, das zu sehen, was ich für nötig halte. (Bravo! bei den Polen, bei den Sozialdemokraten und im Zentrum, andauernde Unruhe.)

Vizepräsident Kaempf: Ich bitte um Ruhe, der Herr Redner hat das Recht, seine Rede zu beenden. (Große Heiterkeit.) Abg. Aulerst (fortfahrend): Es lebt ein Gott zu strafen und zu rächen! (Lachen bei den Nationalliberalen.) Ja, lachen Sie! Sie verhöhnen natürlich selbst Gott. (Große Unruhe.) Vizepräsident Kaempf ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.

Abg. Aulerst (fortfahrend): Diese Sache wird Sie treffen, wenn Sie in Ihrer Politik weiter so unmoralische Mittel anwenden wie bisher. (Lebhafte Bravo! bei den Polen.) Abg. Bessermann (nat.): Die Resolution des Zentrums gibt eine Reihe wertvoller Anregungen. Wir werden ihr zustimmen, ebenso auch der Resolution der Freisinnigen.

Abg. Fischel (fr. Sp.): Der Resolution des Zentrums werden wir zustimmen, wenn es uns auch zweifelhaft erscheint, ob eine Wertzuwachssteuer sich überall durchführen läßt. Herrn David bemerke ich, daß auch meine Freunde die Abschaffung des Dausbestverprivilegs wünschen. Ausführlich hat sich Herr David über die Schiffahrtsabgaben verbreitet. Soweit ich verstanden habe, will die preussische Regierung versuchen, die Angelegenheit durch Reichsgesetz zu regeln. Diesen klaren Standpunkt hätte sie nur früher schon einnehmen sollen.

Herr v. Oldenburg verlangt Repressionsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie. Er soll doch daran denken, daß die Sozialdemokratie gerade während der Unterdrückung — wir glauben zu Folge der Unterdrückung — groß geworden ist. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Herr v. Oldenburg rühmte auch die agrarische Politik; ich erinnere daran, daß gerade diese Politik im Jahre 1903 zu den 3 Millionen sozialdemokratischer Stimmen geführt hat. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Dr. Jäger (L.): (zur Geschäftsordnung): Ich bedaure, daß durch den Schluß der Debatte dem Zentrum die Gelegenheit zur Begründung unserer Resolution genommen ist. Abg. Bebel (Soz.): (zur Geschäftsordnung): Ich hatte die Absicht, auf die eigenartige „Raifstrecke“ des Herrn v. Oldenburg zu antworten. Diese Absicht ist durch den Schluß der Debatte vereitelt. Aber ich verweise Herrn v. Oldenburg: Aufgehoben ist nicht aufgehoben!

Abg. v. Oldenburg (Welfe) (zur Geschäftsordnung): Der Reichsanzler hat vom Haus Cumberland gesprochen. Ich will vor dem Reichstage und dem ganzen Volke konstatieren, daß es kein Haus Cumberland gibt, sondern nur ein welfisches Haus Braunschweig-Lüneburg. (Heiterkeit.) Der Titel Reichsanzler wird bewilligt.

Die Resolution Ablas (fr. Sp.) wird angenommen, desgleichen die Resolution des Zentrums. Die übrigen Titel des Etats des Reichsanzlers und der Reichsfinanzien werden debattelos bewilligt. Es folgt die Beratung des Etats für das Auswärtige Amt.

Abg. Ersberger (L.) beauftragt den häufigen Wechsel des Personals im diplomatischen Dienst. 70 Proz. der Beamten wechseln in einem Jahre die Stelle.

Staatssekretär v. Tschirsitz: Auch uns ist es erwünscht, wenn die Beamten längere Zeit auf ihrem Posten bleiben. Beförderungen erfolgen nur aus zwingenden Gründen.

Abg. Kaempf (fr. Sp.) begründet eine von den Freisinnigen eingebrachte Resolution, durch internationale Verhandlungen eine Vereinfachung des Wechselrechts in die Wege zu leiten.

Staatssekretär v. Tschirsitz: Wir stehen dem Plan freundlich gegenüber.

Abg. Dr. Spahn (L.) begründet die vom Zentrum eingebrachte Resolution, die den Reichsanzler ersucht, periodisch dem Reichstag urkundliches Material über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches zugehen zu lassen.

Abg. Dr. Dohlem (L.) fragt an, ob der Staatssekretär wegen der Klagen der Fischer am Rhein, die er bereits 1904 vorgebracht hat, mit der holländischen Regierung in Verbindung getreten ist.

Geheimrat Dr. Rüener: Wir haben uns bereits vor zwei Jahren mit der niederländischen Regierung in Verbindung gesetzt; die Angelegenheit schwebt noch.

Abg. Dr. Jund (nat.) erklärt seine Zustimmung zu der Resolution der Freisinnigen betr. der internationalen Vereinfachung des Wechselrechts.

Damit schließt die Diskussion. Abg. v. Bollmar (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich stelle fest, daß der Reichsanzler gestern in bezug auf die vom Zentrum beantragte Resolution eine Rede des Herrn Staatssekretärs in Aussicht gestellt hat, die wir nicht zu hören bekommen haben. (Große Heiterkeit.)

Die Resolution Graf Hompeich wird angenommen, desgleichen die Resolution Ablas. Der Etat des Auswärtigen Amtes wird nach unwesentlicher Debatte beim Titel „Förderung deutscher Schulen im Auslande“ angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Schlämmer Antrag Albrecht (Soz.) auf Einstellung des gegen den Abg. Stolle (Soz.) schwebenden Strafverfahrens, Vertrag mit der Schweiz betr. Beglaubigung von Urkunden, Nachtragsetat, Fortsetzung der Etaberstattung (Postetat, Etat des Rechnungshofes, des Pensions- und Invalidenfonds, des Reichseisenbahnamts).

Schluß 1/2 Uhr.

44. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Mai, nachmittags 1 Uhr: Am Bundesratstisch: Graf Posadowski, Præsit. Der Abgeordnete Kollensbuhr (Soz.) ist ins Haus eingetreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung

Abg. Freiherr v. Hehl (nat.): Den in den Sitzungen am 14. März und 23. April von sozialdemokratischer Seite gegen mich erhobenen Angriffen war ich nicht früher in der Lage entgegenzutreten. Ich habe zu erklären: Mit Arbeitern schließe ich grundsätzlich Verträge nicht ab. Ich beschäftige mehrere tausend Arbeiter,

und außerdem 31 Vertragsleute. Diese sind Vertrauenspersonen, die in bezug auf Löhne und Pensionsverhältnisse erheblich besser gestellt sind als die Arbeiter; sie sind als Hilfsarbeiter an solchen Stellen beschäftigt, wo Fabrikgeheimnisse gewahrt werden, die gegen Verrat und Ausbeutung durch Dritte geschützt werden müssen. Besonders gegen einige ausländische Konkurrenzfirmen ist dies notwendig. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Eine Klage gegen einen Vertragsmann ist aus solchem Verträge von mir noch niemals angehängt worden. (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der schlemmige Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen wegen Einstellung eines gegen den Abgeordneten Stolle (Soz.) schwebenden Strafverfahrens wird debattelos angenommen. Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des dritten Ergänzungsetats für 1907, 15 Millionen Reich als erste Rate zur Erweiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals.

Abg. Reubart (fr. Sp.): Wer der Vergrößerung unserer Kriegsschiffe zugestimmt hat, wird auch dieser Vorlage die Zustimmung nicht verweigern können. (Bravo! bei den Freisinnigen.) Ich beantrage im Namen meiner Freunde die Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Freiherr v. Rüdthofen-Damdborf (L.): schließt sich dem Antrage auf Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission an.

Abg. Frohme (Soz.):

Zu den unwahren, ja geradezu verleumderischen Beschuldigungen, die namentlich im letzten Wahlkampf gegen die sozialdemokratische Partei im allgemeinen und die sozialdemokratische Fraktion im besonderen erhoben worden sind, gehört auch die, daß sie niemals Verständnis für nationale Aufgaben gezeigt habe, daß sie sich der gesunden wirtschaftlichen Entwicklung unserer Industrie und unseres Handels widersetzt und aus Opposition gegen den militärischen und maritimen Schutzes unseres Landes den Bau des Nord-Ostsee-Kanals einstimmig verweigert habe. Im Beginn meiner Ausführungen will ich diese unwahren und absolut lägenhaften Behauptungen zurückweisen. Keine der hier vorhandenen Parteien hat sich jemals die Förderung wahrhaft nationaler Interessen sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete grundfährlicher, unbedingter, konsequenter und eifriger angelegen sein lassen, als gerade die sozialdemokratische Partei. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich darf für meine Partei die Anerkennung aller ehrlichen und aufrichtig denkenden Menschen in Anspruch nehmen, daß sie sich stets bemüht hat, hier im Reichstage mitzuarbeiten. Keine der liberalen Parteien darf sich rühmen, mehr Positives geleistet zu haben, als gerade meine Partei. Bereits zu jener Zeit, als die politische Einheit Deutschlands noch eine Forderung des Liberalismus war, als diese Einheit noch von den konservativen Parteien belämpft wurde, haben Karl Marx und Friedrich Engels, die großen Vorkämpfer der Sozialdemokratie, sehr entschieden und beweiskräftig die Notwendigkeit des Nord-Ostsee-Kanals dargelegt. Und als es sich 1888 darum handelte, dieses Projekt durch Reichsgesetz zu verwirklichen, da hat die sozialdemokratische Fraktion und mit ihr die gesamte sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung dazu gegeben und die auf 150 Millionen veranschlagten Kosten bewilligt. Wir befanden uns damals in Uebereinstimmung mit den Äußerungen der hervorragendsten bürgerlichen Kreise, welche ebenfalls das Hauptgewicht nicht auf die militärischen, sondern auf die wirtschaftlichen Interessen legten, denen der Kanal dienen sollte. Damals wurde der wirtschaftliche Gesichtspunkt allgemein herbeigeführt. Seitdem hat die Technik sich bedeutend entwickelt, wobei die großen Kriegsschiffe noch die großen Handelsschiffe können den Kanal entsprechend ausnützen, wenn er erheblich vertieft wird, weil die Tiefe der preussischen Ostseeküste eine erheblich geringere ist. Schon deswegen kann der militärische Gesichtspunkt der Verteilung der Häfen und Küsten nicht in erster Linie stehen. Was soll übrigens geschehen, wenn während des jahrelangen Umbaus, während dessen der Kanal für größere Schiffe unpassierbar ist, ein Krieg ausbricht? In der Kommission werden alle diese Gesichtspunkte zu prüfen sein. Immerhin werden wir genau wie 1888 der Erweiterung des Kanals zustimmen, vorausgesetzt, daß seine wirtschaftliche Bedeutung in den Vordergrund gestellt wird. Vor allem aber müssen wir verlangen, daß das Reich auch die sozialpolitische Bedeutung in der Wirkung auf die Arbeitsverhältnisse nicht verkennt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es werden dort viele Arbeiter beschäftigt werden und viele Arbeiten vergeben werden. Die Reichsregierung muß sich dabei der Einwirkung bewusst sein, welche sie durch das Submissionswesen auf das Arbeitsverhältnis ausüben kann. Einzelne Gemeinden sind auf diesem Gebiete bereits vorgegangen, aber die Reichsregierung, vor allem das Reichsamt des Innern, muß beweisen, daß es auf diesem Gebiete führend ist. Dazu gehört vor allem die Anerkennung der Arbeitsorganisationen; ohne diese wird man zu irgendeiner befriedigenden Resultaten nicht kommen können. Wir müssen weiter verlangen, daß man das Koalitionsrecht der Arbeiter, die beim Kanalbau beschäftigt werden, unangestastet läßt, und daß Einrichtungen getroffen werden, welche die persönliche Freiheit der Arbeiter garantieren. Alle diese Gesichtspunkte interessieren den Sozialpolitiker neben den politischen, sie alle werden in der Kommission näher zu prüfen sein, und sie bilden eine selbstverständliche Voraussetzung für unsere Zustimmung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rirsch (L.) wünscht in der Budgetkommission Auskunft über die Verteilung der Kanalbaukosten unter die Einzelstaaten. Das Zentrum habe in Verkehrsfragen immer eine kräftigere Initiative gezeigt als die Sozialdemokratie, vor allem beim Militarismus. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wörk (nat.): Ich glaube zwar nicht, daß der Kanal auch nur annähernd eine Verzinsung des Anlagkapitals herbeiführen wird, gleichwohl werden wir der Vorlage zustimmen und sind wir mit der Verweisung an die Budgetkommission einverstanden.

Abg. Spethmann (fr. Sp.): Vor zehn Jahren haben wir 100 Millionen für den Kanalbau bewilligt, jetzt werden 223 Millionen neu verlangt. Wer weiß, wieviel man in abermals zehn Jahren fordern wird! Ich beantrage, im Widerspruch mit meiner Fraktion, die Ueberweisung der Vorlage an eine Spezialkommission zur Prüfung dieser überaus schwierigen Frage. Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen zum Postetat auf Zahlung von Ostmarkenzulagen an die Beamten namentlich sein werde.

Abg. Gräfe (Reformp.) und Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. V.) bitten, bei der Referierung für den Nordostsee-Kanal nur die deutsche Steinindustrie zu berücksichtigen. Die nationale Gewinnung sei in erster Linie eine Frage.

Staatssekretär Graf Posadowski: Ich ernehme den Ausführungen der Herren Vorredner, daß das Haus einmütig von der Notwendigkeit der Kanalvergrößerung überzeugt ist. Man hat auch den Wunsch ausgesprochen, die heimische Industrie und die heimischen Arbeiter beim Kanalbau in erster Linie zu berücksichtigen. Das ist ja ganz selbstverständlich. Es ist von hoher Stelle das Wort gefallen, daß die Einrichtungen und Betriebe des Staates Musteranstalten sein müssen und Vorbilder für die Privaten. Ich werde, was an mir liegt, alles tun, daß dieses Wort sich bewährt. Was sozialpolitisch für die Arbeiter geschehen kann, soll geschehen. Diese Sorge soll meine vornehmste Aufgabe bilden. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage geht an die Kommission, nachdem der Antrag Spethmann auf Ueberweisung der Vorlage an eine Spezialkommission mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt worden ist.

Der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden wird in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Post-etats.

Abg. Bruhn (Antif.) tritt für die Gewährung der Ostmarkenzulagen an die Postbeamten ein.

Abg. Ortel (nat.) erklärt, daß diese Zulagen nur die Gleichheit zwischen den Beamten des Reiches herstellen sollen.

Abg. Heinen (B.): Die Ostmarkenzulagen haben keinen wirtschaftlichen Charakter; niemand wird bestreiten können, daß die Zulagerung im Westen des Reiches vielfach höher ist als in den östlichen Provinzen. Der Abg. Radtke, der heute namens der Freisinnigen die Erteilung unwiderprüflicher Zulagen fordert, hat im Jahre 1904 im Namen derselben Partei erklärt, daß er die Gewährung jeder Art von Ostmarkenzulagen, ob widerruflich oder unwiderruflich, nicht ablehnen müsse. (Hört, hört! im Zentrum.) Wir ist es nicht so leicht, meine Stellung zu ändern. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr.umann-Hofer (fr. Vg.): Die Forderung der Ostmarkenzulage heute ist mit der früheren nicht vergleichbar, weil inzwischen die preussischen Beamtenzulagen erhöht worden. Bedner tritt für die Besserstellung verschiedener Beamtenkategorien ein. Den Telegraphenarbeitern hat man in einem Erlaß eine „Höhere Gattung“ auf ihren Gängen anbefohlen und ihnen im Nichtbeachtungsfalle Entlassung angedroht. (Hört, hört! links.)

Abg. Hug (B.) bleibt auf der Tribüne unverständlich. Staatssekretär Kraatz wendet sich gegen die Resolution Abg. auf Vorberichtigungen für Sendungen an Blinde. Die in Betracht kommende Summe ist ja sehr gering, aber man soll das bestehende System nicht zugunsten einzelner durchlöchern. Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt.

Die Abstimmung über die Resolutionen wird auf morgen zu Beginn der Sitzung vertagt. Ueber die Resolution Freiherr v. Camp auf Ostmarkenzulage soll namentlich abgestimmt werden. Beim Kapitel „Besoldungen“ tritt

Abg. Gieshoff (fr. Vp.) für die Gleichstellung der Postdirektoren mit den Posträten ein.

Abg. Werner (Ref.) bringt die Bevorzugung der Wolffschen Depeschen vor den Privatdepeschen zur Sprache.

Abg. Rogalla von Bieberstein (L.) bittet um Besserstellung der Postagenten.

Abg. Gieshoff (fr. Vp.) schließt sich diesen Wünschen an. Der Rest der dauernden Ausgaben wird bewilligt. Ebenso debattiert der Rest der Ausgaben.

Bei den Einnahmen begründet

Abg. Pfundner (fr. Vp.) die Resolution Abg. auf Ausnahmeporziosätze für die Beförderung der Sendungen an Blinde: Die armen Blinden können für ihr Gebrechen nicht; wenn man ihnen diese Porzioermäßigung gewährt, macht man sie nur gleichberechtigt mit den übrigen Staatsbürgern. (Sehr richtig! links.) Die Schweiz sieht das als Humanitätsfrage an und befördert die schweren Blindenschriften ganz unentgeltlich. Ich bitte Sie, aus Humanitätsgründen dieser Resolution zuzustimmen. Lassen Sie auch die unermittelten Blinden teilnehmen an den Erzeugnissen unserer Kultur.

Der Rest des Postetat wird debattiert und bewilligt, ebenso der Etat der Reichsdruckerei sowie der Etat für den allgemeinen Pensionsfonds und den Reichsinvalidenfonds.

Es folgt der Etat des Reichseisenbahnbaus.

Abg. Wesel (natl.) tritt für eine Reichseisenbahngemeinschaft ein.

Um 10 1/2 Uhr wird ein Vertagungsantrag der Abgeordneten **Sebel (L.)** und **Müller-Reinigen (fr. Vp.)** abgelehnt.

Abg. Müller-Reinigen (fr. Vp.) erklärt sich für die Betriebsmittelgemeinschaft.

Abg. Dr. Fischer (B.) betont, daß die Betriebsmittelgemeinschaft praktisch undurchführbar sei.

Abg. Gähren (Soz.):

Wenn wir für eine Reichseisenbahngemeinschaft einreten, so geschieht es nicht im militärischen, sondern im allgemeinen Verkehrsinteresse. Am besten wären Reichseisenbahnen; doch sie geht mit dem preussischen Landtag schief, hieße lediglich, preussische Bahnen zu schaffen. Wir würden auch für eine Betriebsmittel- und Finanzgemeinschaft sein, wenn sie ehrlich gemeint wäre und die Selbstständigkeit der Einzelstaaten erhalte. Die preussische Eisenbahngemeinschaft bringt dessen zwar finanzielle Vorteile, aber auf Kosten seiner Selbstständigkeit und der Verkehrsinteressen. Wie Preußen Hoffen würde und geneigt zur Eisenbahngemeinschaft gemacht hat, so versucht Preußen es jetzt nach und nach mit allen anderen Kleinstaaten. An sich wäre eine Betriebsmittelgemeinschaft möglich; aber Preußen hat dabei Hintergedanken; es will den Kleinstaaten jede Selbstständigkeit bei der Verwaltung nehmen. Ein Schritt auf diesem Wege ist auch die sogenannte Tarifreform, diese ungeheuerliche Erschwerung des Verkehrs, die auch mit der Fahrkartensteuer zusammenfällt. Wie diese wird auch die sogenannte Tarifreform Piaslo machen und gerade den Kleinstaaten einen Ausfall an ihren Einnahmen bringen. Leider fehlt uns in den Kleinstaaten Rückgrat gegen Preußen, aber vor allem fehlt es uns in Preußen an einem Landtag, der die allgemeinen Verkehrsinteressen über die nacktesten fiskalischen und agrarischen Interessen stellt. Hätten wir einen preussischen Landtag, der die Verkehrsinteressen voranstellt, so könnten wir wohl zu einer Finanz- und Betriebsmittelgemeinschaft kommen, vielleicht sogar zu einer Reichseisenbahngemeinschaft. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichseisenbahnbaus **Dr. Schulz** verteidigt die preussische Eisenbahnverwaltung.

Abg. Windewald (Antif.): In Hessen ist man allgemein mit der hessisch-preussischen Eisenbahngemeinschaft zufrieden.

Abg. Köster (Wirtsch. Vg.): Als hessischer Abgeordneter muß ich sagen, daß man in Hessen nicht, wie der Vorredner sagt, mit der hessisch-preussischen Eisenbahngemeinschaft ganz allgemein zufrieden ist. (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Der Titel „Gehalt des Präsidenten“ wird bewilligt, der Rest des Etats des Reichseisenbahnbaus wird debattiert und angenommen. Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Schnelliger Antrag auf Einstellung eines gegen den Abgeordneten **Sebel** schwebenden Strafverfahrens. Fortsetzung der Etatberatung (Abstimmung über die Resolutionen zum Postetat, Etat des Reichsmilitärgerichts, Kolonialetat).

Schluß 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: **Dr. v. Stubi.**

In dritter Beratung werden angenommen: Das Beamtenpensions-, das Rekruten- sowie das Richter-Besoldungsgezet. Es folgt die Interpellation **Graf v. Kanitz** und **Genossen (sonst.)** bez. die Höhe der Kohlenpreise und die Eisenbahntarife für die Ausfuhr von Steinkohlen und Koks.

Präsident **v. Kröcher** richtet die Frage an die Regierung, ob sie gewillt sei, die Interpellation zu beantworten.

Da am Regierungstische nur Kommissare anwesend sind, erfolgt keine Antwort! (Große Heiterkeit.)

Auf Antrag **Graf Praschna (B.)** wird zunächst der letzte Gegenstand der Tagesordnung vorgenommen.

Die Denkschrift, betreffend die Verhandlungen mit dem Fürstentum Schaumburg-Lippe und den anderen beteiligten Bundesstaaten über die Herstellung des Rhein-Weser-Kanals wird zur Kenntnis genommen.

Da auch jetzt der Handelsminister noch nicht anwesend ist, wird auf Antrag des **Abg. Behn v. Erffa (L.)** die Sitzung bis zu seinem Erscheinen unter großer Heiterkeit des Hauses vertagt. Nach etwa 5 Minuten erscheint der Minister und erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Die Interpellation lautet:

„Was gedenkt die königliche Staatsregierung zu tun, um den Ungünstigkeiten zu begegnen, welche sich aus den andauernden Steigerungen der Kohlenpreise ergeben?“

Ist die königliche Staatsregierung bereit, in eine erneute Prüfung der Frage einzutreten, ob die ermäßigten Eisenbahntarife für den Transport von Steinkohlen und Koks nach dem Auslande beizubehalten sind?“

Das Wort zur Begründung der Interpellation erhält **Abg. Graf Kanitz (L.)**: Das fortwährende Steigen der Kohlenpreise erfordert eine öffentliche Besprechung. Die dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat angehörenden Bechen gaben von 11 bis 30 Proz. Diszende.

(Hört, hört!). Die Arenbergische Bergwerksgesellschaft zahlt sogar 45 Proz. (Hört, hört!) Das beweist, daß die Großindustrie beim Kohlenpreis durchaus nicht zu kurz gekommen ist. (Hört, hört!) Weniger erfreulich sind

die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Kohlenrevieren. Die Zahl der Arbeiter ist kolossal gestiegen, dadurch steigt die Arbeiternot auf dem Lande ins Unerträglich. Gastwirten im Osten werden von den Bechen 3 M. für jeden angeworbenen Arbeiter geboten. (Hört, hört! rechts.)

Wie schnell die Arbeitskraft dieser Arbeiter in den Bergwerken aufgebraucht wird, beweist die Tatsache, daß sie durchschnittlich mit 46 Jahren invalide

werden! Die Lohnhöhe, die nach dem großen Bergarbeiterstreik den Bergarbeitern bewilligt wurde, wurde mitunter mit den hohen Lebensmittelpreisen. In der Tat aber sind die Lebensmittelpreise nicht teurer als in den letzten Jahren. (Lebhafter Widerspruch links.) Der Fleischnotrummel des letzten Jahres ist nur von kurzer Dauer gewesen. (Hört, hört! rechts.) Die Lohnhöhe wurde dann wieder zum Vorwand genommen, die Kohlenpreise zu erhöhen in einer Weise, die sogar von der „Königlichen Zeitung“ als über das Maß hinausgehend bezeichnet wurde. Gehören die Kohlen nicht auch zum täglichen Bedarf? Das Spiel der wechselseitigen Erhöhung der Löhne und Kohlenpreise ist dann weiter gegangen. Ohne ernstliche Gefährdung unserer ganzen wirtschaftlichen Interessen kann es so nicht fortgesetzt werden. Die Reichsde des Kohlenyndikats geht dahin, möglichst viel Kohlen nach dem Auslande abzuführen, damit das Inland höhere Preise zahlen muß. Bei der Kartellentzweite waren Herr Gothein, Spahn, Lebehaut und ich anwesend. Sie sehen, eine sehr gemischte Gesellschaft. (Heiterkeit.) Wir stellen Fragen. Auf die meisten Fragen erhielten wir die Antwort: Geschäftsgeheimnisse könnten nicht preisgegeben werden! Herr Gothein hat darauf die ganze Gnaue einen Theaterakt genannt. So weit gehe ich nicht. Best steht aber, daß das Ausland erheblich viel billiger bezogen hat. Wenn man die Ausfuhr einschränkt, können 40 000 bis 50 000 Arbeiter anderen Berufen zugeführt werden. (Bravo! rechts.) Welches sind nun die Mittel zur Beschränkung der Ausfuhr? In erster Linie empfehle ich die Einführung eines Kohlen-Ausfuhrzoll. (Bravo! rechts.) Das ergäbe eine Einnahme, die unserer an chronischem Defizit leidenden Staatskasse zu wünschen wäre. Ein zweites Mittel wäre die Aufhebung der Ausfuhrzölle. Die Arbeiterfrage ist jetzt die Brennpunkt, die es gibt. Obwohl die östlichen Provinzen schon 90 000 Mann — 3 Armeekorps — an den westfälischen Bergbau abgegeben haben, ist der Abzug stärker als je. Das ist eine wahre Landesalamende, die beseitigt werden muß. (Stürmischer Beifall rechts.)

Handelsminister Dr. Delbrück:

Die Zahlen, welche der Vorredner angeführt hat, zeigen zweifellos eine glänzende Entwicklung. Sind sie aber ausreichend, um den Schluß des Vorredners zu rechtfertigen?

Der Minister gibt große statistische Uebersichten, aus denen sich ergeben soll, daß die Kohlenpreise an vielen Stellen jetzt die Höhe von 1901 noch nicht annähernd erreicht haben, daß andererseits auch die Produktionskosten sich gewaltig gesteigert haben.

Aus der Statistik ziehe ich den Schluß, daß die Kohlenpreise den Produktionskosten in gleichmäßigem Steigerung folgen. Wir können weiter feststellen, daß im Laufe der letzten 14 Jahre erhebliche Schwankungen sich gezeigt haben, daß die Preise aber mit der Konjunktur getrieben und gefallen sind, daß die Spannung zwischen Verkaufspreisen und Produktionskosten dauernd geringer geworden ist. Wir können daher sagen, daß eine ständige Besserung und Annäherung an normale Verhältnisse erfolgt ist. Die Ursache dafür ist im rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat zu suchen. Trotzdem bin ich mit dem Vorredner darin einig, daß die Preise

eine unheimliche Höhe

erreicht haben und ein weiteres Steigen nicht erwünscht ist. Wegen der Einführung eines Ausfuhrzoll habe ich noch immer die ernstesten Bedenken. Wir sind darauf angewiesen, nach dem Auslande zu verkaufen. Wenn wir aber einen Ausfuhrzoll einführen, werden wir den ausländischen Markt verlieren, den wir in schlechten Zeiten schwer wieder gewinnen können. (Sehr richtig! links.) Es kommt hinzu, daß wir Kohlenmärkte ausführen, die der Güte nach die Konkurrenz schwer ausfallen, daß ferner ein Ausfuhrzoll wenigstens teilweise von den heimischen Produzenten getragen werden müßte. Man soll sich also nicht allein an die Preise halten. Hohe Preise sind die Begleitererscheinungen jeder wirtschaftlichen Hochkonjunktur. (Beifall links.)

Minister **Wittmann** legt im einzelnen die Gründe dar, die für und gegen die Ausfuhrzölle auf den Staatsbahnen sprechen. Der Landeseseisenbahnarzt muß die Frage erst noch eingehend prüfen.

Abg. Gieshoff (natl.) verteidigt die Preispolitik des Kohlenyndikats, die eine Steigerung der Preise gebracht habe. — Graf Kanitz habe am wenigsten Ursache, zu klagen; denn die Steigerung der Lebensmittelpreise sei die Ursache der Vertenerung der Lebenshaltung der Arbeiter und damit der Steigerung der Kohlenpreise.

Abg. Herold (B.): Die letzte Bemerkung des Vorredners ist eine vollständige Täuschung. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Bei den herrschen Produkten haben wir in den letzten Jahrzehnten allerdings eine steigende Bewegung gehabt, aber bei den Getreidepreisen eine fallende; nur die Brotpreise sind gestiegen. Die Löhne der Arbeiter regulieren sich aber nicht nach der Höhe der Lebensmittel, sondern nach Angebot und Nachfrage. Was die Syndikate betrifft, so sehe ich nicht auf dem Standpunkt, daß sie verwerflich sind! Ich halte sie für gute volkswirtschaftliche Einrichtungen, wenn sie auch die Produktion regulieren. Die Staatsverwaltung muß aber ein Aufsichtsrecht haben. Wenn eine Spannung zwischen Industrie und Landwirtschaft besteht, so hat nur die Linspreffe die Schuld daran, die bei jeder Gelegenheit die Landwirtschaft angreift. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wagner (fr.): Wie Rehen den Antagonen der Interpellanten durchaus sympathisch gegenüber und werden sie in der größten Mehrheit unterstützen. Der Hauptvorwurf, der den Kohlenbergwerken gemacht werden muß, ist, daß sie unferer Landwirtschaft die Arbeiter entziehen. — Gegen den Plan eines Kohlenausfuhrzoll muß ich aber im Interesse der sächsischen Kohlenproduktion Widerspruch erheben.

Abg. Münsterberg (fr. Vg.): In vielen Punkten, namentlich in dem Ansehen darüber, daß das Ausland vielfach billiger bezieht als das Inland, sind meine Freunde mit dem **Abg. Kanitz** durchaus einig, nur sind unsere Schlussfolgerungen andere. Mit ihm wünschen wir, daß der legitime Einfluß des Staates auf die Preisgestaltung der Syndikate erhöht wird. Wenn der **Abg. Herold** behauptete, auf der Linken sähen Gegner der Landwirtschaft, so verwechselt er Person und Sache. Die Minister haben nach Anlaß meiner Freunde heute in überaus sachgemäßer, wenn ich mir diesen Ausdruck erlauben darf, vernünftiger Weise (große Heiterkeit) geantwortet. In England hat man mit dem Ausfuhrzoll recht schlechte Erfahrungen gemacht. Ohne Ausfuhrzölle wird man nicht auskommen können. Ich hoffe deshalb, daß man die Ausfuhrzölle nicht abschafft, sondern verallgemeinert. (Beifall links.)

Abg. Dr. Gahn (B. d. L.): Ich bin durchaus kein Gegner der Syndikate an sich, meine aber, man müßte die Interessen nicht unter sich lassen. Der Staat müßte eine Form finden, in der er die

Entscheidung der Herren beeinflussen kann. Im Kohlenyndikat vertritt man aber jetzt mehr die Interessen des Syndikats als der Allgemeinheit. Man kann es den Herren ja nicht übel nehmen, wenn sie höhere Preise haben wollen. Herr **Thissen** geht jetzt sogar zum Ankauf von Bauernhöfen über.

Präsident **v. Kröcher**: Das gehört doch aber nicht hierher.

Abg. Gahn (fortf.): Herr **Thissen** gehört aber zu den mächtigsten Kohlenbesitzern, und das gehört doch hierher. Die Kohlenindustrie zieht die deutschen Arbeiter aus dem Osten nach dem Westen und ist deshalb der Hauptförderer des Kolonialismus. Wir wollen den Kolonialismus durch eine gesunde Wirtschaftspolitik bekämpfen, vor allem wollen wir eine Stärkung des inländischen Marktes und keine übertriebene Exportpolitik. (Beifall rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr. (Lehrer-pensionsgesetz, Antrag **Kirsch** auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes und andere Initiativanträge.)

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 1. Mai.)

Der Marineetat war durchüber den bis zu den einmaligen Ausgaben, die, weil hierin alle Ausgaben für Schiffsbauten und Armierungen fallen, größer sind als die fortlaufenden Ausgaben. — Die einmaligen Ausgaben betragen 126 992 430 M., wovon rund 36 Millionen Mark auf den außerordentlichen Etat genommen werden. Von dieser ganz erheblichen Summe der einmaligen Ausgaben entfallen 129 1/2 Millionen Mark auf Schiffsbauten und Armierungen.

Der außerordentliche Etat weist Ausgaben im Betrage von 21 200 000 M. auf, darunter 12 1/2 Millionen für Bedürfnisse der Werften und vier Millionen für Bedürfnisse der Garnisonverwaltungen. Der gefamte Marineetat mit 278 1/2 Millionen Mark Ausgaben ist damit erledigt.

Es folgt nunmehr die Beratung der Petitionen. Eine Anzahl Petitionen von Beamten werden teils zur Erwägung, teils zur Berücksichtigung überwiesen. — Eine Petition der Werftarbeiter fordert Neuregelung des Entlohnungssystems, Lohnhöhe, Arbeitsloshöhe und beziehungsweise Befestigung eines Tarifes, Urlaub mit Fortzahlung des Lohnes und Erweiterung der Rechte des Arbeiterausschusses. In ähnlichen Forderungen kommt eine Petition der Arbeiter des Bekleidungsamtes. Die Petitionen werden zur Erwägung überwiesen.

Die Kommission geht über zum

Etat der Reichseisenbahnen.

Die Einnahmen aus Personen- und Gepäckverkehr sind mit 24 214 000 M. veranschlagt. Der Referent fragt an, wie groß der zu erwartende Einnahmerückgang aus der Personalreform sei. Der Regierungsvertreter schätzt den Rückgang auf rund 2 700 000 M. Die Steigerung der Einnahmen aus dem Güterverkehr usw. beträgt 10 1/2 Millionen Mark; die gefamten Einnahmen 107 982 700 M. Die Kommission bewilligt diese Einnahmenschätze.

Bei den Ausgaben für Zentralverwaltung wird vom Referenten die Frage angeregt, inwieweit eine Vereinfachung der Verwaltung möglich ist. Der Regierungsvertreter erklärt, es seien starke Betriebsmittelerneuerungen auf den ordentlichen Etat genommen und auch der Pensionsfonds beaufte den Etat, während in Preußen die Eisenbahnbeamten mit allen allgemeinen Pensionsfonds genommen werden.

Auf die Frage, warum nur einzelnen Kategorien von Beamten Gehaltsaufbesserung gewährt wurde, wird die Antwort erteilt, daß man sich hierin an Preußen anlehne!

Die fortlaufenden Ausgaben von 88 678 000 M. werden bewilligt. Ebenso ohne erhebliche Debatte die einmaligen Ausgaben im Betrage von 6 884 000 M. Die gefamten Ausgaben betragen 95 Millionen Mark, bleibt ein Ueberschuß von 22 800 000 M.

Der außerordentliche, auf Anleihen zu nehmende Etat erfordert 37 1/2 Millionen Mark; es handelt sich um Remanlagen von Bahnen und Bahnhöfen. Die Anforderungen werden genehmigt. Die Debatte bewegt sich im Rahmen verschiedener Petitionen, die Weiterbau bzw. andere Legung von Bahnliesen wünschen. Zu längerer Diskussion führt der Ausgabeposten von 20 1/2 Millionen für Vermehrung der Betriebsmittel, wovon die Regierung 18 1/2 Millionen auf Anleihen (außerordentlicher Etat) nehmen will. Das ist eine Maßregel, die sonst nicht üblich ist, wegen der Finanzlage aber und weil die Beschaffung der Betriebsmittel notwendig erscheint, ist der Referent für Bewilligung in dieser Form. Verzinsung und Amortisation soll zu Lasten des ordentlichen Etats gehen, und zwar sollen die 18 1/2 Millionen Mark in dreißig Jahren getilgt sein. Von Zentrumsseite wird für Tilgung in 18 bis 20 Jahren gesprochen; außerdem wird die Bildung eines Reservefonds gewünscht. Reichssekretär **v. Stengel** verteidigt die Maßnahme, die weder für das Reich noch für die Bundesstaaten etwas Neues sei. Neu sei nur die gebundene Tilgungsfrist. Er möchte sogar in Erwägung geben, ob nicht auch bei der Post größere Aufwendungen auf Anleihen zu nehmen seien. —

Die Anforderung wird nach der Vorlage genehmigt, aber sowohl Zentrum wie Konservativbe verhalten sich dagegen, daß diese Ausnahme als Präzedenzfall angesehen werde.

(Sitzung vom 2. Mai.)

Die Beratung beginnt mit dem Etat der Expedition nach Ostasien. Der Etat weist eine Einnahme von 10 794 000 M. Entschädigung von China (6. Zinsrate) auf. Außerdem Einnahmen im außerordentlichen Etat von 788 000 M. Die Ausgaben belaufen sich auf circa 6 1/2 Millionen. Bei den Ausgabe-Postitionen fragt **Müller-Gulda** an, welche Aufgaben eigentlich das deutsche Militär noch in Ostasien zu erfüllen hat und wann das Detachement zurückgezogen werde. Der Regierungsvertreter erklärt: Die deutsche Truppenmacht sei in China notwendig zum Schutze der Deutschen in Peking und zum Schutze der Verbindung mit der Küste. — Es habe die Absicht bestanden, die Truppen zurückzuziehen, aber es seien mittlerweile wieder Unruhen ausgebrochen. 1800 Mann seien ihnen zurückgeführt, wann aber der Rest zurückgezogen werde, das lasse sich nicht ersehen. — **Müller-Gulda** ist der Meinung, daß jetzt schon das Militär dort überflüssig sei, man könne nicht warten, bis in China einmal alles ruhig sei; dort gebe es immer Unruhen. Der Regierungsvertreter teilt noch mit, daß Frankreich, England, Italien, Rußland, alle mehr als 1000 Mann dort haben während der deutsche Bestand nur 725 Mann betrage. —

Die Anforderungen werden ohne weitere Debatte nach der Vorlage genehmigt.

Die Kommission geht über zu den

Einnahmen des Reichs aus Zöllen, Steuern und Gebühren.

Der Vorschlag weist eine Einnahmenschätze aus den indirekten Steuern von 1179 1/2 Millionen Mark auf! Vor der Besprechung der einzelnen Postitionen gibt Reichssekretär **v. Stengel** einen Uebersicht über den Stand der Einnahmen im Jahre 1903. Danach ist die wirkliche Einnahme wesentlich höher als der Vorschlag, aber nicht durchgängig. Die sogenannten Trimbornzölle, jene Zolleinnahmen, aus denen ein Teil für die kommende Wittwen- und Waisenversicherung zurückgelegt werden soll, bleiben um 4 Millionen hinter den vorjährigen Einnahmen zurück, dagegen übersteigen die anderen Einnahmen den Vorschlag um 20—22 Millionen. **v. Stengel** glaubt, den Rückgang der Trimbornzölle auf starke Voreinsätze im Jahre 1903 und auf gute Ernte 1903 zurückzuführen zu können. Trotz des im allgemeinen guten Abschusses soll der Vorschlag für 1907 nicht erhöht werden. Der Sekretär spricht sich dann über

die Ergebnisse des neuen Steuern

aus und muß zugestehen, daß man sich in den Erwartungen auf hohe Einnahmen sehr getäuscht hat! Er gibt folgende Zahlen an:

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Lage der Holzwerker.

Ran schreibt uns:
In keinem anderen Industriezweig ist die Strupellosigkeit und Sorglosigkeit gegenüber dem Arbeiterleben so arg, wie in der Holzindustrie. Kurz nachdem der Reichstag unter dem Eindruck der wuchtigen Anklage von Hues im Februar vorigen Jahres eine Resolution beschloß, daß die Verhältnisse der Hütten- und Holzwerker am liebsten untersucht werden sollen, da erklärten die Holzwerkvereine, sie sähen einer solchen Untersuchung mit Ruhe entgegen. Jawohl! Weil die Unternehmer wissen, wie dem Gesetz und den Beamten ein Schnippchen zu schlagen ist.

Im Reiche des Königs Thibon mußten sich des Sonntags ungeschicklicherweise beschäftigte jugendliche Arbeiter in den Afskanal unter der Erde verziehen, als einmal — unangemeldet — der Fabrikinspektor auf dem Werke erschien. Aber der Inspektor wußte, wie es gemacht wird, und er fand die Jungen. Später, als wir uns einmal nach dem Stande der Angelegenheit erkundigten, hörten wir, daß den Kindern gesagt worden sei, sie müßten vor Gericht ausfragen, ohne Auftrag, lediglich aus eigenem Interesse, des Sonntags gearbeitet zu haben. O, die menschenfreundlichen Holzwerkunternehmer sind unschuldige, harmlose Leute und sahen einer Untersuchung mit Ruhe entgegen! Auf einem anderen Werke unter Krupp Verwaltung sahen wir, wie die Maschinen in wahrhaft lebensgefährlicher Art die großen Schließmaschinen während des Betriebes schmierten, trotzdem ein Plakat an der Wand das Schmiern, ohne die Maschine stillzusetzen, streng verboten. Als wir den Maschinenführer vorworf, lächelten sie (über unsere „Naivität“) und meinten, der Direktor könne dabei stehen, wenn während des Betriebes geschmiert würde, der sage nichts, drehe sich vielmehr um und sehe zum Fenster hinaus. Sehten die Maschinen aber die Maschinen still, so mühten sie die Zeit des Stillstandes in ein Kontrollbuch aufzuschreiben, und dauerte die Schmiern einige Minuten, so bekamen sie vom Direktor einen „Ruffel“. Wüßte aber ein Arbeiter mit seinem Knochen die Profitwut der Kapitalisten, so ist er durch „eigene Schuld“ verunglückt; ein Protokoll wird sein säuberlich aufgenommen und dem Unternehmer kann keiner was.

Wahre Fundgruben für den Sozialpolitiker bilden die Arbeitsordnungen der Hüttenbetriebe, die meist von Gefängnisordnungen nur schwer und oft nur unvollständig unterschieden werden können. Eine raffinierte Art der Kündigungs- und Lohnzahlungsbedingungen herrscht auf vielen Werken in Belgien. Dort sind die Kündigungsbedingungen am 1. und 15. des Monats, die Lohnungen erfolgen am 30. mit einer Abschlagszahlung und am 16. mit der eigentlichen Abrechnung. In der Arbeitspraxis verhält sich die Sache nun folgendermaßen: In der Regel fangen in der Hüttenindustrie die Arbeiter ihre Arbeit an, ohne vorher den Lohn zu vereinbaren. Teils, weil das letztere schon als Annahme, als Unbedingtheit von den Unternehmern empfunden würde, teils auch, weil die Arbeiter der Ansicht sind, der Unternehmer müsse sich doch erst über die Leistungsfähigkeit des Arbeiters unterrichten können. Fängt nun ein Arbeiter zum ersten Mal an, so bekommt er am Dreißigsten eine Abschlagszahlung und erst nach weiteren 14 Tagen am 16. des folgenden Monats, sieht der Arbeiter bei der Abrechnung, was er verdient hat. Kündigungsfrist war aber der Tag vorher, der 15. des Monats. Hat nun der Arbeiter einen zu geringen erhalten, so kann er erst am 1. des wieder folgenden Monats kündigen und dann am 15. aufrufen, so daß er also volle 10 Wochen für einen viel zu niedrigen Lohn hat schufteln müssen. Nach der Gewerbeordnung müssen die Kündigungsbedingungen für beide Teile gleich sein, aber die Unternehmer erreichen auf die angegebene Art, daß sie gegen den Willen der Arbeiter diese durch 10 volle Wochen mit Löhnen abspießen können, die tief unter der Durchschnittsquote stehen, und daß der Arbeiter ohnmächtig ist, sich dagegen zu wehren. Auch die sonstigen Bestimmungen der Arbeitsordnung sind meist skandalöser Art. So ist dem Arbeiter verboten, neben seiner Werkstatt zu Hause ein Geschäft zu betreiben, auch, es von anderen betreiben zu lassen. So ist der Arbeiter der ganzen Reihe der Beamten gegenüber zu „unbedingtem Gehorsam“ verpflichtet, wie beim Militär.

Wie noch brutal die Hüttenindustriellen und ihre Handlanger das Arbeitsverhältnis aufweisen, geht daraus hervor, daß als unlangst ein Arbeiter die Fufstümpfe auf einem Huttenwerk in der Presse zur Sprache brachte und daraufhin gemahnt wurde, ein Angeklagter sogar einen in der Nähe beschäftigten Arbeiter scharf anzusehen, weil er die Existenz eines so gefährlichen Menschen nicht bemerkt und dem Unternehmer behufs Strangulation pflichtschuldigst denunziert habe.

Die Hüttenkönige kennen keine Ueberzeugung, die doch nach Guplow „des Mannes Ehre“ sein soll, keine Religion, als die des Gottes Baal. „Die einzige Religion“, sagt Paul Lafargue mit beidemem Spot in seinem Schriftchen „Die Religion des Kapitals“, die den Bedürfnissen der Zeit entspricht, ist die Religion des Kapitals. Das Kapital ist der wirkliche, allmächtige Gott, der sich in jeder Gestalt offenbart: es ist glänzendes Gold und stinkender Guano, Hammerbeeren und Kaffeeladungen, Lager heiliger Schriften und Ballen pornographischer Bilder, gigantische Maschinen aus härtestem Stahl und elegante Pöschchen „Summiartikel“.

Abfahrgelagenheit für Glas- und Porzellanwaren. Das Sekretariat des Handelsvertragsvereins ist im Besitz von zuverlässigen Berichten über den Absatz von Glas- und Porzellanwaren in sämtlichen Ländern Mittel- und Südamerikas. Die Berichte umfassen nicht weniger als 180 Seiten und enthalten ausführliche Angaben nicht nur über Abfahrgelagenheiten für bestimmte Artikel der keramischen Branche, sondern auch über Zollverhältnisse, Transportverhältnisse, Verpackung, Konsumfaktoren, Agenten, Verkaufshäuser usw. Die Berichte liegen im Bureau des Handelsvertragsvereins (Berlin W. 9, Köthenerstraße 29/30) während der Bürozeiten von 9—3 Uhr zur Einsicht aus. Ferner kann daselbst eingesehen werden eine vor kurzem erschienene amtliche Denkschrift über die Besteuerung von Handelsreisenden in den wichtigsten Exportländern.

Der neue Stahlverband. Programmäßig, in der letzten Stunde, ist der Stahlverband auf 5 Jahre verlängert worden. Am 1. Mai hielt der neue Verband seine erste Hauptversammlung ab und wurde beschlossen, den Verkauf von Formeisen zu den bisherigen Preisen und Bedingungen für das Inland für das dritte Vierteljahr mit der Maßgabe freizugeben, daß bis zur Regelung der Händlerfrage höchstens 60 Proz. der Beteiligung der einzelnen Mitglieder der Trägervereinigungen an diese verkauft werden dürfen.

Auf dem Wege zum Staatsbankrott.

Wie die Zeitung „Ruff“ mitteilt, macht sich in den letzten Monaten eine allgemeine, wie auf ein Signal erfolgte Steigerung des Grundkapitals aller großen Petersburger Banken bemerkbar. Diese Steigerung beträgt bei

d. Russischen Bank für äußeren Handel	b. e. Grundkap. v. 20 Mill. 10 R. M. o.	50%
Intern. Kommerzbank	24	12
Russ. Handels- u. Industriebank	10	10
Petersburger Diskontobank (geplant)	10	5
Asow-Don-Bank	10	15
Sibirischen Handelsbank	4	8

Außerdem sind drei der größten Provinzialbanken mit fast 100 Millionen in die Hände von Ausländern übergegangen; das gleiche soll gerücheltweise bei der Petersburger Privat-Kommerzbank der Fall sein.

Woher stammt nun dieser plötzliche Kapitalzufluß in die Kassen der Petersburger Banken? Hat sich etwa in Handel und Industrie ein plötzlicher Aufschwung bemerkbar gemacht? Ist vielleicht eine Periode wirtschaftlicher Prosperität im Anzuge, welche den

Banken rege Tätigkeit und hohen Profit verspricht? Die nüchternen Zahlen sprechen das Gegenteil. Die Ausfuhr ist auf 24 Proz., die Kapitaleproduktion auf 20 Proz. gefallen; viele Fabriken stellen ihre Tätigkeit ein, andere bestärken die Regierung um Vorkstellungen, da ihnen sonst Liquidation bevorsteht. Noch vor wenigen Tagen hat die Regierung sich gezwungen gesehen, den Ausfuhrtarif für Bergbauzeugnisse unter den eigenen Kostenpreis herabzusetzen. Bei diesen Verhältnissen schränken die Banken ihre Operationen naturgemäß auf ein Minimum ein. Neue Kapitalanlagen versprechen ihnen jetzt um so geringeren Gewinn, weil sie die neuen Aktien bei der allgemeinen finanziellen Depression zu äußerst niedrigen Kursen werden abgeben müssen. — Es sei noch bemerkt, daß die neuen Vorkstellungen nicht auf russische Vorkommen, sondern im Auslande abgefeht werden sollen und somit das russische Bankwesen dem Auslande ausliefern. Die ganze „Operation“ hat, wie leicht zu sehen ist, nur den einen Zweck, ausländisches Kapital in die russischen Banken zu ziehen, um der Regierung auf diesem Wege die Möglichkeit zu geben, mit Hilfe ausländischer Bankdirektoren und Aktionäre verdeckte Anleihen aufzunehmen. Als Äquivalent erhält das jederzeit „hilfsbereite“ ausländische Kapital außer den gewöhnlichen Bankzinsen die tatsächliche Oberherrlichkeit über die Banken, ja über den ganzen russischen Geldmarkt und gewinnt somit die Möglichkeit, dieselben Funktionen in Rußland auszuüben, welche es schon seit Jahren in der ... Türkei ausübt.

Eine Koalition der rückständigsten feudalen Despotie mit dem europäischen Vorkapital zur gemeinsamen Dämonisierung des russischen Volkes und des europäischen Rentenbesitzers, wie sie hinterlistiger nicht gedacht werden kann — das ist der neueste Finanzplan der „konstitutionellen“ Regierung Stolypin u. Co.!

Gerichts-Zeitung.

Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz.

Ein eigenartiger Grund für die Verlängerung einer Untersuchung wurde am Mittwoch vom Gericht vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I geltend gemacht. Aus der Untersuchung wurde der 23 Jahre alte Zigarrettenarbeiter Karl Otto Rith Rothemann vorgeführt. Er steht unter der Anklage des verübten Verbrechens gegen das Gesetz betreffend die Herstellung, Aufbewahrung und den gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen. Die Vorgeschichte dieser Anklage hat sich in der Schweiz abgepielt. Wie die Anklage behauptet, sollen in Genf und Zürich seit geraumer Zeit Sammelstätten für die Anarchisten aller Länder bestehen, insbesondere sollen die russischen und polnischen Terroristen daselbst ihre Hauptquartiere haben. Im Frühjahr 1906 will man in Zürich eine Art Schule zur Herstellung von Sprengmitteln entdeckt haben. Es wurde bei dem als Anarchisten bekannten Schneider Franz Blazel eines Tages eine Hausdurchsuchung abgehalten und dabei in einem Koffer eine Sammlung von Chemikalien, die zur Herstellung von Explosivbomben benutzt werden, als da ist Pikrinsäure, Schwefelsäure usw. vorgefunden. In einem gleichfalls aufgefundenen Manuskript war eine genaue Anweisung zur Herstellung von Sprengmitteln, Höllenmaschinen, Bomben, Nitroglycerin usw. enthalten. Zur Illustration war die Zeichnung einer Bombe neuester Konstruktion beigegeben. Vorgefunden wurde außerdem eine ziemlich umfangreiche Korrespondenz mit Adressen, aus der sich ergeben soll, daß zwischen den Anarchisten aller Länder ein reger Verkehr bestand. Man will daraus ersehen haben, daß in der Schweiz die Behauptung über anarchistische Zusammenkünfte stattfanden und daß die Sprengstoffe, Höllenmaschinen und Bomben hauptsächlich für den russischen Anarchisten Schoh angefertigt wurden. Weiterhin soll die aufgefundenen Korrespondenz auch den Beweis erbracht haben, daß auch Berliner Anarchisten einen sehr regen Verkehr mit ihren Schweizer Gesinnungsgenossen unterhielten. Der genannte Schneider Blazel und der Zigarrettenarbeiter Rothemann werden als die Hauptgehilfen des Schoh angesehen und zwar soll das vorgefundene Manuskript mit der Anweisung zur zweckmäßigen Herstellung von Bomben und Höllenmaschinen von der Hand des Rothemann herrühren. Das Schriftstück schließt mit den Worten: Handbuch für Terroristen. Auf Grund des Sprengstoffgesetzes wurde nach dieser Entdeckung von der Züricher Staatsanwaltschaft gegen Schoh, Blazel und Rothemann Anklage erhoben. Die Angeklagten fanden aber Gelegenheit, rechtzeitig zu entfliehen und das Bundesgericht in Zürich verurteilte sie in contumaciam und zwar Schoh zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, Blazel und Rothemann zu je einem Jahr Gefängnis und zu dauernder Landesverweisung. Rothemann wurde im Juni 1906 in Berlin gefangen und am 12. September 1906 wurde er hier verhaftet. Nun soll er sich hier wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz verantworten. Der Termin litt unter dem Mißgeschick, daß der Vorsitzende der Strafkammer, Landgerichtsdirektor Langner, der die umfangreichen Akten und Beilagen durchstudiert hat, plötzlich erkrankt ist. Landgerichtsrat Busch, der statt seiner den Vorsitz übernehmen mußte, erklärte, daß ihm das gesamte Aktenmaterial erst am Dienstmittag zugegangen und er unter diesen Umständen nicht in der Lage sei, in eine Verhandlung der komplizierten Sache einzutreten. — Rechtsanwalt Dr. Karl Liechtenhagen beantragt für den Fall einer Vertagung die Haftentlassung des Angeklagten, der weder Terrorist noch Propagandist sei, sondern durch sein Auftreten in Versammlungen bewiesen habe, daß er nur humanitäre Ziele verfolgte. Der Angeklagte frage nun schon acht Monate in Untersuchungshaft, die seine Gesundheit sehr geschädigt habe, und er denke gar nicht daran, zu fliehen. Zur Flucht hätte er reichlich Gelegenheit gehabt, denn er habe schon zwei Monate vor seiner Verhaftung gewußt, daß die Staatsanwaltschaft gegen ihn vorgehen werde. — Staatsanwaltstaatsrat Lindow widersprach der Haftentlassung, da es sich hier doch um ein schweres Verbrechen handele, dessenwegen der Angeklagte in der Schweiz in contumaciam zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden sei. — Der Verteidiger erwiderte, daß doch wohl ein großer Teil der achtmonatigen Untersuchungshaft auf diese Strafe angerechnet werden würde. — Der Angeklagte bestritt, Terrorist zu sein oder mit Sprengstoffverbrechen in Verbindung zu stehen. Er bat um Haftentlassung, da die lange Untersuchungshaft, in welcher ihm seit vielen Wochen jeder Verkehr mit seiner Mutter und seinen Schwestern abgelehnt worden sei, ihn geistig und körperlich sehr herabgedrückt habe. Er denke gar nicht an eine Flucht. — Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen und den Antrag auf Haftentlassung abzulehnen. — Wir nannten im Eingang den für die Verlängerung der Haft geltend gemachten Grund einen eigenartigen. Was kann der Angeklagte dafür, daß der Landgerichtsrat Busch erklärt, das ihm obliegende Amt der Verhandlungsleitung nicht führen zu können, und wie ist es möglich, anzunehmen, daß der nach der Strafprozedur zur Begründung eines Haftbeschlusses notwendige dringende Verdacht der Tat besteht, wenn der Vorsitzende selbst erklären muß, er könne die Akten nicht übersehen?

Rußlands übermalt vor Gericht.

Gegen den Kriminalkommissarius Ruck aus Schöneberg wurde gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III eine Anklage wegen Unterschlagung in einem und wegen Betruges in zwei Fällen verhandelt. Es handelte sich noch um einige Epizodien aus der Zeit der finanziellen Bedrängnisse, die der Angeklagte durchzumachen gehabt hat. Auf Grund der Beweisaufnahme ließ der Staatsanwalt in dem Falle der Unterschlagung die Anklage fallen, hielt aber den Betrag in den beiden anderen Fällen für erwiesen. Er beantragte 300 R. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten, da die Absicht des Betruges nicht erwiesen sei.

Anschlag	Birkl. Einnahme 1906	1897/1906
Brauersteuer	5 Millionen	18 1/2 Millionen
Zigarrettensteuer	4	6 3/4
Krautstempelsteuer	11	11
Fahrkartensteuer	24	12
Automobilsteuer	2	1 1/4
Tantiemensteuer	7	2 1/2
Erbchaftsteuer	8	3 1/2

Dieser Rückgang, der bei der Fahrkartensteuer zu einem völligen Staslo geworden ist, hat offenbar dem Reichsfinanzsekretär große Kopfschmerzen gemacht; er bemüht sich krampfhaft, Gründe für den Rückgang zu finden. Bei der Fahrkartensteuer muß er indessen zugeben, daß man sich in der Schätzung schwer getäuscht habe. Es sei offenbar eine starke Abwanderung aus den oberen in die unteren Wagenklassen eingetreten, die man in diesem Umfang nicht erwartet habe. Leider sei zu befürchten, daß die Tarifreformen diese Abwanderung noch steigern werde! Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß 1908 der Rückmarsch wieder vollzogen sein werde; denn wer einmal gewohnt sei, 1. oder 2. Klasse zu fahren, der bleibe nicht dauernd in der 3. oder gar 4. Klasse.

In der Spezialberatung gibt Arend als Referent einen Ueberblick über die Einfuhrüberschüsse unter dem neuen Zolltarif; er schlägt die gesamte Mehrerinnahme auf 45 Millionen Mark, beantragt aber keine Erhöhung des Einnahmeaufschlags. — Korreferent Sped beantragt dagegen, 20 Millionen mehr einzustellen. Die Regierung wendet sich dagegen, da sonst auch der Fahrkartensteuer-Voranschlag reduziert werden müsse.

Die Kommission beschloß, 20 Millionen mehr, also an Zolleinnahmen 633 statt 613 Millionen einzustellen. —

Abg. Sped bringt eine Resolution ein, nach der alle für Brauerei- und Brennereizwecke verwendete Gerste mit 4 R. pro Doppelzentner verzoollt wird. Der Zollsatz von 1,30 R. soll nur für Gerste gelten, die amtlich durch Nigen, Quetschen, Färben usw. gekennzeichnet oder nachgewiesenermaßen zu Futtermitteln verwendet worden ist. Arend ist dafür, und Sped schildert im einzelnen, wie leicht die Futtergerste rot zu färben sei. v. Stengel möchte es bei dem jetzigen Zustand belassen; die Bestimmungen reichten aus. Für Zweifelssfälle würde er für Denaturierung der Futtergerste sein, aber allgemein könne eine Denaturierungsvorschrift gar nicht erlassen werden, da dies den Handelsverträgen widersprechen würde. Die Resolution wird mit einer kleinen Änderung angenommen.

Die Tabaksteuer weist eine Mindereinnahme auf; sie wird ohne Debatte mit 11 911 000 R. eingeleitet. Die Zigarrettensteuer ist für das Jahr 1907 mit 12 Millionen eingestellt. Hierzu hat Abg. Jäger den Antrag gestellt, der Bundesrat möge Bestimmungen erlassen, wonach sogenannte Zigarillos nicht der Zigarrettensteuer unterworfen werden. Die Regierung erklärt, daß die Zigarillos, also Fabrikate mit Umblatt und Deckblatt, nicht als Zigarette besteuert werden, von verschiedenen Medern werden aber Beispiele von Besteuerung dieser Fabrikate angeführt. Genosse Singer erklärt, daß die Sozialdemokraten der Resolution zustimmen. Dieselbe wird einstimmig angenommen.

Die Zudersteuer soll 143 Millionen Mark bringen. Es liegen hier mehrere Anträge vor: Staudy u. Gen. beantragen die Herabsetzung der Zudersteuer von 14 auf 10 R. pro Doppelzentner, und in einer Resolution wird der Reichsfinanzsekretär ersucht, die Einnahmen aus der Zudersteuer, soweit sie 140 Mill. übersteigen, zu einem Zudersteuer-Ermäßigungsfonds anzusammeln, welcher den Zweck hat, bei der Ermäßigung der Steuer von 14 auf 10 R. doch einen Ertrag von 140 Mill. Mark zu sichern. Arend spricht für Herabsetzung der Steuer und gegen die Resolution, die die Herabsetzung nur verschleppen könne. Abg. Sped ist gegen Herabsetzung der Zudersteuer im gegenwärtigen Augenblick. Natürlich ist auch der Schatzsekretär gegen Herabsetzung der Zudersteuer; die Schatzverwaltung müsse darauf bedacht sein, bei den steigenden Ausgaben jede Einnahme zu konsolidieren. Die Herabsetzung bedeute einen Ausfall von 30 Mill. Mark; er warne daher, solche Pläne weiter zu verfolgen. Wenn die Finanzlage besser sei, könne man der Resolution eher näher treten. Staudy und Graf Schwerin-Schwarzenberg verteidigen sehr lebhaft die Herabsetzung der Zudersteuer — selbstverständlich im Interesse der Zuderfabrikanten, aber sie hätten sich, das zu sagen. Im Gegenteil, die Herren Agrarier finden es einmal recht viele und schöne Worte über „Verbesserung der Volksernährung“, „ausgleichende Gerechtigkeit“ usw. usw. Genosse Ledebour spricht für die Herabsetzung der Steuer von 14 auf 10 R. Die Sozialdemokraten sind für Aufhebung der Zudersteuer überhaupt; so lange das nicht zu erreichen ist, werden sie für jede Ermäßigung eintreten. Eine jede Preisermäßigung bringt eine Konsumminderung, der Ausfall wird also bald gedeckt sein. Ledebour spricht dann eingehend über die Bedeutung des Zuders als Nahrungsmittel. Es sollte alles aufgeboden werden, den Zuderkonsum zu heben. Liebermann beantragt, die Resolution dahin abzuändern, daß die Bildung des Zudersteuer-Ermäßigungs-fonds nicht schon im Jahre 1907 beginnen soll. Stengel ist mit dieser Abschwächung einverstanden; in dieser Form ließe sich die Resolution annehmen.

Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrages auf Herabsetzung der Zudersteuer von 14 auf 10 Mark, jedoch mit der Einschränkung, daß die Herabsetzung in diesem Jahre nicht mehr erfolgen soll! — Die Resolution über Bildung eines Ermäßigungs-fonds wird abgelehnt. Der Steueranschlag für 1907 wird um 2 Millionen erhöht, also mit 145 Millionen in den Etat eingeleitet.

Die russische Revolution.

Aufhebung der Feldgerichte.

Petersburg, 1. Mai. Uebermorgen erfolgt auf Grund des Art. 87 des Staatsgrundgesetzes die Aufhebung der Feldgerichte. Der Kriegsminister erließ ein Verbot, die Namen der an Feldgerichten beteiligten Offiziere bekannt zu geben und untersagte diesen Offizieren selbst, Schriften darüber zu veröffentlichen.

Ein Herz und eine Seele.

Petersburg, 2. Mai. Der „Vörsenzeitung“ zufolge wollte Ministerpräsident Stolypin am 30. April dem Dumapräsidenten Golowin einen Besuch abtun, fand ihn aber nicht zu Hause und hinterließ seine Karte. Bald darauf teilte Stolypin Golowin telephonisch mit, daß er sowohl wie der Kriegsminister vollständig befriedigt seien und den Zwischenfall in der Dumaoffnung für erledigt hielten. Außerdem danke er, Stolypin, ihm für seine dabei eingenommene Haltung, welche die Freunde der Reichsduma in den Stand setze, für deren Fortbestehen erfolgreich einzutreten. Er halte die Duma für den einzigen Faktor, der Rußland auf den Weg der friedlichen Entwicklung bringen könne. Der Kriegsminister werde in der Woche nach Ostern in der Duma Erklärungen über die Handlungsweise des Generalgouverneurs von Moskau abgeben. (Die Duma hat sich am Dienstag bis zum 13. Mai vertagt.)

Der „Netsch“ zufolge hat auch der Kriegsminister Golowin einen Besuch gemacht.

Unruhen.

Petersburg, 2. Mai. (P. Z. W.) Gestern kam es in einem im Wiborger Stadtteile von Petersburg gelegenen Gefängnisse zu Unruhen, die zwar bald aufhörten, sich aber heute morgen in heftigerer Form wiederholten. Politische Gefangene stellten Forderungen. Einige gebrochenen Fensterscheiben, sprengten die Türen und Löcher. Eine Kompanie Soldaten sah sich veranlaßt zu schießen. Ein Gefangener wurde getötet, mehrere wurden verwundet. Die Ordnung ist wiederhergestellt und eine Untersuchung eingeleitet.

Die Kundgebung des Proletariats.

Trotz ungünstiger Verhältnisse hat auch in diesem Jahre das deutsche Proletariat den 1. Mai durch eine imponierende Massenkundgebung begangen. Die Vormittagsversammlungen waren an den meisten Orten überaus stark besucht. Namentlich in den Hauptstädten, den Konzentrationspunkten des industriellen Proletariats und der modernen Arbeiterbewegung. Wie in Berlin die Vormittagsfeier unter dem gewaltigsten Andrang des feiernden Proletariats stattfand, so auch in Hamburg, Leipzig, Dresden und anderen Städten. Die Massen haben, trotzdem diesmal kein Scharfmacher und kein bürgerlicher Zeitungsschmeiß die Behauptung wagen darf, die Arbeiter seien zur Maiseier „künstlich aufgestachelt“ worden, durch ihre prächtige Kundgebung bewiesen, daß ihnen die Maiseier ans Herz gewachsen ist, daß ein unerschöpflicher Fonds von Idealismus und Kampfbegier in ihnen lebt!

Viele Hunderttausende deutscher Arbeiter haben sich am Mittwoch zur einmütigen, vom Geiste stolzen Klassenbewußtseins getragenen Bekundung ihrer Bürger- und Menschenrechte zusammengefunden. Während die Bourgeoisie gierigen Kolonialspeculationen nachjagt, während sie die unerschöpflichen Lasten eines kulturwidrigen Militarismus und Imperialismus noch schmerzloser dem Rücken des Volkes aufzubürden trachtet, während das Scharfmachertum nach Knebelgeheßen schreit und grimmig über die Bedrohung der Klassenrechte der Besitzenden durch die emporsteigende Arbeiterklasse zetert, hat sich das Proletariat abermals mit wuchtigstem Nachdruck zum sozialistischen Evangelium der Menschengleichheit und Völkerverbrüderung bekant!

Das Proletariat weiß, daß es sich seine Menschenrechte durch langen, schweren Kampf erringen muß. Es weiß, daß es zäher, unermüdlicher Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiete und allen Kampfplätzen des öffentlichen Lebens bedarf, um allmählich seinen Aufstieg zu wahrer Kulturhöhe und voller Bürgerfreiheit durchzusetzen. Es weiß, daß jahrzehntelanges Wertelwirken, der schlichte Heroismus ganzer Generationen dazu gehört, um die Ideale des Sozialismus zu verwirklichen. Nicht an Kraftphrasen berauscht sich das moderne Proletariat, wie die Verleumder der Arbeiterklasse behaupten, sondern aus der Tat, aus der Unsumme opfermutig geleisteter Arbeit für die Verbesserung seiner Lage, für die Forderung seines geistigen Abwegens zieht es die unbedingte Energie seines Vormärtsdrängens, die frohlockende Zuversicht seines unaussprechlichen Sieges!

Aber auch das Gefühl, der Idealismus heischt sein Recht. Und wenn die herrschende Klasse sich eine so lange Reihe von Gebenstagen geschaffen hat, an denen sie ihre Triumphe feiert, wenn sie mit rauschendem Gepränge dynastische Festtage begeht und als „nationale“ Feste gerade Lage feiert, an denen der bluttränke Dämon der Zwittertracht, des Hasses, des Völkermordes besonders reiche Opfer gefordert: sollte da nicht die nichtbeisende Klasse alles Anrecht darauf haben, wenigstens an einem Tage im Jahre seinen lichten Idealen der Menschheitsvermehrung und Völkerverbrüderung zu huldigen? Und wenn die herrschende Klasse im Uebermut trotzigem Herrtums der nichtbeisenden Klasse dies Recht verweigert, sollte sich das Proletariat nicht dies Recht erstreiten? Oder sollte es kleinlich verzagen, weil der Uebermut der herrschenden Klasse nicht gleich bei den ersten Anläufen niedergerungen ist? Kein Sieg ohne Kampf und kein Kampf ohne Opfer!

Aber nicht etliche Siegestimmung ist es ja, die sich in der proletarischen Feier des 1. Mai bekundet. Fern noch liegt für die Arbeiterklasse das ruhige Siegesgefühl, die gemächliche Festesfreude. Schwermütig trüben nur das Proletariat seine Feste feiern. Die Demonstration des 1. Mai ist nur eine Heerschau, eine Feier zwischen den Schlachten. Mit neuer Begeisterung, neuer Tatkraft lehren die Massen in ihre Glieder zurück, entschlossen zu neuem unermüdlichen Kampfe. Kein Ruhm, kein Raufen, bis der Siegespreis errungen, Gleichheit und Freiheit geschaffen für alles, was Menschenantlig trägt!

Und welche Bürgerschaft des internationalen Kulturstrebens, diese Kundgebung aller Nationen! Mag die Bourgeoisie Waffen schmieden, mag sie ihre alten Verheugungskünste immer von neuem üben: die internationale Arbeiterklasse weiß, daß ihre Klassenbrüder trotz aller Unterschiede der Zunge von gleichem Geiste der Friedensliebe durchdrungen sind. So drohend die Gefahren des weltpolitischen Abenteuerstums sind, immer stärker, kraftvoller wächst die Macht heran, die der herrschenden Klasse die Brandsadel des Krieges aus der Hand wunden wird!

Schon sind es in allen großen Kulturstaaten Millionen, die das Weltkräften bekämpfen, die dem kriegerischen Krieg geschworen haben. Noch ist es die Minderheit, die gefeit ist gegen alle Verdrüßungs- und Verheugungsversuche der herrschenden Klassen. Aber die Armee des klassenbewußten Proletariats wächst unaufhaltsam. Schon heute ist die unbedingte Friedensliebe der sozialistischen Massen die zuverlässigste, ja die einzige Friedensgarantie!

Heil dem Völkermat!

Heil die Völkerverbrüderung!

Vorwärts in den Kampf zur Gewinnung neuer Klassenfreier!

Die Maiseier in Berlin.

Sie hat weitere Fortschritte gemacht, die Maiseier in Berlin. Selbst die reaktionärsten Blätter müssen das zugestehen. Und der schwache Trost, den sie darin finden, daß beispielsweise die imposante Feier der Holzarbeiter eine Folge der Absperrung sei, ist nur ein Scheintrost. Nur

der sechste Teil der Berliner Holzarbeiter ist von dieser Absperrung betroffen. Es waren in der übergroßen Zahl freiwillig Feiernde, die sich an der Riesendemonstration in der „Neuen Welt“ beteiligten.

In der Holzindustrie und im Baugewerbe war die Arbeiterruhe eine vollständige. Auch in mancher kleineren Industriebranche war das der Fall. Ueberall übertraf jedenfalls die Arbeiterruhe die Erwartungen, bewies die Unzulänglichkeit der gewählten Lokale, das zeigten die vielen polizeilichen Absperrungen. Daß die Fischer nicht nur den Saal, sondern auch den Garten der „Neuen Welt“ füllten, ist selbstverständlich. Ebenso war es bei den zentralorganisierten Maurern in der Brauerei. Ueberfüllt in besonderem Maße waren auch die Versammlungen der Zimmerer, der Bauarbeiter, Maler, Putzer, der Steinseher, der Nahrung- und Genussmittelindustrie, der Schuhindustrie und der Metallarbeiter. In vielen Versammlungen vermochte man sich notdürftig zu helfen, indem man die Tische und Stühle aus den Sälen entfernte; aber oft reichte dies nicht aus, und in acht Fällen konnten wir eine polizeiliche Absperrung der überfüllten Lokale feststellen.

Auch das Straßenbild trug deutlich das Gepräge des Arbeiterfeiertages. Auf den Bauten ruhte die Arbeit. Die Fabriken und Werkstätten der Holzindustrie, die besonders im Osten stark vertreten ist, wurden geschlossen, weil niemand zur Arbeit kam. Männer in Feiertagskleidung zogen überall den Lokalen zu, wo sich die maiseiernden Proletarier versammelten.

Auch nach Schluß der Versammlungen und während des ganzen Tages machte die Menge der Straßenpassanten einen durchaus ungewöhnlichen Eindruck. Nicht das übliche Hasten und Jagen des Werkeltages. Wer es eilig hatte, kam am 1. Mai schlecht von der Stelle. Ruhig prominierende Menschen überall. Aber nicht im Eigerkostüm des Berufsaussehens oder dem hypermodernen Kosüm der Halb- und Ganzwelt, sondern im „Sonntags“staat des Arbeiters und im „guten Kleid“ der Proletarierfrau. So füllten sie die Straße, so machten sie sich überall bemerkbar — eine nicht arrangierte, eine nicht beabsichtigte, aber deswegen um so eindrucksvollere Demonstration.

Die Feier am Nachmittag und Abend in den großen Gartenlokalen litt etwas unter der diesjährigen „Malkälte“. Nicht unter der politischen! Die „Niedergerittenen“ fühlten sich nach der Truppenschau am Vormittage in der Rolle der Unüberwindlichen. Aber trotz der Ungunst der Witterung waren auch die von der Partei arrangierten Feste von Tausenden und Abertausenden besucht.

Die Polizei verhielt sich den Maiseiernden gegenüber im allgemeinen zurückhaltend. Jedoch hat dies vernünftige Verhalten auch Ausnahmen. Ein Trupp von etwa 30 Holzarbeitern kam morgens die Kominternstraße entlang, um nach der Neuen Welt zu gehen. Mühen sie nun einen nach polizeilicher Ansicht geschlossenen Zug gebildet oder mag sonst ein demeritlicher Vorstoß gegen die preussische Ordnung bemerkt worden sein, genügt, als der Trupp in die Gubenstraße einbog, härmten aus dem dort befindlichen Polizeibureau zwei Schupleute in den Trupp der Arbeiter und trieben dieselben mit mehr Energie als nötig war auseinander. Dank der Ruhe und Besonnenheit der Arbeiter hatte dieser Zwischenfall keine weiteren Folgen.

Als nach Beendigung der Metallarbeiterversammlung im Feenpalast-Theater der Saal sich leerte, tauchten dort die Widelshäuden in verstärkter Zahl auf. Ungefähr 20 Mann sperren die Gurgeltrope in der Richtung nach dem Schloß ab, und fast ebenso viele die Heiligegeiststraße. Es war, als ob man die doch ganz unbegründete Furcht hegte, die Maiseiernden wollten jemandem einen unerwünschten Besuch abstatten. Scheinbar hatte man zuerst nicht daran gedacht, daß auch über die Friedrichsbrücke ein Weg nach dem Schloßplatz führt, denn erst als sich die größte Masse schon entfernt hatte, wurde der Zugang zur Brücke abgesperrt, und das geschah, obwohl nur einzelne der Versammlungsbesucher darüber gegangen waren.

Selbstverständlich gaben die Kaisernden der Polizei keinerlei Veranlassung, einzuschreiten. Alles verlief in Ruhe und Ordnung. Dennoch konnte man sich wohl an die Worte des Dichters erinnern und die Zeit herbeisehen:

„So keine fremden Treiber dich treiben,
wie man das Vieh mit dem Steden treibt“.

fremd ist und bleibt ja der Arbeiterklasse auch eine Polizei, die die Massen wie unartige Schulbuben behandelt, denen man allerlei Lorheiten zutrauen kann!

Die Demonstration der Gewerkschaften.

Ganz wesentlich konzentrierte sich diesmal das Interesse der Gesamtheit auf die Frage, wie werden die vor einem Kampf stehenden Berliner Gewerkschaften die Maiseier begehen? Nun, diese haben gezeigt, daß sie über einen Heerbann von Kämpfern verfügen, deren Mut und Disziplin unerschütterlich sind. Vielleicht wäre es den Herren Unternehmern, die jetzt aus ganz Deutschland versammelt sind, um den Kampf in der Holzindustrie beizulegen, gut gewesen, wenn sie die Riesendemonstration in der „Neuen Welt“ besucht hätten. Vielleicht wäre es auch für die Führer des Unternehmertums im Baugewerbe angebracht gewesen, sich in den diversen überfüllten Bauarbeiter-Versammlungen von der dort herrschenden Stimmung zu überzeugen. Kampfedmut und Kampfesfreude war überall das hervorsteckendste Merkmal.

Der Holzarbeiterverband

hatte eine Anzahl von Lokalen, meist im Osten und Südosten belegen, als Treffpunkte für seine Mitglieder der verschiedenen Branchen bestimmt. Von da aus begaben sich die feiernden Holzarbeiter nach dem gemeinsamen Versammlungsort, der „Neuen Welt“ in der Hasenheide. In langen, losen Zügen zogen sie durch die Straßen. In der Gegend des Rotbuscher Lozes trafen die meisten Einzeltrupps zusammen und nun wälzte sich eine nach vielen Tausenden zählende Menge in ununterbrochenem Strome die Rotbuscherstraße und den Rotbuscher Damm entlang nach der Hasenheide zu. Bald hatte sich der große Saal gefüllt. Niemand konnte mehr hinein. Die Polizei sperrte die Eingänge. Aber nur der kleinste Teil der Demonstrierenden hat im Saal Platz gefunden. Fort und fort strömen neue Massen herzu. Nicht lange, und auch der weit ausgedehnte Garten ist vollständig besetzt. In den Wegen und Gängen drängen sich die Feiernden Kopf an Kopf. Ein Wind von den Zertrümmerten am Ende des Gartens auf

die wogende Menge gibt die Gewißheit, daß die Zahl der durch Arbeitsruhe demonstrierenden Holzarbeiter mindestens ebenso groß, wahrscheinlich aber noch größer ist wie im Vorjahre.

In dem festlich geschmückten Saale wurde die Versammlung um 10 Uhr eröffnet. Ein Sängerkorps läßt die bekannten Weisen erklingen: „Gruß an den Mai“ und „Empor zum Licht“. Dann nahm Genosse Singer, mit stürmischem Beifall begrüßt, das Wort. Er verwies auf Ursprung und Zweck unserer Maiseier, zeigte wie sie von Jahr zu Jahr eine immer größere Ausdehnung erfahren hat, und erinnerte daran, daß das Unternehmertum glaubt, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo der Gedanke der Maiseier aus den Herzen der Arbeiter gerissen werden könne. Aber der heutige Tag zeige, daß sich das Proletariat die Maiseier nicht nehmen lasse. Immer fester schlägt die Idee der Maiseier Wurzel in den Herzen der Arbeiter, immer größer werden die Massen, die an diesem Tage für die Klassenforderungen der Arbeiter demonstrieren, immer einmütiger legen die Proletarier an diesem Tage das Gebührende ab, nicht zu ruhen, ehe das große Ziel der Arbeiterklasse erreicht ist. Genosse Singer verwies auf den schweren wirtschaftlichen Kampf, in dem gegenwärtig die Holzarbeiter stehen. In diesem Kampfe haben sie bewiesen, daß sie gewohnt sind, Opfer zu bringen, für die gemeinsame Sache, sie haben bewiesen, was die Solidarität der Arbeiter vermag, wenn es gilt, für ihre Interessen und für ihre Rechte zu kämpfen und dem großen erhabenen Ziel des klassenbewußten Proletariats näher zu kommen. — Eingehend besprach der Redner die Forderungen, für die das Proletariat der ganzen Kulturwelt am 1. Mai demonstriert. Er zeigte, daß unermüdliche Agitations- und Organisationsarbeit nötig ist, um diesen Forderungen Anerkennung zu schaffen und schloß mit einem Hoch auf die klassenbewußte Arbeiterbewegung, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Der Vortrag des Liedes: „Dem Lenz entgegen“ schloß die Feier ab.

Inzwischen hatten die Vertrauensmänner festgestellt, daß von den Markieren, von denen jeder Besucher des Festlokals eine erhalten sollte, 25 879 Stück ausgegeben sind, daß aber viele zur Zeit des größten Gedränges die Kontrolle passierten, ohne eine Marke erhalten zu haben. Man kann hiernach annehmen, daß die Maiseier der Holzarbeiter von etwa 30 000 Teilnehmern besucht war. Damit ist festgestellt, daß weder der Beginn einer Krise noch die drohende Haltung des Unternehmertums irgendeinen Einfluß auf die Maiseier der Berliner Holzarbeiter gehabt haben. Die Arbeitsruhe in der Berliner Holzindustrie war am 1. Mai eine vollkündige.

Im Südwesten ist es alljährlich das große Stablfestament der Brauerei am Tempelhofer Berg, wohin am 1. Mai eine wahre Massenwallfahrt stattzufinden pflegt. So war es auch diesmal wieder. Während der kleine Saal dem graphischen Gewerbe reserviert war, hatten den großen Saal und, getrost kann man es sagen, den ganzen übrigen Teil des weitläufigen Lokals die

Maurer zentraler Richtung

mit Beschlag belegt. Die im Unternehmertum energischer als in den letzten Jahren erhobene Drohung, die feiernden Maurer bis zum 6. Mai auszusperren, wobei die Herren an die voraus-sichtliche Lohnbewegung dachten, ist total vorbeigelungen. Schon lange vor Beginn der Versammlungsstunde zogen die Proletarier von Relle und Mörkel im Sonntagsstaat die Welle-Allianzstraße hinauf ihrem Rendezvousplatz zu, verstärkt durch die aus den Nebenstraßen kommenden Gruppen. Von der „Höhe“ oberhalb der Bergmann- und Kreuzbergstraße gewählte ein Rückblick ein Bild, das tiefen Eindruck machte. Alle, die aus den verschiedenen Straßenzügen zusammengeströmt waren und dieses letzte Stück des Weges zum gemeinsamen Ziele zurücklegten, erschienen von hier oben auch rein äußerlich betrachtet als Einheit. Ein Symbol einheitlichen Strebens. Und immer mehr kamen heraus, den Weg zur Höhe. Es wollte schier kein Ende nehmen. Säle, Hallen und Garten waren bald überfüllt.

Vor den Maurern im großen Saal, wo die Massen in drangvoll fürchterlicher Enge harrten, sprach Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine. Einleitend gedachte er der besonderen Umstände, unter denen die deutschen Arbeiter in diesem Jahre, namentlich aber die Berliner Arbeiter, die Maiseier begehen. Voller Hoffnungen infolge des Ausfalles der Reichstagswahlen treten die Herrschenden auch auf wirtschaftlichem Gebiete derzeit feindlicher und proziger als je auf. Das Unternehmertum glaubt, auszuholen zu können zu einem entscheidenden Schlage gegen die Gewerkschaftsbewegung. Es hofft, in einem Kampfe, der für die Arbeiter nach seinem Willen ergebnislos sein soll, die Millionen aufreiben zu können, die Fleiß, Sparsamkeit und Opferwilligkeit deutscher Arbeiter aufgespeichert hat als Kriegsschatz der Gewerkschaften. Besonders in Berlin stehen wir im Zeichen riesenhafter Arbeiterkämpfe, die kühnen, aber auch kühnen Mut und Opfer erfordern. Da zufällig gerade jetzt im Baugewerbe besonders brennend die Frage des Achtstundentages ist, die ja auch dem 1. Mai seine besondere Bedeutung gibt, so hielt Redner für angebracht, sie eingehend zu würdigen, sowohl vom sozialen, hygienischen und ethischen Gesichtspunkt aus, als auch nach ihrer allgemeinen kulturellen Bedeutung. Den giftigen Haß des Unternehmertums gegen die Forderung des Achtstundentages und gegen die Maiseier erklärt er daraus, daß die herrschenden Klassen fühlten, es werde in der Maiseier der glühende Sturmwind des Klassenkampfgedankens, etwas, was der heutigen Gesellschaftsordnung feindlich sei. Dieser große Gedanke der Entwidlung der Geschichte in Klassenkämpfen sei der größte, den Marx und Engels uns geschenkt hätten. Nachdem Redner die anderen sozialen, kulturellen und politischen Fragen, die die Maiseier betreffen, gewürdigt hatte, schloß er mit einem Hoch auf die internationale, völkerverfreiende Sozialdemokratie, in das die Versammelten begeistert einstimmten.

Der Vorlesende Thöns stellte mit Genugtuung fest, daß sich die Maurer nicht hätten zurückschrecken lassen durch die Drohungen der Scharfmacher, sondern scheinbar noch stärker an der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe beteiligt seien als früher. — Mit begeisterten Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie und auf das Gedeihen und die Weiterentwicklung des Deutschen Maurerverbandes trennten sich die Versammelten, nachdem sie der Resolution einheitlich zugestimmt hatten.

Die im Maurerverband organisierten Fliesenleger hatten wegen der Kleinheit der Gruppe keine besondere Versammlung abgehalten, sondern sich den Maurern angeschlossen. 92 Fliesenleger konnten kontrolliert werden.

Eine ähnliche Massenwanderung wie am Kreuzberg und in der Hasenheide entwickelte sich im Norden der Stadt, am Friedrichshain, der die Gräber der Märgefallenen birgt. Dort waren der „Schweizer-Garten“ und die „Brauerei Friedrichshain“ der Zielpunkt ungezählter Tausender. Beide Lokale versiefen denn auch bald dem Schicksal der polizeilichen Absperrung. Auch in der „Brauerei Friedrichshain“ tagte eine der im Kampf stehenden Gewerkschaften.

Die zentralorganisierten Zimmerer

waren dort versammelt. Der große Saal war schon um 9 1/2 Uhr früh polizeilich abgesperrt, so daß Hunderte gezwungen waren, im

Warten Platz zu nehmen. Über 3000 Berufsgenossen nebst Frauen spendeten dem begeisternden Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann stürmischen Beifall. Die Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission gelangte zur einstimmigen Annahme. Zum Schluss stimmte die imposante Versammlung in ein dreifaches Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung begeistert ein.

Und nun dasselbe imposante Zurückströmen der Menge, wie erst das Hinströmen. Viele lenkten noch ihre Schritte quer durch den Gaijn zur Grabstätte der Märzämpfer, um noch an dieser Stelle sich zu geloben, daß sie, wenn auch nicht mit denselben Waffen, so mit demselben Mute und derselben Begeisterung den Kampf gegen Herrschaft und Anfechtung führen würden, wie ihn einst die begraben Helden.

Die Bauarbeiter

beteiligten sich in voller Stärke an der Meifeier. Es war eine Ehrenfrage für jeden, hier demonstrativ zu zeigen, daß es ihm ernst ist mit der Forderung, die in glockenden Versammlungen in der letzten Zeit erhoben wurde: Acht Stunden Arbeit und einen auskömmlichen Lohn! Eigentümlich bezeichnend wirkte es, wenn man gelegentlich auf einen Neubau oder Abruch stieß, wie in der Alexanderstraße oder in Wilmsersdorf, wo Bauarbeiter tätig waren; man sah sich unwillkürlich nach der Polizei um, die zum Schutze der Arbeitwilligen immer bereit steht und auch hierbei auf dem Posten war. Die organisierten Arbeiter strömten in Massen zu ihren Versammlungen, sonntäglich gepußt und froh gestimmt. Rote Ketten und andere rote Markzeichen sah man hier überall leuchten. In starken Trupps ging es schon von 8 Uhr morgens an die Mühlenstraße und Hasenheide hinauf nach „Lieserle“, gegenüber der „Neuen Welt“, wo sich die Holzarbeiter versammelten. Die anstürmenden Scharen ließen vor diesen Lokalen ein bewegtes Bild, in dem natürlich die Schutzhelme nicht fehlten. Bei „Lieserle“ fanden zwei Bauarbeiterversammlungen (im großen und im kleinen Saal) statt. Lange vor 10 Uhr waren alle Plätze besetzt und immer neue Scharen drängten herein. Die Redner waren hier G. Bauer und O. Langnickel, deren Ansprachen mit Beifall aufgenommen wurden.

Nicht minder lebhaft wie in der Hasenheide ging es auf dem Gesundbrunnen zu. Hier hatten die Bauarbeiter sich in dem großen Saal von Ballschmied in der Wabstraße versammelt. Hunderte lehten wieder um, nachdem sie ihr Verbandsbuch hatten abstempeln lassen, denn sie konnten keinen Platz mehr finden. Rehebein hielt einen Vortrag, in welchem er den demonstrativen Charakter der Meifeier hervorhob und betonte, daß den Arbeitern nicht die reize Frucht in den Schooß fällt, sondern daß sie bitter darum kämpfen müssen. Der Redner erntete vielen Beifall. — Die Stimmung war überall ausgezeichnet. Wenn von einer „verachteten Meifeier“ keine Rede sein konnte, so haben die Bauarbeiter durch ihre großartig durchgeführte Arbeitstube dazu ihr Teil beigetragen.

Die Meifeier der Metallarbeiter.

Der „Festpalast“ war am Morgen des 1. Mai wieder einmal das Ziel vieler Tausender. Vor acht Uhr schon war der untere Saal des riesigen Lokals gefüllt und lange dauerte es nicht, da waren auch die Nebenräume und Galerien dicht besetzt, und wer seinen Sitzplatz mehr finden konnte, hatte geduldig im Stehen aus, um seine Begeisterung für die große Sache kundzugeben. Eigrig war die Polizei mit der Absperrung des Lokals bei der Hand, obwohl hier und da noch ein Unterschlupf zu finden gewesen wäre. Nicht einmal die St. Wolfgangstraße, wo der Eingang zum Festpalast liegt, durfte man betreten. Schulkunde und höhere Polizeibeamte waren in Ueberzahl vorhanden, um die Absperrung streng durchzuführen. Eine Menge früh genug und doch zu spät Kommener mochte in der Wabstraße auf und ab oder zog es vor, sich nach der Vordrauerie in der Chausseestraße zu begeben, wo die zweite große Versammlung der Metallarbeiter stattfand, denn, obwohl der Andrang so außerordentlich stark war, galten beide Versammlungen ja nur dieser Industriegruppe. Der Name Bebel, die Liebe und Verehrung, die die Arbeiterklasse gerade diesem ihrem Führer und Erwecker entgegenbringt, mag wohl viel dazu beigetragen haben, daß die größte Masse der feiernden Metallarbeiter sich zunächst dem Festpalast zuwandte.

Erwiegend, anfeuernd und begeisternd wirkte die ungefähr anderthalbstündige Rede Bebel, die sich auf all die Kulturideale erstreckte, die in der Meifeier leben und wirken. Ausgehend von Erfahrungen aus seiner eigenen Gefellenseit beleuchtete der Redner die großen Fortschritte, die durch die gewerkschaftlichen Kämpfe schon erreicht worden sind, zeigte, was auf diesem Wege noch zu erstreben ist, ermahnt werden muß und wird, und schloß dann die gewaltige geschichtliche Aufgabe, die die Arbeiterklasse wesentlich auf politischem Gebiet zu erfüllen hat: die Schaffung einer freien Gesellschaft, einer freien Menschheit, den Völkern Frieden, gemeinsame Förderung aller gemeinsamen Kulturaufgaben aller Völker!

Außerordentlich Beifall zeugte davon, wie treffend der Redner Denken und Fühlen der Masse begeisterten Ausdruck verliehen. Selbstverständlich wurde die Meifeier einstimmig angenommen. Wie der Vorsitzende Hankel bekannt gab, feierten nicht weniger als 6015 Metallarbeiter von 207 Betrieben.

Auch in dem geräumigen Saal in der Chausseestraße hatten sich die Metallarbeiter zahlreich versammelt und lauschten hier dem anfeuernden Vortrage des Genossen Böcke. Auch hier herrschte eine rechte Meifeier und auch hier wurde die Meifeier einstimmig angenommen.

In der Gruppensammlung für die Bekleidungsindustrie, die in den „Patriasälen“, Große Franzfurterstraße 28, stattfand, hielt Genosse Steinbrink, Elberfeld vor circa 900 Versammelten den Meifeiervortrag. Die Ausführungen des Redners fanden begeisterten Beifall. Nach einstimmiger Annahme der bekannten Meifeierresolution und Bekanntgabe der verschiedenen Treffpunkte für den Nachmittag, schloß der Versammlungsleiter die imposante Lagung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie, in welches die Anwesenden jubelnd mit einstimmten.

Die Meifeier der Dachbeder fand im „Ewinemünder Gesellschaftshaus“ statt. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Obgleich über 400 Kollegen augenblicklich noch im Lohnkampfe stehen, darf behauptet werden, daß die Arbeitstube im Gewerbe eine ziemlich allgemeine gewesen ist. Nach einem vorzüglichen Referat des H. H. gelangte die Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission zur einstimmigen Annahme.

Die Meifeier des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, welche im „Rosenthaler Hof“ vormittags 10 Uhr tagte, war stark besucht. Circa 350 Kollegen hatten sich trotz angelegter Absperrung eingefunden.

Die Glas- und Glaserarbeiter hielten ihre Meifeier am 1. Mai in der Memelerstraße, ab. Diefelbe war dermaßen überfüllt, daß die Tische entfernt werden mußten. Der Referent Girbig setzte in fünfviertelstündiger Rede den Versammelten die Bedeutung des 1. Mai auseinander und schloß mit der Aufforderung, sich politisch und gewerkschaftlich fest zusammen zu schließen gegen jegliche Unterdrückung. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schlusse des Vortrages. Die infolge der Meifeier ausgewählten Mitglieder des Glaserverbandes haben sich im Verbandsbureau, die Glasarbeiter im Lokal Welfisch zu melden.

Zu einer imposanten Versammlung gestaltete sich die der Gravure- und Bifeleure. Anwesend waren circa 250 Personen. Dem Referat des Genossen John folgte begeisterter Beifall. Durch Handaufheben wurde festgestellt, daß unter den Anwesenden nur 17 waren, die durch Arbeitslosigkeit zur Feier gezwungen worden waren.

Die Versammlung der Hasenheider im „Königshädtischen Kasino“ war von circa 250 Personen besucht. Der Referent Artur Schmit beleuchtete in seinem Referat vor allem die kulturelle Bedeutung des Achttages, um weiter die heutige Welt, machtpolitisch der bestehenden Klassen Deutschlands einer ährenden Kritik zu unterziehen. Der Redner plädierte für den gerechten Ausbau der Arbeitergesetzgebung und forderte vor allem ein freies

Roaktions- und Versammlungswahl. Zum Schlusse forderte er die Anwesenden zu unermüder Agitation für die gewerkschaftliche und politische Organisation und zum Lesen der Arbeiterpresse auf. — Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze feierliche Ansprache des Vorsitzenden. Die Versammlung endete mit einem begeisternden Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung.

Die Versammlung für das Handel- und Transportgewerbe fand im „Deutschen Hof“, Ludowikstr. 15, statt. Der Saal war überfüllt, circa 1500 Personen waren anwesend. Referent war Reichstagsabgeordneter Lehmann. Der Männerchor der Handel-, Transport- und Verkehrsarbeiter leitete die Versammlung durch das Lied „Empor zum Licht“ ein.

Die Arbeiter hatten sich sehr zahlreich (circa 800—900 Personen stark) mit ihren Frauen in „Drafsel Festsälen“ eingefunden. Nach Entfernung der Tische und Stühle blieb der Raum nur noch einem Menschenmeer und doch mühten Hunderte wegen Absperrung wieder umher. In einem halbstündigen Vortrage würdigte Genosse P. Dupont den heutigen Klassenstaat und die Bedeutung des ersten Mai für das Proletariat. Außerordentlich Beifall wurde der Begeisterung der Menge. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Eine imposante Versammlung hielten die Gipser und Zementierer (Sektion des Zentralverbandes der Maurer) in Sandjouci, Kottbusstraße, ab. Schon lange vor der festgelegten Zeit wurde der Saal polizeilich abgeperrt, in ihm hatten reichlich 2000 Männer und Frauen Platz gefunden. Der Referent Genosse Helm ann entwickelte in fünfviertelstündiger Rede unter lebhaftem Beifall der Versammelten die Gedanken, die gerade die diesjährige Meifeier nach der Wohnniederlage und im Angesichte eines drohenden wirtschaftlichen Niederganges erwecken muß: daß die proletarische Bewegung zwar vor Rückschlägen nicht sicher ist, daß sie aber gleichwohl den idealen Zielen ihres Strebens immer näher kommt. Jede Meifeier erneuert in der Arbeiterklasse das Bewußtsein ihrer Kampfziele; ihre Vergebung durch Arbeitsruhe stelle zugleich das Geldlohn dar, sich allen Schwierigkeiten zum Trotz ihnen mit voller Hingabe zu weihen. Der Vorsitzende sprach im Anschluß daran seine Genugtuung über die Tatsache aus, daß trotz der Absperrungsdrohungen des Unternehmertums die organisierten Kollegen doch zahlreich zur Meifeier erschienen seien, und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Internationale des Proletariats.

Die Versammlung der Weißgerber, Lohgerber und Handschuhmacher im Marienbad war von über 600 Personen besucht. Referent war Genosse Wagner.

Porzellan- und Schilderhalter. Anwesend waren 400 Mitglieder. Der Gesangverein der Porzellanarbeiter eröffnete die Versammlung mit dem Lied „Gruß an den Mai“. Das Referat, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde, hielt Dr. Vordardt. Mit dem Vortrag des Altmannschen Chors „Sturm“ wurde die Versammlung geschlossen.

Zu der Versammlung der Arbeiter der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie bei Boeker in der Wabstraße herrschte ein solcher Zustrom, daß schon um 10 Uhr die polizeiliche Absperrung erfolgte und 800 bis 1000 Personen keinen Einlaß mehr fanden. In der unheimlich überfüllten Versammlung konstatierte man mit Befriedigung die Anwesenheit zahlreicher Arbeiter erinnern, vorwiegend der Tabakindustrie angehörend. Genosse Böckisch als Referent erntete reichen Beifall. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Ein Handmeer erhob sich bei der Abstimmung über die bekannte Resolution. Die weisevolle Stimmung wurde durch stürmisch applaudierte Vorträge des Vätergesangsvereins „Morgengrauen“ noch erhöht. Mit tausenden Hochs auf die internationale Arbeiterbewegung ging die Versammlung auseinander.

Die Porzellanarbeiter hielten in den „Rittersälen“ eine ganz ausnahmeweise gut besuchte Versammlung ab. Ungefähr 400 Kollegen und Kolleginnen füllten das Lokal bis in den letzten Winkel. Der Vortrag des Genossen Sassenbach wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In der Versammlung der Puher in Freherd Festsälen in der Kottenstraße waren über 3000 Personen anwesend. Saal und Galerien waren überfüllt, das Lokal abgeperrt. Der Gesangverein der Puher leitete die Veranstaltung durch dem 1. Mai würdige Gesangsvorträge ein, dann sprach Kollege H. Silberschmidt über die Bedeutung des 1. Mai und die Notwendigkeit des Achttages. Der Referent schloß mit der Aufforderung, treu zur Organisation zu halten, und das auf diesem Gebiet Errungene festzuhalten und weitere Vorteile zu erkämpfen.

Die Meifeier der Arbeiter der Kammer bei Hensel war bis auf den letzten Platz gefüllt. In feierlicher Stimmung folgten die Anwesenden den Ausführungen des Genossen Dornick, der in fast einstündigen Ausführungen die Bedeutung der Meifeier auseinandersetzte. Lebhafter Beifall lohnte den Referenten seine klaren, markigen Worte. Mit einem brausenden Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung fand die erhebende Versammlung ihren Abschluß.

Die Versammlung der Sattler war von fast 1100 Personen besucht. Genosse Strödel behandelte in seinem Vortrage in glänzender Weise die Bedeutung des 1. Mai. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen.

Bei den Schlächtern sprach am Abend im „Englischen Garten“ vor 150 Erhörenden, darunter einige Frauen, Genosse Medaiteur Wlod. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Versammlung der Schmiede bei Wille in der Brunnenstraße war von 800 Personen besucht. Die Polizei sperrte zweimal ab. Die Ausführungen des Referenten Schneider fanden jubelnden Beifall. In der Diskussion meldete sich ein Gegner, der zwar bestritt, ein Reichsverband zu sein, aber nach seinen ganzen Ausführungen nur ein solcher sein konnte. Der Referent fertigte ihn mit den Worten ab, daß heute das Klassenbewußte Proletariat verammelt sei, das für Verleumdungen kein Verständnis und auch keine Lust habe, auf solche einzugehen.

Schneider und Schneiderinnen. Die Versammlung in den „Germania-Festsälen“ fand im überfüllten Saal statt. Genosse Klotz hielt die Festrede. Anwesend waren gegen 2500 Personen.

Die Schuhindustrie war im großen Saal des „Schweizergartens“ nebst Nebendecken versammelt. Vor ungefähr 3500 Personen sprach Walder Ranasse in inhaltreichen und begeisternden Worten. — Die Feier wurde durch ein Lied des Gesangvereins der Schuhmacher eingeleitet und geschlossen. Die Arbeitstube in der mechanischen Industrie war eine vollständige, auch die Schönbrennde war stark vertreten. — Die polizeiliche Absperrung des Saales erfolgte bereits 9 1/2 Uhr.

Die Speisearbeiter, Leitergerüstbauer und Präsefischer hatten sich vormittags 10 Uhr im Englischen Garten so zahlreich versammelt, daß die Tische aus dem Saal entfernt werden mußten; es waren über 400 Festteilnehmer erschienen, welche die Arbeit an diesem Tage ruhen ließen. Karl Heischold referierte, oftmals durch Beifall unterbrochen, über die Bedeutung des Meifeiertages. In flammenden Worten forderte er die Anwesenden auf, unermüdet für den Gedanken des Völkervereinens, des Achttages, der politischen, sowie der gewerkschaftlichen und der wirtschaftlichen Organisation tätig zu sein.

Die Versammlung der Steinarbeiter in der Kronenbrauerei auf Altmooß ist großartig verlaufen. Der Besuch war äußerst gut. Man zählte circa 900 Personen. Das Referat der Genossin Wehl wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hatte man auch im Steinarbeiterberufe trotz der ungünstigen äußeren Umstände nicht mit einer Abschwächung der Feier gerechnet, so waren alle Anwesenden doch angenehm überrascht über den günstigen Ausfall. Diese Meifeier hat alle ihre Vorgänger übertroffen. — Maßregelungen werden nur in einzelnen Fällen stattfinden.

Die Mai-Versammlung der Steinseher in Kellers Gesellschaftshaus war überfüllt. Hunderte mußten wegen der polizeilichen Absperrung umkehren. Mehr als 1000 Genossen hielten in drangvoller fürchterlicher Enge den Saal besetzt und lauschten in begeisterndem, voller Hingabe dem Festvortrag des Stadtv. Dr. Wehl, der mit befallsrohendem Jubel aufgenommen wurde. Im Steinseherberufe herrschte völlige Arbeitstube.

Die Stukkateure versammelten sich in den Kottbusstr. 15. Demonstranten hatten sich eingefunden. Referent referierte. Die starke Beteiligung hat allgemein befriedigt.

Die Versammlung der Tapezierer war von über 1000 Personen besucht, die den Benchtischen Saal in der Benchtstraße mit seinen Nebenräumen gedrängt füllten. Das Referat hielt Otto Wels. Die Resolution des Parteivorstandes wurde einstimmig angenommen.

Der Zentralverband der Töpfer hatte zum Vormittag eine Versammlung nach dem Gewerkschaftshaus (großer Saal) einberufen. Vor einer dicht gedrängten, annähernd 2000 Köpfe betragenden Versammlung hielt der Reichstagsabgeordnete Ledebur einen mit Begeisterung aufgenommenen Vortrag.

Die städtischen Arbeiter tagten vormittags 10 Uhr bei Keller, Kottenstraße. Die gegen das Vorjahr besser besuchte Versammlung wurde mit einigen Liedern, vom Gesangverein der Puher gesungen, eingeleitet. Die Festrede hielt Stadtv. Dr. Silberstein.

Die Gewerkschaften der freien Vereinigung.

Die Maurer der freien Vereinigung versammelten sich zu einer über 2000 Personen zählenden imposanten Versammlung im großen Saale der Brauerei Königsstadt. Nach Eröffnung der Versammlung verschönernte der Gesangverein der Maurer die weisevolle Stimmung der Versammlung durch Singen eines Liedes. Dann hielt Kater das Referat zur Meifeier, welches mit Aufmerksamkeit verfolgt und öfter mit reichem Beifall aufgenommen wurde. Zum Schluss machte der Vorsitzende Jeglin auf die am Sonntag in diesem Saale stattfindende Versammlung der Maurer aufmerksam, die nochmals Stellung zu der Lohnbewegung nehmen wird und ermahnte, rege für den Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Nachdem der Gesangverein noch ein Lied vorgetragen, schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie die Versammlung. Unter Abhängen des ersten Verses der Arbeitermarschallise fand die Versammlung ihr würdiges Ende.

Die Versammlung der Bauarbeiter fand im Englischen Garten im oberen Saal statt, einberufen vom Gewerkschaftsrat. Um 10 Uhr war der Saal überfüllt und es war nicht möglich, noch Eingang zu gewinnen. Hier sprach Karl Wiesenhal und erklärte seinen Zuhörern, wie die Politik der Regierung im Interesse des Unternehmertums geführt wird und welche Bedeutung eine großartige Maidemonstration im Interesse der Arbeiter sei.

Die Versammlung der Bifeleure, Bifeleurehelfer und Glaser im Neuen Klubhaus war überfüllt. Das Referat hielt Genosse Puttlich. In populärer, markanter Weise schilderte er die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung. Die Behauptung der Gegner der Arbeitszeitverkürzung, nicht konfessionsfähig auf dem Weltmarkte zu sein, ist treffend dadurch widerlegt, daß die Länder England und Amerika, die den achttündigen Arbeitstag eingeführt haben, gerade die Herrscher der Weltmarktes sind, und die Länder, die eine 10-, 12-, 13- und mehrstündige Arbeitszeit haben, nur geringen Einfluß auf den Weltmarkt haben. Die Resolution des Kartells wurde einstimmig angenommen.

Die Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter feierte durch Arbeitstube den Valentag des Proletariats in Graumanns Lokal, Raunhstr. 27. Genosse Obst-Schöneberg legte in kurzen, markigen Worten die Bedeutung des Tages dar. Der Gesangverein trug durch Vortrag stimmungsvoller Lieder wirkungsvoll zur höheren Weihe seines Festes bei. — Nach Schluß der Versammlung unternahm die Teilnehmer einen gemeinsamen Ausmarsch nach Treptow.

Die Meifeier der Gewerkschaft der Maler Berlins fand bei Feuerstein statt und war von über 250 Kollegen und Frauen besucht. In zündenden Worten referierte Kleinlein über die Bedeutung des 1. Mai und erntete stürmischen Beifall. Die Resolution des Kartells fand einstimmig Annahme.

Die Versammlung der Kürschner war von 400 Personen, darunter gut 1/3 weiblichen Geschlechts, besucht. Das 1 1/2 stündige Referat der Frau Zeche wurde mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Gesangverein der Kürschner gab zu Beginn und Schluß stimmungsvolle Lieder zum besten.

Die Schiffs- und Bootbauer hielten bei Dalnack, Stralauer Allee 17, ihre Meifeier am 1. Mai. Genosse Knöppchen, welches das Referat übernommen hatte, führte den Anwesenden in kernigen und sachlichen Worten die Bedeutung des 1. Mai vor Augen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion erwähnte Kollege Janke die Anwesenden, sich politisch zu organisieren. Mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Die Feier der Partei.

Erster Wahlkreis.

Meifeier. Zehn Grad Reamur um Tagesmitte. Noch weniger abends. Das gab der Meifeier in den großen Sommerlokalen ein anderes Gepräge als in den letzten Jahren. Die „Sehnsucht“ in den Gärten war geringer. Die Fluktuation eine erhebliche. So auch bei dem Meifeier des ersten Wahlkreises, das in den Gesammträumen von Lieserle in der Hasenheide stattfand. Wenn auch die Darbietungen im Theatergarten und das Gartenkonzert ihr Publikum fanden, konzentrierte sich doch der Verkehr mehr auf die verschiedenen Säle. Vor tausendköpfiger Menge hielt im großen Saal Genosse Dr. Frank, der Reichstagsabgeordnete für Mannheim, die Festrede, der eine stimmungsvolle Umrahmung die Gesänge der „Typhographia“ gaben. Mit markigen, eindrucksvollen Worten gedachte der Redner der Bedeutung des Tages und schilderte er das Elend der heutigen Gesellschaft. Das Proletariat verglich er mit einem jungen Riesen, dem eine patriotische Karosse einmal schaden könne, den der Sozialismus jedoch aufrüttelte, daß er an die Erde trete und gerade zu schmeiden beginne, was in dieser Welt verborgen sei. Stürmischer, anhaltender Beifall. Gesang schloß diesen Festakt ab.

Zweiter Wahlkreis.

Die Genossen des zweiten Wahlkreises begingen das Fest im Garten und in den Sälen der Vordrauerie am Tempelhofer Berg. War auch der Garten nicht so besetzt, wie sonst bei dieser Gelegenheit, so herrschte doch auch außerhalb der Säle ein reges, hundertköpfiges Leben. Immerhin zählten die Gartenbesucher noch nach Tausenden. Vom Flaggenschmuck der Bäume, der früher hier üblich war, hatte man diesmal Abstand genommen. Diefelbe Wirkungsvoller war eine Dekoration, die von künstlerischem Geschmack zeugte. Eine offene Kuppelhalle des Gartens. Aus diesem Blättergrün leuchtete die weiße Wüste von Karl Mary hervor. Oben und hinten kräftiges Rot, eine Art Waldschade, derziert durch Girlanden, deren Grün leicht geschwungene Linien darauf zeichnet. Dazu einige Sinsprüche. Hervorsticht der des großen Meisters: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Es wird die Muston erweckt, als blide der Kopf mit der Löwenmähne sinnend auf die Masse der Anwesenden, die dem Rufe gefolgt sind und hier das Fest der Völkervereinigung begehen. Die Wirkung verschärfte sich noch bei hereinbrechender Dunkelheit, als bezeugt mit der Girlande verbundene farbige Glühbirnen ihr Licht spenden und von oben eine unsichtbare Hogenlampe die Wüste magisch beleuchtet. — Das Berliner Sinfonie-Orchester brachte ein gutes Konzertprogramm zu Gehör und ein gut gesulter Chor von Arbeiterjüngern bot frühlings- und Kampfeslieder, die vielen Beifall fanden. Im überfüllten großen Saal sprach der Abgeordnete des Kreises, Genosse Richard Fischer, nachdem der „Gruß an den Mai“, eine sinnige Einleitung, verklungen war. Volles Temperament entwickelte er die Gedanken, welche die aufwärtsstrebende Arbeiterklasse an diesem Tage des Protestes und der Wissensfundgebung befeelen. Stürmischer Beifall lohnte ihn.

Dritter Wahlkreis.

Die „Neue Welt“ in der Hasenheide führte die Genossen des dritten Wahlkreises zusammen. Der Besuch war ein reiner. Eine Schöpfung erscheint indessen unmöglich. Der

In dem ausgedehnten prachtvollen Garten, in dem rote Flaggen den Charakter des Festes darstellten, war ein ewiges Kommen und Gehen, hielt doch das zu frische Publikum die meisten den längerem Gehen im Freien ab. Der Zutritt, ausfüllend die Ränge, die die Heimwärtswandernden ließen, dauerte bis in die späten Abendstunden. Gegen 9 Uhr abends mußte die zweite Klasse neu eröffnet werden, ein so starker Andrang setzte ein. Außer Konzert, Sommertheater und turnerischen Aufführungen bot das Programm Vorträge zur Verherrlichung des Vaterlandes sowie der Tapferkeit und des Willens der Arbeiterklasse zum Kampfe für eine bessere Zukunft. Auch ein Brillantfeuerwerk fehlte nicht, wie es sich an diesem klassischen Orte der großen Feuerwerke ja von selbst versteht. — Im Riesensaal, in dem sich die Festteilnehmer Kopf an Kopf drängten, hielt Genosse Wolfgang Heine, als Abgeordneter des Kreises stürmisch begründet die Feste. In ihrer Mäße und mit ihrer prägnanten Heraushebung des Wesentlichen machte sie starken Eindruck. Redner ließ sie ausklingen in einem Hoch auf die internationale, völkerverbindende und -befreiende Sozialdemokratie, das ein begeistertes Echo bei der Versammlung fand. Die Musik stimmte ein und leitete über in die Parzelliererei, die mehrtausendstimmig dann den Saal durchbrauste.

Als zweites Festlokal hatte der dritte Wahlkreis das Gewerkschaftshaus. Das Neue Berliner Tonkünstler-Orchester des Herrn Hollfelder und ein Männerchor gaben hier ihr Bestes und die deutsch-schwedische Konzertfängerin Thyra Nordstrom erfreute durch guten Sologang. Wie in den anderen Festlokalen fehlten auch hier nicht die Musikanten. Der Festvortrag des Reichstagsabgeordneten Goldstein erntete großen Beifall.

Vierter Wahlkreis.

Sieben große Lokale hatten die Genossen des vierten Kreises für die Mäße festbestimmt.

In der Brauerei Friedrichshain war ein reichhaltiges Konzertprogramm aufgestellt. Natürlich fehlten auch die beliebtesten Aufführungen der Arbeiterfänger nicht, die der Würde des Tages durch entsprechende Vorträge gerecht wurden. Auch Arbeiterturner und Radfahrer trugen ihr Teil zur Unterhaltung der Festteilnehmer bei. — Das unfreundliche Wetter wirkte ungünstig auf den Besuch ein. Deshalb war hier der Andrang nicht so stark, wie man es von früheren Jahren her gewohnt ist. Die herrschende „Raitable“ ließ den Aufenthalt im Garten manchem nicht zusehen. Um so stärker waren die Innenräume besetzt. — Die Feste hielt Paul Singer. In markigen Worten besprach er die Bedeutung der Mäße, die sich die internationale Sozialdemokratie im Widerstande gegen die herrschenden Gewalten geschaffen hat, um zu demonstrieren für die Forderungen der Arbeiterklasse. In großen Umrissen entwarf der Redner ein Bild von der politischen Rechtslosigkeit und der wirtschaftlichen Verdrückung des Proletariats. Der Befreiung aus Rechtslosigkeit und Unterdrückung dient die Demonstration, zu der sich heut die Klassenbewußten Arbeiter aller Länder vereinigt haben. Es gilt, den herrschenden Klassen zu zeigen, daß das Proletariat entschlossen ist, seine Kraft einzusetzen, um zu besseren Verhältnissen zu kommen. Die Kraft der Arbeiterklasse aber liegt im Zusammenschluß aller, die unter den gleichen Verhältnissen leiden, die Kraft des Proletariats liegt in der Bekämpfung der Solidarität. Die Organisation ist die Macht, welche die Arbeiter der Gewalt der herrschenden Klassen entgegenzusetzen können. Darum gilt es, die Organisation zu stärken, den Gedanken und den Idealen der Sozialdemokratie immer weitere Verbreitung schaffen, dann wird der Tag nicht fern sein, wo die Forderungen, für die wir heute demonstrieren, verwirklicht sein werden. — Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen Singers.

Rund trat die Unterhaltung durch heitere und ernste Vorträge wieder in ihre Rechte, Tonglustige hatten Gelegenheit, sich im kleinen Saale nach dem Takt der Musik zu drehen, so daß jeder der Festteilnehmer den Rest des Abends nach Geschmack und Neigung zubringen konnte.

Reines Volksgarten in der Köderstraße gehört seit einigen Jahren zu den Festlokalen des vierten Kreises. Auch in diesem Jahre war es das Ziel für Tausende von Männern, Frauen und Kindern, die sich an den Darbietungen des Festprogramms unterhielten. Musik- und Gesangsvorträge wechselten miteinander, auch turnerische Aufführungen wurden geboten. Man sah gemächlich beieinander, gab seiner Freude über den außerordentlich starken Besuch der Vormittagsversammlungen Ausdruck und ließ sich in der guten Stimmung auch dadurch nicht stören, daß ab und zu zwei Gendarmen — das Lokal liegt auf Vichtenberger Gebiet — nebeneinander in gleichem Schritt und Tritt den Hauptweg des Gartens entlangschritten und dann wieder verschwanden. — Auf eine Feste mußten die Besucher dieses Lokals verzichten, weil daselbst keine dazu geeigneten Saal hat.

In Treptow liegen an der Rippen der Landstraße drei Gartenlokale, die ebenfalls den Genossen des vierten Kreises als Festlokale dienen. Es sind Meyers Gesellschaftshaus, Viktoriagarten und Ludwigs Parkrestaurant. In allen drei Lokalen war ein im wesentlichen gleiches, nur in den Einzelabteilungen verschiedenes Programm aufgestellt. Es bestand aus Musik, Gesang, Tanz und Kinderbelustigungen. Auch Feuerwerk wurde abgegeben. — Der Besuch war ein recht guter, wenn auch nicht gerade Ueberfüllung herrschte. In den Abendstunden, als die Familien meist schon den Heimweg antraten, kamen immer noch neue Besucher, so daß die freigemordenen Plätze gleich wieder besetzt wurden. Die Zahl der Festteilnehmer ist demnach erheblich größer als die der jeweils Anwesenden. Feste wurden in diesen Lokalen nicht gehalten.

Im Etablissement Sanspouci in der Kottbuserstraße wurde den zahlreich Erschienenen ebenfalls ein abwechslungsreiches Programm geboten. Lebhaftige Zustimmung fanden besonders die Darbietungen der Turner und die Regitationen des Genossen Stripp. Eine Feste wurde nicht gehalten.

Kellers Festäle in der Kopenstraße hatten sich namentlich gegen Abend einen recht guten Besuch zu erfreuen. Sowohl der große Saal, einer der größten des Ostens, als auch der kleine Saal waren gut besetzt. Schon machte sich der langgestreckte, in hell gelochene Raum mit seiner roten Bier, die namentlich die Galerie umfäumte. Gesang und Instrumentalkonzert wechselten ab. Die Gesellschaft Strzelewicz brachte das heitere Element in die Stimmung hinein, wobei auch die soziale und politische Satire zu ihrem Rechte kam. Der Höhepunkt der Feste wurde erreicht, als Genosse Paul Singer erschien, der mit Jubel empfangen wurde. In seiner Feste behandelte er die in der Resolution vom Vormittag aufgestellten Forderungen in würdevoller, vollständiger Weise. Er sprach aus dem Herzen der Versammelten, wie ihre Zustimmung deutlich zeigte, und schloß mit einem Hoch auf die Völkerverbrüderung und auf die Sozialdemokratie. Begeistert stimmten die Genossen und Genossen mit ein. Darauf gelangte die Resolution zur Annahme.

Fünfter Wahlkreis.

Der „Schweiger-Garten“ vor dem Königstor war das Festlokal des fünften Wahlkreises. Wie im allgemeinen, so war auch während der ersten Nachmittagsstunden der Besuch nur mäßig. Man traute dem Wettergetöse nicht, denn er zeigte ein gar zu trübliches Gesicht. Als es sich dann gegen Abend ein wenig günstiger anließ, da strömten die Festteilnehmer, Männer, Frauen und Kinder, in Scharen herbei. Der Besuch stand dem des Vorjahres nicht nach. Für die Unterhaltung der Feiernden war bestens gesorgt. Musik- und Gesangsauführungen erhöhten die Feststimmung. — Kurz nach 9 Uhr brachte ein Sängerkhor im Saale ein der Bedeutung des Tages entsprechendes Lied zu Gehör. Dann ergriff Robert Schmidt, den man mit lebhaftem Beifall begrüßte, das Wort, um vor einer dichtgedrängten Zuhörerschaft die Feste zu halten. Er begann mit einem Hinweis auf die auswärtsige Politik. Folgt nicht Deutschland unter den Mächten Europas da. Unsere Staatsmänner glauben, gestützt auf das Schwert und die eiserne Faust, die Annäherung an andere Mächte entbehren zu können. Die Situation ist gespannt. Der geringste Anlaß kann einen Völkerring entfesseln, welcher der Arbeiterklasse schwere Opfer an Gut und Blut auferlegen würde. Während die Diplomaten nicht instande sind,

den Frieden zu sichern, ist es das Proletariat aller Länder, ist es die internationale Sozialdemokratie, welche für den Völkerrfrieden wirkt. Unser internationaler Kongress, der dieses Jahr in Deutschland stattfindet, wird zur Erhaltung und Sicherung des Völkerrfriedens weit mehr beitragen und deshalb weit größere Beachtung verdienen, als die Diplomatenkonferenzen, welche im Haag stattfinden soll. — Nach einer kurzen Betrachtung innerpolitischer Verhältnisse kam der Redner zu dem Schluß: Unsere Gegner glauben, sie könnten und durch Lügen und Verleumdungen, die sie im Wahlkampf so reichlich angewandt haben, vernichten. Welche törichte Anschauung. Nichts kann die sichere Grundlage, auf der unsere Bewegung ruht, erschüttern, nichts kann den Fortschritt unserer Partei aufhalten. Unsere gute Sache muß siegen, wir kämpfen für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. — Durch stürmischen Beifall gaben die Genossen ihre Zustimmung zu den Worten ihres Abgeordneten kund. Die weitere Ausführung des Unterhaltungsprogramms hielt die Festteilnehmer noch lange in der besten Stimmung beisammen.

Sechster Wahlkreis.

Im Berliner Theater in der Hasaniens-Allee begann schon frühzeitig ein buntes Gewühl. Die Sonne blühte wieder freundlich hinter dunklen Wolken hervor, und Petrus gab sich offenbar alle Mühe, die schweren Wolken ein Stückchen weiter zu schieben, wie ein eifriger Beobachter des Himmels meinte, denn Petrus ist im Volksmunde nun einmal als Wolkenstieber und Regenmacher befaßt. Rote Fahnen und zahlreiche Banner mit entsprechenden Aufschriften schmückten Garten und Langsaal. Die Feste hielt Genosse John. Neben anderen interessanten Programmnummern erregten die Turner vom Verein „Fichte“ und die Sänger vom Arbeiterfängerbund viel Aufmerksamkeit. Bis spät in die Nacht hinein dauerte das feste, das freilich einer großen Anzahl von Genossen auch viel Mühe brachte, um alles wohl zu ordnen und harmonisch zu gestalten, aber die Mühe wurde zu einem Vergnügen beim Anblick der freudigen Feststimmung ringsum.

Fröhlich und gepulst zogen die Arbeiterfamilien nach den verschiedenen Lokalen zur Mäße. Die Sorge um die Regenwolken war bald verstanden, als die Sonne wieder ein wenig lachte. Ein großes Gedränge froher Menschen herrschte im „Brunnen-Theater“ in der Wadstraße. Einige kleine Volksstücke, die zur Aufführung gelangten, erweckten viel Heiterkeit. Die athletischen Kraftübungen vom Arbeiter-Athletenklub und andere Nummern des Programms zur Unterhaltung fanden reichem Beifall. Die Feste hielt Genosse Sonnensurg. Sehr stimmungswohl wirkten die Gesänge, vom Arbeiter-Sängerkbund vorgetragen.

Bei Groterjan in der Schönhauser Allee sah man das selbe Bild. Auch hier herrschte eine Feststimmung, würdig dem großen Arbeiterfesttag. Hans Weber hielt eine Ansprache an die Genossen und Genossen; die vorgetragenen Lieder der Arbeiterfänger wirkten begeistert auf die Menge. Die unermüdeten Turner zeigten ihre Kunst; man kaufte den Volksfängern; die jungen Leute tanzten und Ernst und Scherz wechselten mit einander ab. Entsprechend decoriert hatte man die Halle und den Garten; die roten Banner und Fahnen sah man in reicher Zahl.

Auf dem Gesundbrunnen sah es ganz sonntäglich aus. Fröhlich und gepulst zogen die Arbeiterfamilien nach den verschiedenen Lokalen zur Mäße. Die Sorge um die Regenwolken war bald verstanden, als die Sonne wieder ein wenig lachte. Ein großes Gedränge froher Menschen herrschte im „Brunnen-Theater“ in der Wadstraße. Einige kleine Volksstücke, die zur Aufführung gelangten, erweckten viel Heiterkeit. Die athletischen Kraftübungen vom Arbeiter-Athletenklub und andere Nummern des Programms zur Unterhaltung fanden reichem Beifall. Die Feste hielt Genosse Sonnensurg. Sehr stimmungswohl wirkten die Gesänge, vom Arbeiter-Sängerkbund vorgetragen.

In dem „Volksgarten“ ging es ebenso fröhlich zu. Für Unterhaltung war reiche Sorge getragen durch hübsche Theateraufführungen, athletische Übungen und dergleichen. Man kaufte der Musik, es wurde getanzt, gefungen, man feierte ein Volksfest, dessen größere Bedeutung Genosse Ströbel in seiner Feste würdigte.

Bei Waldmieder war der Andrang ein starker schon vom frühen Nachmittag an. Zeitig fanden sich die Familien ein und waren lustig und guter Dinge beim Kaffeekochen, Musik, Tanz und Gesang und einige besondere Programmnummern brachten eine feste Feststimmung hervor und befriedigten allgemein. Die Lieder des Arbeiterfängerbundes und die Ansprache des Genossen Ledebour wiesen zugleich auf die ernste Seite der Feste hin, auf den Reichtum einer großen Zukunft, den das Proletariat erhofft.

In zwei Lokalen, dem Roabiter Schützenhaus, weit draußen herrlich am Rüdensee auf Tegeler Gebiet gelegen, und im „Marienbad“ in der Wadstraße hatten die Genossen vom Bedding ihr Mäße veranstaltet. Im Schützenhaus und dem riesigen Naturgarten, der dazu gehört, hatte sich eine zahlreiche Menge versammelt, die in Feststimmung all das Hörens- und Sehenswerte genöß, das das reichhaltige Programm bot. Daß die Aufführungen der Athleten wie der Turner, daß die Vorträge der „Viktoriafänger“, daß die Vorstellungen und Vorträge anderer Art mancherlei willkommene Genüsse boten, ist leicht begreiflich. Die Feste hielt Genosse Dr. Wehl, und hier zeigte die Menge, daß sie neben all den Freuden und Genüssen auch den Ernst der Feste zu würdigen wußte, die Worte zu schätzen vermochte, die von Kampf und Sieg großer, weltverändernder Gedanken zeugten.

Im „Marienbad“ wuchs die Menge der Gäste gegen Abend immer mehr an. Es mochten wohl an 2000 Menschen sein, die hier am Feste teilnahmen, sich den verschiedenartigen Genüssen hingaben, die hier geboten wurden. Neben vielen lustigen Sachen fesselte und erbaute der Vortrag manches ersten Bedichts. Kopf an Kopf drängte sich die Menge, als der Genosse Boersch in trefflicher Rede die hohe Bedeutung der Mäße schilderte. Dann begeisterten und erfreuten auch die Vorträge der Arbeiterfänger, weckten immer von neuem das Bewußtsein, daß ein Sturm durch die Welt braust wie in den Liedworten:

Die ihr auf harter Erde haßt,
Den Höfen fern und fern dem Licht,
Hört hin, wie laut der Herbststurm braußt,
Der alles morche knickt und bricht!

Auch in dem großen Garten und den geräumigen Sälen der Bodbrauerei in der Gaussestraße hatte sich eine gewaltige Menge von Festteilnehmern versammelt. Auch hier bot das reichhaltige Programm Genuß und ernste Anregung genug. Die turnenden Damen vollführten ihre Aufgabe mit Akkuratheit und Eleganz, und ihre Kraft und Gewandtheit wurden rühmend anerkannt. Zur Feste des Genossen Dr. David waren Saal und Nebenräume gedrängt voll von Menschen, die Kraft und Begeisterung zu weiterem Kampf für den Achtstundentag, für eine freie Menschheit, für Völkerverbrüderung und Weltfrieden aus den tief eindringenden Worten des Redners empfingen. Nach Annahme der Mäße wurde gleich der erste Vers der Arbeitermäße gesungen, und es klang gewaltig aus dem Munde Tausender.

Die Parteigenossen von Roabit hatten außerdem noch in drei großen Lokalen ihr Mäße veranstaltet. Ueberall wurde der Andrang der Festgäste gegen Abend stärker und stärker. Man merkte schon von außen, daß etwas außerordentliches, der Weltfesttag der Arbeiter es war, der die herbeiströmende Menge anzog. Der geräumige Saal der Brauerei Pakenhoser in der Turmstraße war bald überfüllt, und im Garten drängte sich die Menge zu den vielen Vorträgen und Aufführungen. Die Gesellschaft Balge-Schmelzer mit ihren humoristisch-satirischen Vorträgen hatte viel Erfolg; die Turner sowie die „Vereinigten Sängerkörner von Roabit“ trugen selbstverständlich auch ein gut Teil zum Gelingen des Festes bei. Stürmischer Beifall fand die Feste des Genossen Hermann Müller.

In der Kronbrauerei, dem „Stadtheater Roabit“, fehlte es ebenfalls nicht an einer Menge von Festteilnehmern, schloß es auch nicht an der rechten Feststimmung, und auch hier bot das Programm eine Fülle von ernstem und heiterem Stoff zur Unterhaltung und Anregung. Schon um 1/2 12 Uhr hatten sich die ersten

Mäße eingefunden, und von Stunde zu Stunde wuchs ihre Zahl. Das Bernhard-Rose-Theater und der Gesangverein „Viederlust“ brachten neben all den anderen Kunst- und Unterhaltungsbildnissen viel Erfreuliches und Erbauliches. Die Feste hielt Genosse Sassenbach. Seine trefflichen Worte fanden lebhaften Widerhall bei der verständnisvoll lauschenden Menge.

Der „Artushof“ in der Berlebergerstraße war auch das Ziel vieler Genossen und Genossinnen des Roabiter Stadteils. Musikalische Genüsse leiteten das Fest ein. Es folgte allerlei Lustiges und Anregendes und Erbauliches. Feststimmung und freudiger Zukunftsglaube lebte und wirkte in den Liedern der Arbeiterfänger. Bewunderung erregten die Leistungen der Athleten der Arbeiterklasse. Als die Feste begann, da drängte sich die Menge Kopf an Kopf in den Saal. Kurz und kraftvoll, Denken und Fühlen gleichermaßen anregend und aufrüttelnd war die Rede des Genossen Ritter. Brausender Beifall zeugte von ihrer gewiß auch dauernden Wirkung.

Teltow-Beeblow.

Eine vieltausendköpfige, festlich gekleidete Arbeiterklasse durchzog am frühen Morgen die Straßen der großen Orte des Kreises. In Nizdorf, Schöneberg, Charlottenburg, Wilmersdorf, Steglitz, Nowawes und Adlershof war die Teilnahme an den Vormittagsversammlungen wider Erwarten groß. Der noch kurz vorher gehetzte Glaube, die Arbeiterklasse würde gegen frühere Jahre eine schwächere sein, verstumte, als die Tausende der Feiernden den Versammlungssälen zuströmten. Die von den zentralisierten Gewerkschaften Nizdorfs einberufenen drei Versammlungen, in denen die Genossen Davidsohn, Knäuper und Jubel referierten und deren Ausführungen überall jubelnde Zustimmung fanden, waren von etwa 4000 Personen besucht.

Die Gewerkschaften Schönebergs tagten im Obischen Lokale, woselbst gegen 1000 Personen den trefflichen Ausführungen des Genossen Ernst Brückner lauschten. Der 1/2 stündige Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die drei von der Gewerkschaftskommission Charlottenburg einberufenen Vormittagsversammlungen waren sämtlich überfüllt; Hunderte konnten keinen Einlaß mehr finden. Im großen Saale des „Volkshauses“ sprach Genosse Karl Gierber Berlin in temperamentvoller Weise vor den Bauern, Zimmern und Bauhilfsarbeitern, die in Stärke von über 1000 Personen sich eingefunden hatten. Im unteren Saale des „Volkshauses“, in dem die Holzarbeiter, Steinseher, Maler, Köpfer und Porzellanarbeiter versammelt waren, hielt in wirkungsvoller Rede der Genosse Gebert das Referat. Die dritte Versammlung bei Schulz in der Kaiser-Friedrichstraße war von den Fabrikarbeitern, Handels- und Transportarbeitern, Metallarbeitern, den Arbeitern in der Bekleidungsbranche und den übrigen kleineren Gewerkschaften in Stärke von über 500 Personen besucht. Hier referierte Genosse Emil Lehmann in beifälliger Rede über das Mäße der Arbeiter.

Von den Wilmersdorfer Gewerkschaften, die zum ersten Male in einem größeren, neu erbauten Versammlungslokale tagen konnten, waren 600 Teilnehmer im Saale des „Luifenpark“ erschienen. Hier legte Genosse Dr. Herzfeld in 1/2 stündiger, mit Beifall aufgenommenen Rede die Bedeutung des Tages dar.

Eine wider Erwarten imposante Feste bereicherte die Arbeiter in Steglitz. Kopf an Kopf gedrängt füllten an 1000 Versammelte den großen Saal des „Vickenswäldchen“. Unter starkem Beifall referierte Genosse K. H. Mann über die Bedeutung des 1. Mai für das Proletariat. Der Gesangverein „Zukunft“ trug wesentlich zur Verschönerung der Feste bei. In Friedenau war die Beteiligung an der Mäße in diesem Jahre stärker als früher. Die Vormittagsversammlung im „Aheinschloß“ war sehr gut besucht und Genosse Kaliski als Referent erfuhr seine Aufgabe in vorzüglicher Weise.

Annähernd 1500 Personen versammelten sich in Nowawes. Im „Volksgarten“ referierte Genosse Albert Kalle vor circa 1000 Personen und in den „Deutschen Festjalen“, woselbst Genosse Hans Weber die Bedeutung des 1. Mai darlegte, hatten sich 600 Personen eingefunden. In beiden Versammlungen fanden die Ausführungen der Redner die jubelnde Zustimmung der Versammelten.

Die Versammlung in Zehlendorf tagte im „Gesellschaftshaus“, Karlstraße, und war von 350 Personen besucht. Die Ausführungen des Referenten Wollermann wurden mit Beifall aufgenommen. Eingeleitet und geschlossen wurde die Versammlung mit Vorträgen des Gesangvereins „Echo“-Zehlendorf. In Driß referierte vor 250 Personen Genosse Händel in wirkungsvoller Weise.

Die vom Gewerkschaftskartell in Zehdenitz zu nachmittags 3 Uhr einberufene Versammlung war von etwa 800 Arbeitern besucht. In 1/2 stündiger, mit Beifall aufgenommenen Rede behandelte Genosse Pagels die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage.

Unter großer Beteiligung verlief die Mäße in Treptow-Daumshuloweg.

In Mariendorf hatten sich im Bergfeldischen Lokal 350 Versammlungsteilnehmer eingefunden. Das Referat hielt Genosse Kühler.

Vor circa 500 Personen referierte in Königs-Waterhausen Genosse Wuhlf. Nizdorf unter lebhaftem Beifall der Versammelten.

Die Abendfeier schloß sich der Vormittagsfeier würdig an. Wohl 800 Personen füllten den Weberschen Saal in Neue Mühle. Die Feste des Genossen Albin Mohs fand begeisterte Zuhörer. Wir können hier mit unserer „vertrauten“ Mäße wohl zufrieden sein.

Die Versammlung in Teltow war von 400 Teilnehmern besucht, die mit großem Interesse den Ausführungen des Genossen Grünwald folgten.

Auch in Krausnick war die Versammlung gut besucht, das Referat hielt Genosse Schwegg.

In Schmaragdow lauschte eine gut besuchte Versammlung den Ausführungen des Genossen Leopold, dessen passende Rede die Versammelten zu lebhaftem Beifall hinriß.

In Groh-Lichterfelde war der Besuch der Vormittagsversammlung mindestens ebenso stark wie im Vorjahre. Selbst die gegnerischen Ortsteilungen geben die Zahl der Versammlungsteilnehmer mit 500 an. Das Referat hielt Genosse Gaida-Nizdorf.

Pankow. An der Vormittagsversammlung beteiligten sich circa 200 Feiernde. Das mit großem Beifall aufgenommene Referat hielt Genosse Rudig-Pankow.

Weitere Mäßeversammlungen fanden statt in Grünau, Roffen, Mariensfelde, wo die Teilnehmerzahl 100 bis 120 Personen betrug und die Genossen Fendel, Rich und Thurow referierten.

Selbst in Eichwalde und Niersdorf, woselbst in diesem Jahre zum ersten Male Versammlungen einberufen waren, war die Teilnahme wider Erwarten gut. In Niersdorf referierte Genosse Barthels-Berlin unter lebhaftem Beifall der 120 Versammelten.

In einer Nachmittagsversammlung in Hantels Ablage würdigte Genosse Hoffmann vor 250 Personen die Bedeutung des Tages.

In der Versammlung in Wannsee hatten sich 200 Feiernde eingefunden, um das Referat des Genossen Feinig anzuhören.

Niederbarnim.

Sowohl in den größeren Orten des Kreises wie in einigen kleineren war eine schwächere Teilnahme an der Morgenfeier nicht wahrzunehmen.

In Lichtenberg hatten sich schon lange vor Beginn der Versammlung an 1200 Personen in dem Versammlungslokale „Schwarzer Adler“ eingefunden. Nebenräume, Galerie und Bühne waren dicht gefüllt. Die Feste wurde eingeleitet durch ein vom

Befangverein vorgelegenes Lied. In begeisterten Worten begründete alsdann Genosse **Wermuth** die Klassenforderungen des Proletariats und schloß mit einem wichtigen Appell zu unermüdlicher Weiterarbeit für deren Verwirklichung.

Vor über 1000 Personen referierte in **Drohagen** **Rumelshaus** Genosse **Chert**. Eingehend auf die gegenwärtigen und bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfe legte Redner die kulturelle Bedeutung des Achthunderttages und eines durchgreifenden Arbeiterkampfes für das Proletariat dar. Den Schluß seines Vortrages bildete eine herbe Kritik gegen das Bestreben der bestehenden Klassen, die Wälder gegenseitig in Bruderkriege zu hegen. Der starke Beifall am Schluß der Ausführungen bewies, daß die Versammelten sich eins wußten mit dem Referenten.

In **Weißensee**, woselbst Genosse **Busch** das Referat hielt, war die Versammlung von 2000 Personen besucht. Eingeleitet wurde sie durch den Befangverein „Freiheit“. Die trefflichen Ausführungen des Redners fanden bei den Anwesenden fürstlichen Beifall.

Von 500 Teilnehmern war die vom Gewerkschaftskartell **Adlerhof** einberufene Versammlung besucht. Referent war Genosse **H. Fischer**, dessen eindringliche Ausführungen den ungeteilten Beifall der Versammelten fanden.

In **Vernau** folgten 500 Versammelte dem trefflichen Referat des Genossen **Sörmer**.

Auch aus **Friedrichshagen** wird von einer guten Beteiligung berichtet. Das Referat war hier dem Genossen **Sonnenburg** übertragen, der sich seiner Aufgabe unter lebhaftem Beifall der Versammelten entledigte.

Erkner. Hier hatte außer dem Genossen **Jakobsen**, dem eigentlichen Referenten, sich Genosse **Stadhagen** eingefunden, der unter fürstlichem Beifall der Anwesenden in kurzen Worten das bräutliche Benehmen des Reichstanzlers und des Hottentottenblods der Sozialdemokratie gegenüber kennzeichnete.

Die Versammlung in **Tegel** war von 600 Personen besucht. An Stelle des verhinderten Genossen **Ehrhardt** referierte Genosse **Reichsanwalt Dr. Lohm**, dessen eindringliche Ausführungen die Versammelten mit großem Interesse und Beifall entgegennahmen.

In **Friedrichsfelde**, woselbst Genosse **Albrecht** einen eindringlichen Vortrag über die Bedeutung des Tages hielt, war die Versammlung von 300 Personen besucht.

Die Arbeiterchaft **Mahlsdorfs** und **Kaulsdorfs** hatte sich zu 150 Personen im **Hermannsdorf** Lokal in **Kaulsdorf** versammelt. Den Vortrag hielt Genosse **Jachau** unter dem Beifall der Anwesenden.

In **Nieder-Schönhausen** lauschte den begeisterten Ausführungen des Genossen **Blod** eine Besucherzahl von 200. Den Beginn der Versammlung leitete der Gesangverein „Zukunft“ durch ein stimmungsvolles Lied ein.

Zum ersten Male tagte in **Reinickendorf** eine **Mai**-Versammlung, zu welcher sich 200 Personen im **Sabauschen** Lokal eingefunden hatten. Genosse **Sillier** übte in seinem Referat eine scharfe Kritik an dem bräutlichen Auftreten des Unternehmers und der herrschenden Gewalten, welsch letztere stets, wenn es sich darum handelt, die Arbeiterklasse zu unterdrücken, das Unternehmertum hülfreich unterstützen.

In **Röhlsdorf** war die Zahl der Feiernden in diesem Jahre etwas geringer als im Vorjahre. Das wird zum Teil auf den Umstand zurückgeführt, daß im Vorjahre eine **Ofenfabrik** abbrannte, in welcher eine größere Anzahl organisierter Arbeiter beschäftigt waren, die sich früher an der Feier beteiligten. Die Versammlung, in der Genosse **Leid** referierte, fand in **Duchhorst** statt und war von 100 Personen besucht.

In **Deuchmühle** sprach Genosse **Küter-Schöneberg**. Die **Neuenhagener** Genossen waren auf einem Spaziergang über **Landberg** nach dem Versammlungsort gekommen, um den Ausführungen des Referenten, der in allgemein verständlicher Weise die Bedeutung des proletarischen Feiertages würdigte, zuzuhören.

In **Dranienburg** nahm die **Mai**-Versammlung, in der Genosse **Schütte** das Referat hielt, einen imposanten Verlauf.

Die von der Gewerkschaftskommission vorgeschlagene **Resolution** gelangte überall zur einstimmigen Annahme.

Die **Nachmittagsfestlichkeiten** und **Abendversammlungen** in allen Orten der beiden Kreise verliefen, soweit Berichte vorliegen, unter starker Beteiligung, in würdiger Weise.

Provinz Brandenburg.

Potsdam. Hier hat die diesjährige **Mai**-Feier sich imposanter gestaltet wie im Vorjahre. Morgens fanden zwei gut besuchte Versammlungen statt. An den Abendveranstaltungen beteiligten sich über 1000 Personen. Ueberall begeisterte Stimmung. Die **Riedergerittenen** warten sehnsüchtig auf neue Kämpfe.

Brandenburg. Auf allen Bauten ruhte die Arbeit. Die **Vormittags**-Versammlung in „**Vollgärten**“, der ein **Frühkonzert** voranging, war über Erwartung stark besucht, trotzdem die **Holzarbeiter** in diesem Jahre sich zum Verzicht auf **Arbeitsruhe** entschlossen hatten. Das Referat des Genossen **Kauch**-Berlin fand lebhaften Anklang. Die **Resolution** wurde einstimmig angenommen. **Nachmittags** fand **Familienfeier** in drei **Gartenlokalen** statt, woran sich des Abends **Konzert** mit **Festreden** anschloß. Besonders zu der **Abendfeier** in „**Vollgärten**“, wo Genosse **Peus** sprach, war der Andrang der **Massen**, die erst nach Feierabend ihr **Mai**-fest begehen konnten, gewaltig. Aus der Umgebung **Brandenburgs** hatten sich die **ländlichen Genossen** zahlreich zur Beteiligung an der **Mai**-Feier eingestellt.

Frankfurt a. d. Oder. Vor überfüllter Versammlung sprach am **Vormittag** **H. W. B.** Im **Baugewerbe** ruhte die Arbeit fast vollständig. In der **Abendversammlung** referierte **Groger** vor einer begeisterten **Zuhörerschaft**.

Kaasen. An dem **zwanglosen Umzuge** beteiligten sich 150 Personen. **H. Wich**-Berlin referierte vor 300 Versammelten.

Falkenwäde. Die **Vormittags**-Versammlung war von 300 Personen besucht. **Höbinger**-Berlin referierte. An der **Abendfeier** beteiligte sich 300 **Demonstranten**.

Freienwalde a. O. Die **Mai**-Versammlung war von zirka 100 Personen besucht. **W. H. W.**-Misdorf referierte.

Kathenow. Durch **Arbeitsruhe** begingen hier morgens 300 Arbeiter die **Mai**-Feier. Am **Nachmittag** verabschiedete sich die Zahl der Feiernden. In der **Vormittags**-Versammlung referierte **R. A. J.**-Kathenow. Die **Abendveranstaltung** war von über 1000 Personen besucht. Die **Festrede** hielt **Redakteur D. W. E.**-Berlin, welcher die **Kulturforderungen** der **Sozialdemokratie** vom **sittlich-moralischen Standpunkt** begründete. Der **Umfang** der **Feier** hat gegen die **Vorjahre** zugenommen, sie ist selten mit einer **derartigen Begeisterung** begangen wie diesmal.

Kottbus. Die **Vormittags**-Versammlung war von 300 Personen besucht. **S. H. J.**-Berlin hielt ein **ausgezeichnetes**, mit **großem Beifall** aufgenommenes Referat. Am **Nachmittagsausflug** nahmen 300 Personen teil, an der **Abendversammlung** 1000 Genossinnen und Genossen. **S. H. J.**-Berlin referierte. Seltener war die **Begeisterung** so groß wie diesmal.

Schwiebus. In der **Morgen**-, **Nachmittags**- und **Abendveranstaltung** beteiligten sich mehrere **Hundert Personen**. **Oswald Grauer**-Dichtenberg referierte unter **großer Begeisterung**. Den **Textilarbeitern** war durch **Arbeitsruhe** **Verstrafung** und **sofortige Entlassung** für **Wegung** der **Mai**-Feier angekündigt. Die **Textilarbeiter** haben sich **nicht weigern** lassen und **vollständige Arbeitsruhe** durchgesetzt.

Eberswalde. Die **Versammlung** am **Vormittag** war von über 500 Personen, doppelt so viel als im Vorjahre, besucht. Das Referat hielt **K. W.**-Berlin. Es geht **vorwärts**, **trotzdem** und **allem**.

Werder. Unser **Gartenstädtchen** hatte zwar zum 1. **Mai** seinen **hohen** **Mittenschnitt** noch nicht angelegt, nur **einiges** **rotlich** **Bläuen** des **Spalierrosens** leuchtete zur **Demonstration** für den **Arbeiter**-**Mai**-tag. Dafür fanden sich aber im **südgelegenen** **Parteilokal** am **Vormittag** 224 **feiernde** **Proletarier** sowie eine **Anzahl** **Frauen** ein, die

nach dem Vortrag des **Redakteurs Berner-Brandenburg** durch ein **Hoch** auf die **Wälder**-**freiende** **Sozialdemokratie** aufs **neue** **gelobten**, für die **Wälder**-**freiende** einzutreten.

Windm. Hier war eine **besondere** **Feier** **beranstaltet**. **Arbeiter**-**sekretär Seiler**-Ludowalbe referierte.

Lehnin. Genosse **Ewald** sprach hier in **gut** **besuchter** **stimmungs**-**voller** **Versammlung**.

Zeichen. Auch hier hatten sich eine **Reihe** **Genossen** zur **Mai**-**feier** von der **Vertrag**-**plage** **frei** **gemacht**.

Gayuth und **Bornim-Bornfeld**. Durch **gut** **besuchte** **Versamm**-**lungen** und **festliche** **Abend**-**veranstaltungen** wurde hier die **Mai**-**demonstration** **begangen**. **Arbeiter**-**sekretär Müller**-Berlin sprach vor 200 **Versammelten**.

Trebbin. Die **Mai**-**versammlung** war von über 200 Personen besucht. **Emil Dittmer**-Berlin sprach unter **starker** **Zustimmung**. **Mittenwalde**. In einer von über 100 **Mai**-**feiernden** **besuchten** **Versammlung** sprach **M. Anton**-Berlin.

Gassen. Die im **Deutschen** **Hause** **statt**-**gefunden** **Mai**-**feier** nahm einen **unerwartet** **großartigen** **Verlauf**. **Genosse Gilmann** hielt die **Festrede**. **Mai**-**märschen** und **Festzettelungen** wurden in **Massen** **umgelegt**.

Kirchhain. Am dem **Vormittagsausflug** beteiligten sich 150 **Genossen**. **Abends** hielt **Genosse Grempe**-Berlin vor zirka 300 **Personen** einen **Festvortrag**.

Spremberg. An dem **Nachmittagsausflug** beteiligten sich ungefähr 250 **Personen**. In der **Abendversammlung**, zu welcher **Siebel**-Berlin das **Referat** **übernommen** hatte, waren zirka 300 **Personen** **erfahren**.

Neu-Ruppin. Zur **Feier** des 1. **Mai** fand hier eine **gut** **besuchte** **Vollversammlung** statt.

Belten. Durch **Arbeitsruhe** feierten 300 **Proletarier**. **Abends** referierte **Dr. Karl Viehnecht** in einer von 700 **Personen** **besuchten** **Versammlung**.

Marwisch. Vor 130 **Personen** sprach hier **Rich. Schmidt**-**Belten**.

Schwedt a. O. Die **sonst** **imposante** **Mai**-**feier** am **hiesigen** **Ort** wurde **leider** **durch** **das** **Ausbleiben** **des** **Referenten** **etwas** **beein**-**trächtigt**. **Zirka** **400** **Personen**, die **durch** **Arbeitsruhe** **demonstrieren**, waren in der **Morgen**-**versammlung** **erfahren**. **Genosse Schmidt** sprach als **Ersatz** ein und **wies** **die** **Anwesenden** **in** **schlicht**-**herzlicher** **Weise** **auf** **die** **Bedeutung** **des** **ersten** **Mai** **hin**. **Zu** **der** **sanften** **Melodie** **von** **oben** **auch** **noch** **das** **Ausbleiben** **des** **Referenten**, **das** **hielten** **die** **Genossen** **für** **etwas** **viel** **Verletzung**; **doch** **allmählich** **legte** **sich** **der** **Unmut** **und** **eine** **warme**, **edle** **Begeisterung** **brach** **sich** **durch**, **die** **auch** **noch** **in** **der** **Abend**-**veranstaltung**, **die** **bedeutend** **stärker** **besucht** **war**, **zur** **Geltung** **kam**.

Freiwald (Dspignitz). Hier fand zum **ersten** **Male** eine **Abend**-**versammlung** statt. **Es** **hatten** **sich** **zirka** **200** **Männer** **und** **Frauen** **eingefunden**, die **den** **Ausführungen** **des** **Genossen** **Wenno** **Maach**-Berlin **lebhaften** **Beifall** **zollten**.

Dietzen (Kreis Arnswalde-Friedeberg). Am dem **vormittags** **ver**-**anstalteten** **Ausflug** nach **Piepenbusch** beteiligten sich zirka 150 **Genossen**. Die **Arbeitsruhe** **war** **bedeutend** **stärker** **durchgeführt** **als** **im** **vorigen** **Jahre**. **Abends** sprach der **Kandidat** **des** **Kreises**, **Genosse** **Eugen** **Dräkner**-Berlin, vor **stark** **besuchter** **Versammlung** im **Mittlergärtchen** **unter** **starkem** **Beifall** **über** **die** **Bedeutung** **des** **Tages**.

Die Feier im Reiche.

Hamburg.

Die **Feier** in **Hamburg**, **Altona** und **Umgegend** verlief, wie das **nicht** **anders** **zu** **erwarten** **stand**, in **ebenso** **imposanter** **wie** **erhebender** **Weise**. Die **Scharfmacher**-**verbände**, 19 an der **Zahl**, allen **voran** **der** **im** **Ausperren** **sehr** **geliebte** **Verein** **Hamburger** **Arbeiter**, hatten **wiederholt** **in** **der** **bürgerlichen** **Presse** **Ausperren**-**anklagen** **veröffentlicht**, die **lauten**: „**Arbeiter**, welche **wegen** **Beteiligung** **an** **der** **sozialdemokratischen** **Mai**-**feier** **am** **1. Mai** **d. J.** **von** **der** **Arbeit** **fern**-**gehalten**, werden **als** **kontra**-**produktiv** **entlassen** **und** **nicht** **vor** **dem** **11. Mai** **wieder** **eingestellt**.“ **Den** **Ausperren**-**anklagen** **zum** **Trotz** **und** **obwohl** **Jupiter** **Fluvius** **seine** **Schleusen** **geöffnet** **hatte**, beteiligten sich **am** **Festzuge** **über** **30 000** **Genossinnen** **und** **Genossen**. **Um** **9** **Uhr** **morgens** **legte** **sich** **der** **Marschzug**, **in** **dem** **wir** **über** **100** **Jahren**, **Banner**, **Gewerkschaften**, **Embleme** **und** **Transparenzen** **mit** **die** **Bedeutung** **des** **Tages** **charakterisierenden** **Inskriften** **erblickten** **und** **dreizehn** **Musikkorps** **ihre** **Weisen** **ertönen** **ließen**, **in** **Bewegung**. **Der** **größte** **Teil** **des** **Zuges** **mar**-**schierte** **zum** **Mühlentempel**, **der** **andere** **zum** **Schützenhof** **in** **Barmbeck**. **Auf** **dem** **Mühlentempel** hielt **Bürger**-**schaftsmitglied** **Fischer** eine **ferne** **Ansprache**, **im** **letzteren** **Lokal** sprach **Bürger**-**schaftsmitglied** **Schaumburg**. **Am** **Abend** **fanden** **im** **Hamburger** **Stadt**-**und** **Landgebiet** **neunzehn** **überfüllte** **Versammlungen** **statt**. **Die** **großen** **Räume** **des** **Gewerkschaftshauses**, **wo** **der** **erste** **Wahlkreis** **seine** **Versammlung** **abhielt**, waren **schon** **um** **6** **Uhr** **nach**-**mittags** **sämtlich** **überfüllt**.

Bremen.

Trotz **Androhung** **von** **Ausperren** **fanden** **am** **Morgen** **sechs** **Versammlungen** **statt**, die **gut** **besucht** **waren**. **Die** **Beteiligung** **an** **dem** **daraus** **folgenden** **Morgens**-**spaziergang** **gab** **der** **vorjahre** **nichts** **nach**, **war** **also** **sehr** **groß**. **Abends** **war** **in** **mehreren** **Lokalen** **Ball**-**musik**. **Im** **größten** **Lokal** **fand** **eine** **so** **stille** **Feier** **statt**, die **durch** **Rezitationen**, **Befang**-**vorträge**, **Festrede** **und** **Ausführung** **eines** **Altes** **aus** **Fuldas** „**Das** **verlorene** **Paradies**“ **durch** **acht** **Schauspielkräfte** **des** **Stadttheaters** **aufs** **beste** **ausgeführt** **wurde**. **Die** **Abend**-**veranstaltungen** — **denen** **nachmittags** **Kinder**-**belustigungen** **vorausgingen** — **waren** **überaus** **stark** **besucht**.

Provinz Hannover.

In **Hannover-Linden** wurde die **Feier** **zum** **ersten** **Mal** **als** **gemeinsame** **Angelegenheit** **von** **Partei** **und** **Gewerkschaften** **begangen**. **Dieses** **Zusammenwirken** **hat** **einen** **bedeutenden** **Aus**-**schlag** **bedeutet**. **Die** **beiden** **Feier**-**veranstaltungen** **waren** **überfüllt** **und** **wiesen** **mehr** **Teilnehmer** **auf**, **als** **manche** **Protest**-**versammlung**, **die** **abends** **in** **beiden** **Gärten** **tagte**. **Diese** **Lage** **gewinnt** **noch** **mehr** **Bedeutung**, **wenn** **in** **Betracht** **genommen** **wird**, **daß** **morgens** **das** **Wetter** **nicht** **weniger** **als** **einladend** **war**. **Erst** **gegen** **Mittag** **brachen** **die** **ersten** **Comen**-**trablen** **durch**. **Nachmittags** **waren** **die** **vier** **Fest**-**lokale** **halb** **bis** **auf** **den** **letzten** **Platz** **besetzt**. **Leider** **störte** **zeitweiliger** **N Regen** **die** **Fest**-**freude**. **Nach** **Schluß** **der** **Fabrik** **entstand** **eine** **wahre** **Böller**-**änderung** **nach** **den** **vier** **Fest**-**lokale**. **Dicht** **bedrängt** **standen** **die** **Massen**; **die** **zündenden** **Festreden** **der** **Genossen** **Breh**, **Fischer**, **Schwader** **und** **Leinert** **fanden** **bräutlichen** **Beifall**. **Die** **Arbeiter**-**lieder** **und** **die** **freien** **Bild**-**berufsmusiker** **konzertierten**. **Mit** **Willkür**-**feuerwerk** **schloß** **der** **offizielle** **Teil** **der** **Feier**. **Bis** **in** **die** **zwölfte** **Stunde** **dauerte** **der** **sich** **anschließende** **Kommers**. **Die** **Teilnehmer** **zahl** **ist** **auf** **zirka** **dreihundert** **in** **Schätzen**.

In **Garburg** war **trotz** **ungünstiger** **Witterung** **die** **Teilnahme** **am** **stimmenden** **Demonstrationszug** **außerordentlich** **groß**. **Die** **Morgen**-**versammlung** **war** **von** **zirka** **1200** **feiernden** **Arbeitern** **besucht**. **Die** **Arbeitsruhe** **war** **in** **folge** **Auftrags** **des** **Partei**-**vorstandes** **nicht** **so** **zahlreich** **wie** **im** **Vorjahre**. **Nachmittags** **fand** **ein** **stark** **besuchtes** **Konzert** **statt**. **Die** **Abend**-**versammlungen** **in** **vier** **Lokalen** **waren** **überfüllt**.

In **Lüneburg** beteiligten sich **am** **Vormittagsausflug** 200 **Personen**, **während** **die** **Fest**-**versammlung** **und** **das** **Konzert** **am** **Nach**-**mittag** **von** **etwa** **400** **Personen** **besucht** **waren**. **Abends** **reichten** **die** **zur** **Verfügung** **stehenden** **Lokalitäten** **nicht** **aus**, **viele** **fanden** **keinen** **Einlaß**. **Die** **Arbeitsruhe** **war** **größer** **als** **in** **den** **Vorjahren**.

Oldenburg.

In **Wilhelmshaven-Nävingen** wurde **von** **einem** **Umfuge** **abgesehen** **mit** **Rücksicht** **auf** **die** **sehr** **überaus** **schlechte** **Kon**-**junktur** **im** **Baugewerbe**, **welche** **die** **Abreise** **einer** **ganzen** **Menge** **braver** **Genossen** **erforderlich** **machte**. **Gleichwohl** **versammelten** **sich** **vormittags** **um** **9** **Uhr** **stark** **1500** **Männer** **und**

Frauen. **Nachmittags** **um** **8** **Uhr** — **die** **Stadtkar**-**ossen** **haben** **erst** **gegen** **6** **Uhr** **Feierabend** — **fanden** **im** **Gewer**-**schafts**-**haus** **Kinder**-**belustigungen** **und** **Konzert** **statt**, **woran** **etwa** **2500** **Personen** **teilnahmen**. **Abends** **8** **Uhr** **fanden** **im** „**Friedrichs**-**hof**“ **und** **im** „**Livoli**“ **die** **eigentlichen** **Feiern** **statt**, **mit** **einer** **Teil**-**nehmerzahl** **von** **gut** **1500** **im** **ersten** **genannten** **Lokal**, **von** **etwa** **2000** **im** **letzten** **genannten**.

Draunshweig.

In der **Stadt** **Draunshweig** nahmen **an** **dem** **von** **zwei** **Musik**-**korps** **begleiteten** **Morgenausflug** **etwa** **2000** **Personen** **teil**. **Ein** **zahlreiches** **Polizei**-**angebot** **sorgte** **dafür**, **daß** **die** **Genossen** **un**-**gefährdet** **über** **die** **Stadt**-**grenze** **gelangen**, **erst** **dann** **legte** **die** **Musik** **ein** **und** **brachte** **die** **rechte** **Wahl**-**stimmung** **in** **den** **langen** **Jug**-**Wormittags** **11** **Uhr** **fanden** **im** „**Gewer**-**schafts**-**haus**“ **und** **in** **der** „**Hohetors**-**hänke**“ **Volks**-**versammlungen** **statt**, **in** **denen** **die** **Genossen** **Dr. Jasper** **und** **Partei**-**sekretär** **Enrich** **die** **Mai**-**rede** **hielten**. **Namentlich** **das** **erste** **Lokal** **war** **derartig** **überfüllt**, **daß** **Fische** **und** **Stühle** **entfernt** **werden** **mußten**, **um** **den** **auf** **dem**

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

Ostpreußen.

In Königsberg hatten die Holzarbeiter beschlossen, von geschlossener Arbeitsruhe abzusehen. Dagegen feierten geschlossen die vor einer Ausperrung stehenden zu 90 Proz. organisierten Hafenarbeiter. Die Tapezierer und Sattler ließen sich durch die von den Meistern angeordnete Maßregelung nicht einschüchtern und feierten gleichfalls mit einer großen Anzahl Heimarbeiter. Die freie Vereinigungen der Maurer und Töpfer hatten gleichfalls beschlossen, durch Arbeitsruhe zu feiern, während die zentralorganisierten Maurer Zimmerer, Bauhilfsarbeiter und Metallarbeiter es ebenso wie die Tischler ihren Mitgliedern überlassen hatten, überall da zu feiern, wo es ohne ernstlichen Konflikt hervorzurufen möglich sei.

Die Arbeitsruhe freilich war daher nicht so stark wie im Vorjahre. Doch hatten sich zu der einen Vormittagsversammlung weit über 1000 Personen eingefunden. Eine zweite Versammlung hielten am Vormittag die sozialorganisierten Töpfer ab. Einzelne Gewerbe hatten vollständige Arbeitsruhe beschlossen. Nachmittags und abends nahmen wie immer Tausende von Personen an der Feier teil. Es fand Gartenkonzert statt; die Festrede hielt Genosse Daake.

In Tilsit war die Feier durch vollständige Arbeitsruhe noch in keinem Jahr so groß wie in diesem. Die Mehrzahl der Tischler, Metallarbeiter und Maler, sowie eine größere Anzahl Arbeiter anderer Berufe feierten den ganzen Tag. Am Nachmittag versammelten sich die Feiern mit ihren Familien zu einem ungewöhnlichen Besamensein im Parteilokal und im daran stoßenden Garten. Leider mußte die Versammlung am Vormittag ausfallen, weil sie durch ein Versehen zu spät angemeldet war. Dafür fand die Volksversammlung am Abend eine desto größere Schar begeisteter Zuhörer.

In Memel, Gumbinnen und Rastenburg war auch in diesem Jahre eine Maifeier durch allgemeine Arbeitsruhe noch nicht durchführbar. Es fanden aber am Abend stark besuchte Volksversammlungen statt. In Rastenburg mußten, des kleinen Raumes wegen, zwei Versammlungen aufeinander folgen.

In Insterburg konnte, trotz der guten Stimmung, die dort für den Arbeiterweltfeiertag herrscht, nicht mal eine Versammlung abgehalten werden, weil der Wirt des bisherigen Parteilokals kontraktbrüchig geworden ist und das Lokal nicht mehr hergibt.

Westpreußen.

Allgemein und geschlossen konnte in keiner Gewerkschaft die vollständige Arbeitsruhe durchgeführt werden. Es fanden aber Vormittagsversammlungen für die feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen statt in Danzig, Elbing und Jastrow. In diesen Orten und in Graudenz und in Thorn wurden abends stark besuchte Volksversammlungen abgehalten.

Schlesien.

In Breslau trug die Feier gegen das Vorjahr ein etwas anderes Gesicht. Damals wurde die Zahl derer, die nicht arbeiteten, durch die 4000 ausgesperrten Metallarbeiter und durch die Streikenden verschiedener Berufe vermehrt. Allein an der Beteiligung früherer Jahre gemessen muß die diesmalige als eine über Erwarten großartige bezeichnet werden. Die Vormittagsversammlung war von mindestens 1500 Personen besucht. Da der Parteipräsident den geforderten Umzug verboten hatte, ging man vom Gewerkschaftshaus in losem Zuge durch die Stadt zum Striegauerplatz, dem Orte des einzig unbergelassenen Blutbades vom 19. April. Von dort — es waren mindestens 1200 Personen im Zuge — ging man nach dem 3/4 Stunden entfernten Dörfchen Mariasöfchen, wo ein Konzert die Teilnehmer bis in den späten Nachmittag zusammenhielt.

Ohne Polizeieinmischung ging der Spaziergang nicht ab. Am Wachtplatz trat plötzlich der aus dem „Krawallprozess“ bekannte Polizeikommissar Schmidt mit einigen Polizisten mitten unter die Spaziergänger, sie zum Auseinandergehen darfs anfordernd. Als die Führer des Zuges den Mann darauf aufmerksam machten, daß die Polizeivorschrift „Rechtsgen“ vorschreibe, fuhr der Hüter dieser Vorschriften die Betreffenden mit den Worten an: „Lassen Sie die Vorschriften sein!“ und trieb mit viel Scheid und Eifer die Massen zur Hälfte nach links, wo sie in Gefahr gerieten, den Wagen und der Elektrischen in die Quere zu laufen und überfahren zu werden! Etwas Ungeheuerliches ereignete sich kurz vor dem Striegauerplatz: Auf ein gegebenes Zeichen eines Vorgesetzten drang eine Anzahl Schulleute in die Massen auf dem Trottoir und suchte sich mit abseits gehaltenen Ellenbogen und mit viel ungeratener Eile gewaltsam einen Weg mitten durch den Zug, der ganzen Länge entlang!

Einen Augenblick löste helle Entrüstung in den Massen auf. Dann aber erfaßte ein befreies schallendes Gelächter die Luft. Und keiner Silbe, keines Wortes mehr wurde diese Leistung gewürdigt. Demerkt sei, daß in den vordersten Reihen der Polizisten der in der Dienstnummer des „Vorwärts“ so drastisch illustrierte Schumann Hoppe die Ordnung und Sicherheit aufrecht erhielt! Jörnbrühend mußte er es geschehen lassen, daß man ihn den Massen in ganzer Größe vorstellte!

Abends fanden in der Stadt fünf große Versammlungen statt, die von insgesamt 8000 Personen besucht waren. Die in der Nähe des Striegauerplatzes tagende Versammlung (im „Kronprinzen“) war, nachdem man 2000 Personen in den Saal gelassen, schon lange vor Beginn polizeilich abgesperrt. Tagsüber waren in der Stadt die Schutzmannsposten überall verdoppelt und verdreifacht, vielfach sogar durch herbeigeholte Gendarmen aus der weiteren Umgebung verstärkt worden.

Ueber Erwarten günstig lauten auch die Berichte, die aus der Provinz einfließen. In Neumarkt und in Schmiedeberg konnten zum ersten Male Maierversammlungen stattfinden, die von 300 und 400 Personen besucht waren. Ebenso waren die Versammlungen in Striegau, Hirschberg, Strehlen, Ohlau, Rattowitz, Neustadt, Reisse, Bries, Freiburg, Gottesberg, Sagau, Bunzlau, Görlitz, Liegnitz, Gannau, Goldberg, Jauer, Reichenbach, Schweidnitz, Langenbielau, sowie im Landkreis Breslau (Wepelwitz, Gräbchen, Lschau, Opperau und Mariasöfchen) nach den bis 11 Uhr früh eingelaufenen Berichten durchweg gut besucht. In Reichenbach und Langenbielau war die Beteiligung angeht die dort herrschenden Kriegsstimmung ganz besonders groß und lebhaft.

Als Kuriosum verdient noch folgendes Vorkommnis aus Striegau Erwähnung: Die Teilnehmer am Vormittagsausflug waren auf dem Spitzberg eingelehrt. Das Lokal dort oben ist städtisches Eigentum. Gegen Mittag erschien plötzlich in höchst eigener Person der gestrenge Bürgermeister, der ohne weiteres dem Wirt das weitere Verabreichen von Speisen und Getränken an die Sozi untersagte! Da aber der größte Hunger und der erste Durst beim Eintreffen des Bürgermeisters bereits gelöst waren, löste der Eifer des sozialdemokratischen Bürgermeisters lediglich ein lautes Gelächter und unbändige Heiterkeit aus.

In Görlitz war die Zahl derjenigen, die durch Arbeitsruhe feierten, nicht so groß als im vorigen Jahre. Das ist auf die Lokalkämpfe am Orte zurückzuführen. Die Abendversammlung war stark besucht. Auch die Frauen waren zahlreich vertreten. In Leisewitz, Lauban und Langenbielau fanden ebenfalls gut besuchte Versammlungen statt. In Rastenburg und Umgebung war es das erste Mal möglich, eine Maierversammlung abzuhalten, denn bisher stand kein Lokal zur Verfügung. — In Prießnitz fand eine Vormittagsversammlung statt. Die Feier in der „Lust zum Leben“ besichtigte

Arbeiter feierten fast vollständig durch Arbeitsruhe. Stark besucht war auch die Versammlung in Penzig. — In Langenbielau fanden zwei starkbesuchte Versammlungen statt. — Ebenso war die Versammlung im nahen Peterswaldau gut besucht.

Sachsen.

Leipzig sah eine gewaltige Kundgebung. Hatten die dies Jahr besonders rabiaten Aussperrungsandrohungen der Unternehmer und auch der „Dremserlach“ des Parteivorstandes die Befürchtung aufkommen lassen, die diesjährige Feier werde der vorjährigen nachstehen, so kann nunmehr gesagt werden: die Feier von 1907 schloß sich der vorjährigen würdig an, ja unter den gegebenen Umständen war sie umfangreicher und glänzender als ihre Vorgängerin, es war eine wirklich imposante Demonstration.

In sechs großen, zum Teil überfüllten Vormittagsversammlungen fand sich der größere Teil der Feiernenden zusammen, um von da aus nach dem Festplatz, dem Treffpunkte, abzurücken. Schlag 12 Uhr setzte sich die Masse in Bewegung, um im losem Zuge — den geschlossenen hatte die Polizei verboten — am Mäckerplatz und den Bahnhöfen vorbei durch die Schützen-, die Lauch- und die Eisenbahnstraße durch Reudnitz hindurch nach Städtitz, dem langjährigen Parteiorde der Leipziger Arbeiterschaft, zu wandern. Wohl 20 000 Menschen waren in Bewegung, etwa dreiviertel Stunde lang dehnte sich der Zug, denn ein solcher war es trotz alledem geworden, durch die Straßen. Von der Polizei war nicht mehr zu sehen als sonst, sie hielt sich sehr reserviert und so verlief denn alles ohne Störung. An den verkehrsreichen Straßeneinkünngen gelang es den Ordnern mit leichter Mühe die Massen entsprechend zu dirigieren. In ruhiger, erster Weise demonstrierten die Leipziger Arbeiter für die Kulturforderungen des Proletariats.

Auf dem Festplatz empfingen den Zug die Weisen zweier Kapellen, die abwechselnd in der großen Festhalle und auf der Wiese spielten; die Festrede hielt Genosse Lipinski. Auf dem grünen Rasen, der von der seit kurz vor Mittag warm scheinenden Sonne vom Frühregen getrocknet worden war, tummelten sich Alt und Jung beim Spiel und froher Unterhaltung. Die Gendarmrie war hier auch zurückgehalten.

In Dresden begrüßten ein rauher Frühlingwind und ein feiner Sprühregen die feiernden Arbeiter, als sie morgens zu den angelegten Festversammlungen gingen. Es waren sieben in verschiedenen Stadtteilen veranstaltet worden; sie waren alle gut besucht. Es mögen insgesamt 8000 Arbeiter an den Vormittagsversammlungen teilgenommen haben. Die Veranstaltungen verliefen ohne Störung bis auf die Versammlung im „Arianon“, wo dem Genossen Renke das Wort entzogen wurde, als er das Königswort über „die Lust zum Leben“ in entsprechender Weise zitierte. Nach dem Versammlungsbesuche läßt sich auch der Umfang der Arbeitsruhe beurteilen. Auf den Bauten ruhte die Tätigkeit teilweise. Leider hat eine erhebliche Anzahl Maurer und Zimmerer nicht durch Arbeitsruhe gefeiert, obwohl ihnen nichts im Wege gestanden hätte. Am Nachmittag war die Arbeitsruhe größer.

Nach 1 Uhr mittags versammelten sich die feiernden Genossen auf dem großen Schützenplatz, um sich zum Festzuge anzustellen, der wieder von der Polizei erlaubt worden war. Unter der Leitung von 500 Ordnern bewegte sich der imposante Zug durch die Körnerstraße, Stöffstraße, Freiburgerstraße, Ammonstraße nach dem großen Gartenrestaurant Vergleier bei Mädnitz, das bei weitem nicht alle Festteilnehmer fassen konnte. In Gruppen von etwa 100 Mann marschierten die Massen dahin, jede von einigen Ordnern geführt. Zwischen den einzelnen Gruppen mußte, der polizeilichen Anordnung gemäß, ein Zwischenraum von einigen Metern bleiben. Der Vorderbereich des Zuges währte 1 1/2 Stunden. Etwa 18 000 Menschen, darunter viele Frauen, mögen daran teilgenommen haben. Bei Konzert und anderen Veranstaltungen verweilten die Massen am Festorte bis gegen Abend, wo sie sich in die Abend-Kommerse begaben. 33 große Lokale nahmen sie an; ausnahmslos waren die Säle überfüllt.

In Chemnitz war die Vormittagsveranstaltung im Volkshaus so stark besucht, daß der 1500 Personen fassende Saal mit Galerien besetzt war und viele noch mit einem Stehplatze sich bescheiden mußten; auch die anderen Wirtschaftsräume waren gefüllt. Schon am frühen Vormittag veränderte sich das gewöhnliche Straßenbild; die Polizei hatte großzügig die Erlaubnis gegeben, daß sich die Festteilnehmer aus den verschiedenen Stadtvierteln im losem Zuge nach dem Festlokal begeben konnten. Das geschah. In musterhafter Ordnung bewegten sich die Züge auch nach ihrer Vereinigung die Widauerstraße entlang. Am Nachmittag wurde im Volkshaus ein gutes Instrumentalkonzert gehalten. Der Saal war wiederum gefüllt. In verschiedenen Fabriken herrschte am Nachmittag Arbeitsruhe. Am Abend füllten die Demonstranten die 15 Säle, in denen Kommerz stattfand und Festreden gehalten wurden. Mindestens 15 000 Personen nahmen teil.

In Zwickau fanden sich die Genossen trotz mehrfacher Aussperrungsandrohungen (die Bauunternehmer z. B. proklamierten noch am Dienstag den Aussperrungsulab) in bedeutend größerer Zahl als in den Vorjahren zu der vormittags 11 Uhr im „Weltbühne“-Saal abgehaltenen Festversammlung ein. Abends waren in vier Lokalen Festkommerz, die äußerst zahlreich besucht waren.

In Grimnitzau fanden nachmittags Festkonzert der Stadtkapelle und abends in drei Sälen Festkommerz statt, die überfüllt waren.

In Verda versammelten sich die feiernden Arbeiter vormittags in der „Feuerkugel“, vereinigten sich nachmittags zum Festkonzert und abends zum Kommerz im „Vergleier“. Auch hier waren die Veranstaltungen ausgezeichnet besucht.

Die Arbeitsruhe war im Kreise nur bei einzelnen Berufen, wie z. B. Bauarbeitern, Steinmetzen, Schneidern, Tischlern usw. generell durchgeführt, im allgemeinen hielt sie sich in den Grenzen der Vorjahre. Der ganze Verlauf der Maifeier im 18. Kreise sowohl im Agitationsbezirke hat aber deutlich bewiesen, daß die Arbeiterschaft nach wie vor den Maifeiergedanken hochhält und ihm in jedem Jahre wirksameren Nachdruck zu verleihen versteht. Im ganzen Agitationsbezirke fanden mehr als 30 überfüllte Abendkommerz resp. Festversammlungen und drei Vormittagsversammlungen statt, deren Teilnehmerzahl eine erfreulich starke Zunahme aufwies.

Provinz Sachsen.

In Halle a. S. war, obgleich in leitenden Partei- und Gewerkschaftskreisen heftig gebremst worden ist, die Beteiligung stärker als im Vorjahre. Abgesehen davon, daß sich die Bauhandwerker im Streik und eine Anzahl Tischler in der Aussperrung befinden, so haben auch andere Branchen die Arbeitsruhe in wirksamerer Weise beangangen als früher. In mehreren Maschinen- und Reffelabriken liehen unter anderem rund 300 Metallarbeiter die Arbeit ruhen. An der Frühversammlung im Volkshaus beteiligten sich rund 3000 Personen. Der Saaleingang war polizeilich abgesperrt und der Vorgarten war stark besetzt. Eine besondere Ueberraschung bereiteten die Angestellten der Stadtbahn den „friedliebenden“ Parteigenossen. Als diese Arbeitstätigkeiten früh ihre Straße fahren wollten, nicht auch hier die Arbeit. Die „Widerspenstigen“ hatten in der ersten Nacht eine Versprechung wegen Verzögerung der Dienstzeit — sie verlangten nichts weiter als die von der Regierung vorgeschriebene achtstündige Schicht, die an anderen Bahnen umgekehrt wird — erhalten wollen; die kluge Polizei sah jene Besamensein als eine „unerlaubte Versammlung“ an und löste die Besichtigung auf. Am Morgen des 1. Mai in aller Frühe rüdten die Straßenbahner — der Leiter des Betriebes hat sich darauf etwas zu gute, daß er immer „treuegediente Soldaten“ engagiert — dem Direktor auf die Knie und trugen ihm ihre Wünsche vor. Er lebte ab, insolge dessen weit über zwei Drittel der Angestellten, etwa 5000 Mann, die Arbeit niederlegten. Der Betrieb

fiel gewaltig; ab und zu rollt ein Wagen durch die Straßen. Die Polizei war wieder einmal ganz aus dem Häuschen. Nach Schluß der Frühversammlung sifftete sie rund 40 Personen wegen angeblicher Teilnahme an einem verbotenen Zuge zur Wache. An der Nachmittagsfeier im Volkshaus, dem neuen eigenen Parteihaus, beteiligten sich Tausende.

Die Metallindustriellen drohen mit Aussperrungen und die bürgerliche Presse kündigt die üblichen Maßregeln an, ohne die es ja nun einmal in Halle nicht abgeht. Die Abendversammlungen in den umliegenden Dörfchaften von Halle waren zum Teil überfüllt. Außergewöhnliche Störungen durch die Polizei sind, soweit sie jetzt bekannt, nicht vorgekommen.

Auch in den zum Verbreitungsbezirke des „Volksblatts“, Halle, gehörigen Wahlkreisen war die Teilnahme an der Maifeier eine glänzende. In Zeitz war am Abend eine von 2000 Personen besuchte Versammlung; Arbeitsruhe bezeugen dort 700 Personen. In Zeitzern liehen 800 Personen die Arbeit ruhen, in Eilenburg 800. Im Wittenberg-Schweinitzer und im Zörgau-Liebenwerdaer Kreise fanden stark besuchte Versammlungen statt. Im schwarzen Mansfelder Kreise, wo mehrere Versammlungen stattfanden, hatte man Vergnügungen infiziert, die die Polizei nicht dulden wollte. Es wurden Strafmandate angehängt. In Alstedten wollte die Polizei die Frauen in der Versammlung nicht dulden, gab aber schließlich nach.

In Magdeburg blieb die Beteiligung an der Feier erheblich hinter den Vorjahren zurück. Die Zahl der Feiernenden belief sich auf etwa 2500. Die sechs Vormittagsversammlungen waren leich besucht; eine Versammlung wurde sogar polizeilich abgesperrt. Da, wie alljährlich, die Veranstaltung eines Majuzugs von der Polizei nicht gestattet worden war, so begaben sich die Genossen nach Schluß der Vormittagsversammlungen, die im Innern der Stadt stattfanden, in zwanglosen Gruppen nach dem in einem Vorort gelegenen großen Parteilokal „Luisenpark“, wo Konzert und ähnliche Veranstaltungen arrangiert worden waren. Die sechs Abendversammlungen waren alle gut besucht. Die Absicht, in diesen Versammlungen das Urteil in dem Magdeburger Landfriedensbruchprozeß mitzuteilen, konnte nicht ausgeführt werden, da das Urteil erst um 11 Uhr gefällt wurde. Zahlreiche Genossen, unter denen sich auch viele auswärtige Radfahrer befanden, hatten sich nach dem Justizpalast begeben, um dort die Urteilsverkündung abzuwarten. So kam vor dem Gebäude der „Gerechtigkeit“ durch die vielen Menschen, die dort harrten, auch noch eine in ihrer Eigenart wirkungsvolle Maidemonstration zu stande. Öffentlich wird darin der Staatsanwalt nicht auch noch groben Unfug, Anstöße oder gar Landfriedensbruch erblicken!

Die Erfurter Parteigenossen waren in diesem Jahre von einer ausgeübten Vohheit befeelt; sie haben durch die Art des Arrangements der Maifeier den Polizeieidat über den Haufen geworfen. In den letzten Jahren nämlich konnte die „Hochwohlwollende“ mit voller Bestimmtheit auf den Abzug etlicher Duzende Strafmandate rechnen wegen angeblicher Ueberschreitung irgend welcher Paragrafen, durch die die heilige Ordnung auf der Straße durch darmiole Spaziergänger aus den Zügen gehoben worden sein sollte. In diesem Jahre nichts von alledem — noch nicht einmal ein armliegender Küter kam wieder auf den verwegenen Gedanken, durch Aufstülpenlassen eines roten Zylinderhutes die „ordentlichen“ Gefühle der berufsmäßigen Ordnungsbüher zu verletzen. Es verzichtete in diesem Jahre die demonstrierende Arbeiterschaft Erfurts auf den gewohnten Morgenparadepaziergang. Dafür fand sie sich in Scharen, verstärkt durch die Teilnehmer aus den umliegenden Dörfchaften, zu der früh um 1/10 Uhr angelegten Festversammlung ein, die von etwa 1000 Personen besucht war.

Die Arbeitsruhe kam durch die weit stärkere Beteiligung an den Nachmittagsveranstaltungen noch in viel höherem Maße als früh zum Ausdruck. Am Abend fand eine gewaltige Massenversammlung statt.

In gleicher Weise, unter Betonung der Arbeitsruhe dort, wo die Verhältnisse es irgend gestatten, wurde die Feier in Arnstadt, Suhl und anderen Orten begangen.

In Mülhausen i. Th. herrschte Arbeitsruhe in einigen Betrieben der Leder- und Holzbearbeitungsbranche. Die Textilindustriellen hatten mit einer Aussperrung bis zum 13. Mai gedroht. Von den Feiernenden unternahmen etwa 200 des Morgens einen gemeinsamen Ausflug in die Umgegend. Die Mittags-Demonstrationsversammlung war von etwa 850 Teilnehmern besucht. Am Abend fand eine stark besuchte Feier statt. Im benachbarten Langensalza war eine gut besuchte Mittagversammlung.

Deffau.

In Deffau beteiligten sich am Vormittagsausflug nach Jonitz 250 Personen. Nachmittags fanden Konzert und Spiele in Burgfeller statt, abends stark besuchte Kommerz in zwei großen Lokalen.

Thüringen.

In Weimar waren zur Tagesfeier die Demonstranten stärker als in den Vorjahren versammelt, gegen 400 Teilnehmer wurden gezählt. Abends war die Versammlung überfüllt.

In Apolda war die Beteiligung ebenfalls stärker als im Vorjahre. Dort fand nachmittags eine starkbesuchte Versammlung statt. Die bereits erteilte Genehmigung zum Festzug war wieder zurückgezogen worden.

In Eisenach waren ursprünglich sämtliche Veranstaltungen durch den Gemeindevorstand verboten worden. Durch den Bezirksdirektor wurde dies Verbot insoweit aufgehoben, daß das Konzert am Nachmittag sowie der Kommerz und der Ball am Abend stattfinden durften unter der Bedingung, daß der Charakter einer öffentlichen Veranstaltung vermieden wurde.

Der Arbeiterschaft von Jena wird besonders am 1. Mai Kraft vor Augen geführt, daß sie mindernden Rechts ist. Während beim Beginn des 1. Mai die Studenten, die Stützen von Thron und Altar, von Staat und Gesellschaft, nachts um 12 Uhr einen Madanumzug veranstalteten, verbietet man der Arbeiterschaft ohne Grund einen solchen Umzug am Tage auszuführen. In den früheren Jahren veranstalteten bloß die Durschschäfer einen solchen Umzug in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai. In diesem Jahre kam noch ein Umzug von Korpsstudenten am mittag des 1. Mai zustande, just zu derselben Zeit, da der Umzug der Arbeiterschaft stattfinden sollte. Aber ungeachtet solcher aufreizenden Geschehnisse feierte das Proletariat von Jena seinen Waientag. Bereits zu der Vormittagsversammlung waren 800 Genossen erschienen. Die Zahl der Teilnehmer an der Nachmittagsfeier auf dem Forst betrug 1500; die Zahl derer, die den Nachmittag durch Arbeitsruhe feierten, ist eine bedeutend größere gewesen — die Abendfeier, die im Volkshaus stattfand, war ebenfalls sehr stark besucht. Ein gut Teil Mitglieder für die Partei und neue Leser auf die Weimarer „Volkszeitung“ wurden gewonnen.

Sonneberg (Sachsen-Meiningen) sah eine glänzende Feier. 1200 Personen nahmen am Festzug teil, 1500 an der Festversammlung.

In Altenburg war die Arbeitsruhe ebenso stark wie in den letzten Jahren. Rund 1000 Mann in Altenburg und seiner nächsten Umgebung demonstrieren auf diese Weise. Die Arbeiter der Dörfabriken und einiger anderer Betriebe haben sich, wie seit Jahren, geschlossen an der Maifeier beteiligt. Wo, den Bauarbeitern haben die Zimmerer ebenfalls geschlossen die Arbeit ruhen lassen. Von den übrigen Bauberufen in der Stadt Altenburg arbeitete ein größerer Teil als in den Vorjahren. Die Maurer des Bezirks der Hahlelle Rechau feierten dagegen geschlossen. Vormittags fand ein Spaziergang statt, um 10 Uhr die Versammlung, an der 800 Personen teilnahmen. Um 3 Uhr nachmittags veranstalteten die Maifeiernden

einem Massenparadezug in einige umliegende Orte, die Abendfeier fand in zwei Lokalen statt. Beide Veranstaltungen waren überfüllt. Durch Androhung von Ausperrung haben die Unternehmer des Ländchens die Bergarbeiter, die Porzellanarbeiter und die Glaserarbeiter von der etwaigen Begehung der Mairfeier durch Arbeitsruhe abgehalten.

Aus Gotha wird berichtet: Der Wunsch und die Hoffnung unserer Widerjäger, die Idee des 1. Mai flau ab, die Arbeiter hätten es aufgegeben, an diesem Tage zu demonstrieren, ist abermals gänzlich zu Grunde gegangen. Trotzdem die größte Fabrik, die zirka 700 Arbeiter beschäftigt, die Waggonfabrik, die Feier am Tage verboten hatte, war früh schon die Beteiligung eine rege. Im „Wohren“, dem neueröffneten Gewerkschaftshaus, wo Krenzer stattfand, waren um 10 Uhr schon alle Räume besetzt.

Beim Nachmittagskonzert war die Beteiligung bedeutend stärker. Um 6 Uhr abends brach die Kapelle ab und marschierte vor die Waggonfabrik, wo die nicht feiern dürfenden Arbeiter abgeholt wurden. Einen großartigen Zug von Arbeitermassen hat Gotha wohl nie gesehen. Tausende und Abertausende von Menschen standen Spalier und in allen Häusern waren die Fenster geöffnet, die Arbeiter zu sehen, die jetzt mit Musik nach dem Gewerkschaftshaus marschierten. Alle Geschäfte und auch Autos mußten halt machen vor der nicht zu zählenden Menge. Das war der Erfolg des Feiertagsverbots, das jedenfalls auch weitere Früchte tragen wird.

Vor einer gewaltigen Menschenmasse wurde im Festlokal die Mairrede gehalten.

In Nordhausen hatten sich morgens an 600 Teilnehmer eingefunden. Noch nie war eine solche zahlreiche Beteiligung zu verzeichnen. Gegen 1/2 Uhr zogen die Genossen in dichten Scharen durch die Straßen der Stadt nach dem Versammlungsort. Der Nachmittag vereinigte die Parteigenossen auf dem nahe gelegenen Schloß. Abends fand eine imposante Feier statt.

In Frankenhäusern am Kyffhäuser demonstrieren die Bauarbeiter durch Arbeitsruhe. Am Nachmittag veranstalteten die Gewerkschaften einen Ausflug, an dem 600 Genossen teilnahmen. Bei der Abendfeier vor das Festlokal überfüllt.

Die Vormittagsversammlung in Gera war trotz Drohung mit Ausperrung zahlreicher noch besucht als in den Vorjahren. Nachmittags fand ein äußerst stark besuchtes Konzert statt, abends 16 Volksversammlungen in Gera und Umgebung, die zum Teil überfüllt, aber viel stärker besucht waren als in früheren Jahren.

In Greiz wurde die Feier mit der Verbreitung eines Flugblattes eingeleitet. Früh vor 6 Uhr, als die Proletarier und Proletarierinnen zur Arbeit gingen, standen unsere Genossen vor den Fabrikeingängen und verteilten das Flugblatt, das die geschichtliche Entwicklung der Mairfeier und die Forderungen, die sich an die Mairfeier knüpfen, enthält, in 10 000 Exemplaren. Ein Morgenparadezug wurde durch die Witterung ungünstig beeinflusst. In der Mittagsstunde fand eine Versammlung statt, an der 400 Personen teilnahmen. Nachmittags hatte ein Spaziergang zahlreiche Beteiligung aufzuweisen.

Am Abend fand eine stark besuchte Feier statt. Die Textilarbeiter konnten die Arbeit nicht ruhen lassen. Am Nachmittagsausflug aber beteiligten sich Brauer, Bauhilfsarbeiter, Maurer, Köpfer, Tischler, Steinmetzen, Schneider, Tabakarbeiter, Transportarbeiter, Maler und verschiedene andere Gewerbe. Es war die zweite Mairfeier, bei der von einer Arbeitsruhe im weiteren Sinne die Rede sein kann.

Die umliegenden Ortschaften hatten starkbesuchte Abendfeiern.

Westfalen.

Die Feier im Wahlkreis Dortmund-Görde litt sehr unter der Ungunst der Witterung, doch war abermals eine stärkere Beteiligung gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Ursprünglich sollte sie in Hückarde stattfinden, doch das dortige Hauptfestlokal wurde vor etwa 14 Tagen abgetrieben. So fand die Feier dann in Brünninghausen, einem Vorort der Stadt Dortmund statt, wo vier große Lokale mit schönen Gartenanlagen zur Verfügung standen. Während in früheren Jahren die Genossen des Wahlkreises am frühen Morgen sich zu einem einheitlichen Demonstrationzug zusammensanden, war diesmal eine Einteilung der Orte erfolgt, so daß sich vier große Demonstrationzüge nach dem Festort bewegten. Der größte Zug zählte wohl 8000 Demonstranten, die Gesamtzahl der Teilnehmer wird auf 18—20 000 geschätzt. Die Polizei verhielt sich im großen und ganzen zurückhaltend, nur in der Stadt Dortmund machte sie viele Schwierigkeiten. Ein größeres Gewerkschaftslokal war von siebzehn Polizisten belagert, die verhinderten, daß sich die Genossen in größeren Trüppchen durch die Stadt bewegten. Und schließlich war die Mairfeier doch wieder vergebens gewesen: plötzlich wogte die Hauptstraße zu den Lokalen doch von Tausenden von Demonstranten. Aber die Bourgeoisie der Stadt sah wenig von der Demonstration und damit ist die Behörde befriedigt. Bürgertum und Polizei der Stadt Dortmund sind Anhänger der Vogelstraußpolitik.

In den Festlokalen wurden bis zum Eintritt der Dunkelheit Konzerte abgehalten, mittags 1 Uhr tagten drei große Festversammlungen.

Bemerkenswert ist, daß die Bergarbeiter des Kreises in immer größerer Zahl durch Arbeitsruhe feiern. Eine Woche in der Nähe des Festortes hatte ihren Betrieb fast völlig einstellen müssen, auf anderen Seiten erlitt der Betrieb recht erhebliche Einschränkungen.

Im Wahlkreis Bochum hatte die Feier unter zwei Uebelständen zu leiden: an Lokalmangel und an schlechter Witterung. Da es nicht möglich war, die Feier, wie es zuerst beabsichtigt war, gemeinsam für den ganzen Kreis in der Stadt Bochum abzuhalten, weil es an den Lokalitäten fehlte, so feierten die einzelnen Distrikte für sich. Des Morgens sind die Volksversammlungen sämtlich sehr gut besucht gewesen. Nachmittags hatten die Bochumer Genossen eine Feier in einem nahe der Stadt gelegenen Gartenlokale beabsichtigt. Sie litt aber unter der Unbill der Witterung. Den ganzen Nachmittag regnete es Dinsfaden. Des Abends haben sich die Bochumer Genossen in ihren Bezirkslokalen beim Glase Bier versammelt. Im Distrikt Haspen war die Feier von der Behörde wegen der dort herrschenden Unruhe verboten. In Haspen herrscht die Unruhe nicht schlimmer als in den übrigen Industrieorten. Den Bürgerlichen war dort die Abhaltung einer Mairabendfeier gestattet. In Herne, Wanne, Welsenkirchen, Wattenscheid, Saer wurden am Morgen gut besuchte Volksversammlungen abgehalten, am Nachmittag versammelten sich die Genossen mit ihren Frauen in den Bezirkslokalen bei Konzert und Vorträgen. Der Distrikt Weitmar, Stiegel, Dabhausen veranstaltete am Morgen zwei gut besuchte Versammlungen, am Nachmittags wurde in einem Lokale in Horst gefeiert, dergleichen feierten die Distrikte Hinden, Gattlingen, Witten und Langendreer. Die Beteiligung war in diesem Jahre überall größer als in den vorhergehenden; es wurden u. a. auch viel mehr Festzeitungen und Marken verkauft als früher. Etwa 4000 Personen haben sich an der Feier beteiligt.

Im Wahlkreis Hamm-Soest nahm die Feier einen prächtigen Verlauf. Die Zahl derjenigen, die durch Arbeitsruhe feierten, hat sich gegen das Vorjahr verdreifacht. An der Zentralfeier nahmen zirka 1200 Personen teil.

Rheinland.

In Krefeld machte sich gegen das Vorjahr eine bedeutend stärkere Beteiligung an der Vormittagsversammlung bemerkbar. Die Zahl der Feiernden war größer, hauptsächlich waren es Angehörige der Bauindustrie, die durch Arbeitsruhe feierten. Etwa 400 Personen besuchten die Vormittagsversammlung.

Die Nachmittags- und Abendfestlichkeiten mußten in zwei großen Lokalen stattfinden. Das städtische Lokal, das die Genossen früher benutzten, hatte man ihnen dieses Jahr verweigert. Die Lokale waren überfüllt.

Im Wahlkreis Duisburg war trotz des stürmenden Regens und der sehr winterlichen Kälte die Feier eine sehr lebhaft.

In Duisburg selbst, wo zum ersten Male eine Vormittagsversammlung arrangiert war, war das annähernd 600 Personen fassende Versammlungslokal bis auf den letzten Platz besetzt. An dem Nachmittagsausflug beteiligten sich zirka 1000 Personen. Rülheim verzeichnete rund 800 Ausflügler. Die Versammlung war von etwa 400 Personen besucht. In Ruhrort-Saar, unter den Augen der Industriekönige, waren etwa 400 Personen an dem Ausflug beteiligt, die Abendversammlung wies rund 600 Personen auf, mehr konnten nämlich nicht in den Saal. In Oberhausen war die Vormittagsversammlung von annähernd 300 Personen besucht. In Reichen, einem Bergarbeiterdorf, waren in der Nachmittagsversammlung 150 Personen anwesend, in Strum, gleichfalls einem Arbeiterdorf, 300 Personen. Die Festlichkeiten, die für den Abend arrangiert waren, waren sämtlich zum Brechen voll.

Im Wuppertal ist die Mairfeier stets ungünstig beeinflusst gewesen durch den allgemeinen Wohnungswandel, der an diesem Tage stattfindet. Dennoch ist auch hier die Teilnehmerzahl von Jahr zu Jahr gestiegen. In Elberfeld-Barmen war das Arrangement wie in früheren Jahren: Vormittags in beiden Städten je eine Versammlung, nachmittags gemeinsamer Ausflug und abends Festlichkeiten in beiden Städten. Ein Unterschied ist in diesem Jahre insofern zu verzeichnen, daß die Festlichkeiten des Abends statt wie bisher in zwei diesmal in vier Lokalen stattfanden, und die Vormittagsversammlungen um 10 statt wie bisher um 11 Uhr angefangen waren. So wollte man eine sicherere Ueberfüllung über die Zahl der wirklich Feiernden erhalten. Trotz der schlechten Stunde waren die Versammlungen besser besucht als im vorigen Jahre. In Elberfeld waren 700 Personen, in Barmen 600 anwesend. Die Stimmung war in beiden Versammlungen eine vorzügliche. Obwohl der Ausflug unter der ungünstigen Witterung zu leiden hatte, haben sich 1500 Personen daran beteiligt, die vier Festlokale des Abends waren überfüllt. Die „Niedergerichten“ haben ihr Mairfest in diesem Jahre unter bedeutend zahlreicherer Beteiligung gefeiert, denn je zuvor.

In Remscheid waren gleichfalls die Genossen von dem Verlauf der Mairfeier hochbefriedigt. In der Nachmittagsversammlung hatten sich 600 Personen eingefunden und die Versammlung am Abend, die in dem großen Saale der Konzerthalle „Germania“ stattfand, war von 1200 Personen besucht.

In Köln wurde die Feier vormittags mit einer glänzenden Versammlung im Volkshause eingeleitet. Saal und Galerien waren bis auf den letzten Stehplatz gefüllt. 2000 Teilnehmer waren erschienen. Da in Preußen der Raumzug grundsätzlich nicht genehmigt wird, hatten die Kölner Parteigenossen seit 15 Jahren am Nachmittag des 1. Mai einen zwanglosen Spaziergang veranstaltet. Im vorigen Jahre erklärte die Kölner Polizei mit einem Male den bis dahin stets unbeanstandet gebliebenen Spaziergang für einen „öffentlichen Aufzug“ und die stehende Wache von der gefährdeten Ordnung und Sicherheit mußte zur Begründung des Verbots dienen. Nachher wurden sogar die Mitglieder der Raumkommission auf Grund der Plakate und Inserate wegen Aufforderung zu einem polizeilich nicht genehmigten Aufzuge gerichtlich bestraft. Infolge dessen mußte in diesem Jahre jede Einladung zu einem Spaziergange unterlassen werden. Dennoch fanden sich am Nachmittag um 2 Uhr im Volkshause wohl eineinhalb Tausend Genossen und Genossinnen ein, die sich nach kurzer Zeit langsam in losem Zuge in Bewegung setzten, sich durch die Stadt, am Dom vorbei über die feste Brücke auf die andere Rheinseite nach Deutz begaben, um dort in dem großen Gartenlokale der Rühlheimer Torburg bis gegen Abend zu verweilen.

Am Abend fanden in Köln und nächster Umgebung vierzehn große Festversammlungen statt, die sämtlich überfüllt waren.

Hessen-Nassau.

Im Bezirk Kassel hat die Feier Fortschritte gemacht. Allerdings war der äußere Eindruck nicht dem des vorigen Jahres gleich, da die organisierten Holzarbeiter — die seither wohl an die tausend Mann zu dem Kontingent der durch Arbeitsruhe feiernden stellten — beschloffen hatten, von der Proklamierung der Arbeitsruhe abzusehen. Lediglich, um den im Kampfe stehenden Brüdern Munition zuzuführen zu können; nicht etwa, weil die Kasseier Unternehmer der Holzbranche ziemlich post festum den Feiernden eine 8 tägige Ausperrung angedroht hatten. Die Stimmung der Feiernden war vorzüglich. Es fanden im Bezirk insgesamt 14 Versammlungen statt, davon sechs in der Stadt Kassel und den Vororten und acht im Osten der benachbarten Kreise.

In Frankfurt a. M. fanden wie im Vorjahre sieben Morgenversammlungen statt, die von zirka 5000 Feiernden besucht waren. In der Holzindustrie feierten trotz erfolgter Ausperrungsandrohung über zwei Drittel der am Orte Beschäftigten; besonders stark wurde diesmal auch in der Metallindustrie durch Arbeitsruhe demonstriert. In den Versammlungen herrschte kampfesfrohe Stimmung.

Am Abend fanden in den Vororten Niederrad und Hausen zwei weitere Versammlungen statt. Auch diese Versammlungen nahmen einen guten Verlauf. Am Nachmittag fanden sich die Parteigenossen trotz der läßlichen Witterung mit ihren Familienangehörigen zu Tausenden auf einige Stunden zu freiem Zusammensein im Volksgarten ein.

Hessen-Darmstadt.

In Mainz war die Feier stärker als je. Am Vormittag vereinigten sich im Pfalz 800 Feiernde. Am Nachmittagsausflug nach Kostheim nahmen über 700 teil. Die Abenddemonstration in der Stadthalle wies 4000 Besucher auf. In den Orten Weiskau, Brehenheim, Gonsenheim, war die Beteiligung sehr gut, in Worms war ein starker Aufbruch zu konstatieren. 600 Feiernde versammelten sich. Abends war das Gewerkschaftshaus überfüllt.

Aus Offenbach wird geschrieben: Die Feier stand im Mittelpunkt eines wirtschaftlichen Kampfes von noch nicht abgesehener Tragweite. Die Forderung der Arbeiter der hiesigen Maschinenfabriken auf Einführung des Reinstundentages führte zur Arbeitsruhe von fast 2000 fleißigen strebsamen Menschen, die das fest und recht ansehnliche Heer der durch Arbeitsruhe demonstrierenden nicht unwesentlich verstärkten. Die Offenbacher Dachbedeckmeister übertrugen ihre Gehältern am Vorabend des 1. Mai mit der Mitteilung, wer am 1. Mai die Arbeit ruhen lasse, müsse dann noch zwei weitere Tage feiern. Und dabei haben diese Arbeiter ein tariflich verbrieftes Recht auf den Arbeitserleichterung. Auch die Herren Bauunternehmer hielten es für geraten, noch besonders durch Anschlag vor dem Feiern am 1. Mai zu warnen, allerdings mit dem Erfolg, daß sich auf fast allen Bauten keine Hand rührte. Die vormittags 10 Uhr einberufene Versammlung war denn auch die bisher am besten besuchte, die Räume des größten hiesigen Saales im Gewerkschaftshause waren überfüllt.

Ein Festzug, wie er sich nachmittags 1/2 8 Uhr durch die Straßen der Stadt bewegte, hatte einen Umfang, wie noch in keinem der Vorjahre. Klein die Gruppe der Metallarbeiter bildete schon einen ganz respektablen Zug für sich, dann kamen die Maurer, von denen kaum einer der hier Beschäftigten am Zuge nicht teilnahm. In großer Zahl waren noch beteiligt die Holzarbeiter, Portefeuillier, Sattler, Hilfsarbeiter, Schuhmacher usw. Ferner sah man im Zuge die Stadtbereitungsaktion, die Jugendorganisation, den Verein der Gemeindefreier, zum erstenmal auch die Organisation der Metzger, sowie eine Anzahl Radfahrervereine, die die Spitze bildeten. Wohl gingen Regen- und Hagelstauer während des Zuges nieder, ohne aber die Ordnung und Festhaltung zu beeinträchtigen. Im Gewerkschaftshause, wo der Zug sein Ende fand, vergnügten sich dann noch die Festteilnehmer, die in dem großen Raum des Arbeiterheims kaum Platz fanden, bei Konzert und allerlei Volksbelustigungen. — Im Kreise Offenbach-Dieburg fanden am 1. Mai selbst über 30 Versammlungen statt. Vormittagsversammlungen waren außer in Offenbach noch in Jendur und Bieler arrangiert, in Oberhausen fand nachmittags Versammlung statt. Umzüge waren noch außer in Offenbach in Würgel, Mühlheim, Oberhausen und Dieburg vorgesehn. Vieles wurde auch der Morgen zu Ausflügen benutzt, freilich war die Witterung solchem Beginnen wenig förderlich. In besonderer Weise lag dies auch auf das Parzellieren der Bauern, indem es die

mehrfarbigen Druck sowie in besserer Ausstattung die Dienstagausgabe als besondere Festnummer charakterisierte.

Baden.

Die Feier in Mannheim leidet unter der gleichzeitig eröffneten Jubiläums-Ausstellung. Eine große Zahl von Arbeitern war noch mit der Fertigstellung der Arbeiten auf dem Ausstellungsterrain beschäftigt und daher nicht in der Lage, zu feiern. Weiter war der für die Mannheimer Arbeiterschaft so wichtig gewordene Nibelungenaal des Rosengartens nicht zu haben, weil das Gebäude in das Ausstellungsgebiet eingeschlossen wurde und für eine Abendversammlung daher nicht zu beschaffen war. Es mußte daher bei einer Vormittagsversammlung im Saalbau-Theater sein Verweilen haben. Diese Versammlung aber war so stark besucht, daß der Saal bis auf das letzte Plätzchen besetzt war. Die Zahl der Teilnehmer ist daher auf mindestens 1200 zu schätzen. Eine noch größere Zahl von Genossen und ihren Familien bereitete die Nachmittagsausflug nach Sedenheim, wo im Schloßrestaurant auch viele Genossen aus nahe gelegenen kleineren Ortschaften begrüßt werden konnten.

Auch in vielen anderen Orten des 11. badischen Reichstagswahlkreises wurde der Tag in würdiger Weise begangen. Die Genossen von Baden und Wollstadt versammelten sich des Vormittags, während in Heidenheim, Friedrichsdorf, Heidesheim, Hemsbach, Hohenheim, Ilbesheim, Redarau, Ostersheim, Rheinau, Sandhofen, Schwellingen, Sedenheim, Waldhof und Weiskau große Abendversammlungen den Tag auszeichneten. Die Beteiligung war überall recht rege.

Württemberg.

In Stuttgart nahm die Feier befriedigenden Verlauf. Vormittags waren vier Berufsversammlungen von etwa 3000 Personen gefüllt. Der Nachmittagsfestzug wies 4500 Teilnehmer auf. Abends fanden fünf Feiern statt.

In Heilbronn wies der Mittagsfestzug 1500 Teilnehmer auf, in Heilbronn 1000. Die Abendfeier war glänzend besucht. Weitere schöne Festzüge sind zu melden aus Feuerbach, Juffenhäuser, Göttingen und Götting, Abendfeiern außerdem aus Ludwigsburg, Kirchheim, Heidenheim, Schramberg und anderen Orten.

Bayern.

Aus München wird uns geschrieben: Unjährlig wird von der staatsverhaltenden Presse über den Weltfeiertag der roten Internationalen gewiß und jedes Jahr wird mit aller Bestimmtheit versichert, daß es mit der Mairfeier bergab gehe. Nun, nach dem großen Niederreiten, muß sich die Blodpresse selbst lägen strafen und lächerlich konstatieren, daß die Beteiligung der Münchener Arbeiterschaft an der Mairfeier einen größeren Umfang angenommen hat als je zuvor. Mit der stetig fortschreitenden Erstarkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation hielt auch die Arbeitsruhe am heutigen 1. Mai gleichen Schritt. Daher war die Zahl der Feiernden größer als je zuvor. Für heuer hatte der Gewerkschaftsverein — zum ersten Male — vormittags 10 Uhr Branchen-Versammlungen veranstaltet, die Probe ist glänzend gelungen. Der Besuch der Versammlungen war geradezu enorm. Die Holzarbeiter füllten den großen Festsaal der Mathiasbräuerei bis auf den letzten Platz, die Metallarbeiter versammelten sich in der Schwabinger Bräuerei und im Lehrsaal des Kolosseums, die Schuhmacher, Putzmacher, Lederarbeiter und Handschuhmacher im Gesellschaftshaus zur Lade, die Bauarbeiter füllten den Riesensaal des Münchener Kindellagers bis in den äußersten Winkel, die Schneider und Schneiderinnen versammelten sich im zweiten Stod, die Sattler, Tapezierer und Maler im ersten Stod der Zentralsäle und die Fabrikarbeiter in den Kolosseums-Giebelhallen. Außerdem hielten noch vormittags stark besuchte Versammlungen ab die Hafen- und die Handels- und Transportarbeiter. Mittags 1 Uhr versammelten sich die Arbeiter der Nahrungsmittelbranche im „Orientalischen Café“ und die Brauereiarbeiter im „Klostergarten“. Nach approximativ Schätzung mögen 20—25 000 Arbeiter und Arbeiterinnen gefeiert haben. Abends fanden weiter drei Versammlungen statt, die ebenfalls überfüllt waren.

Der für Nachmittags angelegte Ausflug mußte wegen des schon vormittags einsetzenden Regens unterbleiben. Die Bauarbeiter trotzten der Witterung und machten dennoch einen Ausflug nach Pullach.

Die öffentliche Gewalt hat in den 17 Jahren, in denen das internationale Proletariat den Weltfeiertag begeht, weder etwas gelernt noch vergessen. Nach einem Kommandanturbefehl hatte das Militär Verehrhaft; das gleiche war bei der Schutzmannschaft der Fall. Zu tun gab's aber nichts.

Die Arbeiterchaft Passings feierte den 1. Mai ebenfalls durch Arbeitsruhe. Nachmittags 4 Uhr fand im Gasthose „Zur Post“ eine Familienunterhaltung statt, die sich eines sehr starken Besuches erfreute.

In Ingolstadt fand eine imposant besuchte Versammlung statt.

Die Feier in Nürnberg nahm imposanten Verlauf. Die Zahl der Feiernden war bedeutend größer, als man in voraus angenommen hatte. Ein starkes Kontingent zu den Demonstranten stellten die Holzarbeiter. Die größten Metallfabriken lagen vollständig still, außerdem die meisten Kleinbetriebe. Der Holzindustriellenverband hatte Maßnahmen gegen die etwaige Arbeitsruhe erzwungen, die Herren waren aber anscheinend nicht einig geworden, denn der Verband überließ es jedem einzelnen seiner Mitglieder, vorzugehen, wie es ihm beliebte. Hier wird die Feier wohl keine weiteren Folgen haben. Auch einige hundert Kleinstarbeiter begingen die Feier durch Arbeitsruhe. Ferner ließ der größte Teil der Bauarbeiter (Maurer, Steinbauer, Hilfsarbeiter usw.) die Arbeit ruhen, so daß die meisten Bauten stilllagen. Der Verband der Arbeitgeber im Baugewerbe ließ Plakate anhängen mit der Ankündigung, daß alle Feiernden bis zum 3. Mai ausgeperrt würden, allein das scheint nur ein Schreckhauch gewesen zu sein, die Bauunternehmer sind bei der regen Wauitätigkeit froh, wenn sie arbeiten lassen können. Ursprünglich wollten sie gar drei Tage lang aussperrten. In unzähligen kleinen Werkstätten aller Branchen wurde ebenfalls vollständig gefeiert. Die großen Betriebe der Metallindustrie blieben dagegen von der Feier ziemlich unberührt, da eine große Minorität sich unter Verschließung der besonderen Verhältnisse gegen die Arbeitsruhe ausgesprochen hatte. Für die Feiernden wurden am Vormittag drei große Versammlungen abgehalten, die total überfüllt waren und von einer begeistertsten Stimmung getragen wurden. In die Resolution wurde auch ein Protest gegen den Jugendzwang eingeschloffen. Genosse Schlegel hatte aus seiner „Polterkammer“ in Kullnbach einen poetischen Gruß geschickt, in dem er die Loren verspottet, die hoffen, daß er durch lange Haft die Geduld verlieren und zum Verbreiter werde. Mittags versammelten sich die Feiernden auf dem Ziegelsteiner Festplatz, wader der läßlichen unfreundlichen Witterung trotzend. Abends wurde die Feier durch ein Konzert im Volksgarten beschloffen.

In Rastatt war die Arbeitsruhe wiederum stärker als in Vorjahren. Vormittags fand eine reich besuchte Versammlung, nachmittags trotz Umzugsverbot ein großer gemeinschaftlicher Spaziergang statt. Die Teilnehmerzahl belief sich auf etwa 3000.

Im Wahlkreis Hof war die Beteiligung in diesem Jahre eine solche starke wie die des Jahres 1910. In dem wirtschaftlich wie politisch zurückgebliebenen Frontenwald, wo selber nicht im entferntesten daran gedacht werden konnte, das Mairfest zu feiern, ließ eine Anzahl Genossen die Arbeit ruhen und nahm an Demonstrationen teil.

In der Stadt Hof fand am Vormittag eine überfüllte Versammlung statt. Im Vorjahre war es nur infolge des Mairstreiks, der gerade tobte, möglich gewesen, eine Vormittagsversammlung abzuhalten; heuer feierten nahezu sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter, sodah der Besuch wesentlich stärker war als im Vorjahre. Nachmittags fand ein gemeinsamer Spaziergang nach dem Theresienstein statt, wo sich Hunderte von Proletariats mit Club und

Die Hauptfeier war abends im größten Saale der Stadt, zu der die Massen zu Tausenden erschienen.

Eine weitere Vormittagsversammlung fand in Schwarzenbach a. S. statt. Dort haben die Steinindustriellen unter indirekter Führung des „freisinnigen“ Reichstagsabgeordneten Dr. Goller durch frivolen herbeigeführten Tarifherabsetzung die Arbeiter in einen Streit gekehrt, der 6-700 Arbeiter des Rastelgebirges in Mitleidenschaft gezogen. Die Hauptfeier am Abend war gleichfalls überfüllt.

Weiter fand noch Veranstaltungen statt in Seib, Rebau, Mühlberg, Oberwarau, Heimbrechts, Raska, Konradkreutz, Schwarzenbach am Wald, Woschenbork, Unterlogau, so daß die Kaiserfeier an insgesamt zwölf Orten des Reiches begangen wurde.

Elfaß.

In Straßburg war die Teilnahme an der Vormittagsversammlung und am Auszug ein klein wenig schwächer als im Vorjahre — an der Versammlung nahmen 400 Personen, am Auszug 800 Genossen und Genossinnen teil. An Polizei fehlte es natürlich nicht. Sie langweilte sich furchtbar und war froh, wenigstens ein Staatsverbrechen konstatieren zu können. Auf der Rückfahrt saßen Genossen im Straßenbahnwagen, worauf die Polizei den Wagen halten ließ und sämtliche Insassen protokollierte. Die Abendversammlung war gut besucht. Das hiesige demokratische französische Organ, das im vorigen Jahre seinem Personal den Tag freigegeben, das Blatt ausfallen ließ und dies in einem Artikel begründete, gab diesmal den Montag nicht frei.

Schillingheim-Bischheim hatte eine imposante Feier. In Reß nahmen 2000 Personen am Spaziergang teil, ein Umzug war verboten worden. In der stark besetzten Versammlung sprachen Schön in deutscher Sprache in französischer Sprache.

Die Kaiserfeier in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 1. Mai telegraphiert: Zwei Momente gaben der diesjährigen Kaiserfeier das Gepräge. Sie war der Siegestag des Gedankens, der die Kaiserfeier in Oesterreich von Anfang an unaussprechlich begleitet hat, der Siegestag des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, das, durch siebzehn Jahre an diesem Tage als die politische Grundforderung des österreichischen Proletariats verkündet, nun Wahrheit geworden ist. Und sie war der Reiztag im Wahlsjahre: die Wahloffenheit, deren Erfüllung der Wahltag in zwei Wochen bringen soll. Das gab der heurigen Kaiserfeier eine merkwürdige Stimmung, eine Stimmung, die jeden Teilnehmer in ihren Vann zog und die zwischen stolzer Genugtuung über das Erreichte und der Anruhe, welche Neuwahlen immer erzeugen, schwankend sich bewegte.

In Wien wurde das übliche Fest im Prater am späten Nachmittag durch einen Regenguß beeinträchtigt, der zum vorzeitigen Aufbruch zwang. Dagegen war der Demonstrationszug in den Prater, das große Schauspiel der Wiener Feier, so ruchtig und gewaltig wie nur jemals: im hellen Sonnenschein zogen an hunderttausend Arbeiter und Arbeiterinnen, mit roten Ketten und Kaiserzeichen geschmückt, — das schöne Kaiserzeichen zeigt diesmal einen vor die Wahlurne tretenden Arbeiter — über die prunkvolle Ringstraße in den Prater, wo sie die vorher bestimmten Lokale in Massen füllten.

Vormittags wurden in Wien 37 Volksversammlungen und 38 Frauentreffen abgehalten, darunter — eine Internationale im kleinen — etwa fünfzehn tschechische, zwei polnische, eine russische und zwei ungarische Versammlungen. Selbstverständlich sind heute in Wien (und auch in den größeren Städten wie Prag, Graz usw.) am Nachmittag keine Zeitungen erschienen.

Soweit die Nachrichten vorliegen, war die Beteiligung auch in der Provinz sehr stark. In Niederösterreich fanden allein vormittags in 37 Orten Versammlungen statt. Außerordentlich wichtig war die Beteiligung in dem industriellen Böhmen (Leptyň, Karlsbad, Gablonz usw.); schwächer dürfte sie im Textilgebiete gewesen sein, wo die Arbeiter von scharfmacherischen Unternehmervereinigungen sehr bedrängt sind. Die Vergarbeiter haben fast ausnahmslos gefeiert.

Besonders eindrucksvoll war die Feier der tschechischen Genossen in Prag, die am Vorabend in allen Prager Theatern Festvorstellungen hatten und heute von zwei Massenversammlungen aus einen wichtigen Umzug veranstalteten, an dem 100 000 Arbeiter teilnahmen.

Auch in Galizien und in den Subetendländern wurde der Festtag überall gefeiert, wo die Industrie proletarische Kräfte aufweist. Nach den Berichten ist die Feier überall würdevoll und friedlich verlaufen.

In London.

Aus London erhalten wir folgendes Telegramm vom 1. Mai: An der heutigen Demonstration nahmen 10 000 Sozialisten und Gewerkschaftler teil. Besonders anziehend war der Zug von 1000 Schulländern.

Im Hydepark waren sechs Tribünen errichtet. Von der ersten sprachen die Vertreter der sozialistischen Sonntagsschulen: Goffin, Frau Spink, Bel. Macmillan, der Arbeiterabgeordnete Nachterson (früherer Schüler des Ruskin-Kollegs in Oxford). Von der zweiten sprachen Genossin Bondfield (Ladengehilfin), der Arbeiterabgeordnete B. Thorne, Curran (Gasarbeiter), Bill (Kohlenträger), Morrison (Waldarbeiter), Daly (Schneider). Von der dritten sprach Quiesch (Sozialdemokratische Föderation), der Arbeiterabgeordnete Clynes, Humphreys (Militärschneider), Israelstam (Vertreter der Sozialisten Johannesburgs). Von der vierten sprachen u. a. der Arbeiterabgeordnete D'Oraby, Stephenson (Mechaniker), J. Macdonald (Londoner Gewerkschaftler). Von der fünften sprachen Dr. Haben Guest (Fabian Society und Unabhängige Arbeiterpartei), Genossin Bridges-Adams, Jenkins Jonas (Geistlicher und Margit). Von der sechsten sprachen Green (Sozialdemokratische Föderation), Geddingly (für die Franzosen), Weingary (für die Deutschen), Reier (jüdischer Bund), Wojewohy (Pole), Rondani (Italiener).

Um 5 Uhr wurde folgende Resolution verlesen und angenommen:

Diese Massenversammlung sendet brüderliche Grüße an die Arbeiter Europas und Americas und hält mit ihnen an dem Entschlusse fest, durch vereintes Streben den internationalen Frieden und sozialistische Gemeinwesen herzustellen, in denen die Produktionsmittel dem Gemeinwesen gehören und von ihnen verwaltet werden sollen und in denen jeden die Gelegenheit gegeben werden soll, ein gesundes und menschenwürdiges Leben zu führen. Als Mittel zu diesem Ziele verlangen wir die gesetzliche Einführung des Achtstundentages, Verwirklichung und Demokratisierung der Schule, Erhaltung der Schuljugend auf Staatskosten, Alterspensionen, Allgemeines Wahlrecht.

Genere lenken wir die Aufmerksamkeit aller auf die ernste Bedeutung der Arbeitslosenfrage; wir verurteilen das gegenwärtige Arbeitslosenverhältnis als ganz ungenügend, und wir fordern die Arbeiter auf, eine nationale Organisation der Arbeitslosen zum Zwecke möglicher produktiver Arbeit zu verlangen. Schließlich erklären wir: Da die Interessen der Arbeiter denen der Unternehmer entgegensteht, sind, wodurch ein Klassenkampf erzeugt wird, so ist es für die Arbeiter notwendig, sich in ihrem eigenen Interesse zu vereinigen.

Italien.

Rom, 1. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Das Kaiserfest in Rom ist imposant verlaufen. Die Arbeiterruhe ist vollkommen. Auch die Trams verkehren nicht und die Zeitungsbetriebe ruhen. Die geplante Volksversammlung wurde — wie ich bereits gestern durch Telegramm an den „Vorwärts“ ankündigte — trotz des Regierungsverbotens auf dem verbotenen Plage abgehalten. Die Volksmenge durchbrach einfach unter Führung Andrea Costas den Truppenordonn trotz des ungeheuren Militäraufgebots! Es fanden 80 Verhaftungen statt; verwundet wurde niemand.

Soweit bisher Nachrichten aus der Provinz vorliegen, ist die Feier allenthalben ruhig und würdig, ohne Zwischenfälle verlaufen.

Frankreich.

Aus Paris erhalten wir folgendes Privat-Telegramm:

Bemerklich die Arbeiterruhe weniger ausgedehnt war als im Vorjahre, so bot Paris doch ein feierliches Bild. Die Arbeiterruhe war besonders stark bei den Holzarbeitern und in der Metallindustrie. Das Polizei- und Militäraufgebot in Paris war enorm. Es wurden 760 Verhaftungen vorgenommen, obwohl wenig Straßenumgebungen stattfanden. Von den Verhaftungen wurden nur 15 aufrechterhalten. — Der Grund zur Verhaftung war in den meisten Fällen: Nichtbefolgung der polizeilich-militärischen „Befehle“ oder — Selbstanzeige durch Gebrauch einer fremden Sprache! Viele Russen wurden so verhaftet. Ein amerikanischer Russe, namens Jakob Law, schoß vom Omnibusverband auf Passanten, ohne zu treffen. Die Passagiere warfen ihn hinunter und mißhandelten ihn auf grausamste. — An zwei Punkten der Stadt wurden Revolverhändler auf Polizisten abgefeuert. Sechs Polizisten wurden im Laufe des Tages verwundet.

In der Provinz war die Arbeiterruhe sehr bedeutend. Im Loirebecken z. B. stand der Betrieb der großen Waffenfabrik Steintennes still; sämtliche 15 000 Vergarbeiter feierten! Ebenso in Montcaumon-les-Bains. — In den Arienalen von Cherbourg und Vrest feierten mehr Arbeiter als im Vorjahre. Groß war auch die Arbeiterruhe in der Industrie von Lyon. Im Pas de Calais feierten neun Zehntel der Kohlenarbeiter.

Holland.

Amsterdam, 1. Mai. (Sig. Ver.)

Die heutige Kaiserfeier in der Hauptstadt Hollands steht im Reichen des erstarrenden Einheitsbewusstseins und der zunehmenden Aktionsfähigkeit der organisierten Arbeiterschaft. Zum ersten Male hat der Amsterdamer Vorstandsverband heute vormittags 11 Uhr eine Straßendemonstration veranstaltet, an welcher trotz des niederströmenden Regens ungefähr 3000 Arbeiter teilnahmen, geschart hinter den Fahnen, Bonneten und mit Blumen verzierten Sinnbildern ihrer Gewerkschaften und der neun Abteilungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Amsterdams. Außer den dem Vorstandsverband angeschlossenen Abteilungen beteiligten sich, ebenfalls zum ersten Male, die Abteilung des Verbandes der Zimmerleute und der Verband der Amsterdamer Gemeindearbeiter. Leider fehlt dieses Jahr die Abteilung Amsterdam des Verbandes der Volksschullehrer, die sich unter dem Zeichen seiner bürgerlich gesinnten Mehrheit der Kaiserfeier enthielt. Der sich in zwei Teile teilende Umzug bewegte sich durch die Straßen Amsterdams nach den Lokalen Bellevue und Plancius, wo die Genossen Lehrer Thomassen und van Gijpjen, bezw. van der Goois Ansprachen hielten. Desterer gedachte der russischen Kameraden und sprach die Hoffnung aus, daß das russische Proletariat am nächsten ersten Maitage sich, wenn auch noch nicht von dem Druke des Kapitalismus, so doch von dem des Despotismus befreit haben möge. Zur Ehrung des der Partei ererbten Genossen Jgnaz Auer erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen, und der Vorstand erhielt den Auftrag, der Witwe des Dahingegangenen ein Beileidschreiben der Amsterdamer, das Kaiserfest feiernden Arbeiter zu übermitteln. Beide Versammlungen waren überfüllt.

Während diese von der sozialdemokratisch gestimmten Arbeiterschaft und unter dem Singspruch: „Für den geistlich festgelegten Achtstundentag und das allgemeine Wahlrecht!“ veranstalteten Feier einen befriedigenden Verlauf nimmt, verspricht auch der alljährlich, so auch für heute abend in Aussicht genommene Umzug mit Fahnen, Bonneten und Musik ein recht imposanter Abschluß der Kaiserfeier zu werden, falls der Regen, der zur Mittagstunde aufhört, nicht wieder einsetzt.

Im Palais von Volkswelt haben die „freisozialistisch“ und anarchistisch gesinnten Arbeiter ihre Kaiserfeier veranstaltet. Der große Saal war gegen 1 Uhr recht gut besetzt. Hier findet die Feier unter dem Singspruch: „Für den Generalstreik und Verkürzung der Arbeitszeit“ statt.

Schweiz.

Zürich, 1. Mai. (Privat-Telegr. des „Vorwärts“.)

Die Kaiserfeier in der Schweiz wurde sehr beeinträchtigt durch das schlechte Wetter: es regnete und schneite. Trotzdem kam es unter großer Beteiligung der Arbeiter zu imposanten Kundgebungen in Zürich, Basel, Genf, Bern, Winterthur, St. Gallen und an anderen Orten.

Rußland.

Petersburg, 1. Mai. (B. L. B.)

In den großen Industriezentren des westlichen Gebietes hat ein Teil der Fabrikarbeiter die Arbeit eingestellt, während die übrigen fortarbeiten. Kundgebungen und Aufstellungen haben nicht stattgefunden. Der Tag ist ruhig verlaufen.

Spanien.

Madrid, 1. Mai. In den meisten aus Anlaß der Kaiserfeier in der Provinz abgehaltenen Versammlungen kamen Resolutionen zur Annahme, in denen die Freilassung der Anarchisten Ferrer und Radons gefordert wird, die seinerzeit wegen Beteiligung an dem Bombenanschlag auf den König und die Königin verhaftet worden waren. Abgesehen von einigen leichten Zwischenfällen in Barcelona ist in Spanien die Ruhe nirgends gestört worden.

Belgien.

Brüssel, 1. Mai. (B. S.)

Infolge der schlechten Witterung (es regnet seit heute früh unaufhörlich) ist der sozialistische Umzug, welcher für heute anberaumt war, auf nächsten Sonntag verlegt worden. Im Volkshause fand ein Meeting statt, welches nur schwach besucht war. Der Redner, Sozialist David, erschwerte die Verhandlung, wegen Unwohlseins nicht erscheinen zu können. Die Versammlung beschloß, ein Sympathietelegramm an Vandervelde zu senden.

Brüssel, 1. Mai. (B. S.) Nach den Nachrichten aus den Provinzstädten ist die Kaiserfeier überall ruhig verlaufen. In Lüttich fand ein Straßenumzug statt, an welchem zahlreiche Frauen und Kinder sich beteiligten. Circa 50 rote Fahnen, welche wegen der Katastrophe in Anglours Trauerflor trugen, waren im Zuge vertreten. Auch in Gent fand trotz des schlechten Wetters ein Straßenumzug statt, an welchem mehrere Hundert Arbeiter sich beteiligten.

Bulgarien.

Sofia, 1. Mai. (B. L. B.)

Hier kam es heute nur zu unbedeutenden Zwischenfällen. Die Sozialdemokraten verurteilten, Straßenumgebungen zu veranstalten, wurden jedoch vom Militär gestreut; es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Sozialdemokratischer Kreis- und Distriktsklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Dugg, Rastanten-Allee 96: Sitzung. Sozialdemokratischer Kreis- und Distriktsklub „Johann Jacoby“. Heute abend bei Dugg, Rastanten-Allee 96: Sitzung.

Aus der Partei.

Genosse Gustav Koste, Mitglied des Reichstages, schreibt uns: „Der „Vorwärts“ gibt eine Kritik wieder, die von der „Leipziger Volkszeitung“ an meiner Reichstagsrede vom 25. April geübt wird. Diese Kritik ist ungerichtet.“

Das Leipziger Parteiblatt rügt, daß ich mich nicht gegen die unfähige deutsche Diplomatie gewendet habe, die das Volk in einen Krieg hegen wolle. Dazu hatte ich keinen Anlaß und keinen Auftrag. Ich war der zweite sozialdemokratische Redner zum Militäretat. Die grundsätzliche Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Militarismus hatte als erster Redner Genosse Webe dargelegt. Nur gegen Angriffe meiner bürgerlichen Vorredner und des Kriegsministers auf unsere Partei hatte ich nach Lage der Sache zu polemisieren. Von der Fraktion war schon vorher Genosse v. Dollmar beauftragt worden, die Wilowsche auswärtige Politik und die Laten unserer Diplomatie bei der bevorstehenden Beratung des Etats der Reichskasse und des auswärtigen Amtes zu kritisieren. Es konnte also nicht meine Aufgabe sein, die Volksmarsche Rede vorweg zu halten.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „Mit besonderem Vergnügen ist die gesamte bürgerliche Presse über eine Äußerung Koste's hergefallen, wonach im Falle eines Angriffskrieges jeder deutsche Sozialdemokrat die Hände auf den Boden nehmen werde.“

Nach dem amtlichen Stenogramm habe ich im Reichstag wörtlich folgendes gesagt: „Webe hat hier — das ist doch auch dem Kriegsminister und den anderen Herren bekannt, die gegen uns Vorwürfe erheben — betont, daß selbstverständlich die Sozialdemokraten die Hände auf den Boden nehmen würden, wenn es sich darum handelte, Deutschland vor wirklichen Gefahren zu bewahren.“

Der Webe'sche Ausspruch, auf den ich hinwies, ist seit Jahr und Tag allgemein bekannt. Es ist dagegen niemals aus den Reihen der Partei Widerspruch erhoben worden; auch von der „Leipziger Volkszeitung“ nicht. So wenig ich auch gewillt bin, die Verantwortung für meine Auslassungen abzulehnen, so gering ist doch meine Neigung, mich von der „Leipziger Volkszeitung“ zum Brüllengelassen machen zu lassen, dem sie die Schläge verabsolgt, die sie glaubte bei Webe bisher nicht anbringen zu können. Erhielt der „Leipziger Volkszeitung“ die Versicherung, die Sozialdemokraten seien gewillt, jeden Angriff auf Deutschland zurückzuweisen zu helfen, ansehbar, mühte sie sich mit ihrer Kritik schon vor Jahr und Tag an die Webe'sche Adresse wenden.“

Wir wollten der Entgegnung der „Leipziger Volkszeitung“, der Genosse Koste ja die Erklärung ebenfalls zugesandt haben wird, nicht vorgehen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Vereinsrecht in Preußen. Während Wilow und Pofadomsky im Reichstag ein einheitliches Vereinsrecht ohne polizeiliche Schranken verprechen, sind die Behörden eifrig bemüht, das preussische „Vereinsgesetz“ durch sonderbare Auslegungen noch recht reaktionärer zu gestalten. Für den Reichstagswahlkreis Halle a. S. besteht seit vielen Jahren unser sozialdemokratischer Parteiverband, der in verschiedene Distrikte geteilt ist. Mehrere Dörfer bilden einen Distrikt und die Mitglieder werden bei der Polizei in Halle angemeldet. Neuerdings verlangt aber auch der Amtsvorsteher von Kumbendorf, der dem dortigen Distrikt als einen selbständigen Verein anlaß, auf Grund des § 2 die Einreichung der Statuten und des Mitgliederverzeichnis. Der Distriktsführer, Genosse Dertel, kam diesem Verlangen selbstverständlich nicht nach. Die Folge davon war eine Menge Schererei, ein Anlaß vor dem Schöffengericht und schließlich Freisprechung.

Aus der Frauenbewegung.

Die politische Emanzipation der Mohammedaner. Die mohammedanische Partei der russischen Reichsduma hat sich für die Proklamierung der Frauenrechte entschieden. Wie in Finnland die Frau mit dem 24. Lebensjahre in den Besitz der Staatsbürgerrechte gelangt, so soll auch die Frau des Islams mit dem Manne die völlige politische Gleichberechtigung erhalten. Religiöse Bedenken hat eine Enquete unter hervorragenden islamitischen Gelehrten beseitigt, die erklärte, daß der Koran der politischen Betätigung der Frauen nicht im Wege sei. Die 86 mohammedanischen Dummmitglieder haben daraufhin die Konstituierung einer besonderen Kommission beschlossen, die sich mit dem Emanzipationsprojekt zu befassen hat und zu deren Sitzungen Vertreterinnen der russischen Frauenliga hinzugezogen werden, die bereits nominiert sind. Die mohammedanische Frauenwelt wird auf diese Weise zwar etwas gewaltsam in die Emanzipation gezogen, aber sie wird sich in die neue Lage schon zu finden wissen. Die mohammedanische Bevölkerung Russlands beträgt 20 Millionen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, den 6. Mai, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: Vortrag des Schriftstellers Ernst Schur über den Vater Rembrandt. Gäste willkommen.

Rigborf, Montag, den 6. Mai, bei Thiel, Bergstr. 151/152: Vortrag Genosse Raskler: „Die Fabrikation der Seife und ihr Wert in der Hauswirtschaft“.

Weihenfer. Die nächste Generalversammlung des Vereins der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Weihenfer findet am Montag, den 6. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Ulrich, Köhlerstr. 20, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Störmer über: „Der Kampf ums Recht“. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und der Kassiererin. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Eingegangene Druckschriften.

Geschäftsbericht der Allgemeinen Christenbrüder zu Berlin 1906. 66 Seiten. Selbstverlag, Berlin, Neue Friedrichstr. 9-10. Zeitschrift für Religionspsychologie. Grenzfragen der Theologie und Psychologie. Band I Teil 1. Preis pro Jahrgang 10 M. Verlag Karl Barthold, Halle a. S.

INSERATE

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 6 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden

Größere Anzeigen

Sonntags-Nummer

erbitten dagegen schon bis Freitag nachmittag 5 Uhr,

da nur in dieser Falle die Aufnahme garantiert werden kann.

Sozialdemokratischer Kreis- und Distriktsklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Dugg, Rastanten-Allee 96: Sitzung. Sozialdemokratischer Kreis- und Distriktsklub „Johann Jacoby“. Heute abend bei Dugg, Rastanten-Allee 96: Sitzung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof 1, Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III, Amt 3, 1957.

Achtung! Rohrleger und Helfer!

Alle im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Rohrleger und Helfer, welche wegen der Ralleier entlassen resp. ausgesperrt sind, treffen sich am Freitag, den 3. Mai, nachmittags 3 Uhr, bei Franke, Gedankstr. 30.

Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Branchen-Versammlung der Bauanschläger

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. Antrag Raffael, Bender.
2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert!

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Bibliothek für Süd-Ost Postamtstraße und Zeughausstraße Ende bei Frühlich am Sonnabend, den 4. Mai, eröffnet wird. Die Ausgabe von Bibliotheksbüchern findet an folgenden Tagen statt: Montags nachmittags 5-8 Uhr, Mittwochs nachmittags 5-8 Uhr, Sonnabends nachmittags 5-8 Uhr.

In den bestehenden Vorort-Bibliotheken findet die Ausgabe von Bibliotheksbüchern an folgenden Tagen statt:

1. Wedding. Fahrweg, Radenstraße 6. Dienstags abends von 8 bis 9 Uhr.
2. Spandau. G. Rührmund, Reumeisterstraße 6. Montags und Donnerstags abends von 5-8 Uhr.
3. Ober-Schöneweide. Roh, Wilhelmshofstraße 64. Dienstags und Donnerstags abends von 5-8 Uhr.
4. Koabit. Gundlach, Waldenstraße 34. Mittwochs von 8-9 Uhr und Sonnabends von 8-10 Uhr abends.
5. Charlottenburg. Mehner, Potsdamerstraße 44. Montags abends von 8-10 Uhr.
6. Wusterhausen-Wildau. W. Geber, Schwarztopfstraße 58 I. Dienstags und Freitags abends von 7-9 Uhr.
7. Tegel. Gehhaar, Berlinerstraße 92. Dienstags abends 7^{1/2} bis 9 Uhr.

Die Haupt-Bibliothek, Charitéstraße 3, kann vorläufig wegen vollständiger Renovierung und Ausarbeitung eines neuen Katalogs noch nicht eröffnet werden. Näheres wird bekannt gegeben. 117/17 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit“.

Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Kassen- und Kassensbericht. 2. Wahl des ersten Kassierers und eines Kassiers. 3. Verschiedenes. 149/7 Mitgliedsbuch legitimiert. Die örtliche Verwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gruppe: Zementierer.

Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Jannaschk, Inseldstraße 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Störmer. 2. Diskussion. 3. Regelung der Beitragszahlung laut Beschluß des neunten Verbandstages. 4. Gewerkschaftliches. 139/8
- Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß alle Kollegen erscheinen und erwartet zahlreicher Besuch. Der Gruppenvorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, im gr. Saal Buggenhagen, am Moritzplatz:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 23/00
2. Wahl von Delegierten zum Samstag und Anträge zu demselben.
3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Diese Mitgliedsbuch sein Eintritt!

Zahlreicher Besuch erwartet!

Die Ortsverwaltung.

Fisch-Preise

der Deutschen Nord-Ostsee-Fischhallen

John Skorszyk

A. Schönhauser Allee 144. Fernsprecher: III 3790 u. 8576
B. Badstraße 67. III 5376

Fischgattungen	Preise pro Pfund im ganzen Stk. im Durchschnitt
Sablau zum Kochen und Braten	20-22
Schellfisch nach Größen	15-20
Seelachs zum Kochen und Braten	18-20
Schellfisch, sehr fein	37-40
Kühnerschellfisch, sehr fein	35
Beutelschellfisch (3 Pfund 70 Pfg.)	25
Smurrbahn (Seesole)	20-25
Wachteleier, frisch	60
Heilbutt	50
Kotzunge, frisch für Seesunge	55-60
Silberlachs	95-100
Heilbutt	250
Heilbutt Seesunge, nach Größen	90-130
Heilbutt Steinbutt	90-110
Heilbutt Tafelander	75-90
Stöckfisch (Klippfisch)	45-50
Uebende Seesole	425
Hecht nach Größen	100-130
Störchen	80-90
Seelachs	125-130
Heilbutt	60
Heilbutt	120-130

Reis-Rezept: Seelachs und Schellfisch-Koteletten. Der Fisch wird gut gewaschen und gereinigt und das Fleisch in großen, kochend-kaltem Wasser von Gräten und Rückgräten geschneitten, die mit Salz, Pfeffer, Del, Zitronensaft mariniert 1-2 Stunden liegen bleiben. Dann werden sie abgetrocknet, mit Mehl, Ei und Semmel paniert und in brauner Butter 2-3 Minuten auf jeder Seite gebraten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Freitag, den 3. Mai, abends 8^{1/2} Uhr, bei Keller, Koppensfr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamte.
2. Bericht über den Verlauf der Maifeier.

Jede Werkstätte muß vertreten sein. Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert.

Sonntag, den 4. Mai, vormittags 10 Uhr, in der Neuen Welt:

Versammlung der Ausgesperrten.

Ein Vormemorian ist in der Neuen Welt gefunden, abholen bei Liebisch, Frankfurter Allee 137, Hof part. links.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Heute Freitag, 3. Mai, abends 6^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Angelegenheiten Guhn und Borrman. 2. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet 196/6 Der Vorstand.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof L. - Fernsprecher Amt 3, No. 5028.

Sonntag, den 5. Mai 1907, vormittags 10 Uhr:

Außerordentliche Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend

in den Germania-Sälen, Chausseestraße 103.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die Mai-Aussperrung und unsere weiteren Maßnahmen zur Lohnbewegung. 2. Diskussion. Mitgliedsbuch ist vorzusetzen.

257/8 Der Vorstand. J. H.: Albert Juppelutz.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Den Verbandskollegen zur Nachricht, daß die weitere Kontrolle und Ausheilung der Kontrollkarten für Pralangsperrte und Arbeitslose bis zum Sonnabend, den 4. d. M., in den Bezirken und Zahlstellen erfolgt; länger ausgesperrte haben sich vom Montag, den 6. d. M., ab im Gewerkschaftshaus zur Kontrolle zu melden. Nur derjenige bekommt eine Kontrollkarte ausgestellt, welcher durch einen Stempel im Verbandsbuch nachzuweisen vermag, daß er den 1. Mai gefeiert hat. Die Auszahlung der Unterhaltung für die Berliner Bezirke erfolgt am Sonnabend, den 4. d. M., von mittags 12 Uhr ab im Gewerkschaftshaus. Für die Außenbezirke wird alles Nähere in den Verkehrsblättern bekannt gegeben. 139/9 Die Verbandsleitung.

Zentral-Krankenkasse der Maurer

(Grundstein zur Stabilität.)

Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstraße 3 (kleiner Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal und Kassensbericht. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. 149/8 Die örtliche Verwaltung.

Greift zu!

Monatsausgabe	9.50 Mk.
Abonnementsausgabe	13.00
Wandelausgabe	11.00
Parcoursausgabe	12.00
Gesamtausgabe	14.50
Besitzer, Verlag f. Wies.	20.50
Paletts	9.50
Gefen	2.00

Moldauer

Prinzenstraße 64, Ecke Annenstraße, im Laden. - Straßenbahn-Vergütung. -

Grosse Betten 12 Mk.

Oberbett, Unterbett, 3 Kissen mit doppeltgeringsten neuen Bezügen, bester Feder 18, 20, 24 Stk., 1/2 Zoll Betten 18, 20, 22, 24 Stk. etc. Versand geg. Nachnahme, Preisliste, Proben, Verpackung kostenfrei. Berlin S. Gustav Lustig, Prinsenzstr. 64. Größt. Spezial-Geschäft Zeugnis.

Bilz

Sanatorium „Schloss Lössnitz“ Raddeburg, Dresden. Prospekt, Berlin S. Gustav Lustig, Prinsenzstr. 64. Internationales Verkehr.

KUREN!

Milde Lage, Sächs. Kurort, Bilz Naturheilbad ex. 12, M. 1111, verk.

Accumulatoren- und Electricitäts-Werke-Actiengesellschaft

vormals W. A. Boese & Co.

10. ordentliche General-Versammlung.

Mittwoch, den 29. Mai cr., vormittags 11 Uhr im Sitzungssaal der Gesellschaft, hier, Köpenickerstraße 154, Rathfindenden 10. ordentlichen General-Versammlung ergeben eingeladen. Gegenstände der Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts des Vorstandes nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz pro 1906, sowie des Prüfungsberichts des Aufsichtsrates.
 2. Beschlußfassung über die Bilanz und Gewinnverteilung.
 3. Erstellung der Entlastung an Aufsichtsrat und Vorstand.
- Die Aktionäre, welche in der Generalversammlung das Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien ohne Dividendenbogen (spätestens am letzten Tage vor dem Versammlungstage) in Berlin bei der Kasse der Gesellschaft oder bei einer der nachbenannten Stellen:
- in Berlin bei der Dresdner Bank,
 - in Berlin bei der Commerz- und Disconto-Bank,
 - in Berlin bei den Herren F. W. Krause u. Co., Bankgeschäft,
 - in Frankfurt a. M. bei der Dresdner Bank,
 - in Frankfurt a. M. bei der Wälschburger Bank,
 - in Frankfurt a. M. bei der Bank für industrielle Unternehmungen,
 - in Frankfurt a. M. bei dem Bankhaus Vah u. Herz,
 - in Dresden bei dem Bankhaus Wm. Zahnrow,
 - in Hamburg bei der Commerz- und Disconto-Bank

zu hinterlegen. Es genügt auch die Hinterlegung bei einem deutschen Notar und der Nachweis dieser Hinterlegung bei einer der Hinterlegungsstellen innerhalb der angegebenen Frist. Die Zulassung zur Generalversammlung erfolgt nur gegen Eintrittskarten, welche von obigen Stellen aus Grund der bei diesen oder beim Notar erfolgten Hinterlegung verabsolgt werden. Berlin, den 1. Mai 1907.

Direktion der Accumulatoren- und Electricitäts-Werke-Actiengesellschaft vormals W. A. Boese & Co. E. Hartefeld. K. Kunze.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 5. Mai, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Vortrag des Genossen Heiner Schulz

„Bildungsziele u. wirtschaftliche Entwicklung“. Gemütliches Beisammensein und Tanz. Nach dem Vortrage: 4/12* Garderobe frei. Eintritt 30 Pf.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege Robert Fenzke am 24. April infolge eines Unglücksfalles verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Freitag den 3. Mai, nachmittags 5^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Randsbeger Allee, aus statt. Rege Beteiligung erwartet. 196/7 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege Max Rost am 1. d. Mts. an der Lungenerkrankung gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet. 85/16 Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag entließ ich mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Drechsler Konrad Lutz im 56. Lebensjahre. Dies geigen sie betrifft am Gn. Marie Lutz nebst Kindern, Große Frankfurterstr. 77. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. Mai, nachmittags 5^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Marien-Kirchhofes, Köpenickerstraße, aus statt. 6262

Sozialdemokr. Wahlverein Reinickendorf - Ost.

Nachruf. Ein hochachtungsvoller Nachruf am Montag im Kranzenhause unser Genosse, der Richter Gustav Mertens. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung fand bereits gestern nachmittag statt. - Die Nachricht ging uns verspätet zu. 222/4 Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kranzenhabe bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, unseres guten Bruders Georg Leuchte (agen wir allen Freunden und Kollegen, insbesondere denen der Firma Schular, sowie dem Deutschen Buchbinder-Verband unseren herzlichsten Dank. Frau Leuchte u. Geschwister.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Solidarität“.

Touren

Sonntag, den 5. Mai:

1. 8, 5 und 7. Ubl., früh 6^{1/2} Uhr nach Werder. Start: 1. Ubl. Bülowstraße 68, 8. Ubl. Moriamenplatz, 5. Ubl. Elykum, 7. Ubl. Grenzstr. 21.
2. Ubl. früh 6 Uhr nach Lehmin (H. Taage). Nachmittags 1^{1/2} Uhr nach Wannsee (Rüstenhof). Start: Fontaine-Premerade 15, Ecke Blicherstraße.
3. 8, 7. Ubl. nachmittags 1^{1/2} Uhr nach Jesendorf (Wald) von Herrn Start.
4. Ubl. früh 7 Uhr nach Oranienburg (Waldhaus), nachmittags 1 Uhr nach Stalpe (Bergemann). Start: Rixdorsplatz.
5. Ubl. nachmittags 1^{1/2} Uhr nach Henningsdorf.
6. Ubl. früh 8 Uhr nach Arminien, nachmittags 1 Uhr nach Henningsdorf. Start: Genossenschaft, Oberbergerstraße 30.
8. Ubl. früh 8 Uhr nach Oranienburg, nachmittags 1^{1/2} Uhr nach Henningsdorf. Start: Badstr. 8, Wille.
9. Ubl. nachmittags 12 Uhr nach Werder. Start: Brandenburgerstr.

NB. Die nächste Tourenanzeige erscheint Mittwoch, den 8. Mai. 12/6

Eisenbahnunglück

Versicherung 10 000 Mark Entschädigung kostet 1 M. Wochenprämie, ein Jahr lang zu entrichten. Prospekte und Auskünfte Spezialbureau Lindenstr. 20/21, IV. 2022. 202/73

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

17. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. In den Ausschuss für die Vorlage betr. die künftige Einrichtung des Berliner Rettungswesens sind von der sozialdemokratischen Fraktion die Stabs. Koblenzer, Schneider, Singer und Dr. Wehl deputiert; letzterer ist vom Ausschuss zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden.

Die Vorlage wegen Aufschlusses eines Vertrages mit der Gemeinde Treptow zwecks Regulierung der Dorfstraße und der Neuen Krug-Allee und die Vorlage, wonach die Stadt Berlin zu der von der Untergrundbahngesellschaft beabsichtigten Herstellung eines Verbindungsgleises von dem Endpunkt der Spreetunnelbahn in Treptow nach den in die Dorfstraße neu einzulegenden Gleisen ihre Zustimmung geben soll, sind von der Ausschussmehrheit trotz der von einer Rinderheit vorgebrachten, auf die Erfahrungen mit der „Großen“ gestützten erheblichen Bedenken gutgeheißen worden.

Referent ist der Stabs. Fährbrich (A. L.). Eine Debatte wird nicht beliebt; die Versammlung gibt beiden Vorlagen ihre Zustimmung.

Die Ferien der Versammlung werden auch in diesem Jahre die Monate Juli und August umfassen.

Den Beschlüssen der Versammlung über die Wahl eines besoldeten Stadtrats ist der Magistrat beigetreten.

Dem Zentralverein für Arbeitsnachweis soll eine weitere Beihilfe von 10 000 M. (5000 M. zur Erweiterung seines Nachbararbeitsnachweises und 5000 M. zur Verlegung des Dienstbotennachweises in eine geeignete Stadtgegend) gewährt werden.

Nach einigen beifälligen Bemerkungen des Stabs. Rosenow (A. L.), der darauf hinweist, daß der Magistrat damit einer Entschlüsselung der Versammlung in dankschwerer Weise entspreche, gelangt die Vorlage zur Annahme.

Die gemischte Deputation zur Vorbereitung von Maßnahmen zur Abwehr von Forderungen der Vororte in bezug auf Zuschußleistung auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes hat ihre Arbeiten beendet. Als Ergebnis ist folgendes herausgekommen:

Der Magistrat soll ersucht werden,

- a) Bestimmungen zu treffen über diejenigen Fälle, in denen Beamten und Lehrern ausnahmsweise das Wohnen außerhalb Berlins zu gestatten ist,
- b) in Erwägung zu ziehen, ob und in welcher Weise für die Benutzung unserer Krankenhäuser seitens Auswärtiger ein höherer Satz zu erheben sei,
- c) in Erwägung zu ziehen, ob und in welcher Weise von Auswärtigen ein höheres Schulgeld zu erheben sei.

Der Magistrat hat bereits die zuständigen Verwaltungsstellen mit der Anstellung von Erhebungen im Sinne dieser Vorschläge beauftragt und übersendet der Versammlung die Deputationsprotokolle zur Kenntnisnahme.

Stabs. Dr. Preuß (soz.-fortschritt.): Es ist ja wohl keine Gefahr vorhanden, daß den Beschlüssen der Deputation sofort Taten folgen, wenn der Magistrat in dem bisherigen Tempo weiter arbeitet. Gleichwohl nehme ich schon jetzt Gelegenheit zu erklären, daß ich mich mit dieser Resolution nicht identifiziere. Die Ausführung ihrer Vorschläge wird höchstens geeignet sein, die heutige Kommunalverwaltung besonders grell zu illustrieren. Gegen das Wohnen der Lehrer und Beamten in den Vororten kann nicht so radikal vorgegangen werden (Widerspruch); hier muß wie bisher eine sorgfältige Abwägung aller Interessen stattfinden.

Stabs. Singer (Soz.): Mir und meinen Freunden scheinen die Vorschläge der Deputation ebenfalls nicht akzeptabel. Wir haben uns diesen Vorschlägen gegenüber schon so oft ablehnend geäußert, daß wir heute längere Ausführungen für unnötig halten. Wir behalten uns unsere Stellungnahme zu den einzelnen Fragen vor, wenn der Magistrat etwa, was ich nicht wünsche, was aber immerhin möglich ist, später Vorlagen an uns bringt.

Stabs. Cassel (A. L.): Auch wir sind keine Freunde der fortwährenden Fortführung solcher Debatten, namentlich wenn später Gelegenheit ist, über die Fragen ausführlich zu verhandeln. Nachdem aber heute schon ein Abwärtsgesetz eröffnet ist, erkläre ich für unsere Freunde, daß wir uns einstimmig auf den Boden der Beschlüsse gestellt haben, vorbehaltlich der Würdigung im einzelnen. Wir wollen keineswegs, daß jeder Beamte und Lehrer ohne Ausnahme in Berlin wohnen muß; prinzipiell stehen wir aber auf dem Standpunkt, daß es der Fall sein soll. Wir verbinden durch die bisherige Praxis auf dem Gebiete der Krankenpflege die Vororte, energisch den Bau eigener Krankenanstalten zu betreiben. Bei unseren Beamten und Lehrern fällt doch auch ins Gewicht, daß wir gerade die Mitarbeit dieser Bürger bei unseren kommunalen Geschäften entbehren müssen, während die Vororte davon Vorteil ziehen. Es dürfen doch auch Kuriosa nicht vorkommen, wie z. B., daß ein Berliner Steuerzahler aufgefordert wird, dem Steuerzahler, der in Rudow hinter Brühl wohnt, die Steuern abzuliefern. (Gelächter.) Das Prinzip der Deputationsvorschläge halten wir, wie gesagt, für durchaus gerechtfertigt. (Lebhafter Beifall.)

Stabs. Mommsen (Fr. Fr.): Persönlich gehöre ich keineswegs zur Mehrheit der Deputation, welche die Vorschläge formuliert hat; ich weiche im einzelnen ganz entschieden davon ab. Ich finde z. B., daß man einem Beamten, der hinausziehen will, damit, daß man ihm das versagt, kein großes Interesse an der Stadt Berlin einflößt. (Woh!) Was wir mit der Deputation erreichen wollten: einen Weg zu finden, um uns mit den Vororten in Zukunft besser auseinander setzen zu können, das ist nicht erreicht; die hier vorgeschlagenen Mittel führen dazu gar nichts, sondern sie werden für den angegriffenen Ort mehr schaden als nützen. (Zustimmung.)

Stabs. Labowitz (A. L.): Auch wir behalten uns vor, unsere Stellung zu nehmen, wenn konkrete Vorlagen des Magistrats an uns kommen. Ich persönlich stehe mit dem Kollegen Mommsen den Deputationsvorschlägen ziemlich skeptisch gegenüber. Zu meiner Freude kann ich konstatieren, daß die Sache nach allem, was wir hören, nicht so schlimm werden kann, als man dachte, selbst wenn noch einige Vororte auf Grund des § 53 des Gesetzes verfallen. Es können daraus an Belastung für Berlin höchstens 100 000 M. pro Jahr herauskommen, und das ist doch kein Grund, einen Krieg gegen die Vororte zu eröffnen und sie mit allen Mitteln zu schikanieren.

Stabs. Cassel: Ich glaube, in diesem Punkte besser unterrichtet zu sein; Herr Labowitz wird sich noch wundern, was für Ansprüche aus diesem § 53 des revidierten Kommunalabgabengesetzes noch alles an Berlin erhoben werden. Ich nehme das den Vororten auch gar nicht übel, denn die verfolgen ihre Rechts; ich sage das auch gar nicht als eine Kriegserklärung unsererseits auf. Ich verstehe aber nicht, daß wir durchaus zu nobel sein sollen, um uns darum zu kümmern. Wir haben nichts von den Rechten unserer Steuerzahler zu vergeben, das Interesse unserer Schulen und unserer Kinder kommt auch dabei in Betracht. Und seit wann legen wir denn auf einige 100 000 M. keinen Wert mehr?

Damit schließt die Beratung. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Zur Ergänzung der Berufszählungs-Kommission werden die Stadterordneten Sonnensfeld, Ulrich und Sassenbach (Soz.) durch Zufall gewählt.

Die Vorlage wegen Regulierung und Pflasterung des Markgrafendamms, der Straße 89 zwischen Markgrafendamm und Ködikerstraße und der Ködikerstraße zwischen Straße 89 und Persiusstraße wird ohne Debatte genehmigt.

Zur Herstellung der speziellen Bauentwürfe für die städtische Untergrundbahn Nord-Süd sind weitere 30 000 M. erforderlich, welche die Versammlung ohne Diskussion bewilligt. Schluß der öffentlichen Sitzung 7 Uhr.

Ein entsetzlicher Eisenbahnunfall.

bei welchem zwei Personen getötet und 11 Personen sehr schwer verletzt wurden, hat sich am Abend des 1. Mai gegen 1/2 Uhr an dem Bahnübergang der Spandauer Chaussee unweit der Domäne Ruhleben ereignet. Der Bahnübergang an jener Stelle ist mit zwei Gleisen durch Barrieren von der Chaussee getrennt. Die Verwaltung der Spandauer Straßenbahn unterhält ständig einen Schrankenwärter, welcher die Aufgabe hat, nachdem die fälligen Eisenbahnzüge jene Stelle passiert haben, auf ein Signal der nahe gelegenen Bahnstube die Schranken zu öffnen und so dem Straßenbahnwagen freie Durchfahrt zu geben. Am Abend des 1. Mai war zum ersten Mal ein junger Bursche von 17 Jahren als Schrankenwärter stationiert, der allem Anscheine nach von seinen Obliegenheiten gar keine Ahnung hat. Als gegen 1/2 Uhr abends ein von Ruhleben kommender Güterzug, der nach Berlin fuhr, den Bahnübergang passiert hatte, öffnete der junge Mensch, ohne auf das Signal des Eisenbahnwärters gewartet zu haben, die Barriere und gab einem Straßenbahnwagen, der vom Spandauer Hof kam, Durchfahrt. In demselben Augenblick kam von der entgegengesetzten Seite, die Wagen schiebend, ein Arbeiterzug, dessen erster Waggon mit voller Wucht auf den Tramway stieß. Der Zusammenstoß war ein furchtbarer. Der Straßenbahnwagen wurde von den Puffern hochgehoben und drehte sich um sich selbst; dabei wurde das Verdeck völlig abgerissen und das Untergestell etwa 50 Meter weit auf das nahe Feld geschleudert. Der Eisenbahnwagen selbst entgleiste, ohne Schaden zu nehmen. Als die Katastrophe übersehen werden konnte, bot sich ein entsetzliches Bild. Die Passagiere, etwa 15 an der Zahl, lagen, über und über blutend, mit zerbrochenen Gliedern unter und neben dem Straßenbahnwagen. Hüfte war durch Passanten der belebten Chaussee sofort zur Stelle. Ein vorbeifahrendes Privatautomobil brachte die ersten Schwerverletzten nach dem Krankenhaus Westend, wohin auch die anderen Verletzten gebracht wurden. Tot sind Lehrer Pohle, Spandau, und die neunjährige Anna Karo, Tochter eines Oberpostassistenten in Spandau. Ferner sind schwerverletzt der zwölfjährige Schüler Leopold Ackermann und seine zwanzigjährige Schwester Elfride, sowie ihre Mutter Frau Ackermann, die Frau des getöteten Lehrers Pohle, der Maurer Piehler aus Spandau, Arbeiter Johann Kannel aus Charlottenburg, Maurer Wilhelm Dömmle, sowie der Straßenbahnfahrer Richter. Die meisten Verletzten weisen klaffende Wunden an Kopf und Beinen auf. Mit welcher Wucht der Zusammenstoß erfolgte, ist daraus ersichtlich, daß eine in der Nähe der Gleise stehende übermannstarke Eiche, gegen welche der Straßenbahnwagen geschleudert wurde, mittendurch gepflast ist. Der jugendliche Schrankenwärter wurde sofort verhaftet.

Ein Augenseuge

erzählt in der „Morgenpost“: „Es war ein furchtbares Schauspiel. Zuerst hörte man nur einen furchtbaren Krach, als der Zusammenstoß erfolgte. Das Herz stand einem dabei im Leibe still. Dann, zwei Sekunden später, ertönten gellende Schreie der verstümmelten Frauen und Männer, martererschütternde Rufe, in der entsetzlichen Todesangst ausgestoßen, Weinen und Jammern. Während der zertrümmerte Straßenbahnwagen in einem scharfen Winkel zum Erdboden von dem Güterzuge mitgeschleppt wurde, fielen einzelne der Verletzten heraus. Als der Zug endlich hielt und rasch mit der Rettungsaktion begonnen wurde, waren nur noch wenige Schwerverletzte und die Leichen unter den Trümmern hervorzuziehen. Da sah man Menschen, die sich nicht zu rühren vermochten, weil sie vor Schmerz und Todeserschrecken das Bewußtsein verloren hatten, andere, die in Weinkämpfe verfallen waren, und wieder andere, in deren Augen förmlich der Wahnsinn glühte. Besonders Frau Karo, deren Tochter eines der Todesopfer war, ergabete sich, trotz der schweren Verletzungen, die sie selbst davongetragen hat, wie rasend. Sie warf sich über die Leiche ihres Kindes und jammerte herzzerreißend.“

Wer trägt die Schuld an dem Unglück?

Die Schuld an dem schrecklichen Unglück wird auf den Streckenwärter gewälzt, der zu früh die Barriere öffnete; er soll der Sündenbock sein, der büßen muß. In Wirklichkeit ist für das Unglück zunächst die Leitung der Spandauer Straßenbahn verantwortlich zu machen, die es über sich brachte, einem 17jährigen Menschen ein solches Amt zu übertragen. Daß das nur aus niedrigster Profitgier geschah, bedarf keines besonderen Nachweises. Wie leichtfertig von der Leitung der Bahn verfahren wurde, mag daraus erhellen, daß der junge Mann an diesem Tage zum ersten Mal Dienst tat. Einem Mitarbeiter eines hiesigen Blattes hat der Siebzehnjährige an dem Unglückstage erzählt:

„Ich bin heute zum ersten Male in Dienst. Bis gestern war ich bei einer Firma in Berlin beschäftigt. Heute vormittag meldete ich mich bei der Direktion im Dienst, und da wurde mir gesagt, ich solle zu den Schranken gehen, man werde mich dort schon instruieren. Ich wußte gar nicht, wo diese Schranke war und wußte auch gar nicht, was ich da eigentlich zu machen habe. Ich habe mich bei dem älteren Wärter gemeldet, und der hat mir gesagt, wie viele Rüge an Tage fahren, und daß ich, wenn ein Zug vorüber ist, die Schranken hinaufzulassen habe. Vor 1/2 Uhr ist er, ohne daß ich es wußte, weggegangen und ich bin allein geblieben. Dann kam der Güterzug aus Spandau. Wie der vorüber war, habe ich nach dem Wärter geschaut, ob der die Schranken nicht hinaußetzt, und wie ich ihn nirgends sah, habe ich selbst die Schranken hochgezogen. Dann ist die Elektrische langsam über das Bahngleise gefahren, und da ist das Unglück geschehen.“

Die Spandauer Straßenbahn, der die Strecke vom Spandauer Hof untersteht, sucht sich durch nichtige Ausreden von der Verantwortung für das Unglück zu befreien. Nach einem hiesigen Blatte soll sie erklärt haben:

„Die Straßenbahn betrachtet den Posten, auf dem der 17jährige Wärter stand, nicht als einen selbständigen und verantwortungsvollen Posten. Die Straßenbahn läuft parallel mit der Spandauer Chaussee, jedoch neben dem eigentlichen Straßenbahn. Während die Chaussee durch die staatliche Schranke geschlossen wird, müßte die Straßenbahn ihre Gleise durch eine eigene Barriere, die Fortsetzung der staatlichen, sperren. Die Schranke der Straßenbahn steht mit der Schranke der Staatsbahn in elektrischem Kontakt und wird gleichzeitig mit dieser von dem Staatsbahnwärter bedient. Die elektrische Leitung, die diese verbindende Maschinerie treibt, ist aber defekt und nach den eigenen Angaben der Straßenbahndirektion schon länger Zeit in Reparatur, so daß ein gleichzeitiges Schließen der Schranken nicht möglich ist. Es ist daher ein besonderer Posten an die Schranke der Straßenbahn gestellt worden, der auf Zeichen des Staatsbahnwärters die Schranke schließen und öffnen sollte.“

Wie wenig diese Darstellung geeignet ist, die Betriebsleitung der Straßenbahn von der Verantwortung zu entbinden, möge ein Hinweis auf den § 63 Absatz 1 der Bau- und Betriebsvorschriften für Straßenbahnen mit Maschinenbetrieb vom 26. September 1906 beweisen. Der besagt:

„Alle im äußeren Betriebsdienste angestellten Bediensteten (Wagenführer, Maschinenführer, Schaffner, Oberschaffner, Bremser usw.) müssen mindestens 21 Jahre alt sein, die für den Dienst erforderliche Befähigung und Zuverlässigkeit durch eine förmliche Prüfung und Probefahrten unter Aufsicht und Verantwortlichkeit des Betriebsleiters oder dessen Stellvertreters dargetan haben und dürfen nicht mit auffallenden körperlichen Gebrechen behaftet sein. In ländlichen Bezirken mit einfachen Verkehrsverhältnissen kann die Aufsichtsbehörde eine niedrigere Altersgrenze, aber nicht unter 18 Jahren, für diejenigen Beamten des äußeren Betriebsdienstes festsetzen, die weder mit Führung von Maschinen und Wagen betraut, noch mit den Rechten und Pflichten von Bahnpolizeibeamten beauftragt sind.“

Es kann nicht behauptet werden, daß jene Stelle an der Spandauer Chaussee zu den ländlichen Bezirken zu rechnen ist, und es ist der obigen Verfügung geradezu zuwider gehandelt worden, wenn man einen 17jährigen Burschen, der also noch nicht einmal das für ländliche Bezirke genehmigte Alter von 18 Jahren hatte, an diese Stelle setzte.

Aber auch der Eisenbahnfiskus ist von einer gewissen Schuld nicht freizusprechen. Nur in den seltensten Fällen entschließt sich der Eisenbahnfiskus aus übel angebrachten Sparmaßregeln zur Schaffung von Unterführungen an Stellen, wo Straßenbahnen und Schienenfahrzeuge Chausseen sich kreuzen. Dieses Unglück würde, wie das bei Biesdorf, vermieden worden sein, wenn Eisenbahn und Straßenbahn nicht auf derselben ebenen Straße verkehrten müßten. Bei der starken Frequenz derartiger Kreuzungspunkte in der Nähe der Reichshauptstadt muß eben mit der Möglichkeit eines nicht rechtzeitigen Schließens oder vorzeitigen Öffnens der Schranke gerechnet werden. Es ist ein schweres Unrecht, in solchen Fällen Leben und Gesundheit zahlreicher Menschen lediglich aus fiskalischen Rücksichten, der Wachsamkeit der auch meist überlasteten und schlecht entlohnnten Schrankenwärter anzuvertrauen.

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Am Freitagabend Versammlung bei Schellhase. Aufstellung des vierten Kandidaten zur Gemeindevahl.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag findet eine Flugblattverteilung für die Stichwahl am 10. d. Mts. statt. Die Verbreitung geschieht von den drei bekannten Lokalen aus. Die Wahlvereinsmitglieder werden dringend ersucht, sich zahlreich hierzu einzufinden. Die Wahlsituation verlangt es, daß jeder seine volle Schuldigkeit tut.

Berliner Nachrichten.

Die Stadterordnetenversammlung

unterhielt sich gestern über den Krieg gegen die Vororte, den die Stadt Berlin führen müßte, wenn es nach dem Wunsch und Willen gewisser Heißhörner ginge. Der Magistrat teilte den Stadterordneten mit, was ihm die gemischte Deputation vorschlägt, die im Herbst 1906 eingesetzt worden war, um über Abwehrmaßnahmen gegen die Begehrlichkeit der Vororte zu beraten. Die Deputation ist kürzlich mit ihren Beratungen fertig geworden und empfiehlt nun, den Beamten und Lehrern der Stadt Berlin das Auswärtswohnen zu beschränken, für Verpflegung von Vorortbewohnern in Berliner Krankenhäusern einen höheren Kurlohn festzusetzen, für Schüler aus Vororten ein höheres Schulgeld zu fordern. Der Magistrat legte dieses Beratungsergebnis nur erst zur Kenntnisnahme vor, die Versammlung hatte also nichts zu beschließen. Sie wollte sich aber schon jetzt darüber äußern, wie sie sich zu verhalten gedenkt, wenn etwa der Magistrat auf die Vorschläge eingeht. Herr Preuß (S.-F.) eröffnete die Debatte mit der Erklärung, da mache er nicht mit. Unser Genosse Singer empfahl, zunächst mal abzuwarten, was der Magistrat tun werde. Im übrigen aber erklärte selbstverständlich auch er auf das Bestimmteste, daß die sozialdemokratische Fraktion für den beabsichtigten Krieg gegen die Vororte nicht zu haben ist. Zustimmung fanden die Vorschläge der gemischten Deputation bei Herrn Cassel (Alte Linke), dessen Abgabe an die Vororte von seiner Fraktion mit stürmischem Beifall begleitet wurde. Herr Cassel scheint aber mit den Seinen ziemlich allein dazustehen; Herr Mommsen (Freie Fraktion) und Herr Labowitz (Neue Linke) zeigten keine Lust auf seine Seite zu treten. Das verdroß natürlich Herrn Cassel nicht wenig. Er zeterete: „Die Noblesse verstehe ich nicht!“ Das glauben wir ihm aufs Wort.

Aus dem Paradies der Eisenbahner.

In einem Scharfmacherblatt, das aus der Kasse des Lügenverbandes zu schöpfen pflegt, ist kürzlich vorgeschlagen worden, die Gesamtheit der Arbeitgeber müßte es sich zur Pflicht machen, keinen sozialdemokratischen Arbeiter mehr zu beschäftigen. Nur bei strengster Durchführung einer solchen Maßregel werde, so meinte der Vater dieses Gedankens, es zu erreichen sein, daß die Sozialdemokratie inlich tot gekriegt werde. Ränder Arbeitgeber wird, als er den Vorschlag las, schmerzlich gelächelt haben. Wo sollte er künftig seine Arbeiter hernehmen, wenn er keinen Sozialdemokraten mehr beschäftigen dürfte! Nicht mal in Staatsbetrieben, wo man seit langem bemüht ist, diesen Gedanken möglichst zu verwirklichen, läßt es sich durchführen, daß kein Sozialdemokrat hineingelangt. Und nicht einmal dort hat man immer den Mut, bei der Nachfrage nach Arbeitskräften von vornherein anzufordern: „Sozialdemokraten wollen wir nicht.“ Würde jedem Arbeiter noch vor der Annahme die Frage vorgelegt, ob er Sozialdemokrat ist, dann könnten die Staatsbetriebe sehr bald über Arbeitermangel zu klagen haben.

Ein sozialdemokratischer Arbeiter S., der durch die eigene Schuld der Eisenbahnverwaltung in das Paradies der Eisenbahner hineingelangt war, teilt uns die Erfahrungen mit, die er dort gemacht hat. Er war eigentlich gelernter Eisenarbeiter, aber da er wegen längerer Arbeitslosigkeit Beschäftigung suchte, so wußte er nach längerer Arbeitslosigkeit Beschäftigung suchen, wo sie sich ihm bieten würde. An einem schönen Frühlingstage im März spazierte er so an dem Güterbahnhof der Paßdamer Bahn darüber, da fiel sein Auge auf ein Plakat, durch das die Bahnmeisterei Arbeiter für die Güterabfertigung suchte und ihnen dauernde Beschäftigung versprach. Gesund, kräftig und jemand sollten sie sein, weiter wurde nicht verlangt. S. meldete

... wurde von einem Beamten nach Personalien und Vorbildung gefragt, von einem Arzt auf seinen Gesundheitszustand untersucht und — war angenommen. Daß er nicht Sozialdemokrat sein dürfe, davon sagte kein Mensch ein Sternchenwortchen. Er war nun königlich preussischer Güterarbeiter. Sein Lohn betrug ganze 3,00 M. pro Tag und sollte später mal auf 3,50 M. Maximum steigen; die Arbeitszeit währte in der Tagessicht von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, in der Nachtsicht von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. Das war elende Bezahlung für abtrotternde Arbeit, aber S. tat rechtlich seine Pflicht. Ungefähr vierzehn Tage gingen so hin, ohne daß jemand ihn mit der Frage belästigte, wie er es mit der Politik halle. Da kam er eines Abends in seiner Wohnung den Besuch eines ihm unbekanntes Mannes, der sich als einen Herrn Weidte vorstellte. Er kommt von der Eisenbahnverwaltung, erzählte der Fremde, da werde viel Geld (1) verdient, ob denn S. nicht anfangen wolle, er habe sich ja wohl gemeldet. Als S. erstaunt antwortete, er sei doch schon seit vierzehn Tagen dort beschäftigt, eiferte der andere: „Was wollen denn dann die! Da mühten wir und eigentlich schon gesehen haben. Na, dann werden wir uns nächste Woche wohl sehen.“ Er plauderte weiter: „Wir haben im „Lokal-Anzeiger“ und in der „Morgenpost“ annonciert, da haben Sie es gewiß gelesen. Lesen Sie diese Zeitungen nicht?“ S. erwiderte kühl, er sei sehr lange ohne Arbeit gewesen, da habe er gar keine Zeitung gehalten. Nach dieser Auskunft empfahl sich der geheimnisvolle Besucher. In der nächsten Woche hielt S. auf dem Güterbahnhof Ausschau nach ihm, aber er hat ihn dort nicht zu sehen. Er ist nirgendwo zu sehen geblieben. Eine vierzehn Tage nach dem Besuch des Herrn Weidte, der so harmlos zu plaudern und dabei so neugierig zu fragen verstand, wurde S. zum Oberbürgermeister gerufen. „Sagen Sie mal“, begann der, „Sie sind Mitglied eines sozialdemokratischen Wahlvereins?“ — „Ja wohl, Herr Vorsteher.“ — „Bei der Staatsbahn können wir solche lotterhaften Leute nicht brauchen.“ — S. erwiderte ruhig: „Leute, die diese Gesinnung haben, sind doch nicht lotterhaft!“ Aber der Herr Vorsteher schneidet jede weitere Erörterung ab, indem er schloß: „Na, das ist eben Staatsbetrieb, und der beschäftigt solche Leute nicht. Sie können hier Ihr ganzes Leben lang bei uns arbeiten, aber Sie müssen aus dem Wahlverein austreten. Ueberlegen Sie sich das und sagen Sie mir dann Bescheid.“ Am anderen Tage ließ S. selber sich bei dem Herrn Vorsteher melden und erklärte: „Ich bleibe meiner Gesinnung treu!“ — „Na, dann bleiben Sie ihr nur treu,“ meinte der Vorsteher, und die Unterredung war beendet. Einige Tage nachher, um Mitte April, wurde S. wieder zum Herrn Vorsteher befohlen. Was gab's? Der Vorsteher las ihm ein Schreiben der Verkehrsinspektion vor, wonach S. nicht weiter beschäftigt werden dürfe, weil er der sozialdemokratischen Partei angehört und vielleicht einmal für sie agitieren könnte. Hiermit bekam S. seine Kündigung zum 1. Mai. Agitiert hatte er nicht, auch sonst konnte niemand ihm etwas vorwerfen, er hatte seine Arbeit stets zur Zufriedenheit geleistet — aber er war Sozialdemokrat, darum mußte er hinaus aus dem Paradies der Eisenbahner. Am 30. April wandte er ihm den Rücken.

Das Recht, Arbeiter wegen ihrer politischen Ueberzeugung aus ihrer Stelle zu entfernen, muß einer Staatsbahnverwaltung bestritten werden. Wenn sie aber so verfahren zu dürfen glaubt, sollte sie es auch für ihre Pflicht halten, bei der Beschaffung von Arbeitern schon in ihren Annoncen, Plakaten usw. zu erklären, daß sie keine „lotterhaften“ Sozialdemokraten einstellen will. Es würde ihr dann freilich, wie schon gesagt, verdammt schwer werden, ihren Bedarf an Arbeitern zu beden. Aber auch das würde erschwern, daß die Staatsbahnverwaltung antisozialdemokratische Propaganda treibt, indem sie Arbeiter vor die Wahl stellt, entweder ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie aufzugeben oder ihre Stellung zu verlieren.

Die Markthallendeputation nahm in ihrer Sitzung den Antrag unserer Genossen Dinge und Schaubert an, den Fleisch-Engrosmarkt nach den Terrains an der Landsberger Allee in der Nähe des Schlachthofes zu verlegen.

Der Antrag wurde von unseren Genossen damit begründet, daß die jetzigen Zustände in der Zentralhalle und den angrenzenden Straßen ganz unhaltbar geworden seien; der Fuhrwerkverkehr in der Gegend sei in den Vormittagsstunden ein ganz enormer und geradezu für den Verkehr gefährlich geworden; jede weitere Ausdehnung des Marktes, der schon jetzt viel zu klein, sei unterbunden, wenn man nicht zu einer Verlegung komme.

Der Fleisch-Engrosmarkt gelde schon aus praktischen Gründen in die Nähe des Schlachthofes hin. Die frei werdenden Räume würden sofort für den Gemüse- und Obst-Engrosmarkt gebraucht werden.

Da der Vorgesetzte noch mittelste, daß die Verhandlungen mit dem Fiskus wegen Ankauf des Terrains am Lehrter Güterbahnhof noch keinen Schritt vorwärts gekommen seien, trat die Deputation einstimmig für den Antrag unserer Genossen ein.

Es sollen zur Durchführung des Projekts 4—5 Pavillons von zusammen 10—12 000 Quadratmeter errichtet werden.

Endlich ist man mit der Verlegung des Engrosmarktes einen Schritt vorwärts gekommen.

Die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Postpaketadresse ist für die Zeit vom 12. bis einschließlich 19. Mai im inneren deutschen Verkehr nicht gestattet. Auch für den Auslandsverkehr empfiehlt es sich im Interesse des Publikums, während dieser Zeit zu jedem Pakete besondere Begleitpapiere auszufertigen.

Von einem schweren Verbrechen ist die Portiersfrau Sagen aus der Rinststraße 22 betroffen worden. Gestern kam während ihrer Abwesenheit in ihrer Kellerwohnung Feuer aus, wobei ihr fünfjähriger Sohn an Rauchvergiftung derart mitgenommen wurde, daß er das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt hat. Um ihre fünf noch unmündigen Kinder ernähren zu können, hat die Frau auch außerhalb des Hauses die Reinigung eines großen Bureaus übernommen. Als sie gestern nach dieser Stelle gegangen war und ihren jüngsten fünfjährigen Sohn allein in der Wohnung zurückgelassen hatte, geriet jedenfalls durch Spielen mit Streichhölzern das Bett in Brand. Bald darauf lehrte die Mutter zurück und es gelang ihr noch, das Kind aus dem total verqualmten Zimmer herauszuholen. Der Kleine war aber bereits verqualmt. Die alarmierte Feuerwehre behandelte ihn mit Sauerstoff und schaffte ihn dann nach einem Krankenhaus, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Selbstmord im Stadtbahnhof. In einem Abteil dritter Klasse hat sich am Mittwoch der 35jährige Uhrmacher Paul Czvonka aus der Brüderstraße 1 das Leben genommen. Vor den Augen der anderen Fahrgäste trat der Lebensmüde in einem Selbstmörder eine Flasche Whisky aus. Die Mitfahrenden bemerkten, daß C. Schnaps trinke und sie ließen ihn in folgedessen ruhig genähren. Kurz vor der Station Potsdamer Bahnhof brach der Selbstmörder plötzlich leblos zusammen und war bald darauf eine Leiche. Jetzt erst wurde man gewahr, daß sich C. mit Whisky vergiftet hatte.

Schwerer Unfall beim „Kriegsspielen“. Die sogenannten Schüler-schlachten, die in jedem Jahre um diese Zeit an den Grenzen Berlins stattfinden, haben diesmal recht gefährliche Formen angenommen. Die Knaben sind teilweise mit Schußwaffen ausgerüstet, und erst kürzlich ist bei einem Kriegsspiel in einem weitlichen Vorort ein Schüler von einem der Gegner angeschossen und schwer verletzt worden. Bei einem „feindlichen Ueberfall“ in der

Jansstraße wurde gestern ein Knabe mit einem spitzig zugeschnittenen Holzäbel so heftig in die rechte Hand gestochen, daß die Waffe fast bis zum Knochel durchdrang und die Spitze im Fleisch abbrach. Der Schwerverletzte mußte nach der Unfallstation gebracht werden.

Arbeitslosigkeit hat gestern den 53jährigen Arbeiter Reinhold Meiss, Grünertweg 13, in den Tod getrieben. Er war schon lange Zeit hindurch arbeitslos und vergeblich hatte er versucht, neue Beschäftigung zu erhalten. Er griff in der Verzweiflung zum Strick. Nachbarn fanden den Lebensmüden gestern in seiner Behausung erhängt auf.

Wohl er nicht Minister werden konnte. Ein trauriges Ende hat der Invalide Karl Binotich, Dollmannstraße 33, gefunden. Vor einigen Jahren war er von einem Automobil überfahren worden und seitdem litt er an einer Gehirnkrantheit. Der Zustand des bedauernswerten Mannes, der seine Arbeit aufgeben mußte und sich seitdem täglich durchs Leben schlug, wurde immer trauriger. Er bildete sich schließlich ein, er müßte noch einmal Minister werden und er ließ sich trotz allen Abredens nicht von seiner krankhaften Einbildung abbringen. Während nun gestern seine Frau, die in dem erwähnten Hause die Reinigung übernommen hatte, die Treppen puhte, ging er nach der Kellerwohnung hinunter, schloß sich ein und erhängte sich. Als die Frau später das Zimmer betreten wollte, mußte sie es gewaltsam öffnen lassen. Er war aber bereits tot.

Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater findet nunmehr am Sonnabend abend die Aufführung von Anton und Donat Herrnsfelds neuestem Werk, der Separée-Affäre „Es lebe das Nachleben!“ statt.

Einen schweren Verlust hat am Vormittag des 1. Mai ein Arbeiter erlitten, der auf dem Wege vom Rosenthaler Tor bis zum Spittelmarkt ein kleines Mädchen verlor, das 60 M. in Gold enthielt. Den Arbeiter, der Vater von 5 Kindern ist, trifft der Verlust um so schwerer, als das Geld nur teilweise sein Eigentum war. Der eventuelle Finder wird von ihm gebeten, das Gefundene auf dem Bureau des Verbandes der Tapezierer, Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, abgeben zu wollen.

In der Versammlung der Metallarbeiter im Palasttheater ist ein Portemonnaie mit 20 Mark Inhalt verloren worden. Der Finder wird gebeten, dasselbe im Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Charitéstraße 3, abzugeben.

Bei der Raifeier des zweiten Kreises in der Berliner Vorderbräuerei ist ein Umband gefunden worden; abzuholen Steglitzerstr. 13 bei Kessel abends 8—9 Uhr. Ein Schlüsselring mit einem großen Schlüssel und zwei kleinen Schlüssel ist bei H. Köderitz, Planufer 92B, Umergebäude 4 Treppen, abzuholen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein neue Stadtkasse in Höhe von 40 Millionen Mark beschließt die Stadt Charlottenburg aufzunehmen. Hierfür sind bestimmt 1 329 000 M. zur Ergänzung der Mittel für bereits in früheren Anleihen vorgesehene Zwecke, circa 24 Millionen zur Ergänzung der Mittel für den Ausbau und die Erweiterung und Erneuerung bereits vorhandener Einrichtungen, 10 1/2 Millionen für neue Zwecke, unter anderem für den Bau eines Schulhauses für die obligatorische Fortbildungsschule, den Erwerb eines Spielplatzes im Grunewald, den Bau einer Heilstätte für Tuberkulose, verbunden mit einem Genesungsheim, den Bau eines Krankenhauses für Geburtshilfe, verbunden mit einem Wöchnerinnenheim, ferner 3,8 Millionen zur Verstärkung der Mittel des Grundstücks-erwerbsfonds und 254 800 M. zur Deckung des Ausfalls an Kursverlust bei der 100er Anleihe. Es ist dies die größte Anleihe, die die Stadt Charlottenburg jemals aufgenommen hat. Wenn man bedenkt, daß von den 40 Millionen allem etwa 13 1/2 Millionen für industrielle Werke verlangt werden, rund 6 Millionen für Unternehmungen, welche die Vergütung und Tilgung der Mittel selbst aufbringen, sowie rund 4 Millionen für den Grundstücks-erwerbsfonds, so braucht man über die Höhe der Anleihe nicht zu erschrecken. Eine Befähigung der Finanzlage von Charlottenburg ist auch durch diese Anleihe nicht zu befürchten.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung überließ am Mittwoch die Vorlage des Magistrats betr. Aufnahme einer Anleihe von 40 Millionen an einen Ausschuss. Nach Erlebung einer Reihe kleinerer Vorlagen beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der städtischen Wohnungsinspektion. Anlaß dazu gab eine von Genossen Vogel begründete Interpellation der Sozialdemokraten, die die Ausübung der Wohnungsinspektion durch eigens hierfür ausgebildete Techniker und Hygieniker fordert und insbesondere auf die durch den schlechten Zustand vieler Wohnungen der ärmeren Bevölkerung vermehrte Ausbreitung der Tuberkulose und der Säuglingssterblichkeit Bezug nimmt. Wie der Oberbürgermeister Schuchrus erklärte, hat die Gesundheitsdeputation einstimmig die Einführung der städtischen Wohnungsaufsicht in Verbindung mit der Errichtung eines städtischen Wohnungsnotwendigkeits empfohlen. Es sind bereits die Grundzüge für die an die Beschaffenheit der Wohnungen zu stellenden Anforderungen sowie den Entwurf einer Ergänzung der Polizeiverordnung über das Schlößchenwesen ausgearbeitet. Falls der Magistrat den Vorschlägen der Deputation beitrifft, wird nach den Sommerferien eine entsprechende Vorlage an die Versammlung gelangen. Infolge dieser Erklärung erübrigte sich eine Besprechung der Interpellation.

Eine von der Freien Vereinigung eingebrachte Interpellation betraf die geplante Verlegung des Landgerichts III nach den Geschäftsräumen des Landgerichts I in der Brunerstraße in Berlin. Es wurde allseitig anerkannt, daß die Verlegung zwar im Interesse der Rechtswelt liege, daß aber der Nordwesten von Charlottenburg dadurch schwer geschädigt würde. Die Stadt Charlottenburg habe große finanzielle Opfer gebracht, um die Erbauung des Landgerichts zu ermöglichen.

Zwei weitere Interpellationen, die sich auf die Ausperrung der Müllerischer bezogen, sollen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden. Die eine geht von den Sozialdemokraten aus und fragt den Magistrat, was er zu tun gedenke, um die Müllerwerterwerbsgesellschaft dazu anzubahnen, daß sie ihrer kontraktlichen Verpflichtung, bei Streitfällen das Gewerbegebiet als Einigungsamt anzunehmen, nachkomme. Die zweite ist von der Freien Vereinigung eingebracht und bezieht sich auf die Anfrage nach dem Stand der gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiet der Müllerstraße. Auf die nächste Sitzung verlagert wurde ferner ein liberaler Antrag, den Reichstag zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß der Wahlkreis Keltow-Berschow-Storkow-Charlottenburg in verschiedene Wahlkreise zerlegt wird und auf Charlottenburg zwei Abgeordnete entsenden.

Schöneberg.

Mehrere Einbrüche, deren Täter man zum Teil bereits gefast hat, sind in den letzten Tagen in Schöneberg passiert. In der vergangenen Nacht wurden aus dem Herrngardenerweg 63 von Max Moser, Kolonnenstr. 53, Waren im Werte von mehreren tausend Mark mittels Einbruchs durch Ausschneiden der Türöffnung gestohlen. Die Diebe haben nur die teuersten Waren genommen, ebenso wie kürzlich aus dem benachbarten Zigarrengeschäft, Kolonnenstr. 65, nur die feinsten Zigarren im Wert von 6000 M. Von diesen Tätern fehlt jede Spur; dagegen ist es gelungen, eine siebenstöpfige Bande von Einbrechern festzunehmen, die lange Zeit von den Neubauten das dort lagernde Zündholz und sämtliche Weidrohre stahlen. Sie wurden in dem Moment gefast, als sie das Weid und Zündholz hatten. Beide Käufer der gestohlenen Sachen wurden wegen dringenden Verdachts der Schlerer ebenfalls verhaftet. — Gleichfalls verhaftet wurden zwei Einbrecher, namens Gienz und Kaffier, die aus den während des Tages unbewacht gelassenen Wohnungen, nachdem sie diese mit Nachschlüsseln geöffnet, nur Geld, Gold- und Schmuckgegenstände,

alles andere aber unberührt ließen. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei u. a. auch ein Mikroskop im Werte von 300 M., das das Fabrikzeichen S. Wendt Nr. 2909 trägt und wahrscheinlich einem Arzt gestohlen ist.

Straßenunfall. Heute nachmittag fuhr in Schöneberg vor dem Gebäude der Reichspost in der Hauptstraße der D-Wagen Nr. 65 der Straßenbahnlinie Zoologischer Garten-Steigly auf den vor ihm herfahrenden mit gefüllten Eierkörben beladenen Handwagen der Eiergroßhandlung von Felber, Gluckebachstr. 6, mit solcher Gewalt auf, daß der Wagen mitten durch brach, die zerbrochenen Eierkörben auf den Straßenbaum fielen und der 50jährige Führer Becker, Kleine Frankfurterstr. 17 wohnhaft, von seinem eigenen Wagen überfahren wurde. Mit Hilfe des Publikums gelang es, den Verunglückten aus seiner gefährlichen Lage zu befreien; der äußerst nur leicht Verletzte scheint schwere innere Verletzungen erhalten zu haben, da ihm das Blut aus dem Munde quoll. Wer die Schuld an dem Unfall trägt, wird die Untersuchung ergeben.

Lichtenberg.

Bettenwirtschaft?

Die vom Gemeindevorstand beantragte Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 150 000 Mark von der Sparkasse in Schöneberg dürfte die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich lenken. Neben den Zinsen und der Amortisation wird bekanntlich eine Vermittlerprovision von 1 Prozent gefordert. Unsere Genossen beantragten Ablehnung der Vorlage und erbaten sich eine Erklärung, weshalb die Gemeinde sich nicht mit dem in Frage kommenden Institut direkt in Verbindung setze. Herr Bürgermeister Fischer erklärte, daß der Gemeindevorstand sich an mehr als 100 Behörden gewandt habe, es sei jedoch gar keine oder eine ablehnende Antwort erfolgt. Später sei durch Vermittler der Gemeinde Geld angeboten und geliehen worden.

In dieser Angelegenheit hat sich nun der Bürgermeister Schmidt in der Stadtverordnetenversammlung zu Schöneberg wie folgt geäußert: „Ein Einwohner der Gemeinde Rosenthal, die früher einmal Geld bei der hiesigen Sparkasse geliehen hat, hat mitgeteilt, daß auch die Gemeinde Lichtenberg eine Anleihe aufzunehmen gedenke, und angefragt, ob Lichtenberg von der Sparkasse Schöneberg Geld erhalten könne. Ihm wurde antwortgegeben, die Gemeinde Lichtenberg zu veranlassen, sich direkt an das Sparkassendirektorium zu wenden. Letzteres ist geschähen ohne jeden Vermittler! Lichtenberg wurde außerdem direkt Offerte gemacht zur Annahme eines Darlehens im Betrage von 800 000 M. in 3 1/2 Prozentigen Wertpapieren, wozu die Gemeinde (soll heißen der Gemeindevorstand?) insofern Stellung nahm, daß sie sich zur Aufnahme eines Amortisationsdarlehens in Höhe von 150 000 M. endgültig erklärte und um Uebernahme der Schuldurkunde bat. Das Sparkassen-direktorium hat noch keinen Beschluß gefaßt, obgleich eigentlich keinen Augenblick geögert werden sollte, von einem solch günstigen Angebot Gebrauch zu machen. Hier sei von einem Vermittler nichts bekannt, die Sparkasse bediene sich eines solchen event. bei Verleihung auswärtiger Hypotheken.“

Unsere Parteigenossen werden nun selbstverständlich den Versuch machen, die 1500 M. dem Steuerfiskus zu erhalten eventuell zu veranlassen suchen, das ohne zwingenden Grund Bezahlt der Gemeinde wieder zuzuführen.

Schwer zugerichtet worden ist der Gastwirt Schlanow in der Wilhelmstraße von fünf Männern, durchweg jugendlichen Arbeitern. Letztere behaupten, in der Notwehr gehandelt zu haben, weil Schlanow auf der Straße auf die Leute einen Revolverbeschuß abgefeuert habe.

Orig.

Der Gemeindevorsteher von Orig hat den Wunsch der Haus- und Grundbesitzervereine „Groß Berlin“ auf dessen Anfrage wie folgt beklungen: „Im Interesse des dringend erwünschten Schnellverkehrs nimmt die hiesige Gemeindeverwaltung lebhaften Anteil an den Verhandlungen wegen Durchfuhrung der geplanten Schwebebahn Gesundbrunnen-Rixdorf, zumal der Wunsch besteht, eine Haltestelle der Schwebebahn in Orig zu erhalten. Die hiesige Gemeinde wird nach Kräften bemüht sein, das Interesse in jeder Beziehung zu fördern.“

Tempelhof.

Ein schwerer Unfalls ereignete sich gestern vormittag bei den Kanalarbeiten in der Werderstraße zu Tempelhof, die von der Tiefbauverwaltung West in Berlin ausgeführt und schichtweise von je vier Arbeitern bewerkstelligt werden. Während die Arbeiter Kulnowski und Schierkowski gegen 1/2 12 Uhr an der äußersten Südecke der sechs Meter tiefen Baugrube unmittelbar an der Friedrichsstraße arbeiteten, stürzten plötzlich infolge ungenügender Abstützung die Schutthöhlen zusammen und trafen die hinter ihnen lagernden Sandmassen mit. Beide Arbeiter wurden verdrückt. Glücklicherweise blieb ihnen der Kopf frei. Auf ihre Hilferufe eilten ihre Arbeitskollegen herbei, denen es aber nicht gelang, sie aus der furchtbaren Lage zu befreien. Es mußte vielmehr die Feuerwehre alarmiert werden. Aber nur langsam konnte das Rettungswerk bei der überaus gefährlichen Lage, die jeden Augenblick einen weiteren Nachsturz befürchten ließ, vor sich gehen. Endlich, nach über 2 1/2 stündiger Arbeit konnte der Arbeiter Schierkowski geborgen werden, auch sein Kollege wurde bald darauf herausgezogen. Sie hatten beide unter dem Druck der Sandmassen schwer gelitten. Aus Mund und Ohren drang ihnen das Blut. Zwei Ärzte bemühten sich, den Verunglückten Linderung zu bringen. Von dem Krankenwagen der Feuerwehre wurden beide, die nicht unbedeutliche innere Quetschungen erlitten hatten, dem Vrieger Krankenhaus zugeführt.

Groß-Lichterfeld.

In der jüngsten Gemeindevertretersitzung erfolgte die Wahl der Kommissionmitglieder. Bemängelt wurde von einer Seite, daß der Schöffe Lange nahezu in allen Kommissionen vertreten sei. Für die kreisweise höhere Mädchenschule wurden 400 M. zur Anschaffung von Unterrichtsmitteln bewilligt. Einem Antrag der Vereinigung für Volks- und Jugendspiele, auch im Osten einen Spielplatz für die Kinder auf dem zur Gemeindegasse III gehörigen Grundstücke in der Jägerstraße herzurichten, wird stattgegeben und zu diesem Zweck 400 M. bewilligt. Bei dieser Gelegenheit wurde vom Gemeindevorsteher Lehmann darauf hingewiesen, daß die Gemeindegasse III noch immer nicht an die Kanalisation angeschlossen sei. Diese Tatsache suchte der Gemeindevorsteher P r a u s e in einem Zwischenruf abzulenkeln. Schöffe Dr. Lehmann erwiderte, es sei richtig, daß jene Schule noch nicht an die Kanalisation angeschlossen sei und dort noch das Toilettensystem existiere. Dieser unangenehme Zustand habe schon die Preise beschleunigt. (Der „Vorwärts“ hatte vor längerer Zeit die geradezu haarsträubenden Zustände in dieser Schule gemeldet; die Ortspresse hat sie totgeschwiegen.) Es sei schwierig, eine Klosettanlage anzubauen, weil der noch vorhandene Raum zur Erweiterung der Schule gebraucht werde. Jedenfalls sei aber der jetzige Zustand unhalbar und eine Verringerung dringend notwendig. Der Gemeindevorsteher werde eine diesbezügliche Vorlage ausgeben. Mit den Anlagen auf dem neuen Friedhof an der Jehlenborfer Grenze soll demnächst begonnen werden. Das Areal umfaßt 33 Morgen und wird unter Berücksichtigung der Entwicklung des Ortes 30 Jahre ausreichen.

Einem Wunsche des Gemeindevorstellers Dr. Soudon entsprechend sollen auf dem Friedhof auch Urnenhaine angelegt und den Anhängern der Feuerbestattung zur Benutzung überlassen werden.

Der Rathaussoal wird vom 9. Mai bis 13. Juni dem Künstlerklub zur Veranstaltung einer Ausstellung zur Verfügung gestellt; eventuelle Sitzungen finden während dieser Zeit in der Aula des Schillerghmnasiums statt. —

Tegel.

Das Werk der Gehaltsverhandlungen für die Lehrerschaft der Schulen Tegels ist nunmehr vollendet. Ein Freitagvormittag hat

Einer als dringend einberufenen vertraulichen Gemeinde-
Vertretung die Angelegenheit ihrer Erziehung gefunden.
Es lagen die Vorschläge der Kuratoren der Realschule und der
höheren Mädchenschule vor, die Gehaltsveränderungen nach den gleichen
Grundsätzen wie bei den Volksschullehrern vornehmen. Die Vorschläge
fanden Annahme. Es wurde widerspruchlos der Wunsch aus-
gesprochen, daß die Gehaltsfrage nun für zehn Jahre ruhen werde.
In der gleichen Sitzung wurde noch beschlossen, die Lieferung für die
neuen Pumpmaschinen zur Erweiterung des Gemeindefeuersystems der
Firma A. Vossig zu übertragen. Endlich berichtet der Vorsitzende
noch über die am Tage vorher abgehaltenen Beratungen über den
Krankenhauseinwanderband. Dem Wunsche der kleineren Vertrags-
gemeinden entsprechend ist die Vertragsdauer statt auf sechs auf acht
Jahre festgesetzt worden. Die kleineren Gemeinden fürchteten, daß
sie, obwohl die Kündigungsklausel 1 Jahr 8 Monate beträgt, doch
eines Tages vor der Schwere der Krankheit stehen würden, kein Krankenhaus
zu besitzen. Die Frist von 6 Jahren läßt ihnen zur Vorbereitung
auf den Fall des Ausscheidens von Reindendorf aus dem Zweck-
verband zu kurz. Die Regler Gemeindevertretung stimmte dem
Vertrage auch in dieser Form zu. Damit ist er endgültig beschlossen.
Das Krankenhaus soll zum 1. April 1908 betriebsfertig sein.

Hohen-Schönhausen.

Eine kleine Ueberraschung wurde den Gemeindevertretern in
ihrer letzten Sitzung zu teil. Am Anfang derselben erklärte der
Gemeindevorstand, daß er sein Amt als Protokollführer niederlege.
Raum hatte er dies angekündigt, als er auch gleich darauf
verstarb. Es war schwer sofort Ersatz zu schaffen; eine so hohe
Anforderung an den Geist der bürgerlichen Vertreter wagte sich
schon keiner zu stellen. Gemeindevorstand Kreuz erklärte sich auf
Bitten des Gemeindevorstandes bereit, die Stelle des streitenden
Schreibers einzunehmen. Ueber den widerspenstigen Gemeindevor-
stand ist die Strafe bereits verhängt; er darf sechs Monate
lang nur einmal im Monat das Gemeindebüro betreten. Bei der
Beratung des Etats verlangte Genosse Thiel, daß das Gehalt der
beiden Nachwächter auf 700 M. erhöht werden soll. Der Schiffe
Genosse meinte, so können wir nicht mit dem Geilde herum-
schmeißen. In derselben Weise äußerten sich die Vertreter J. Schulz
und R. Schulz. Herr Kreuz meinte dagegen, daß selbst 700 M.
immer noch eine miserabile Bezahlung sei. Beschlossen wurde, das
Gehalt des einen Wächters, der bisher nur 540 M. erhalten hatte,
auf 600 M. zu erhöhen. Auf Antrag unseres Genossen Thiel wurde
die Wahl in der dritten Klasse mit 6 gegen 5 Stimmen bei Stim-
menthaltung für ungültig erklärt. Infolge der ungünstigen Wahlzeit
erhielten bekanntlich unsere Kandidaten 54, die Gegner hingegen
71 Stimmen.

Zehlendorf.

Rechtliche Klagen werden geführt über den Zustand der Gede, die
als Einfriedigung des Bahnhofs von der Anstaltsstraße aus nach der
Bahn führt. Die Gede hat an vier bis fünf Stellen Läden bis zu
einem halben Meter Breite, und es ist wiederholt vorgekommen, daß
Leute in der Dunkelheit durch diese Läden auf den Bahnhofsplatz
geraten sind und dort ihren Tod fanden. Man nahm dann in der
Regel Selbstmord an. Auf diesen Mißstand deutet ein Vorfall hin,
über den vor einigen Tagen der „Zehlendorfer Anzeiger“ berichtete
und wonach der 73jährige Rentier Theodor Göpke aus Zehlendorf
auf den Gleisen der Eisenbahn aufgefunden wurde. Ob Selbstmord
oder Unfall vorliegt, konnte nicht ermittelt werden. Jedenfalls
dürfte dieser Vorfall die beteiligten Behörden ernewt veranlassen,
für eine Einfriedigung dieses Weges Sorge zu tragen, wozu sie sich
nicht zum Verantwortlichen für weitere Unglücksfälle machen. —
Wesentlich nimmt auch der Herr Amtsvorsteher, der ganz in der Nähe
wohnt, die gefährlichen Läden in der Gede einmal in Augenschein
und veranlaßt das Notwendige.

Udlerhof.

Zu interessanten Auseinandersetzungen über das Verhältnis
der freien Jugendorganisation zu den christlichen Junglings-
vereinen kam es in einer am Donnerstag stattgefundenen Ver-
sammlung. Der Herr Diakon Bruhns entwickelte das Programm
des Junglingsvereins, das in der Hauptsache aus der Pflege der
Religion (Erbauung nannte das Herr Bruhns) und der Geselligkeit
besteht. Was die von der freien Jugendorganisation festgesetzte
die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Jugend. Die Mißstände
im heutigen Lehrlingswesen, speziell die Aushilfslosigkeit der
Schuldbestimmungen, seien nur zu beseitigen oder mindestens her-
abzumindern durch das Dasein einer starken Organisation der
arbeitenden Jugend selbst. Die Junglingsvereine hätten bisher
aber nicht gesagt, daß sie die wirtschaftlichen Rechte der Jugend
wahrnehmen wollen. Die ziemlich zahlreich erschienenen christlichen
Junglinge hörten dem Redner sehr aufmerksam zu, sprach er den
Arbeitern unter ihnen doch lieber aus dem Herzen. Herr
Pastor Starke und Herr Bruhns erklärten nun, daß die wirtschaft-
lichen Verhältnisse der arbeitenden Jugend keine schlechten seien,
infolgedessen brauchten die Junglingsvereine auch nicht nach Ver-
besserung derselben streben. „Sehen Sie die roten Wägen der
jungen Leute“, rief Herr Pastor Starke mit Empfindung aus, „unsere
Mitglieder sind mit ihren Verhältnissen sehr zufrieden“. Der
Lehrlingsverein wolle aber die Jugend nur unzufrieden machen,
dafür sorgen, daß man den Leib vollfressen und voll-
kaufen kann, so daß der Jugend ihre Ideale
geraubt würden. Genosse Gorkh gab den beiden Herren eine
gründliche Abfuhr. Er zeigte, wie das Christentum in der ersten
Periode hauptsächlich seinem sozialen Grundgedanken das schnelle
Wachstum zu verdanken hatte. Man müsse von Leuten, die so in
der Öffentlichkeit auftreten, verlangen können, daß sie sich einwand
in die Literatur der modernen Arbeiterbewegung vertiefen haben.
Gerade die soziale Literatur übertriffe an geistigem Gehalt die
jenige unserer bürgerlichen und christlichen Gesellschaft bei weitem.
Wegen die im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung
gemachten Ausführungen vermochten die christlichen Herren nichts
wesentliches einzuführen, nur Herr Bruhns wollte nicht dem Affen
abstammen. Was die Stelle sei, daß die Junglingsvereine, da sie
sich um die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Jugend nicht
kummern und ihren religiösen Charakter nicht aufgeben wollen,
als eine der Jugend feindliche Organisation von der freien Jugend
zu bekämpfen sei. Am Mittwoch erwiderte die Versammlung
ihre Ende. Auch manchem Junglingsvereiner dürften nach dieser
Auseinandersetzung die Augen aufgehen.

Reindendorf.

Ueber unser Parteiprogramm referierte in der letzten Mit-
tagbesprechung Genosse Zellwold. Eine ausgiebige Diskussion
über den Vortrag soll in der nächsten Mitgliederversammlung er-
folgen. Der Vorsitzende ermahnte hierauf die Genossen, sich regen
an den Vormittagsversammlungen der Gewerkschaften und an der
Nachmittagsfeier zu beteiligen. Diefelbe findet beim Genossen
Frankel statt. An Stelle des Genossen Holz wurde Genosse Dolata
zum Redner der Zeitungspedition gewählt. Am Dinnelshirtsstage
findet eine Agitationstour nach Hammer-Weidenwalde statt.

Gerichts-Zeitung.

„Schämst Du Dich nicht?“

Für diese vier Worte eine Woche Gefängnis! Wie ist
das möglich, fragt der Unbefangene. Antwort: Es war ein streitender
Arbeiter und der, dem er es sagte, ein Arbeitswilder. — Ach so,
dann allerdings...

Die Schmiede und Schlosser der Wagenfabrik
von Leuznau in Berlin hatten im Frühjahr vorigen Jahres
die Arbeit niedergelegt, nachdem ihr Verlangen, einige entlassene
(genährte) ältere Kollegen wieder einzustellen, von Herr Leuznauer
abgelehnt worden war. Forderungen wurden von ihnen nicht auf-
gestellt. Ueber einem Hinweis auf die Entlassungen enthielt jedoch
ein Aufschreiben des Verbandsvertreters die Bemerkung, daß man

glaube, die gute Sache der schon einige Wochen vorher (wegen Ver-
besserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen) in den Streik ge-
tretenen Stellmacher, Sattler und Lackierer der Firma könnte gefährdet
werden, wenn man weiter arbeite. — Als der arbeitswillige Schmied
Martin eines Tages die Fabrik verließ, trat ihm der Schmied
Zilian entgegen und sagte: „Hier wird gestreift“. Martin
ging weiter und erklärte schroff: „Streik doch zu!“ Zilian,
der zehn Jahre mit ihm zusammen gearbeitet
hatte, äußerte nun unmutig: „Schämst Du Dich nicht?“
Diese vier Worte soll er dann noch einmal wiederholt haben. Das
Landgericht I verurteilte ihn deshalb auf Grund des § 158
des Gewerbeordnungsgesetzes zu einer Woche Gefängnis, weil er
versucht habe, Martin durch Ehrverletzung zu bestimmen, an einer
Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen
teilzunehmen. — Das Landgericht folgerte so: Die Schmiede und
Schlosser hätten einen Einfluß auf die Wiedereinstellung Ent-
lassener durch ihre Arbeitsniederlegung gewinnen wollen. Das
wäre eine Arbeitsbedingung, die ihnen bisher nicht zu-
gefunden war, also hätten sie für sich eine günsti-
gere Arbeitsbedingung erzielen wollen. Ihr Verhalten habe
aber auch zur Stärkung der Bewegung der Stellmacher,
Sattler und Lackierer dienen sollen. Die aber erstrebten günstigere
Lohnbedingungen. Also handele es sich auch bei ihnen um
eine Verabredung zur Erlangung günstigerer Lohnbedingungen, ob-
wohl sie solche — nicht forderten. — Dieses Urteil, das an
juristischer Kunst nichts zu wünschen übrig läßt, ist am Montag vom
Kammergericht als Revisionsinstanz gebilligt worden.
Eine kleine Einschränkung machte es in der Begründung nur
soweit, als es erklärte, es könne dahingestellt bleiben, ob
es sich bei der Arbeitsniederlegung der Schmiede und
Schlosser um die Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen handelte.
Auf jeden Fall seien günstigere Lohnbedingungen erstrebt worden.
Dann hat also das Kammergericht die Deduktion des Landgerichts
gutgeheißen: Das Verhalten der Schmiede und Schlosser habe
auch zur Stärkung der Bewegung der Stellmacher, Sattler und
Lackierer dienen sollen; da diese aber günstigere Lohnbedingungen
erstrebten, so handele es sich auch bei den Schmieden und Schlossern
um eine Verabredung zur Erlangung günstigerer Lohnbedingungen,
wogegen sie — keine forderten! Von Rechts wegen!

Die notwendig ein Schutz des Koalitionsrechtes ist, wird von
Tag zu Tag durch eine solche Rechtsprechung klarer gemacht.

Sachkapitel.

Der Drogist Karl Vordato hatte sich gestern wegen einer
Reihe raffinierter Hochstapereien vor der Strafkammer des Land-
gerichts I zu verantworten. Der Angeklagte, der schon mehr-
mals harte Strafen erlitten hat, hatte bis zum 8. Mai im Buch-
handel gearbeitet und war dort mit Vorkursarbeiten für den Tischler-
meister Gustav Herrmann beschäftigt gewesen. Herr Herrmann ge-
wann Interesse für den offenbar intelligenten jungen Mann. Er stellte
ihn in seinem chemischen Laboratorium an. Vordato verlor aber
eine Reihe Unterschlagungen und Betrügereien gegen Herrmann und
dessen Kunden. Dann verübte er auch Beschleierungen und
Betrügereien gegen Vermieterrinnen, denen gegen-
über er sich als „Doktor“ aufspielte. Der Kneifer, den er
sich zugelegt hatte, sollte nach dieser Richtung hin noch mehr
Eindruck machen. In einem Pensionat hatte er mehrere
Tage gewohnt und war dann verschwunden, als sich seine
Rechnung auf circa 87 Mark angehäuft hatte. Als Ent-
schädigung hatte er drei alte wertlose Nachhemden und einen
Stod zurückgelassen. Bei einer Frau B. hatte er sich als „Chemiker
Herrmann“ eingeführt und sich von ihr 140 M. geliehen. Als Sicher-
heit gab er einen von ihm gefälschten Check über 500 M. auf
die Deutsche Bank. Die Frau sollte mit dem Check zur Bank gehen,
ihn einlösen und sich gleich die 140 M. abholen. Als die Frau
unberühmter Sache wieder heimkehrte, war Vordato schon spurlos
verschwunden. Auch eine andere Vermieterrin hat er in höchst
raffinierte Weise um einen kleinen Betrag gebracht. Bei
einem Instrumentenmacher erschien er eines Tages, stellte
sich als „Dr. Reichelt von der königlichen Frauenklinik“ vor,
erklärte, daß er eine Privatklinik einrichten wolle und machte eine
größere Bestellung. Einige Instrumente nahm er gleich mit, ohne
sie zu bezahlen. In derselben Weise hat er einen Bandagisten, dem
er sich als „Herr Dr. Waldow aus der Mittelstraße“ vorstellte,
hineingelegt. Als er unter dem Namen Dr. Landau das-
selbe Manöver in Pantow ausführen wollte, wurde er dort
von dem Kriminalhauptmann Kanar am 12. Februar festge-
nommen. — Er war im gestrigen Termin in vollem Um-
fange geständig, so daß es der Vernehmung der vor-
geladenen Zeugen nicht bedurfte. — Der Staatsanwalt beantragte
gegen den Angeklagten vier Jahre Zuchthaus und 1500 M.
Geldstrafe. — Das Gericht erkannte auf zweieinhalb
Jahre Zuchthaus, 2010 M. Geldstrafe eventuell noch 134 Tage
Zuchthaus und Ehrverlust auf die Dauer von fünf Jahren.

Wissenschaft falsche Denunziation.

Am der Untersuchungsbehörde vor die 3. Strafkammer des Land-
gerichts I vorgeführt wurde am Mittwoch der Kordmacher
Vaproy, um sich wegen wissenschaftlich falscher
Anschuldigung zu verantworten. Der Angeklagte, welcher
bereits mehrfach vorbestraft ist, zog vor etwa einem Jahre
zu einer jetzt in Spandau wohnhaften Witwe Marie
D. in Schloßstraße. Als er sich der Frau intimer zu nähern suchte,
wies diese sein Ansuchen mit Entschiedenheit zurück. Um sich an der
D. zu rächen, nahm Vaproy zu einem sehr gemeinen Mittel Zu-
flucht. Er erzählte in der Nachbarschaft alle möglichen Dinge über
sein angebliches Zusammenleben mit der Frau D., die deren weib-
licher Ehre sehr nahe gingen. Als sich die Frau schließlich vor den
schonlichsten Verleumdungen nicht mehr retten konnte, erstattete sie
Strafanzeige wegen Verhöhnung und Verleidi-
gung. Das Schöffengericht in Spandau hielt mit
Rücksicht auf die frivolen und ehrschmeidenden Ver-
wehungen eine empfindliche Strafe für erforderlich und erkannte
gegen Vaproy auf eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten.
Hierdurch wurde der Haß der Angeklagten gegen die Frau D. noch
mehr geschürt. In der ersten Instanz richtete Vaproy an die Staats-
anwaltschaft eine Anzeige wegen Verleumdung gegen die
Frau D., in der er behauptete, er habe tatsächlich zu dieser
in näheren Beziehungen gestanden, obwohl sie dies vor dem Schöff-
engericht eidlich in Abrede gestellt hatte. In dieser Anzeige machte
er bis in das kleinste gehende Angaben über die Art seines
früheren Verhältnisses zu der Frau D., sowie über diese selbst.
In dem Ermittlungsverfahren, welches die Staatsanwaltschaft
auf Grund der Anzeige des Angeklagten in die Wege leitete, mußte
sich Frau D. der unangenehmen Situation aussetzen, sich aus be-
stimmten Gründen von dem zuständigen Kreisarzt, Medizinalrat
Dr. Jähde in Spandau körperlich untersuchen zu lassen. Die
Untersuchung ergab das Gegenteil von dem, was der An-
geklagte behauptet hatte. Das Verfahren gegen Frau D. wegen
Verleumdung wurde eingestellt und gegen Vaproy die jetzige Anklage
wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung erhoben. — Vor Gericht bestritt
der Angeklagte, daß die Anzeige wissenschaftlich falsch sei. Die Beweis-
aufnahme fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Staats-
anwalt hielt mit Rücksicht auf die frivole und verwerfliche Handlungs-
weise, die lediglich den Raubgeiz des Angeklagten entspringen sei,
eine exemplarische Strafe für am Platze und beantragte eine Ge-
fängnisstrafe von drei Jahren. Die Strafkammer erkannte
auf den gleichen Gründen gegen den frivolen Angeklagten dem An-
trage gemäß auf drei Jahre Gefängnis und drei Jahre
Ehrverlust.

Heiratsinzerat.

„Anständiger junger Kaufmann sucht sich mit einfachem Mädchen
blenden Standes sobald als möglich zu verheiraten.“ Diese
Annonce, die kurz vor Weihnachten v. J. in verschiedenen bür-
gerlichen Zeitungen erschien, bildete den Ausgangspunkt einer gemeinen
Gaunerei, die gestern vor dem Strafrichter ihren Abschluß fand.
Unter der Anklage des Betruges mußte sich der Kaufmann
Paul Jahn vor der dritten Strafkammer des Land-
gerichts II verantworten. Er ließ sich ein Heiratsinzerat
einreichen. Auf dieses Inzerat hin meldeten sich eine große Anzahl
heiratslustiger junger Damen. Unter den zahlreichen Bewerberinnen
befand sich auch die Adäin Viktoria M., die erst vor Jahresfrist ihre
böhmischen Berge verlassen hatte, um in der Großstadt ihr Glück zu
versuchen. In ihrem in etwas sehr böhmischen Stile abgefaßten
ersten Briefe betonte sie mit besonderem Nachdruck, daß sie sich in
dem Besitze von 2500 blanken Markstücken befinde. Als
der Angeklagte dies vernahm, schrieb er der böhmischen
Mädchen sofort, daß ihr Vorname Viktoria nicht ohne
Bedeutung sei und sie den Sieg davongetragen habe. Zwischen
beiden entstand ein Liebesverhältnis, welches schon zu Weihnachten
zu einer Verlobung führte. Schon nach kurzem erkundigte sich der An-
geklagte sehr eingehend nach den 2500 M. und erreichte schließlich,
daß die sehr vertrauensfertige Viktoria ihm das Geld übergab, da es
bei ihm entschieden besser aufgehoben sei. Er verbrachte dann nach
Holland, kam erst erkannte die M., daß sie einem Heiratsinzerat in die
Hände gefallen war. Sie erstattete Anzeige wegen Betruges und
als J. nach einiger Zeit wieder nach Berlin kam, wurde er fest-
genommen, später aber wieder aus der Haft entlassen. In der
gestrigen Verhandlung bestritt der Angeklagte jede betrügerische
Absicht. Der Staatsanwalt hielt ihn jedoch durch die Beweisnahme
eines Betruges für überführt und beantragte eine Gefängnisstrafe von
9 Monaten. Die Strafkammer ging mit Recht erheblich
herüber hinaus, da sich J. einer sehr verwerflichen Handlungsweise
schuldig gemacht habe und erkannte auf 1 Jahr und 1 Woche
Gefängnis. Außerdem wurde der Angeklagte, da bei der Höhe
der Strafe begründeter Verdacht vorlag, wieder in Haft ge-
nommen.

Die vielen ähnlichen Betrugsereignisse mögen Heiratsinzerate ähn-
lichen Kalibers Vorbehalt geleistet haben?

Vermischtes.

Schneehaus Arbeiter in einem Kohlenstich ertrunken.

Gräßel, 30. April. (Fig. Ber.)

Ein schreckliches Grubenunglück, bei dem sechzehn Menschen ihr
Leben eingebüßt haben, hat sich gestern vormittag in Angleur bei
Lüttich zugetragen. Diesmal haben nicht wie so oft die tob-
bringenden Gase das Unglück verschuldet, sondern wild herbor-
brechendes Wasser, das während der Bohrarbeit eines Steigers mit
über Gewalt aus der Öffnung schoß, hat die Grube überschwemmt.
Ungefähr 200 Mann konnten sich in wilder Flucht durch die Aus-
gangsgänge retten. Sechs Leichen sind bis jetzt geborgen, die
übrigen zehn fehlenden noch in der Grube, aber nach aller Aus-
sagen schon vom sicheren Tod ereilt. — Die Arbeiter beteiligten sich
mit größter Tapferkeit an den Rettungsarbeiten. — Ein Arbeiter
erzählte, daß er, aus der Galerie stehend, einen Kameraden mit
einem ihm entgegengeworfenen Strick zu retten ver-
suchte. Der Unglückliche konnte jedoch den Strick nicht
erlangen und wurde von der Gewalt des Wasserstromes in die Tiefe
geschleudert. Einer der Beretteten kam unglücklich, mit zerschmettertem
Schädel an die Oberfläche. Nach Zeugenaussagen sollen auch die
meisten Opfer nicht durch Untersinken, sondern durch die Kraft des
Wassers, das sie an die Galeriewand schleuderte, ums Leben ge-
kommen sein. Unter den Ungelungenen befindet sich auch ein
Familienvater von sechs Kindern. Die Angehörigen umlagern die
Leichengänge in wildem Jammer. Bei der Ausräumung der
Leichen spielen sich jene grausen Szenen ab, die diese furchterlichen
Katastrophen der Tiefe stets begleiten. In Lüttich selbst herrscht
schmerzliche Erregtheit. — Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht
amtlich festgestellt. Der „Peuple“ berichtet, daß bereits vor Jahren
die Bergarbeiter über die Gefahren der unterirdischen Arbeiten in
dem betreffenden Kohlenbergwerk Klage führten. Es wurde auch
seinerzeit in einem wöchentlichen Parteiblatt darauf aufmerksam ge-
macht und die offiziellen Faktoren davon verständigt. Doch wurde
behauptet, es bestände keine spezielle Gefahr. Die Tatsachen haben
andere bewiesen. — Die Gruben werden wohl kaum mehr in Be-
trieb gesetzt werden, da die Reparationsarbeiten zu kostspielig wären.
Die Grube ist völlig unter Wasser.

Die wirklich echten Teutonen.

Bei einem von sogenannten wilden Turnereichen veranstalteten
Turnfest in Schwerte kam es zu großen Ausschreitungen. Aus-
wärtige Turner, die sich bei der Preisverteilung beneideltig glaubten,
seinerzeit mit Revolvern auf die Preisrichter, von denen mehrere ver-
letzt wurden. Rechts verließen die Wütenden in der Stadt allerhand
Unfug, zerstörten die Krone eines Neubaus und stahlen einen Auto-
maten, den sie in den Wald schleppten, erdrachen und seines In-
haltes beraubten.

Arbeiterleben!

Auf der Krupp'schen Fabrik in Essen stürzte beim Abdruck einer
Berkfläche eine Mauer zusammen und begrub drei Arbeiter. Einer
ist tot, die beiden anderen sind schwer verletzt.

Brandschaden. Bei einem vorgestern abend 6 Uhr im Schuppen 14
des neuen Bremer Freihafens zum Ausbruch gekommenen Großfeuer
sind 6000 Ballen Baumwolle verbrannt. Die Hälfte des Schuppens
ist zerstört worden, während die andere Hälfte durch die Tätigkeit
der Feuerwehr gerettet werden konnte.

In die Luft geflogen. Das Pulverdepot des Bergwerks von
Fontaine de Roche, welches 800 Kilogramm schwarzes Pulver und
sonstige Sprengstoffe enthält, flog, nach einer Meldung aus Rancy,
gestern nacht in die Luft. Der Sachschaden ist erheblich; ein sonstiger
Unfall ist nicht zu befürchten. Es handelt sich allem Anscheine nach
um einen verdröckerischen Anschlag.

Unfall einer Pariser Sängerin. Die Theater Sängerin Yvette
Dorgère geriet in ihrem Automobil zwischen zwei Straßenbahn-
wagen und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

11 Personen in der Grube getötet.

In der Whipple-Grube zu Scarboro (West-Virginia) erfolgte
vorgestern nachmittag eine Explosion, wodurch 11 Personen getötet
wurden.

Witterungsübersicht vom 2. Mai 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstär- ke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstär- ke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stettin	757	SB	3	bedeckt	10	Stettin	754	NO	3	bedeckt	10
Dresden	756	SB	4	bedeckt	10	Dresden	756	SB	3	bedeckt	10
Berlin	759	SB	3	bedeckt	10	Berlin	751	SB	6	bedeckt	10
Hamburg	761	SB	3	bedeckt	10	Hamburg	766	SB	3	bedeckt	10
Köln	764	SB	5	wolkig	10	Köln	759	SB	4	Regen	10
Wien	765	SB	4	bedeckt	10	Wien	765	SB	4	bedeckt	10

Weiter-Prophezie für Freitag, den 3. Mai 1907.
Zeitweise besser, aber sehr veränderlich mit Regenschauern, ziemlich starken
nördlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tages-
temperatur.

Besten Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der holländischen...

per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75...

3,50-4,00. Teltower Rüben per 100 Pfd. 8,00. Weiße Rüben, große...

Für den Jubel der Jazzerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 3. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr. Kgl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Polarforscher Roald Amundsen: Ueber die Bezwingung der nord-westlichen Durchfahrt.

Goldener Garten

Täglich nachm. 4 Uhr: Gr. Militär-Konzert. Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unt. 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Hujarenfieber. Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Am grünen Weg.

Zentral-Theater.

Täglich 8 Uhr: Thelma Eggers Brautnacht. Volkspoppe mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern von Ernst Decker.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Haben Sie nichts zu verzollen? Schwanz in 3 Akten v. R. Hennequin und P. Heber.

Metropol-Theater.

Anfang 8 Uhr. Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender.

Apollo Theater.

8 Uhr: Die neuen Spezialitäten 9 Uhr: Ein treutes Weib, aufgeführt vom Hunde-Bauern-Theater.

Kartstein

mit seinem glänzenden Schlag: Der lustige Witwer. 1. Bild: Das letzte Mal. 2. Bild: Die Folgen davon.

WINTER GARTEN

La Tortajada. Neues Programm. W. Noack's Theater. Direktion: Rob. Ott. Brunnstr. 16. Heute: Geschlossen.

Wo die Liebe hinfällt.

Unf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball. Alleinverkauft für Berlin und Umgegend: Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Helmat. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Traumulus. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Vogel im Käfig.

Sonntag, abends 8 Uhr: Weh' dem, der lügt. Passage-Theater. Jeden abend 8 Uhr: Grete Gallus die unruhige Berl. Soubrette.

Mascha Dignam die bel. Wiener Künstlerin. Carlenu. Blös in 'Kastentier'. The 3 Clarus Akrobaten auf rollender Kugel.

Fred Marion der unergl. Musikantator und 14 erstkl. Spezialitäten 14. Folies Caprice. Vinetstr. 132, an der Friedrichstr. Täglich abends 8 Uhr: Eine Nacht in der Apotheke und Im Inspektionszimmer.

Brunnen-Theater

Badstraße 68. Direkt.: Bernh. Ross. Maria Theresia und ihr Hof. Historisches Lustspiel in 5 Akten. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Billetvorverkauf von 10-12 Uhr an der Theaterkasse. Voranzeige! Am 1. Pfingstfesttag, 19. Mai: Croffianj a der Sommer-Zielzeit.

Gebr. Herrnfeld-Theater

Anfang 8 Uhr. Ein verrücktes Hotel. Hauptrollen: Anton u. Donat Herrnfeld.

Morgen Sonnabend, 4. Mai: Premiere der Komödie! Es lebe das Nachtleben! Folgen einer Separée-Affäre in 2 Akten von Anton u. Donat Herrnfeld.

Walhalla-Variete-Theater

Heute abend 8 Uhr: Der grüne Teufel. Sensations-Pantomime. Hermann Münchener Komiker.

12 neue Spezialitäten 12 Im Tunnel: Frei-Konzert. Steidl-Theater und Konzerthaus, Brückenstr. 2 (a. d. Jannow-Gr.) Zum Krampeln: Bureau Piepenbrink, das originale, brasilische Dops der Steidl-Sänger.

Anfang 8 Uhr. Sonntag 4 Uhr. Vorher Konzert. Am Steidl-Restaurant: Gr. Dyberski-Konzert. Tageskasse 11-2 Uhr.

Dr. Crato's Backpulver

Generalvertreter für Berlin: Alfred Hirsch, Augsburgerstr. 1. Telefon Amt VI. No. 5737.

Buggenhagen

Horstplatz. Jeden Freitag: Gustav Gottschalks Gesellschaftskonzert (Wunsch-Abend).

Das beste Veilchenseifenpulver

schönsten und prächtigsten Geschenken in jedem Paket ist das Veilchenseifenpulver. Marke Kaminfege.

Jeder Käufer ist sicher hochbefriedigt und kauft nicht anders mehr! In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.

Alleinverkauft für Berlin und Umgegend: Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin. Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Bewegung. 2. Abrechnung vom ersten Quartal. 3. Verbandsangelegenheiten.

Baumblüte in Werder

und Ausstellung für Obstbau- und Obstverwertung mit ihren Hilfsmitteln, Garten- und Ackerbau, Gewerbe, Handwerk usw.

Achtung für Himmelfahrt! Vereine, Radfahrer und Ausflügler, auf zum Hungrigen Wolf - Strausberg II, herrlich am Wald und Wasser gelegen.

Reederei Nobiling

Am Sonntag, den 5. Mai ex. mit Musik nach Ziegenhals herrlich am Croffiansee. Abfahrt: 9 1/2 Uhr früh Restaur. Schultheiß, Jannowisbrücke.

Neu eröffnet! Spezialhaus für Fach- u. Amateurphotographie.

Paul Coewe, Berlin SO., Drosselstr. 2. An der Hochbahnstation Kottbuser Tor. Großes und reichhaltiges Lager der neuesten Modelle an Klapp- und Stativ-Kameras sowie sämtlicher Bedarfsartikel.

Kasino-Theater

Lothringerr. 37. Täglich 8 Uhr. Nur bis 18. Mai! Neu einstudiert: Heirat auf Probe. Gefangnisse in 3 Akten von Buchbinder und Kren.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger. Anf. wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Reichshallen-Restaurant. Militär-Konzert.

Sanssouci, Kottbuser

Direktion Wilhelm Roemer. Sonntag, Mont. Donnerst.: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanztruppen.

Seiden-Blusen!

Seltene Gelegenheit! Verkauf nur bis Pfingsten zu spottbilligen Preisen. Große Auswahl. 47622*

Otto Pritzkow, Münastr. 16.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis) Theater lebender Photographien. Der Untergang des Dampfers „Berlin“.

Arbeiter! Parteigenossen!

Abonnieren Sie und werben Sie neue Abonnenten für die im Parteiverlage erscheinende illustrierte Romanzeitung „In Freien Stunden“

Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde.

Von Paul Göhre. Preis 10 Pf. Porto 3 Pf. Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Lindenstr. 69.

Verfammlungen.

Der Berliner Arbeiter-Radsfahrerverein nahm in seiner Generalversammlung den Bericht des Vorstandes und des Kassierers entgegen. Die Einnahmen betragen 2801,08 M., die Ausgaben 183,93 M., so daß ein Ueberschuß von 767,75 M. verblieb.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 10, Aufgang 4, eis Treppe (Handelsstraße Westend, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

101 und fragen Sie dann eventuell bei dem Amtsgericht auf Befreiung des Pflichtandes. - P. R. 100. 1. Ja. 2. und 3. Beantragen Sie bei dem Bezirksvorsteher die Ausstellung eines Attestes und kommen Sie beim Magistrat um Niederlegung der Destinationsgebühr ein.

Protokoll zu stellen. Die Heiratsurkunde, die Quittungsbare und die Aufrechnungsbefreiungen sind beizufügen. In der Regel ist es zweckmäßiger, den Antrag nicht zu stellen, sondern weiter zu leben.

Teures Fleisch - billige Seefische!! Bester Fleischersatz, schmackhaft u. durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend! = Große Fänge = im lebend frischer Ware täglich eintreffend.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ (Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.) Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Groß. Schellfisch 35 mit Kopf 28 Pf. Cabliau ohne Kopf 23 Pf. Seelachs 25 mit Kopf 20 Pf. Pf. pro Pfd. Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik. - Teilzahlung! - Zwei Jahre Garantie! Sozial-Räder m. 60,-, Sozial-Luxus- mit Freilauf m. 95,-.

Blitz Blitz Blitz Serien-Verkauf zu noch nie dagewesenen Preisen. Bei Bestellungen von außerhalb bitten um Angabe der Brustweite und Hosenslänge. Wegen Ueberfüllung unserer Läger Extra-Preise bis Pfingsten.

Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf. Alrechs Bäckereien: Krautstr. 19, Wrangelstr. 135, Lausitzerstr. 2, Falckensteinstr. 32.

Billigste Bezugsquelle für Monats-Garderoben. Die schönsten Herren-Paletots und Anzüge in getragener, speziell Monatsgarderobe von 9 M. an.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Fahrräder! Billig! Leichter... 120, 200, 300, 400, 500. Reparaturen... 10, 20, 30, 40, 50.

Brennabor vornehmstes Rad. Sauberste Arbeit, hochfeine Ausstattung, haltbarste Vernickelung und Emailierung. BRENNABOR-WERKE, BRANDENBURG A. B.

Spezial-Hut-Engros-lager. Begründet 1873. Neueste Moden der Saison. Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen! Neue Königstraße 48, 1 Treppe.

